



# Landtag Mecklenburg-Vorpommern

115. Sitzung	6. Wahlperiode
Donnerstag, 10. März 2016, Schwerin, Schloss	
Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizeprä Vizepräsidentin Regine Lück und Vizeprä	
Inhalt	Beschluss16
Fragestunde  – Drucksache 6/5235 –	Antrag der Fraktionen der SPD und CDU  Mecklenburg-Vorpommern –
Dr. André Brie, DIE LINKE	Spitzenposition des ökologischen Landbaus in Deutschland weiter ausbauen – Drucksache 6/5193 –16
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN3, 4Minister Christian Pegel3, 4Henning Foerster, DIE LINKE4, 5	Thomas Krüger, SPD
Ministerin Birgit Hesse	Dr. Fritz Tack, DIE LINKE
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Beschluss28
Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des	
Klimaschutzes in Mecklenburg-Vorpommern (Klimaschutzgesetz M-V)	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Erste Lesung) – Drucksache 6/5194 – 6	Integrationsgesetz für Mecklenburg- Vorpommern auf den Weg bringen
Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 6, 14	– Drucksache 6/5197 –
Minister Christian Pegel	Antrag der Fraktion DIE LINKE
Jürgen Seidel, CDU10Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE11	Zusammenleben mit Flüchtlingsginfell achnell
Rudolf Borchert, SPD	Festlegungen der "Flüchtlingsgipfel" schnell, pragmatisch und nachhaltig umsetzen!
Michael Andrejewski, NPD 14	– Drucksache 6/5199 –

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 28, 40         Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE	Antrag der Fraktion der NPD  Dem Treiben der parteinahen Sechs einen Riegel vorschieben – staatliche Finanzierung der parteinahen Stiftungen unverzüglich beenden!  – Drucksache 6/5211 –
Peter Ritter, DIE LINKE	Udo Pastörs, NPD77, 81
Minister Lorenz Caffier	Thomas Krüger, SPD78
Beschluss46	Beschluss82
Antrag der Fraktion der NPD  Hände weg von unserem Bargeld!  Der fortschreitenden Überwachung	Antrag der Fraktion DIE LINKE Wirksame Maßnahmen gegen Armut und Armutsgefährdung von Kindern
der Bürger entgegentreten!	in Mecklenburg-Vorpommern einleiten
- Drucksache 6/5210	- Drucksache 6/520682
Stefan Köster, NPD	Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE82, 85, 89
Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 48	Ministerin Birgit Hesse84, 85
oonamioo daamora, borrbritto oo, bib orrortert	Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 85, 87, 88
Beschluss	Detlef Lindner, CDU85
	Torsten Renz, CDU88
	Ralf Mucha, SPD89
	Stefan Köster, NPD92
Antrag der Fraktion DIE LINKE	Torsten Koplin, DIE LINKE93
Investitionsprogramm "Barrierefreies	Beschluss95
Bauen 2017 - M-V für alle"	Desciiiuss90
– Drucksache 6/5203 – 52	
Regine Lück, DIE LINKE 52	Antrag der Fraktion
Minister Harry Glawe54	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Rainer Albrecht, SPD56	Nachtragshaushalt vorlegen – Investitions-
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 58	programm 2020 auf den Weg bringen
Wolfgang Waldmüller, CDU 60	– Drucksache 6/5196 –95
Udo Pastörs, NPD	
Torsten Koplin, DIE LINKE	Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN95, 106
D 11	Ministerin Heike Polzin98
Beschluss	Egbert Liskow, CDU100
	Jeannine Rösler, DIE LINKE101
	Tilo Gundlack, SPD103
	Udo Pastörs, NPD105
Antrag der Fraktion	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  Quecksilber-Grenzwerte für	Beschluss108
Kohlekraftwerke verschärfen –	
Landesregierung muss aktiv werden	
- Drucksache 6/5213	Nächste Sitzung
	Freitag, 11. März 2016
Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 66, 75	
Minister Harry Glawe	
Jochen Schulte, SPD	
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE 72	
Dietmar Eifler, CDU	
Michael Andrejewski, NPD74	
Beschluss 77	

Beginn: 9.03 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 115. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19**: Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 6/5235 vor.

#### Fragestunde

### - Drucksache 6/5235 -

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten. Für die Landesregierung beantwortet die Fragen 1 und 2 der Minister für Wirtschaft, Bau und Tourismus Herr Glawe. Ich bitte den Abgeordneten Dr. André Brie, Fraktion DIE LINKE, die **Fragen 1 und 2** zu stellen.

Dr. André Brie, DIE LINKE: Danke, Frau Präsidentin!

1. Wie beurteilt die Landesregierung, dass Bundesratsmitglieder, auch aus Mecklenburg-Vorpommern, die Möglichkeit bekommen, im Leseraum des Bundeswirtschaftsministeriums Einsicht in die Dokumente zum Transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP zu nehmen?

Minister Harry Glawe: Die Landesregierung begrüßt, dass Mitglieder des Bundesrates die Möglichkeit haben, Verhandlungsdokumente zu TTIP im Leseraum des Bundeswirtschaftsministeriums einzusehen. Dafür hat sich auch der Bundeswirtschaftsminister erfolgreich eingesetzt. Die Landesregierung geht davon aus, dass bei einem erfolgreichen Abschluss von TTIP die Zustimmung auch des Bundesrates für ein Inkrafttreten erforderlich sein wird.

#### Dr. André Brie, DIE LINKE:

Wie viele Mitglieder des Bundesrates aus Mecklenburg-Vorpommern haben bereits die Möglichkeit genutzt, im Leseraum des Bundeswirtschaftsministeriums Einsicht in die Dokumente zum Transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP zu nehmen?

Minister Harry Glawe: Die formale Möglichkeit besteht seit dem 29.02. Im Bundesrat ist dafür der Rahmen geschaffen worden und der Leseraum kann durch die Mitglieder des Bundesrates genutzt werden. Die Mitglieder der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns haben die Möglichkeit des Lesens zurzeit, zum jetzigen Zeitpunkt, noch nicht genutzt.

**Dr. André Brie**, DIE LINKE: Wird die Landesregierung diese Möglichkeit in Zukunft nutzen?

**Minister Harry Glawe:** Selbstverständlich, gerade sensible Bereiche wie Daseinsvorsorge, öffentliches Beschaffungswesen, Kultur und Medien interessieren.

Dr. André Brie, DIE LINKE: Danke.

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Eine weitere Frage des Abgeordneten Herrn Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Guten Morgen, Herr Glawe!

Minister Harry Glawe: Morgen!

**Udo Pastörs**, NPD: Herr Glawe, welchen Nutzen sehen Sie in der Möglichkeit, Einsicht in die Dokumente zu nehmen, wenn die Einsicht anschließend nicht in der Öffentlichkeit diskutiert werden darf?

Minister Harry Glawe: Wir gehen davon aus, dass die vorhandenen Texte monatelang öffentlich diskutiert werden sollen und können, bevor die Parlamente eine Entscheidung darüber treffen.

**Udo Pastörs**, NPD: Zusatzfrage: Was ist der Hintergrund dafür, dass es verboten ist, über diese Texte jetzt in der Öffentlichkeit zu diskutieren nach Einsichtnahme?

**Minister Harry Glawe:** Es gibt immer noch strategischtaktische Überlegungen. Vollumfängliche Dokumente sind noch nicht alle veröffentlicht, es wird noch weiter verhandelt, und das ist auf der ganzen Welt so.

Udo Pastörs, NPD: Weil das so ist, ist ...?

Minister Harry Glawe: Dann ist es so. Genau.

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich mache noch mal darauf aufmerksam, dass die Antworten hier nicht zu kommentieren sind.

Minister Harry Glawe: Ich sehe keine Fragen mehr.

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Minister.

Die Beantwortung der **Frage 3** entfällt, da der Fragesteller seine Frage zwischenzeitlich zurückgezogen hat.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung. Dazu bitte ich den Abgeordneten Jürgen Suhr, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die **Frage 4** zu stellen.

**Jürgen Suhr**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister! Die Frage lautet:

4. Welche Überlegungen hinsichtlich des tatsächlichen Bedarfs hat die Landesregierung vor der Einsetzung zusätzlicher Züge zwischen Hamburg und Schwerin ab April 2016 angestellt?

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ziel der Landesregierung war es – so ja auch hier im Hause bereits diskutiert –, in der Hauptverkehrszeit am Morgen und am Nachmittag außerhalb des bestehenden Taktfahrplans zusätzliche schnelle Verbindungen von und nach Hamburg zu schaffen, die fahrzeittechnisch von der Fahrzeitdauer an den Jahresfahrplan 2015 heranreichen. Hintergrund sind die deutlich verlängerten Fahrzeiten aufgrund der Änderungen im Fernverkehr sowie der Baumaßnahmen in Hamburgs Innenstadt, die sich jeweils nachteilig auf die Fahrzeiten unserer Nahverkehrszüge auswirken. Auch das haben wir zweimal in diesem Hohen Hause erörtert.

Wir hatten hierzu zwei Beratungen in Ihrer Mitte und beide Male hatte ich angekündigt, dass wir in den Rushhourzeiten nach Entlastungsmöglichkeiten suchen. Dabei war Maßgabe, möglichst schnelle Verbindungszeiten herauszufiltern. Und genau das haben wir mit den von Ihnen jetzt angesprochenen Verbindungen getan. Damit soll also vor allem für die Berufspendler im westlichen Mecklenburg, die an den Bahnhöfen in Richtung Hamburg ab Hagenow-Land keine Ausweichalternative auf den Fernverkehr haben, eine schnelle Übergangslösung während der Baumaßnahmen in Hamburg Berliner Tor geschaffen werden.

Leider konnten durch die DB Netz AG keine durchgehenden konfliktfreien Trassen bis beziehungsweise von Hamburg Hauptbahnhof bereitgestellt werden. Daraufhin hat sich die Landesregierung für die Bestellung der jetzigen Lösung als Kombination zusätzlicher Nahverkehrszüge bis Büchen und dort dann mit Anschluss an bestehende Fernverkehrsverbindungen ab dem 21. März dieses Jahres entschieden. Die bestellte zusätzliche Verbindung am Morgen liegt zwischen den am stärksten genutzten morgendlichen Verbindungen Richtung Hamburg Hauptbahnhof und ist damit geeignet, diese Verbindung zu entlasten. Die Verbindungen am Nachmittag sind vor allem für die Nutzer des 15.00-Uhr-Regionalexpresses ab Hamburg Hauptbahnhof und des Regionalexpresses, der in Hamburg Hauptbahnhof ab 16.11 Uhr fährt, attraktiv, deren Reisezeiten sich zwischen Hamburg Hauptbahnhof und Schwerin im Vergleich zum Jahresfahrplan 2015 um bis zu 27 Minuten verlängert hatten. Die beiden genannten Züge sind im Spätverkehr sehr stark nachgefragt, die zusätzlichen Züge sollen auch hier Verbindungen entlasten.

Die Landesregierung wird selbstverständlich Fahrgastzählungen durchführen, um damit zu überprüfen, inwieweit die drei Zusatzfahrten angenommen werden, kurz zusammengefasst also aus der Vergangenheitsbetrachtung heraus die Rushhourzeiten, auf die von uns orientiert wurde.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Eine Nachfrage: Ist die Landesregierung vor dem Hintergrund, dass in der "Schweriner Volkszeitung" angekündigt wurde, durch die Umstiege mögliche Preissteigerungen abzufangen, weitergekommen in Bezug auf die Verhandlungen mit der Deutschen Bahn?

Minister Christian Pegel: Nein, zumal ich darauf hinweise, dass wir uns bereits früh bemüht haben. Das habe ich im Übrigen auch in der letzten Rede hier im Hause gesagt, dass damit geringfügige Kostensteigerungen verbunden sind. Die sind unter 20 Euro pro Monat, wenn Sie keine Einzelfahrscheine lösen. Die SVZ hat ja mit Einzelfahrscheinen gerechnet. Das macht der typische Pendler nicht, sondern da reden wir über Monatsfahrkarten, und die können sie mit unter 20 Euro Mehrbelastung pro Monat derzeit in diesem Bereich gewährleisten. Wenn das andere gelingt, wäre es umso schöner, aber da sind wir noch nicht so weit, dass ich ein Ergebnis hätte.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank.

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Minister.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich der Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales und bitte den Abgeordneten Herrn Henning Foerster, Fraktion DIE LINKE, die Fragen 5 und 6 zu stellen.

Henning Foerster, DIE LINKE: Morgen, Frau Ministerin!

5. Wie beurteilt die Landesregierung die Anfang des Jahres von der IG Metall erhobene Forderung nach Zahlung des gesetzlichen Mindestlohns auch für sogenannte Clickworker, die von Firmen über Share Economy Plattformen bereitgestellte Aufträge abarbeiten, bei denen Arbeitsverträge durch AGB ersetzt und die unternehmerischen Risiken sowie die Verantwortung für den Arbeitsschutz und die soziale Sicherung vollständig auf die Beschäftigten übertragen werden, auch im Hinblick auf die Befürchtungen, dass hier neben Leiharbeit und Werkverträgen eine neue Form von prekärer, ungeregelter Arbeit droht?

Ministerin Birgit Hesse: Guten Morgen, Herr Abgeordneter! Nach Paragraf 1 Absatz 1 des Mindestlohngesetzes hat jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer Anspruch auf Zahlung eines Arbeitsentgelts durch den Arbeitgeber mindestens in Höhe des Mindestlohns. Das bezahlte Crowdworking stellt keine eigene rechtliche Arbeitsform dar. Es ist im Einzelfall zu klären, um welche rechtliche Form der Beschäftigung oder Beauftragung es sich handelt. Dies ist anhand der allgemeinen arbeitsrechtlichen Kriterien - das kennen Sie, zum Beispiel Weisungsrecht des Auftraggebers, Eingliederung in den Betrieb - zu beurteilen. Je nach Ausgestaltung kann ein Arbeitsverhältnis vorliegen, mit der Folge, dass für die Betroffenen die arbeitsrechtlichen Schutzvorschriften gelten, zum Beispiel Urlaubsrecht, Entgeltfortzahlung bei Krankheit, Arbeitszeitrecht und so weiter, und mit der Folge, dass der Mindestlohn gilt. Denkbar ist auch, dass eine selbstständige Tätigkeit vorliegt, Sie sagten es bereits, Werkvertrag oder freier Dienstvertrag.

Ein zentrales Ergebnis einer allerdings nicht repräsentativen Kurzstudie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung mit dem Titel "Befragung zum sozioökonomischen Hintergrund und zu den Motiven von Crowdworkern" im Auftrag des BMAS ist, dass ein Großteil der befragten Crowdworker neben ihrer Tätigkeit in einer abhängigen Beschäftigung tätig sind, sich in der beruflichen Ausbildung befinden oder studieren. Hier scheint Clickworking ein Zuverdienstmodell zu sein. Dazu passt, dass unter den Umfrageteilnehmern, die sich generell durch ein hohes Bildungsniveau auszeichneten, nur ein geringer Beschäftigungsumfang im Crowdworking

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

und ein dementsprechend geringes Einkommen durch die Bearbeitung von Microtasks festgestellt wurde. Die Umfrage gibt jedoch auch Hinweise darauf, warum sich angesichts bescheidener Einkommensmöglichkeiten Clickworker für die angebotenen Aufgaben finden. Als zentrale Motive für die Teilnahme gaben die Umfrageteilnehmer die gebotene räumliche, zeitliche und inhaltliche Flexibilität der Tätigkeit an.

Aus meiner Sicht muss die Entwicklung durch weitere Untersuchungen der Bundesregierung über den tatsächlichen Umfang und die durchaus verschiedenen Erscheinungsformen von Crowdsourcing begleitet werden,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Crowdsourcing!)

um abschätzen zu können, inwieweit Handlungsbedarf besteht. Ich teile allerdings Ihre Sorge, die Sie ja auch formuliert haben, dass hier auf keinen Fall prekäre oder ungeregelte Arbeit stattfinden darf.

Henning Foerster, DIE LINKE: Die nächste Frage:

6. Welche Kenntnis hat die Landesregierung bezüglich des Vorliegens der für das dritte Quartal 2015 angekündigten Veröffentlichung der Forschungsstudie im Auftrag der Bundesregierung, die sich unter anderem mit der Verbreitung von Crowdworking in Deutschland und den damit verbundenen Herausforderungen befassen sollte?

**Ministerin Birgit Hesse:** Herr Abgeordneter, die vorhin schon erwähnte Forschungsstudie liegt uns vor und kann auch auf der Webseite des BMAS abgerufen werden. Ich würde Ihnen gerne den Link zur Verfügung stellen.

Henning Foerster, DIE LINKE: Alles klar. Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Udo Pastörs, Fraktion der NPD, die **Fragen 7 und 8** zu stellen.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

**Udo Pastörs**, NPD: Jawohl, Crowd- und Fundworking und was für ein Blödsinn sonst noch.

Schönen guten Morgen, Frau Hesse!

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hat das mit Ihrer Frage zu tun, oder was?)

ich mache Sie darauf aufmerksam,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie sind doch sonst ein Bildungsbürger.)

dass Sie hier nichts zu kommentieren haben. Bitte stellen Sie Ihre Fragen!

**Udo Pastörs**, NPD: Ich habe mich gerade mit Herrn Kokert ...

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Herr Abgeordneter Pastörs, Sie stehen am Mikro und Sie haben hier nichts zu kommentieren. Noch mal!

Udo Pastörs, NPD: Guten Morgen, Frau Hesse!

 Wie vielen Asylbewerbern konnte die Agentur für Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern im Zeitraum vom 01.10.2015 bis zum jüngsten statistisch erfassten Zeitpunkt einen Arbeitsplatz ...

> (Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Bis zum jüngsten Zeitpunkt!)

**Ministerin Birgit Hesse:** Guten Morgen, Herr Abgeordneter!

Udo Pastörs, NPD: ... verschaffen?

Ministerin Birgit Hesse: Entschuldigung!

Guten Morgen, Herr Abgeordneter!

Udo Pastörs, NPD: Guten Morgen!

Ministerin Birgit Hesse: Derzeit können seitens der Agentur für Arbeit die Vermittlungen von Schutzsuchenden noch nicht ermittelt werden. Dies erklärt sich daraus, dass aktuell die Schutzsuchenden mit Asylhintergrund, die Zugang ins SGB III oder SGB II gefunden haben, in der Statistik noch nicht personenscharf identifiziert werden können. Notwendige Voraussetzungen hierfür werden derzeit eingeführt.

**Udo Pastörs**, NPD: Zusatzfrage: Wie viele Menschen mit Anspruch auf Asyl- oder Flüchtlingsstatus sind denn – trotz Berechtigung, hier nach dem SGB Geld zu bekommen, Leistungen zu erhalten – überhaupt gar nicht mehr hier? Die also zur Verfügung ständen, aber de facto verschwunden sind?

**Ministerin Birgit Hesse:** Die Frage kann ich Ihnen nicht beantworten, da liegen keine Erkenntnisse vor.

Udo Pastörs, NPD: Danke schön.

Nächste Frage:

8. Wie viele Asylbewerber und Flüchtlinge in Mecklenburg-Vorpommern, die Angaben zu ihrer Qualifikation gemacht haben, können einen mit deutschem Standard vergleichbaren Berufsabschluss vorweisen?

Ministerin Birgit Hesse: Auch hier bestehen die gleichen Einschränkungen wie bei der vorherigen Frage. Die seitens der Regionaldirektion Nord im Sozialausschuss vom 2. März vorgestellten Zahlen – Sie waren ja auch zugegen – basieren einerseits auf einer Untersuchung des IAB für das gesamte Bundesgebiet und auf einer Befragung der Antragsteller in der EAE Stern Buchholz. Beide Darstellungen sind jedoch nicht für Mecklenburg-Vorpommern repräsentativ, das heißt, auch hier kann ich Ihre Frage nicht beantworten.

**Udo Pastörs**, NPD: Zusatzfrage: Bei wie vielen vorgelegten Dokumenten konnte bisher festgestellt werden, dass diese Dokumente gefälscht sind?

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Herr Abgeordneter Pastörs, diese Frage werde ich nicht zulassen, weil sie sich nicht auf die Antwort bezieht. Und die Antwort war, dass die Ministerin dazu keine Aussage treffen wird. Bitte nehmen Sie wieder Platz!

Vielen Dank, Frau Ministerin.

Udo Pastörs, NPD: Das ist gelebte ...

(Der Abgeordnete Udo Pastörs spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Inneres und Sport. Und hierzu bitte ich den Abgeordneten Tino Müller, Fraktion der NPD, die **Fragen 9 und 10** zu stellen.

Tino Müller, NPD: Herr Minister!

9. Wie viele Asylbewerber, Flüchtlinge, Illegale oder Personen mit einem anderen Aufenthaltsstatus, welche 2015 in Mecklenburg-Vorpommern untergebracht wurden, sind unbekannt verzogen beziehungsweise nicht mehr auffindbar und welche diesbezüglichen Maßnahmen hat die Landesregierung in dieser Angelegenheit ergriffen?

Minister Lorenz Caffier: Guten Morgen, Herr Abgeordneter! Der Landesregierung ist nicht bekannt, wie viele Asylbewerber, Flüchtlinge, Illegale oder Personen mit einem anderen Aufenthaltsstatus, die 2015 in Mecklenburg-Vorpommern untergebracht worden sind, unbekannt verzogen beziehungsweise nicht mehr auffindbar sind. Daten liegen der Landesregierung bekanntermaßen nicht vor.

Ehemalige Asylbewerber – als Hintergrund –, die vom Bundesamt im Asylverfahren als Flüchtlinge anerkannt werden, dürfen ihren Wohnsitz frei wählen und Umzüge werden dementsprechend nicht erfasst. Vollziehbar Ausreisepflichtige, die sich der Abschiebung entzogen haben und unbekannten Aufenthalts sind, werden zur Fahndung ausgeschrieben. Die Zahl kann ich Ihnen sagen: Da haben wir im Jahr 2015 insgesamt 783 Ausschreibungen gehabt. Ich glaube, das ist die einzige Zahl, die wir auf die konkrete Frage hin geben könnten.

Tino Müller, NPD: Meine zweite Frage:

10. Welche Erkenntnisse besitzt die Landesregierung über die neuerlichen Anschläge auf die Häuser der Burschenschaft Rugia und Markomannia in Greifswald, welche in der Nacht zum 26. Februar dieses Jahres verübt worden sind?

Minister Lorenz Caffier: Ja, die Straftaten sind der Landesregierung, die Taten sind der Landesregierung bekannt. Demnach wurden in der Nacht vom 25. zum 26. in Greifswald in der Karl-Marx-Straße 12 durch unbekannte Täter mittels Steinwürfe zwei Glasscheiben der Räumlichkeit der Burschenschaft Markomannia beschädigt. Die Ermittlungen dort laufen noch. In den frühen Morgenstunden des 26.02. wurde in Greifswald in der Robert-Blum-Straße 4 durch unbekannte Täter mittels Steinwurf eine Glasscheibe der Räumlichkeit der Burschenschaft Rugia beschädigt. Auch in diesem Fall dauern die Ermittlungen noch an.

In beiden Fällen gehen wir von PMK-Straftaten aus, also politisch motivierte Kriminalität. Der Staatsschutz beziehungsweise das SK 4 des KPI Anklam ermittelt in dem Fall. Aufgrund laufender Verfahren kann ich zu Details hier keine weiteren Auskünfte geben.

**Tino Müller**, NPD: Eine Zusatzfrage: Kann nach Auffassung der Landesregierung in Greifswald in diesen Zusammenhängen von einer Atmosphäre der Angst für Burschenschaftler gesprochen werden?

**Minister Lorenz Caffier:** Also auf jeden Fall ist es so, dass es in Greifswald relativ häufig zu Auseinandersetzungen zwischen Vertretern der Burschenschaft und anderen kommt, die eben nicht nur verbal ausgeführt werden, sondern auch offensichtlich mittels Beschädigung von Einrichtung oder anderen Auseinandersetzungen.

(Udo Pastörs, NPD: Gewalt!)

Ob das ein Klima der Gewalt ist, das würde ich mal offenlassen, aber auf jeden Fall kommt es dort insgesamt relativ häufig mit dieser Gruppierung zu Auseinandersetzungen.

Tino Müller. NPD: Danke.

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Minister.

Damit sind wir am Ende der heutigen Fragestunde.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes in Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 6/5194.

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes in Mecklenburg-Vorpommern (Klimaschutzgesetz M-V) (Erste Lesung)

Drucksache 6/5194 –

Das Wort zur Einbringung hat der Abgeordnete Herr Jaeger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der amerikanische Präsident Barack Obama hat diesen Satz gesagt: "Wir sind die erste Generation, die die Auswirkungen des Klimawandels erleben wird, und wir sind die letzte Generation, die dagegen noch etwas tun kann." Wir reihen uns in dieser Landtagssitzung in die Reihe derjenigen ein, die hier Gesetzentwürfe vorlegen. Insgesamt sind es ja sieben Stück. Das also auf die Frage, warum wir da relativ spät kommen,

(Heiterkeit und Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

die ja dann sicherlich von der Regierungsseite kommen wird: Der Grund – und wir haben auch über diesen Punkt sehr lange in der Fraktion diskutiert, wir sind schon länger dabei, über ein solches Klimaschutzgesetz nachzudenken – ist tatsächlich, dass die Ergebnisse von Paris durchaus optimistisch stimmen können, das, was dort erreicht wurde, aber in konkretes politisches Handeln wird das praktisch kaum übersetzt. Und das sehen wir bei verschiedenen Entwicklungen, die zurzeit auf Bundesebene laufen.

Das Land selber hat sich – anders, als wir das gerne möchten mit einem Klimaschutzgesetz – einen "Aktionsplan Klimaschutz" gegeben, durchaus eine vorbildliche Sache. Der ist im Jahr 2010 herausgegeben worden. In diesem Aktionsplan wurde ein Minderungsziel von 40 Prozent plus x definiert für das Jahr 2020 – wie gesagt, im Jahr 2010 herausgegeben. Dieses Minderungsziel ist praktisch 1995 eigentlich erreicht worden. Das heißt also, 5 Jahre, bevor das Ziel herausgegeben wurde, war dieses Ziel praktisch schon erreicht. 15, richtig, sogar 15 Jahre, kleiner Rechenfehler, also 15 Jahre vor der Herausgabe des Ziels.

Wer die Diskussion in Mecklenburg-Vorpommern ein bisschen kennt, weiß auch, warum dieses Klimaschutzziel so wenig ambitioniert war. Es sollte in die hohen Ausbauzahlen, die es ja durchaus gab im Bereich regenerative Energien, die darauf hindeuteten, dass weit mehr möglich ist, immer noch das Steinkohlekraftwerk in Lubmin hereinpassen, um dann gegenüber der Bundesregierung sagen zu können, mit euren minus 40 Prozent seid ihr doch bei uns gut angekommen, denn wir wollen ja auch genau das, was ihr auf Bundesebene wollt.

In den USA - und davon kann man tatsächlich mal lernen - ist es so, dass die Klimaschutzziele auf die einzelnen Bundesländer differenziert verteilt wurden. Also jeder wurde nach seinen konkreten Möglichkeiten beurteilt, um dann einen Gesamtbeitrag zu liefern. Aus meiner Sicht ist dem auch die Landesregierung bei der Erstellung des Landesenergiekonzeptes gefolgt und ist nicht mehr davon ausgegangen, was müssen wir für diese 40 Prozent plus x in Mecklenburg-Vorpommern leisten, sondern was ist der Beitrag des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Erreichung der Klimaschutzziele auf Bundesebene. Und da sind wir zu der Erkenntnis gekommen, da es über Fläche läuft, 6,5 Prozent des Stromverbrauchs der Bundesrepublik Deutschland sollten in Mecklenburg-Vorpommern regenerativ erzeugt werden. Dieser Ansatz ist ausdrücklich richtig.

Nun haben wir uns im Energieausschuss mit der Aktualisierung des "Aktionsplans Klimaschutz" beschäftigt. Und wir können dort feststellen – danke noch mal an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich mit der Erarbeitung beschäftigt haben –, da steckt eine Menge Arbeit drin, das möchte ich auch deutlich betonen, aber es sind kaum Erkenntnisse aus einer Evaluierung zu sehen: Was ist denn jetzt konkret geleistet worden aufseiten der Landesregierung, wo sind denn noch Defizite und was müssen wir tun, um diese Defizite zu beseitigen? Genau das sollte ja der Plan sein.

Eine zweite Erkenntnis, die dazu führte, warum ich ein Klimaschutzgesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern für sinnvoll halte, sind die heftigen Diskussionen auch in Rostock zum Anschluss- und Benutzungszwang beim Thema Fernwärme. Jetzt kann man durchaus, wenn man unsere Landesverfassung kennt, auf den Paragrafen 15 der Landesverfassung hinweisen, wo dieser Anschlussund Benutzungszwang ausdrücklich gestattet und darauf hingewiesen wird, aber die Begründung, die dort drinsteht, ist, man darf ausdrücklich nicht auf die Wirtschaftlichkeit, zum Beispiel des Betriebs des Fernwärmenetzes hinweisen, sondern es müssen höhere öffentliche Belange dahinterstehen. Das soll natürlich auch Privatpersonen vor unzulässigen Eingriffen der Kommunalvertreter schützen, die einfach nur sehen, dass sie ihr Stadtsäckel füllen.

Deswegen ist es wichtig, dass wir auf Landesebene klar definieren, dieser Anschluss- und Benutzungszwang muss klimapolitisch begründet werden. Das ist der Grund, warum wir das Ganze brauchen, und deswegen muten wir Bürgerinnen und Bürgern auch eine gewisse Erschwernis zu, die sagen, ich hätte mir aber eine Ölheizung auch gut vorstellen können, obwohl ich mitten im Fernwärmegebiet liege.

Wir wollen – was viele Kommunen schon machen – ausdrücklich die Klimaschutzkonzepte der Kommunen unterstützen und verdeutlichen, dass diese Klimaschutzaufgabe eine Aufgabe ist, die für uns eine Art Pflichtaufgabe der Kommunen ist. Das heißt nicht, dass wir jetzt jeden dazu zwingen wollen in den Kommunen, die noch keinen Klimaschutzberater haben, einen solchen einzustellen, eine solche Stelle zu schaffen, aber wir wollen die Stellen, die in vielen Städten schon geschaffen wurden, aus-

drücklich schützen und sagen, auch wenn ihr Haushaltsprobleme habt, das folgt unserem Ansatz, wir wollen im Land Mecklenburg-Vorpommern etwas für das wichtige Thema Klimaschutz tun, und deswegen ist es gerechtfertigt, obwohl ihr keinen ausgeglichenen Haushalt habt, dass ihr genau solche Stellen habt, und wir sehen auch das Potenzial der Einsparungen an Ausgaben für Heizung, Strom und Wärme, wenn ihr eine solche Stelle bei euch eingerichtet habt.

Wir wollen außerdem auch das große Thema Fördermittelvergabe des Landes deutlich unter diese Überschrift "Was kann für den Klimaschutz im Land Mecklenburg-Vorpommern getan werden?" stellen. Mehrere Bundesländer haben inzwischen ein solches Klimaschutzgesetz – es heißt zum Teil auch Energiegesetz – verabschiedet. Es sind noch ganze vier Bundesländer übrig, die das noch nicht überlegt haben. Berlin, Bayern und Mecklenburg-Vorpommern gehören dazu und wir glauben, es ist an der Zeit, dass wir in unserem Bundesland darüber nachdenken.

Nun vermute ich, dass die Landesregierung dieses Gesetz heute hier nicht durchwinken wird,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht?)

sondern ...

Ja, das ist zu vermuten, aber ich hoffe, dass es für die nächste Legislaturperiode der Anlass sein wird, eine solche Idee herauszuholen und zu sagen, wir brauchen sie dringend, weil wir in einer Welt leben, wo sich zunehmend Sachen verrechtlichen. Das muss ich nicht im Einzelnen und im Detail gut finden, ich sehe das durchaus ja auch kritisch, aber wenn alle möglichen Aufgaben per Gesetz immer genauer definiert werden, das Thema Klimaschutz aber eher eine allgemeine Aussage bleibt, dann gerät es zunehmend bei Abwägungsfragen unter die Räder. Das liegt in der Natur der Sache. Und deswegen glauben wir, wenn es ein wichtiges Thema ist, dann müssen wir uns hier ein klares Ziel setzen.

Wir haben in unserem Gesetzentwurf auch solche klaren Ziele definiert. Wir haben gesagt, bis zum Jahr 2020 sollten wir auf einen Zielwert kommen von vier Tonnen pro Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern. Bundesweit liegen wir, glaube ich, zwischen zehn und elf Tonnen, in Mecklenburg-Vorpommern im Schnitt bei acht Tonnen, deswegen sind vier Tonnen durchaus ein ambitioniertes Ziel. In Rostock ist das für die Einwohnerinnen und Einwohner durch einen sehr hohen Anteil der Fernwärme schon erreicht worden und wir ...

(Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD: Ohne Steinkohlekraftwerk.)

Ja, das Steinkohlekraftwerk hat nun nicht direkt etwas mit Rostock zu tun, sondern das ist ein landesweit bedeutsames Kraftwerk. Aber wir haben ja auch kein Problem, wenn ihr das so definiert, liebe SPD, dieses Kraftwerk würden wir gerne möglichst schnell abschalten, und wir glauben, das wäre einer der größten Beiträge. Wir haben andere Kraftwerke in Mecklenburg-Vorpommern, die da in die Stromproduktion einsteigen können, moderne Gaskraftwerke in Rostock, Schwerin, Greifswald und anderswo, die zum Teil heruntergeregelt werden müssen, damit die Kohle in unserem Bundesland noch Vorrang haben kann. Also da sind wir gerne bereit, über dieses Ziel nachzudenken, aber ohne das Steinkohlekraftwerk sind

wir in Rostock sehr vorbildlich. Es zeigt, vier Tonnen pro Einwohner gehen, sodass das Ziel nicht zu hoch ist.

Und für das Jahr 2050 haben wir das Ziel von einer Tonne vorgesehen. Das ist sehr ambitioniert, aber beschreibt das, was auch der Wissenschaftliche Beirat für dieses Thema der Bundesregierung sagt, wenn wir einen Budgetansatz weltweit für richtig halten, das heißt, nicht einfach sagen, weil wir in den Industrieländern ja schon relativ wenig verbrauchen, wäre das ziemlich unzumutbar, wenn wir jetzt zu stark einsparen müssen - das ist übrigens so die These der Republikaner in den USA -, sondern wir wollen, dass die Menschen weltweit ein Stück weit gleiche Rechte genießen, und das bedeutet, vor allem die Industrieländer müssen massiv einsparen, damit wir dieses Ziel erreichen, während natürlich in Entwicklungsländern eine gewisse Entwicklung dringend erforderlich ist, um dort soziale und medizinische Standards und so weiter zu erreichen, die mit unseren vergleichbar sind. Das würde übrigens auch die Fluchtursachen erheblich bekämpfen.

Also kein Gesetz kommt aus dem Parlament so heraus, wie es hineingegangen ist. Man kann genau über solche Zielvorstellungen diskutieren. Ich würde mir wünschen, dass wir in den zuständigen Ausschüssen darüber auch diskutieren können, und würde mir wünschen, dass Sie zumindest dieses Gesetz in die Ausschüsse überweisen. Wenn es dann in dieser Legislaturperiode nicht mehr zu einem Beschluss kommt, dann ist das so, aber es sollte in der nächsten Legislaturperiode für die neue Landesregierung Anlass sein, genau über ein solches Gesetz nachzudenken. – Ich danke Ihnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Jaeger.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Und ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Herr Pegel. Bitte schön.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst komme ich jetzt in die seltene Rolle, dass ein Jurist größere Bedenken äußern muss, ob ein Gesetz immer alles regeln kann, was man sich wünscht, als die Nichtjuristen.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ganz sicher nicht, aber da sind wir beieinander.)

Und den Klimawandel durch ein kurzes, knappes Landesgesetz zu stoppen, das klingt natürlich nach einer unheimlich schönen, einfachen und bestechenden Idee.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das war nicht mal meine. – Stefanie Drese, SPD: Das wäre nicht schlecht, ne?)

Wenn ein dermaßen vielschichtiges und komplexes Problem wie der Klimaschutz mit einer einzigen, bestechend einfachen Idee gelöst werden soll, spricht allerdings vieles dafür, dass die Idee es sich einen Tick zu einfach macht.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber es könnte ein Beitrag sein.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unser Problem beim Klimaschutz sind ja weiß Gott nicht fehlende Gesetze in Deutschland. Manchmal haben wir vielleicht die falschen,

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

manchmal wenden wir sie vielleicht nicht konsequent genug an, zu wenige Gesetze in Deutschland ist aber ein schwer vorstellbarer Umstand.

> (Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Richtig, es gibt alle möglichen Gesetze, aber wo zum Thema Klimaschutz?)

Wenn ich die Gesetzesinhalte lese, ist ja auch weniger von zu wenig die Rede, sondern das Gesetz scheint auf der Idee zu beruhen, dass mit einem Gesetz alle Maßnahmen auf einmal breit akzeptiert und finanziert werden, die Aktivitäten zum Klimaschutz beinhalten.

Und darin liegt, meine Damen und Herren, auch der größte Trugschluss Ihres Vorschlages. Der Verteilungskampf im Landeshaushalt beispielsweise wird beim konkreten Einzelbetrag doch nicht deshalb kleiner, weil jetzt für eine konkrete und teure Energieeffizienzmaßnahme in einem bestimmten Gebäude ein Gesetz da ist, das abstrakt Klimaschutz zum Ziel hat, denn das abstrakte Ziel sagt doch für keine der vielen konkreten Einzelfallentscheidungen und damit Einzelfallabwägungen irgendetwas darüber aus, wie die einzelne Haushaltsdiskussion dann im konkreten einzelnen Fall ausgeht.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Aber es wird eine Notwendigkeit deutlich.)

Denn egal, wie viele Gesetze zum Klimaschutz dieser Landtag beschlösse, dass eine einzelne Haushaltsposition für eine konkrete Maßnahme wegen des Gesetzes unbedingt muss oder nicht darf, ist angesichts der Abstraktheit, die Sie eben beschrieben haben, von Klimaschutzzielen und der Komplexität der auf diese Ziele Einfluss nehmenden Faktoren niemals nachvollziehbar darlegbar. Es bleibt auch weiterhin in jedem Einzelfall eine Entscheidung dieser Einzelfälle. Und es bleibt in jeder dieser Einzeldiskussionen eine politische Abwägung, die nicht vorab schon endgültig entschieden ist.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Auch das ist richtig.)

Das gilt dann im Übrigen in gleicher Weise für einen Anschluss- und Benutzungszwang. Dieser wird eine Einzelfalldiskussion vor Ort immer auslösen, immer, und er wird auch immer – auch wenn das eben schmerzhaft angesprochen ist – verfassungsrechtliche Grenzen einzuhalten haben. Die von Ihnen eben mit Sorge betrachteten Restriktionen für einen solchen Zwang sind in Teilen gerade auch diesen verfassungsrechtlichen Grenzen geschuldet. Das, meine Damen und Herren, wird auch

kein Klimagesetz mit einfacher Hand beiseitewischen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir diskutieren hier, wenn wir ganz ehrlich draufgucken, also in Wahrheit Symbolpolitik. Um da nicht missverstanden zu werden: Symbole können etwas unglaublich Bedeutsames sein. Sie haben es ja eben als Signal auch angesprochen, indem Sie sagen, da wird eine Gewichtung deutlich. Aber sie lösen kein Problem, sondern sie sind und bleiben ein Symbol.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, Symbole stehen meistens am Anfang einer Diskussion, zuweilen sind sie ein ganz wunderbarer Ersatz zu Beginn von Aktivitäten, um das am Anfang noch fehlende Erfolgserlebnis zu ersetzen. Aber wir stehen gerade nicht am Anfang in diesem Land, ganz im Gegenteil, wir sind bei einer Vielzahl von Maßnahmen sehr konkret und schon durchaus länger unterwegs. Und bei der Abwägung, wofür setze ich unsere begrenzten Ressourcen beispielsweise im Haushalt ein, für ein mehr oder minder kraftvolles Signal, ein Symbol oder für ein konkretes Handeln, ist mir das Handeln dann wiederum wichtiger.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nochmals: Wir sind längst konkret in Einzelfällen unterwegs und wir tappen dabei auch nicht ziellos im Dunkeln. Das ist ja Ihre Sorge. Der Bund hat sich auch kraft internationaler Verpflichtungen auf den Weg gemacht, eine Treibhausgasminderung um mindestens 40 Prozent gegenüber dem Stand 1990 bis 2020 zu erreichen. Und auf diesem Weg sind wir in Mecklenburg-Vorpommern dem Bund mit konkreten Maßnahmen gefolgt.

Deshalb haben wir in Mecklenburg-Vorpommern den "Aktionsplan Klimaschutz" - der Ihnen auch vertraut und bekannt ist - der Landesregierung. Dessen Fortschreibung wurde zuletzt im Rahmen der Energiepolitischen Konzeption für Mecklenburg-Vorpommern beschlossen. Zugleich machte die Energiepolitische Konzeption den überarbeiteten, evaluierten "Aktionsplan Klimaschutz" zu seinem integralen Bestandteil. Die Evaluierung dieses Planes im Jahr 2015 erfolgte im Rahmen einer Ressortbeteiligung und unter Einbeziehung diverser externer Partner. Es wurden 13 Aktionsfelder und 42 Aktionen überarbeitet. 7 Aktionen wurden gestrichen, 8 Aktionen abgeschlossen, 25 wurden neu aufgenommen. Um das mal ganz konkret zu vergleichen: Nach der Evaluierung 2012 gab es 68 Aktionen, nach der in diesem Jahr gibt es zwischenzeitlich 86 Aktionen im Klimaschutzplan.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden mit der in Gründung befindlichen Energie- und Klimaschutzagentur in Mecklenburg-Vorpommern in den kommenden Monaten einen weiteren Akteur für den Klimaschutzbekommen. Das wird nochmals die Umsetzungsfähigkeit des "Aktionsplanes Klimaschutz" erhöhen. Damit wird aber vor allem ein weiterer konkreter Baustein für die Umsetzung von Klimaschutz entstehen, kein abstrakter Programmsatz dafür, sondern ein konkret und in den Mühen der Ebene auf Umsetzung angelegter Baustein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung setzt in konkreten einzelnen Vorhaben Klimaschutz Stück für Stück um, ebenfalls in den Mühen der Ebene, in konkreten Einzelfällen und nicht abstrakt. So haben wir im Zuge der Haushaltsverhandlungen – nach meiner Erinnerung im Energieausschuss – bereits detaillierter die zu-

sätzlichen haushalterischen Möglichkeiten für das BBL für Klimaschutz- und Energieeffizienzmaßnahmen im Baubereich dieser Landesregierung diskutiert, mit neuen Haushaltsmöglichkeiten bei Neubaumaßnahmen, aber vor allem auch mit zusätzlichen neuen Mitteln für Bestandsergänzungen. Auch hier hilft dem Klima die konkrete Bemühung deutlich mehr als der abstrakte Programmsatz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir uns bei der Fortschreibung des Landesraumentwicklungsprogrammes mit dem Schutz besonders hochwertiger Böden befassen, wenn wir dabei Grundwasservorkommen für die künftige Wasserversorgung bewusst in den Blick nehmen und Schutzstadien bemühen, wenn wir die Innenentwicklung von Gemeinden vor die Außenentwicklung stellen - im Übrigen nicht immer nur vergnügungssteuerpflichtig in den kommunalpolitischen Alltagsdiskussionen -, dann ist alles das dem Ziel der Verringerung von Bodenversiegelung geschuldet, aktiver und gelebter Klimaschutz dieser Landesregierung. Auch dieser dürfte praktisch deutlich wirksamer werden als ein abstrakter Programmsatz in einem Gesetz, das diese Konkretheit eben nicht erreichen kann. Das ist ja gar kein böser Vorwurf, das ist Gesetzen in dieser Konkretheit nicht möglich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind also in vielfältiger Weise auf dem Weg, konkret und im operativen Tagesgeschäft. Das gilt auch für die aus EU-Mitteln gespeisten Klimaschutzrichtlinien, mit denen wir Kommunen und Unternehmen Hilfe gewähren, wenn Klimaschutzmaßnahmen in den einzelnen Unternehmen, den Kommunen umgesetzt werden, und damit im Übrigen diese oft erst praktisch realisierbar machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Einwände der jetzt folgenden Debatte kann ich mir in etwa vorstellen

> (Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Na gut!)

und meine Antwort ist da schon mal proaktiv ganz entspannt: Na klar, mehr geht immer. Der Vorwurf wird doch sein: Es geht mehr. Na klar geht immer mehr, das geht in allen Themenfeldern, es geht immer mehr. Aber ein abstraktes Gesetz bietet dieses Mehr eben nicht. Das Mehr wird nur durch viele weitere kleine Einzelschritte erreicht. Auch an denen arbeiten wir Stück für Stück weiter, an konkreter Hilfe und Umsetzung also. Lassen Sie uns nicht in Symbolpolitik zurückfallen! Da sind wir hier im Lande schon seit vielen Jahren deutlich weiter, im Übrigen auch in diesem Hohen Haus, wenn ich beispielsweise auf die breite, wirklich breite Unterstützung der erneuerbaren Energien hier bei Ihnen und bei uns blicke. Auch das ist dieser politisch gelebte und konkrete Klimaschutz im Kleinen und Konkreten, da, wo er durchaus dann auch mal wehtut, weil diese Maßnahmen nicht nur auf ungeteilte Zustimmung stoßen.

> (Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Findet sich im Aktionsplan übrigens kaum wieder.)

Deswegen ist er in der Energiepolitischen Konzeption, denn der Aktionsplan ist deren Bestandteil und in der Energiepolitischen Konzeption werden Sie umfangreich Dinge zu Windkraft und erneuerbaren Energien finden.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ist nur noch rudimentär vorhanden.) Mir ist bewusst, dass der Gedanke, das ginge alles mit dem einen großen, wahren Gesetz, total verführerisch ist, aber ich bin sicher, dass es eben nicht die anstrengende Detailarbeit überflüssig machen wird. Lassen Sie uns daher bitte beim bisherigen Weg der harten Kärrnerarbeit im Konkreten hier im Land bleiben und lassen Sie uns den Glauben an Placebos beiseitelegen! – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Viel Erfolg in der Diskussion!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Jürgen Seidel für die Fraktion der CDU.

**Jürgen Seidel**, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Jaeger, ich habe mich jetzt ein ganz klein bisschen über Ihre Eingangsrede gewundert, insofern, als ich vor ungefähr noch zwei Stunden die Gelegenheit hatte, die Morgenzeitung zu lesen. Dort prangte mir entgegen, die Opposition beschwert sich darüber, dass so viele Gesetzentwürfe der Landesregierung auf dem Tisch liegen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das war ich aber.)

Ach, das war der Herr Holter!

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Waren wir gar nicht.)

Waren Sie nicht? Schade!

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Jetzt können Sie sich mal über unseren beschweren. Ist das nicht herrlich? – Zuruf von Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie gehören ja trotzdem zur Opposition, und insofern glaube ich, dass die Intention bei Ihnen auch da ist. Und da habe ich mir gleich so spontan gedacht, man kann Ihnen ja entgegenkommen. Insofern lehnen wir erst mal Ihr Gesetz ab und dann haben wir schon eins weniger.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Ich weiß, das wäre jetzt zu billig, das so zu begründen,

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja. Ja.)

aber ganz im Ernst, Herr Jaeger,

(Zuruf von Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

der Minister hat sehr im Detail die Dinge schon angesprochen, die muss ich auch nicht alle wiederholen. Aber Sie haben ja wie ich die Gelegenheit gehabt, im Energieausschuss über die Dinge zu reden. Wenn ich richtig informiert bin, waren Sie auch beteiligt an der Erarbeitung des Energiekonzeptes, wo Sie sich jetzt – das habe ich zumindest in der Begründung, glaube ich, irgendwogelesen – darüber beschweren, dass da nur 4 Seiten Klimateil enthalten sind. Diese Beschwerden habe ich

vorher von Ihnen nicht gehört. Ich glaube auch nicht, dass es jetzt darauf ankommt, was weiß ich, statt 4 Seiten 20 Seiten oder so was dort aufzuschreiben. Das ist nicht der Punkt.

Ich glaube, und das will ich gerne bestätigen, dass die Landesregierungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern sehr konsequent und auch sehr planmäßig vorgegangen sind im Bereich des Klimaschutzes. Bei aller Bescheidenheit darf ich jetzt für mich in Anspruch nehmen, dass ich 1996 – da habe ich die Ehre gehabt, Umweltminister zu sein – das erste Klimaschutzkonzept für Mecklenburg-Vorpommern erarbeitet habe. Die Nachfolgerin konnte es dann der Öffentlichkeit vorstellen. Und das hat sich fortgesetzt, Sie haben es gesagt, mit dem "Aktionsplan Klimaschutz". Der hatte zunächst 55 Maßnahmen, hat heute, das haben wir im Ausschuss gerade gehört, ich glaube, 69 Maßnahmen. Also da wird weiter gearbeitet.

Jetzt kann man darüber philosophieren, das gebe ich ja gerne zu, ob über die Evaluierung jetzt schon in einer solch reinrassigen Form, wie man sie sich vielleicht wünschen kann, im Ausschuss berichtet wurde, aber zumindest hatte ich das Gefühl, dass auch für die weitere Zukunft hier Maßnahmen dazukommen sollen, dass also an diesem Thema gearbeitet wird. Ich glaube, das sollte uns einen, das ist wichtig. Ich bin der Meinung, dass man so ohne Weiteres mit einem Gesetz keine Verbesserung des Zustandes erreichen wird.

Und jetzt lassen Sie mich das sagen: Wir haben auch ein bisschen geguckt, das ist ja ganz klar. Das Gesetz ist ja nun auch bloß mehr oder weniger übernommen worden, ich glaube, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen haben Pate gestanden. Man muss dann schon ein bisschen mehr auf das Land ...

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Warum ist denn das schlecht?)

Weil es wichtig ist, auf das Land Mecklenburg-Vorpommern zu schauen. Hier tragen wir Verantwortung.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja, aber was passt denn da nicht auf Mecklenburg-Vorpommern? – Zuruf von Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und Nordrhein-Westfalen passt nicht ganz auf unsere Verhältnisse.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Aber was passt denn nicht auf Mecklenburg-Vorpommern?)

Ja, wissen Sie, Frau Schwenke, wenn ich Ihnen das jetzt erklären muss, was die Unterschiede zwischen Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern sind,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Nein, was passt an dem Gesetz nicht auf Mecklenburg-Vorpommern?)

dann sitzen Sie aber ein paar Jahre zu lange im Landtag, muss ich mal sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Das ist ja was ganz anderes.) Also insofern will ich das jetzt beziehen auf die Aktivitäten.

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

Ich habe den Aktionsplan erwähnt, es gibt einen Landesatlas Erneuerbare Energien. Wir sind eigentlich viel weiter in diesem Bereich, als manche glauben, und sollten uns da auch gar nicht runterreden, was ja nicht heißt, dass man nicht immer wieder schlauer werden kann.

Und nun komme ich auf meine Eingangsbemerkungen zurück: Es macht doch wirklich keinen Sinn, drei Monate vor dem faktischen Ende dieser Legislatur hier ein Gesetz hinzulegen. Sie wissen selbst, Sie haben es auch mitbeschlossen, dass wir im Ausschuss gar nicht die Kapazitäten haben. Da müssten wir jetzt andere Dinge, die wir gerade vor einer Woche beschlossen haben, wieder streichen, um ein solches Gesetz zu bearbeiten.

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern glaube ich schon, man kann ja gerne Ihren Gesetzentwurf auf den Tisch legen und vielleicht wird sich die nächste Regierung, wie immer sie dann auch zusammengesetzt ist, im Rahmen von Koalitionsverhandlungen damit beschäftigen. Das will ich gar nicht in Abrede stellen. Also insofern glaube ich, jetzt ist der falsche Moment, und ich muss Ihnen andeuten oder signalisieren, dass wir dieses Gesetz ablehnen werden. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Minister Harry Glawe: Das war hart. Das war hart. – Zuruf von Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Seidel.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke für die Fraktion DIE LINKE.

**Dr. Mignon Schwenke**, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Herr Seidel, Sie brauchen mir nicht zu erklären, was der Unterschied zwischen Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern ist.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Der Punkt ist, dass ich gefragt habe, was in diesem Gesetz nicht auf Mecklenburg-Vorpommern passt. Das ist eigentlich die Frage, um die es geht, und nicht, was ist der Unterschied zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen.

(Heiterkeit bei Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau.)

Und dann habe ich jetzt gelernt, auch zum wiederholten Male, bei der Rede des Ministers, dass Juristen Bedenkenträger und nie um Ausreden verlegen sind.

(Torsten Renz, CDU: Das ist aber sehr pauschal. – Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD) Ja, pauschal. Gut.

(Zurufe von Egbert Liskow, CDU, und Beate Schlupp, CDU)

Das ist zumindest eine Schlussfolgerung, die ich aus der Rede gezogen habe.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Auf jeden Fall sind Sie nie um Ausreden verlegen, Herr Minister.

(Torsten Renz, CDU: Frau Borchardt ist auch Juristin. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Aber ich spreche Ihnen auch nicht die Kreativität ab, auch was die Verfassungskonformität betrifft, wenn es um Dinge geht, die Ihnen selbst wichtig sind.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legt uns einen Gesetzentwurf zum Thema Klimaschutz vor. Zweck des Gesetzes soll es sein, verbindliche Klimaschutzziele für unser Bundesland festzulegen und einen rechtlichen Rahmen für die Belange des Klimaschutzes zu bestimmen. Dabei soll dieses Gesetz eine koordinierte Umsetzung wirksamer Maßnahmen zum Klimaschutz ermöglichen.

Gleich zu Beginn möchte ich sagen, dass wir, die Linksfraktion, der Überweisung in die Ausschüsse zustimmen.

(Egbert Liskow, CDU: Das war klar.)

Wir haben in der vergangenen Sitzung des Energieausschusses über den "Aktionsplan Klimaschutz" gesprochen. Wir konnten sehr gut nachvollziehen, welche Maßnahmen nach Auffassung der Landesregierung bereits abgeschlossen sind beziehungsweise aus anderen Gründen gestrichen wurden. Aber wir konnten nicht erkennen, warum diese Maßnahmen gestrichen wurden, und eine Bewertung der Ergebnisse gibt es faktisch auch nicht. Kollege Buchta mühte sich wirklich redlich, den Aktionsplan in übergeordnete Klimaschutzziele einzuordnen, aber die Zielstellungen für unser Land bleiben nach wie vor schwammig und wenig ambitioniert. Daran ändert auch Ihre gegenteilige Beteuerung nichts, Herr Minister.

Das hat offenbar auch seinen Grund, wenn man sich die Entwicklung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in den letzten Jahren ansieht. Die sind nämlich nicht zurückgegangen, trotz der großen Anstrengungen bei der Energiewende.

Mit anderen Worten, wir begrüßen, dass der Gesetzentwurf zur Förderung des Klimaschutzes die Lücke zwischen gesetzlich verankerten Zielen, der koordinierten Umsetzung der Maßnahmen und deren Kontrolle sowie einem begleitenden Monitoring schließt. Der "Aktionsplan Klimaschutz" wäre dann nicht mehr nur ein Maßnahmenpaket, dessen Umsetzung im Prinzip jedem Ressort und anderen Akteuren im Land überlassen bleibt und bei dem es auch nicht ganz so schlimm ist, wenn es mal nicht zur Umsetzung kommt, denn auch hier gilt, ohne Kontrolle und Bewertung der Wirksamkeit hilft der beste Aktionsplan nicht oder bleibt zumindest halbherzig.

Auch die Erarbeitung von Anpassungsstrategien an den nicht mehr zu verhindernden Klimawandel ist für uns sehr wichtig. Wie gesagt, ein Klimaschutzgesetz könnte diese Lücke schließen. Wir haben in einem unserer früheren Anträge ein solches Gesetz gefordert. Sie legen jetzt eines vor, liebe Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ich wiederhole es noch mal: Wir stimmen der Überweisung in die Ausschüsse zu. Aber wie das meist bei Gesetzentwürfen der demokratischen Opposition ist, wird die Koalition – das ist ja schon deutlich geworden – nicht über ihren Schatten springen können. Und der Zeitpunkt bis zur Wahl, der ist dafür überhaupt kein Argument, Herr Seidel. Ich finde, dann gilt das zumindest für die sieben Gesetze, die gestern hier schon auf dem Tisch lagen, ebenso. Ich finde, das ist eine vertane Chance in Sachen Klimaschutz, und das stellt Ihnen kein sehr demokratisches Zeugnis aus, meine lieben Kollegen von der SPD und der CDU.

(Egbert Liskow, CDU: Na, na, na!)

Dabei gäbe es aus Sicht unserer Fraktion durchaus einiges, was man diskutieren müsste. Zum Beispiel der Paragraf 2. Hier werden die Treibhausgase definiert, die in Mecklenburg-Vorpommern entstehen. Diese Definition entstammt dem Kyoto-Protokoll. Dabei fehlt zum Beispiel das seit 2012 reglementierte Stickstofftrifluorid. Auf indirekte Treibhausgase nach dem Montreal-Protokoll wird nicht eingegangen. Darunter fallen zum Beispiel die berüchtigten Stickoxide aus den Dieselabgasen, heiß diskutiert seit dem VW-Skandal.

Ebenso müssen aus Sicht meiner Fraktion die konkreten Klimaschutzziele in Paragraf 3 diskutiert werden. Gut finde ich das differenzierte Herangehen. Aber wie realistisch sind die Ziele? Und vor allem, was passiert, wenn sich die sektoral festgelegten Ziele als nicht erreichbar herausstellen beziehungsweise nicht erreicht werden? Sind Sanktionsmöglichkeiten angedacht beziehungsweise möglich oder bleibt das dann doch eher unverbindlich? In Paragraf 4 steht zwar, dass die Erreichung der Klimaschutzziele für die Landesregierung verbindlich ist, wenn aber zum Beispiel der festgelegte Beitrag für die Landwirtschaft nicht kommt, was geschieht dann?

Ein sehr heißes Eisen ist für mich und meine Fraktion der Paragraf 6 "Anschluss- und Benutzungsgebot". Ich selbst komme aus Greifswald und nicht nur da hat es eine lange und ausführliche Diskussion um den Anschluss- und Benutzungszwang der Fernwärme gegeben. Wir haben dort zum Beispiel hineingeschrieben – und ohne das wäre es auch gar nicht gegangen –, dass wir Fortschritte bei der Dekarbonisierung erwarten.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Richtig.)

Außerdem ist es für mich fraglich, ob der Anschluss- und Benutzungszwang an Nah- und Fernwärmenetze extra in diesem Gesetz geregelt werden muss. Die Regelungen, die die Kommunalverfassung in Paragraf 15 "Anschluss- und Benutzungszwang" trifft, sind aus meiner Sicht ziemlich ausreichend und geben den Gemeinden die rechtliche Grundlage an die Hand, so etwas für ihr Gebiet inklusive Ausnahmeregelungen festzulegen. Auch darüber wäre zu reden.

Der Paragraf 7 "Aktionsplan Klimaschutz" dieses Gesetzentwurfes findet die Zustimmung meiner Fraktion. Das in

Paragraf 8 festgelegte Ziel einer klimaneutralen Landesverwaltung bis zum Jahr 2030 finden wir richtig, es ist sehr ambitioniert. Den Paragrafen 9 "Klimafreundliche Beschaffung" finde ich sehr gut. Da könnte die Landesregierung tatsächlich ihre Vorbildrolle erfüllen. Auch dazu haben wir schon mehrere Anträge gestellt, es hat Versprechen gegeben, ohne nennenswerte Wirkung. Auf die anderen Paragrafen möchte ich jetzt gar nicht weiter eingehen. Auch hier gibt es Zustimmungswürdiges und Regelungen, die man sich im Einzelnen noch mal anschauen müsste.

Angesichts der Beschlüsse von Paris, die aber nichts wert sind, wenn sie nicht verbindlich in nationales Recht umgesetzt werden, ist es Zeit, auch in Mecklenburg-Vorpommern vorwärtszukommen. Meine Fraktion fordert die Regierungsfraktionen auf, über ihren Schatten zu springen und ebenso wie wir dem Gesetzentwurf die Überweisung zu gestatten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Torsten Renz, CDU: In diesem Fall ist der Schatten zu groß.)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Dr. Schwenke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Rudolf Borchert für die Fraktion der SPD.

Rudolf Borchert, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Passend zum heutigen Tag und passend zum heutigen Gesetzentwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Deutsche Wetterdienst am Dienstag dieser Woche die neuesten Temperaturdaten veröffentlicht. Die Mitteltemperatur in Deutschland in den letzten 25 Jahren liegt inzwischen bei 9,2 Grad. Die erste Messung 1881 lag noch bei 7,8 Grad. Das heißt, wir haben eine Erwärmung von 1,4 Grad von 1881 bis 2015.

(Udo Pastörs, NPD: Hat es immer gegeben.)

Man mag da meinen, das ist ja nicht so viel, aber ich glaube, wer so etwas sagt, hat die Problemlage überhaupt nicht erfasst. Wir befinden uns nach wie vor auf einem ganz, ganz offensiven, expansiven Kurs der Erderwärmung, ein Prozess, der weiter voranschreitet, und die Hauptursache dafür ist von Menschen gemacht, die Hauptursache dafür ist die Verbrennung fossiler Energieträger und die damit verbundene  $\rm CO_2\text{-}Emission$ . Das ist die Ausgangssituation, meine Damen und Herren, und insofern haben wir auch die entsprechende Aktualität zum heutigen Thema.

Aber wie ist die Ausgangssituation bei der CO<sub>2</sub>-Emission in Mecklenburg-Vorpommern? Oder besser gesagt, wie war sie 1990? Laut CO<sub>2</sub>-Bericht der Landesregierung lag die CO<sub>2</sub>-Emission 1990 in Mecklenburg-Vorpommern bei 16,7 Millionen Tonnen. Das letzte Jahr, das jetzt praktisch gemessen ist und vorliegt – wir werden das am 6. April im Energieausschuss im Rahmen des aktuellen CO<sub>2</sub>-Berichtes zur Kenntnis bekommen –, ist das Jahr 2014 mit 10,78 Millionen Tonnen. Das heißt also, wenn ich 1990 mit dem Jahre 2014 vergleiche, dem letzten aktuellen Wert, habe ich eine Entwicklung von 16,7 Millionen Tonnen zu 10,78 Millionen Tonnen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Wir haben auch keine Industrie mehr.)

Wie bewerten wir das und wie müssen wir das bewerten? Dazu muss man erst Folgendes wissen: Es ist wichtig, bereits 1995 waren wir runter auf 10,27 Millionen Tonnen. Was will ich damit sagen? Seit 1995 bis heute ist die CO<sub>2</sub>-Emission in Mecklenburg-Vorpommern relativ konstant. Gerade in den letzten Jahren gibt es leider keine Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Mecklenburg-Vorpommern, sondern wir befinden uns praktisch knapp unterhalb der 11 Millionen Tonnen. Ich halte diese Entwicklung für problematisch, weil eigentlich eine Reduzierung von CO<sub>2</sub> angesagt sein müsste und nicht eine konstante Fortschreibung, die tendenziell auch leicht zu einem Anstieg führen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geholfen haben uns die erneuerbaren Energien. Durch den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien in Mecklenburg-Vorpommern haben wir eine CO<sub>2</sub>-Vermeidung seit 1995 von sage und schreibe 5 Millionen Tonnen. Was will ich damit sagen? Ohne den Ausbau der erneuerbaren Energien würden wir jetzt wieder bei der CO<sub>2</sub>-Emission liegen im Jahr 1990. Insofern haben wir natürlich eine wichtige Stellschraube mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien bei uns in Mecklenburg-Vorpommern vergleichsweise auch zu anderen Ländern sehr gut vorangetrieben. Das ist auch sicherlich einer der Gründe, warum die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Mecklenburg-Vorpommern vergleichsweise niedrig sind.

Der Hauptgrund allerdings ist natürlich die bekannte geringe Industriedichte von Mecklenburg-Vorpommern. Vergleichen wir uns mal mit Deutschland insgesamt, wo wir stehen, auch interessante Zahlen: Wir haben in Deutschland eine CO2-Emission von circa 960 Millionen Tonnen. Da möchte man meinen, bei uns sind es nur knapp 11, dieses Thema geht uns eigentlich nichts an. Das könnte dazu verleiten. Pro Kopf liegen wir bei 8 Millionen, bundesweit bei 12. Auch daraus könnte man ableiten, wir sind doch Klimaschutzweltmeister, was geht uns das Thema an. Ich möchte dem entschieden entgegentreten. Auch wir in Mecklenburg-Vorpommern müssen unseren Beitrag leisten für die Erfüllung der nationalen Klimaschutzziele, und die sind klar definiert: bis 2020 minus 40 Prozent zu 1990 und 2050 minus 80 Prozent gegenüber 1990. Ich gehe davon aus, dass die Klimaschutzziele der Bundesregierung – das ist angekündigt – noch mal korrigiert werden müssen aufgrund der Beschlüsse von Paris, die ja vorsehen, dass wir nicht 2 Grad Erwärmung halten wollen, sondern die 1,5 Grad anstreben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn das so ist, muss man schon feststellen – das haben wir im Energieausschuss auch gemacht, übrigens Redner aus allen Fraktionen –, dass die jetzige Zielsetzung 40 plus, das heißt, die Minimierung um 40 Prozent gegenüber 1990, kritisch zu hinterfragen ist, weil sie zum einen fast erfüllt ist, also die Reduzierung um 40 Prozent. Minus 7 Millionen, wenn ich mal runde, dann müssten wir jetzt bei 11 Millionen liegen. Wir liegen knapp bei 11 Millionen, dann wären wir ja schon fast bei dem, was wir in unserer eigenen Zielsetzung haben. Die Frage ist: Was wollen wir dann noch leisten zwischen 2040 und 2020, wenn wir jetzt schon fast das Ziel erreicht haben? Das ist allemal ein Grund zu hinterfragen, ob 40 plus wirklich noch zeitgemäß ist.

Und es gilt auch die Frage zu beantworten: Ist es denn nicht vielleicht notwendig, eine weitere Zwischenzielsetzung vorzunehmen? Wir haben momentan nur das Ziel 2020 und dann, abgeleitet aus der bundesdeutschen Ziel-

setzung, 2050. Ich bin der Meinung, wir müssen über Zwischenschritte diskutieren, eine Klimaschutzzielsetzung für 2030 möglicherweise, auch für Mecklenburg-Vorpommern, denn es wird nur in Schritten geschehen können.

Was ich allerdings für solch eine Zielsetzung erwarte, ist, dass sie zwar anspruchsvoll ist, allerdings auch nachvollziehbar transparent, und sie muss realistisch sein. Insofern mein Kritikpunkt am Gesetzentwurf BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Eine durchschnittliche Pro-Kopf-Emission in Mecklenburg-Vorpommern von vier Tonnen, das mag, Herr Jaeger hat es erläutert, vielleicht noch für Rostock ohne Steinkohlekraftwerk machbar sein, ist aber aus meiner Sicht - wir haben ja nur noch vier Jahre, fünf Jahre – für Mecklenburg-Vorpommern insgesamt nicht zu erreichen, denn das wäre ja eine Halbierung der jetzigen CO<sub>2</sub>-Emission von fast elf Millionen auf fünf oder sechs Millionen. Und da mag der "Aktionsplan Klimaschutz" ich komme noch dazu - noch so gut sein, ich glaube, das würde nicht dazu führen, und ein Klimaschutzgesetz im Übrigen auch nicht. Also mir geht es hier ganz klar auch um realistische Ziele.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen aber nicht nur eine kritische Überprüfung unserer eigenen Zielsetzung, sondern wir brauchen natürlich auch konkrete landespolitische Maßnahmen, mit denen man diese Ziele erreichen kann. Ganz klar, dafür gibt es zwei Möglichkeiten: Neun oder zehn andere Länder gehen inzwischen den Weg über Klimaschutzgesetze, wir gehen den Weg über den "Aktionsplan Klimaschutz". Diese zwei Möglichkeiten gibt es. Beide Wege haben Vor- und Nachteile.

Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass wir in der SPD - ich selbst war daran beteiligt - im Jahre 2010, also vor dieser Legislaturperiode, als es üblicherweise um das Regierungsprogramm der SPD ging, für diese Legislaturperiode natürlich auch diese Frage diskutiert haben: Wollen wir uns für den Zeitraum 2011 bis 2016 das Ziel setzen, ein Klimaschutzgesetz zu schaffen? Wir haben es 2010 verneint und ich bin der Meinung, das war eine richtige Entscheidung, ich stehe auch dazu. Wir haben uns ganz bewusst für dieses Instrument "Aktionsplan Klimaschutz" entschieden und sehen uns dabei durchaus bestätigt, auch durch die Beratung in der letzten Energieausschusssitzung am 2. März, wo wir noch mal überzeugend dargelegt bekommen haben, wie wir, auch praktisch belegt, in 7 Aktionsbereichen, 18 Aktionsfeldern und mit 86 Einzelmaßnahmen, wenn ich es richtig überblickt habe, wirklich gute Ergebnisse bisher erreicht haben und gute Voraussetzungen haben für die weiteren Herausforderungen des Klimaschutzes.

Ob es letztendlich reichen wird, meine Damen und Herren, wird im Übrigen nicht nur von Einzelinstrumenten abhängen, sondern nach meiner Meinung geht es auch um die Frage: Gelingt es uns, den Vierklang von vier wichtigen Säulen, vier wichtige Voraussetzungen von erfolgreichem Klimaschutz in Mecklenburg-Vorpommern praktisch umzusetzen?

Was meine ich damit? Es geht nicht nur um Einzelmaßnahmen. Man braucht ein Gesamtkonzept, das nach meiner Meinung aus vier Säulen bestehen muss.

Erste Säule: der schnellstmögliche Ausbau der erneuerbaren Energien

Zweite Säule: Energieeffizienz

Dritte Säule: Verkehrswende, schnellstmöglicher Ausbau der E-Mobilität

Und viertens: eine Wärmewende mit der schnellstmöglichen Ablösung der fossilen Energieträger durch die erneuerbaren

Diese vier Säulen gehören zusammen und diese vier Säulen sind die Voraussetzung für erfolgreichen Klimaschutz. Und egal, ob man es über den "Aktionsplan Klimaschutz" macht oder über ein Klimagesetz, dieser Vierklang muss die Grundlage sein für die Bundespolitik und für europäische Politik, wenn wir weltweit die Klimaschutzziele von Paris erreichen wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden als SPD heute den Gesetzentwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ablehnen,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Auf der nächsten Sitzung.)

weil wir zurzeit – ich betone: zurzeit – noch keine Notwendigkeit für ein Klimaschutzgesetz für Mecklenburg-Vorpommern sehen. Ob es zukünftig notwendig sein wird, das wird zu einem anderen Zeitpunkt zu beraten und zu entscheiden sein. – Insofern bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Borchert.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Andrejewski für die NPD-Fraktion.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zwar ist noch nicht zweifelsfrei nach wissenschaftlichen Kriterien bewiesen, dass ein Klimawandel stattfindet und dieser durch menschliche Aktivitäten – oder "anthropogen", wie es im Gesetzentwurf heißt – verursacht wird. Wenn das Ganze ein rein akademisches Problem wäre, könnte man auch noch weiter sorglos forschen. Das einzige Problem, das die entsprechenden Wissenschaftler hätten, wäre, dass ihnen jemand anders mit den Forschungsergebnissen zuvorkommt. Allerdings befinden wir uns mitten in der realen Menschheits- und auch Erdgeschichte und da müssen hinreichende Wahrscheinlichkeiten ausreichen, um aktiv zu werden.

Das ist schon bei einer möglichen Erdklimaerwärmung von 2 Grad der Fall. Hier dürfte es noch Gewinner und Verlierer geben, wobei wir aber nicht sagen können, auf welcher Seite sich dann Deutschland finden wird. Bei 4 Grad wird es keine Gewinner mehr geben, sondern höchstens noch ein paar überlebende Zivilisationsinseln hier und da. Und bei 6 Grad – das halten seriöse Wissenschaftler auch für möglich, dass es bis 2100 zu einer Erwärmung von 6 Grad kommen könnte –, da könnte dann der australische Autor Clive Hamilton mit den Thesen, die er in seinem Buch "Requiem for a Species" dargelegt hat, recht haben, das könnte sogar zum Aussterben der Menschheit führen oder zumindest zu einer Rückreise ins Neolithikum oder Mesolithikum.

Um sich gegen ein solches Schicksal zu wappnen, bringt es aber nichts, wenn Deutschland wie in der Einwanderungspolitik vorprescht, sich untragbare Lasten aufbürdet, während sich andere Länder vornehm zurückhalten. Im vorliegenden Gesetzentwurf ist die Rede von Klimazielen, Emissionsreduzierung, Förderung der erneuerbaren Energien und auch langfristigen, jahrzehntelangen Selbstverpflichtungen, aber es ist nicht die Rede von den Auswirkungen, die diese Maßnahmen auf Industrie und Wirtschaft haben.

Wenn Deutschland die eigenen produzierenden Betriebe und auch die eigenen Steinkohle- und Braunkohlekraftwerke in viel höherem Maße mit Klimaschutzvorschriften belastet, als andere dies tun, schwächen wir unsere ökonomische Kraft, ohne dass dies dem Klimaschutz zugutekommt, denn was wir nicht emittieren, das machen dann andere.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Wie viel wir machen, hängt daher auch immer davon ab, was konkurrierende Volkswirtschaften auf sich nehmen.

(Udo Pastörs, NPD: Tja!)

Das lässt sich aber nicht voraussagen, schon gar nicht auf Jahrzehnte. Deshalb darf sich Deutschland auch nicht auf Jahrzehnte selbst binden, wie es dieser Gesetzentwurf vorsieht. Das heißt, weil wir nicht wissen können, was die anderen mitmachen, müssen wir uns offenhalten, dass wir uns auch nicht mehr belasten, als das die anderen tun. Es hängt von Verhandlungen ab.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Und wenn die anderen sagen, das interessiert uns alles nicht, uns geht es nur um unser Wirtschaftswachstum, wir emittieren, bis das Klima umkippt, dann können wir uns da zwar raushalten und die Musterknaben spielen, dann werden wir aber die negativen Folgen des Klimawandels genauso erleben wie die anderen, nur dass vorher unsere Wirtschaft zusammenkracht.

Das heißt, diesem Gesetzentwurf stimmen wir nicht zu. Wir sind zwar keine Klimaleugner – das kann man auf unser Sündenregister noch nicht schreiben, wir sehen die Gefahren durchaus –, man muss es aber auch alles realistisch anpacken.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Jaeger für die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die grundsätzliche Frage steht doch: Ist das Thema Klimaschutz wirklich ein existenzielles Problem für die Menschheit oder ist es das praktisch nicht? Und ich glaube, wenn wir uns draußen in der Lobby dazu bei einem Glas Rotwein zusammensetzen würden, kämen andere Ergebnisse heraus als jetzt hier am Mikro.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Durch den Rotwein.)

Ich glaube ernsthaft, dass es ein existenzielles Problem ist, und das hat auch der Vertrag von Paris vorausgesetzt. Wer dieser Erkenntnis folgt, weiß, wir haben jetzt noch 10 oder 15 Jahre, dann ist das Thema durch.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Wer allerdings glaubt, das ist alles noch nicht wissenschaftlich bis ins Letzte erwiesen, es könnte auch noch ganz anders kommen und es könnte ja die Wirtschaft negativ betroffen sein,

(Udo Pastörs, NPD: Könnte!)

der wird sozusagen sagen: Leute, lehnt euch zurück, wartet die Wahl in den USA ab! Wenn Donald Trump gewählt wird, könnt ihr eh alles vergessen. Der räumt in eine ganz andere Richtung alles ab. Dann brauchen wir eigentlich nur noch Dämme höher zu bauen, Zäune höher zu bauen, damit die Menschen, die vor den Klimaveränderungen fliehen, unser Land nicht erreichen.

(Udo Pastörs, NPD: So wird es kommen.)

Dann ist sozusagen ausgegeben, jeder macht seins.

Genau das wollen wir nicht. Und wir glauben, dass die deutsche Wirtschaft von dem Thema "Klimaschutz und Energiewende" profitiert. Die Zahlen, die wir sozusagen als Exportnation hinlegen, geben uns eindeutig recht. Die Theorie der Amerikaner – vor allen Dingen von Donald Trump – ist ja, niedrige Energiepreise würden zu einem massiven Wirtschaftswachstum führen. Das Gegenteil ist richtig. Hohe Energiepreise bedeuten, ich muss mehr Intelligenz reinstecken in bessere, effizientere Motoren. Und das gibt uns definitiv einen Vorteil weltweit.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wie gesagt, unsere Exportzahlen geben uns definitiv

Das Thema "Aktionsplan Klimaschutz": Herr Seidel, ausdrücklich noch mal Dank dafür, dass Sie das vorgelegt haben, aber in Ihrem eigenen Aktionsplan stand drin, dass jährlich die Ergebnisse vorzulegen sind. Das haben Sie gleich am Anfang der Legislaturperiode eingefordert. Da hat damals noch Volker Schlotmann die Entbürokratisierung ausgerufen und erklärt, das sei totaler Quatsch, man müsse so etwas nicht jährlich vorlegen. Jetzt haben wir das Jahr 2016 – ich glaube, wir haben das Argument ziemlich zu Anfang des Jahres 2012 gebracht –, jetzt wird die Überarbeitung vorgelegt. Und wenn Sie wissen, wann Sie den ersten Plan vorgelegt haben, jetzt kriegen wir die Überarbeitung, dann ist deutlich zu viel Zeit vergangen.

In diesem Plan, um ein Beispiel zu nennen, steht etwas zum CO<sub>2</sub>-Verbrauch der Dienstfahrzeuge der Landesregierung. Nun brauchen wir uns nicht darüber zu streiten, welche Auswirkungen der CO<sub>2</sub>-Verbrauch von Fahrzeugen der Landesregierung auf das Weltklima hat – nichts, null Komma frag mich nicht. Aber die Idee – deswegen steht es auch im Plan drin – ist die Vorbildwirkung auf andere, die sich Dienstfahrzeuge beschaffen, die das Gefühl haben, kann ich nicht auch einen Tick zulegen, wenn die Landesregierung es vormacht, ich kann trotzdem noch seriös wirken, muss nicht mit einem kleinen Fiat Panda vorfahren.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

habe aber trotzdem was fürs Klima getan.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Können wir auch gerne machen, aber wie gesagt, da gibt es Vorbehalte, egal.

Jedenfalls steht das Ziel ausdrücklich im "Aktionsplan Klimaschutz" drin. Jetzt ist es überarbeitet worden und siehe da, es ist nach wie vor drin. Aber die Ziele, die sich die Landesregierung gibt – wir hatten es hier heiß diskutiert und Heinz Müller hat da eine Tabelle hochgehalten und gesagt, Herr Jaeger, das ist sozusagen alles erledigt, wir haben das geleistet –, die finden Sie nirgendwo im Internet. Die können Sie nicht finden. Das ist eine interne Richtlinie von der Beschaffungsstelle, die handelt danach, aber das wird nicht verraten.

Das heißt also, das Ziel – und es geht wie gesagt nicht um das bisschen CO<sub>2</sub>-Einsparung von den 20 oder 50 oder wie vielen Fahrzeugen, sondern es geht um die Außenwirkung – ist komplett verfehlt. In der Überarbeitung dieses "Aktionsplans Klimaschutz" müsste doch drinstehen: Dringend erforderlich ist die Veröffentlichung und Bewerbung der hervorragenden Klimaschutzrichtlinie für die Beschaffung von Dienstfahrzeugen der Landesregierung. Dazu steht selbstverständlich nichts drin.

Und so könnten wir jetzt einzelne Maßnahmen durchgehen, wo so ein bisschen angepasst wurde an das, was zurzeit sowieso im Land läuft. Es ist eine interessante Geschichte, wenn man sich mal informieren will, was im Land so läuft. Aber konkrete Handlungsanweisungen, was die Landesregierung verändern sollte, stehen da nicht drin.

Dann will ich noch auf ein paar Argumente der Debatte eingehen. Ich glaube, für die Wirkung - wir hatten ja auch eine ähnliche Sache vorgeschlagen - gehört Klimaschutz in die Landesverfassung. Das wissen Sie als Jurist. Wenn ich verschiedene Belange abwäge und zunehmend bestimmte Belange rechtlich gefasst sind, andere aber eher im Nebulösen bleiben, weil sie noch nicht mal irgendwo stehen, dann ist klar, wie ein Gericht entscheiden muss, weil es einfach sagt: Sorry, ihr habt da mal über Klimaschutz geredet, aber wo steht es denn, bitte schön? Einen Aktionsplan habt ihr, aber hier stehen Gesetze dem gegenüber. Die widersprechen eurem Anliegen. Ihr wollt mehr regenerative Energien machen, ihr müsst Flugsicherheit beachten, ihr müsst Artenschutz beachten - alles ganz wichtige Themen. Aber demgegenüber muss in der Abwägung auch das Thema Klimaschutz stehen, und dazu brauchen wir es in Gesetzesform an einer Stelle.

Warum keine Sanktionen? Weil wir sagen, es gibt ein breites Engagement in den Kommunen und wir brauchen dieses Engagement auch. Wenn wir sie sozusagen durch die Kulissen schieben müssen, dann wird da nichts draus. Und wir wollen im ersten Schritt ganz klar dieses Engagement von Landesebene aus absichern und sagen, wenn ihr Klimaschutzmanager einstellt, dann ist das definitiv eine Aufgabe, die wir zu den Pflichtaufgaben zählen. Wir werden euch nicht, wenn ihr keinen ausgeglichenen Haushaltsplan habt, reinschreiben: Sorry, das sind freiwillige Ausgaben, da könnt ihr wirklich mal sparen, das ist eine überflüssige Ausgabe.

Das wollen wir mit diesem Gesetz erreichen, dass wir das klar unterstützen und die Eigeninitiative der Kommunen vor Ort damit befördern. Das gilt auch für den Anschluss- und Benutzungszwang. Ich habe mir natürlich die Kommunalverfassung herausgesucht und da steht drin: "Die Gemeinde kann für die Grundstücke ihres Ge-

biets durch Satzung den Anschluss an die Wasserversorgung, die Abwasserbeseitigung, die Straßenreinigung, Einrichtungen zur Versorgung mit Fernwärme und ähnliche dem öffentlichen Wohl dienende Einrichtungen (Anschlusszwang) und die Benutzung dieser Einrichtungen und der öffentlichen Schlachthöfe (Benutzungszwang) vorschreiben, wenn ein dringendes öffentliches Bedürfnis dafür besteht."

Ist Klimaschutz ein dringendes öffentliches Bedürfnis? Ich sehe das zwar politisch ganz klar so, aber es gibt keinen rechtlichen Hinweis darauf. Das klare Bedürfnis ist die Daseinsvorsorge. Das wird dann sicherlich angeführt. Aber dort, wo es nicht greift, kann der Anschlussund Benutzungszwang für das erklärte Ziel unseres Gesetzes kippen, weil die Gegenseite sagt, ihr macht es doch nur, um die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen. Und hier steht ausdrücklich drin, die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Einrichtung begründet nicht diesen Anschlussund Benutzungszwang.

Deswegen, wenn wir es wollen und dieses Mittel den Kommunen weiterhin an die Hand geben wollen, brauchen wir aufgrund der fortgeschrittenen Initiativen auch der Gegner des Anschluss- und Benutzungszwanges dringend eine Klarstellung, dass für uns der Klimaschutz dazugehört. Wenn wir das in die Kommunalverfassung hineinschreiben, wäre dazu ein großer Beitrag geleistet.

Ich würde mir wünschen, dass wir uns intensiv in den Ausschüssen damit befassen. Wir können gerne über realistische Ziele reden, aber wozu wir dringend mal kommen sollten, sind Ziele, die uns fordern, und nicht Ziele, wo wir sagen können, na ja, denen laufen wir eher ein Stück weit hinterher, denn eigentlich werden wir immer nur vorgeführt, weil andere machen es noch besser und wir können sagen, wir waren äußerst realistisch, aber wir haben auch niemandem geschadet mit den Zielen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit und hoffe, in der nächsten Legislaturperiode geht es wirklich weiter mit diesem Gesetz. Auf Wiedersehen!

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Auf Wiedersehen!)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Jaeger.

Ich schließe die Aussprache.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/5194 zur federführenden Beratung an den Energieausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss und den Agrarausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es jemanden, der sich enthält? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der GRÜNEN, der NPD

(Stefan Köster, NPD: Nein, nein, nein, dagegen!)

und Gegenstimmen der, ...

(Michael Andrejewski, NPD: Dagegen!)

Dagegen, Entschuldigung.

... bei Gegenstimmen von SPD, CDU und NPD abgelehnt.

Der Gesetzentwurf wird gemäß Paragraf 48 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung spätestens nach drei Monaten zur Zweiten Lesung erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir unterbrechen jetzt die Sitzung für circa 30 Minuten, und ich berufe den Ältestenrat ein.

Unterbrechung: 10.17 Uhr

Wiederbeginn: 10.50 Uhr

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 21**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU – Mecklenburg-Vorpommern – Spitzenposition des ökologischen Landbaus in Deutschland weiter ausbauen, auf Drucksache 6/5193.

Antrag der Fraktionen der SPD und CDU Mecklenburg-Vorpommern – Spitzenposition des ökologischen Landbaus in Deutschland weiter ausbauen – Drucksache 6/5193 –

Das Wort zur Einbringung hat der Abgeordnete Herr Thomas Krüger für die Fraktion der SPD.

Thomas Krüger, SPD: Besten Dank.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Agrarminister Till Backhaus betont bei jeder Gelegenheit, dass Mecklenburg-Vorpommern das schönste deutsche Bundesland ist.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Das stimmt. – Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD: Wo er recht hat, hat er recht.)

Was für die einen ein Running Gag ist, ist für die anderen inzwischen ein Markenzeichen geworden – ein Markenzeichen dafür, dass unser Land vor allem mit seinen landschaftlichen Reizen punkten kann.

Zu den landschaftlichen Reizen gehört natürlich auch, dass die Nutzung der Natur im Einklang mit der einzigartigen Natur erfolgen muss. Vor diesem Hintergrund war es richtig, dass vor zehn Jahren das Landwirtschaftsund das Umweltministerium zusammengeführt wurden. Und es gab damals Menschen, die gesagt haben, ein so profilierter Landwirtschaftsminister, der jetzt noch den Umweltschutz dazubekommt – ob das wohl gut gehen würde?! Meine Damen und Herren, Till Backhaus hat gezeigt, dass sich diese Befürchtungen nicht bewahrheitet haben. Mehr noch, Mecklenburg-Vorpommern hat sich sowohl in ökologischer als auch in ökonomischer Hinsicht gut entwickelt.

Es ist wichtig, denn das Markenzeichen "Mecklenburg-Vorpommern ist das schönste deutsche Bundesland", das der

Minister ausgibt, ist ein Markenzeichen, das uns Urlauber ins Land bringt und das immer mehr dazu führt, dass Menschen zu uns kommen, die hier in Mecklenburg-Vorpommern leben wollen. Das ist aber auch ein Markenzeichen, das als Anspruch uns gegenüber, also der Politik gegenüber, zu verstehen ist. Heute stehen mehr als ein Drittel des Landes nach europäischem Recht unter einem Schutzstatus, um die Vielfalt der Arten und der besonderen Lebensräume zu erhalten. Dazu passt natürlich die Bewirtschaftung, der ökologische Landbau.

Unser Land steht heute im Bereich des ökologischen Landbaus bundesweit auf einem Spitzenplatz. Lediglich Brandenburg hat im Verhältnis zur Acker- und Grünlandausstattung mehr Fläche, die ökologisch bewirtschaftet wird. Bei uns sind das gut neun Prozent der Landesfläche, in Brandenburg sind es zehn Prozent, also ein Prozent mehr. Wenn wir uns dagegen den Bundesschnitt angucken: Im Bundesschnitt sind es gut sechs Prozent. Wie gesagt: wir neun Prozent, im Bundesdurchschnitt sechs Prozent.

Mitte letzten Jahres gab es bei uns im Land mehr als 1.000 Betriebe der Land- und Ernährungswirtschaft, die nach ökologischen Grundsätzen wirtschafteten. Auf mehr als 122.000 Hektar arbeiten landwirtschaftliche Betriebe nach den Regeln des Ökolandbaus. Das, meine Damen und Herren, ist ein Riesenerfolg. Aber Erfolge sind immer nur eine Zwischenstation. Wir wollen besser werden! Besser werden heißt bei uns, marktgerecht wachsen und nicht die Einführung von Ökozwangsquoten. Richtig ist, dass wir in den letzten Jahren eine wachsende Nachfrage nach ökologisch produzierten Lebensmitteln haben. Ebenso richtig ist, dass die Kunden, die ökologische Lebensmittel nachfragen, zunehmend preisbewusst sind. Die Folge ist, dass wir auch ökologisch produzierte Importwaren in deutschen Regalen finden.

Die Frage ist zu stellen: Was sind die Ursachen dafür, dass andere günstiger produzieren können als wir? Richtig ist, dass in anderen Ländern die Lohnstückkosten geringer sind und geringer sein können als in Deutschland. Das allein taugt als Begründung aber nicht, denn Lohnkosten sind nur ein Parameter, nicht der alleinige. Zudem kann es nicht Ziel sein, über den Lohn zu konkurrieren. Deutschland hatte immer nur dann die Nase vorn, wenn wir durch Qualität und Innovation überzeugen konnten.

Eine weitere Größe sind die Acker- und Grünlandkosten. Wir wissen, dass diese Kosten in den letzten Jahren deutlich gestiegen sind. Ein Preistreiber, darüber haben wir hier schon mehrfach diskutiert, ist die bundeseigene BVVG – ein Umstand, wie gesagt, den wir hier mehrfach bemängelt haben. Ich will das als Beispiel auch mal ausführen, was das bedeutet: Lagen die Pachtkosten in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2013 im Schnitt bei 184 Euro je Hektar, so lagen sie bei den BVVG-Flächen bei 318 Euro, also im Schnitt bei 184, bei der BVVG bei 318 Euro je Hektar, um 72 Prozent höher.

Zudem, meine Damen und Herren, gibt es bei uns strenge Auflagen für den Ökolandbau. Diese Auflagen kommen nicht nur vom Staat, sondern auch von den Ökoverbänden. Und richtig ist, dass es in Deutschland sehr strenge Kontrollen gibt. Letzteres ist wichtig, um das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher zu erhalten. Denn wenn bei uns Unregelmäßigkeiten öffentlich werden, liegt es nicht daran, dass so viel geschummelt wird, sondern daran, dass der, der versucht zu

schummeln, bei uns auffliegt. Nur so kann gewährleistet bleiben, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher bei den Bioprodukten das Vertrauen behalten.

Meine Damen und Herren, wir wollen mit unserem Antrag bekräftigen, dass auch der Landtag hinter dem Landesprogramm "Öko-Kompetenz Mecklenburg-Vorpommern 2020" steht. Verschiedene Akteure sind in unserem Land bemüht, eine stärkere Vernetzung der heimischen Landwirtschaft mit der Ernährungswirtschaft, der Gastronomie und dem Umweltschutz hinzubekommen. Hier wollen wir, dass stärker koordiniert wird, und das brauchen wir. Manchmal reichen schon kleine Aktivitäten aus, beispielsweise, dass die Hofladenbesitzer sich vernetzen, dass Gaststättenbetreiber, die regionale Produkte anbieten wollen, und Produzenten, die diese Produkte anbieten, sich kennenlernen, dass ein regionales Marketing aufgebaut wird und vieles, vieles mehr.

Und richtig ist auch, dass wir den ökologischen Landbau stärker in die berufliche Bildung mit einbinden wollen. In einem Gespräch mit einem Landwirt erzählte dieser mir, dass er sich nicht in der Lage sehen würde, auf ökologische Wirtschaftsweise umzustellen, schlicht und einfach, weil ihm das Know-how fehlen würde. Wir haben hier tolle Beratungsangebote, beispielsweise von der LMS. Wir müssen, glaube ich, aber noch besser werden und weitere Beratungen anbieten. Zudem ist es notwendig, immer auch zu schauen, ob die Förderung noch marktgerecht gestaltet ist.

Meine Damen und Herren, auch Öko muss sich lohnen. Alles in allem wollen wir einen Weg beschreiten hin zu mehr Öko in Mecklenburg-Vorpommern, einen Weg hin zu mehr Wertschöpfung in den ländlichen Regionen und einen Weg hin zu mehr nachhaltigem Wachstum. – Besten Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Krüger.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat das Wort der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Till Backhaus.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal herzlichen Dank für diesen Antrag, gerade auch in diesem Jahr vor dem Hintergrund der Agrarministerkonferenz, aber insbesondere der Diskussion, die wir gestern geführt haben, wie es eigentlich der Landwirtschaft und den ländlichen Räumen geht. Insofern bin ich wirklich sehr froh und dankbar, dass ich heute einige Ausführungen zum ökologischen Landbau in diesem Land, in unserem schönsten Bundesland der Welt, machen darf.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Gut, dass man so eine Fraktion im Rücken hat.)

Ja, es ist immer schön, wenn man eine starke und einheitliche Fraktion im Nacken hat, das ist so. Und wenn man dann auch noch befreundete Landwirte in diesem Raum sitzen hat,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir wissen sonst gar nicht, worüber wir reden können.)

auch aus anderen Fraktionen, dann ist das sehr angenehm. Wir werden ja hören, was wir heute noch so wahrnehmen können.

Eben ist über den Klimaschutz geredet worden. Wenn das Thema Landwirtschaft im Übrigen dabei nicht so wichtige Beiträge in der vergangenen Zeit geleistet hätte – Herr Jaeger,

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

dafür bin ich Ihnen auch dankbar –, nämlich mit dem Moorschutzprogramm

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau.)

oder mit dem Teil der Umstellung der Landwirtschaft auf ökologische Wirtschaftsweisen, dann hätten wir tatsächlich fast 60 Prozent der Reduktion der schädlichen Klimagase nicht erreicht. Die Landwirtschaft ist dabei ein sehr, sehr wichtiger Partner, die Waldwirtschaft im Übrigen genauso. Deswegen ist ökologische Landwirtschaft nicht nur im Trend, sondern sie leistet selbstverständlich einen hervorragenden Beitrag zum Klimaschutz. Was aber noch viel wichtiger ist und etwas aus dem Fokus verloren gegangen ist, sie leistet einen hervorragenden Beitrag – das wissen diejenigen – insbesondere zum Thema "Artenvielfalt und Biodiversität".

(Vizepräsidentin Regine Lück übernimmt den Vorsitz.)

Insofern sind der ökologische Landbau und die regionale Landwirtschaft ein Trend, im Übrigen dankenswerterweise auch durch die Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir haben in den letzten Jahren stabile Wachstumsraten, wir haben in den letzten Jahren eine stabile Preisentwicklung.

Es macht Sinn, auch hier im Lande – ausdrücklich über alle Grenzen der demokratischen Fraktionen hinweg – für den ökologischen Landbau zu werben und dies nicht als eine reine ideologische Diskussion zu führen. Das hilft uns nicht weiter, denn ein ökologischer Landwirt, der dieses Fach beherrscht, hat unsere höchste Anerkennung. Der kann im Übrigen selbstverständlich sofort in einen konventionellen Betrieb einsteigen. Insofern ist es die hohe Kunst der Agrikultur, den ökologischen Landbau zu beherrschen. Das gilt auch für die Zukunft. Ich bin dankbar, Thomas Krüger, für diese Hinweise.

Auch das ist Trend: Mecklenburg-Vorpommern ist das beliebteste Urlaubsland in Deutschland. Dieser Trend wird sich fortsetzen. Damit ist Landschaft, wenn man es so will, auf dem Teller. Die Landschaft auf den Teller zu holen und letzten Endes damit diesen Trend weiterzuentwickeln, halte ich für das Gebot der Stunde. Da werden wir auch weitere Entwicklungen anschieben. Qualität hat also einen Namen. Im ökologischen Landbau ist Mecklenburg-Vorpommern an der Spitze der Bewegung, das ist bereits gesagt worden. Im Übrigen habe ich heute Morgen noch mal mit Herrn Reimer gesprochen, auch vor dem Hintergrund der Diskussion, wie wir in der AMK weiterkommen.

Es ist auch ein Thema der Wirtschaftskraft. Die Landwirtschaft ist ein wichtiger Partner der regionalen Wirtschaft. Wir haben am Dienstag eine hochinteressante Veranstaltung bei uns im Hause gehabt. Über 30 Unternehmen haben sich vorgestellt. Die haben gesagt, das ist hier eine kleine BIOFACH Mecklenburg-Vorpommern gewesen. Ich war wirklich glücklich darüber, dass über 50 Landwirte da waren, die umstellungswillig sind. Ich prognostiziere für unser Land, dass wir doch eine erhebliche Zahl an umstellungswilligen Betrieben am 15. Mai bekommen werden, also ein großer Erfolg. Wenn man sich anschaut, welche Unternehmen und Branchen dabei waren: vom Gemüsebau über die Milchverarbeitung bis zu hochwertigen Ölen oder letzten Endes auch die Nachfragepotenziale aus unserem Land. Ich glaube, man darf an dieser Stelle auch mal sagen, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dieser Frage in den letzten Jahren einen sehr guten Job gemacht haben. Selbstverständlich ist es auch so, dass nichts so gut ist, als dass man es nicht besser machen kann.

Wenn der BUND ein Aktionsprogramm vorlegt, dann sage ich ziemlich kühn – wir haben dazu natürlich eine intensive Diskussion geführt bei uns im Hause –: 85/90 Prozent der Vorschläge, die in diesem Papier, in dem sogenannten Aktionsprogramm, drinstehen, sind in Mecklenburg-Vorpommern bereits umgesetzt. Insofern ist das für mich auch noch mal wichtig. Wir haben mittlerweile fast 1.100 Betriebe, die nach diesen ökologischen Grundsätzen wirtschaften oder verarbeiten. Auch das ist mir ganz, ganz wichtig. Wir haben auf der BIOFACH wieder erlebt, dass Mecklenburg-Vorpommern auf diesem Sektor, auch was die ökologischen Anbauverbände betrifft, höchst anerkannt ist. Und ich bin dem BÖLW ausdrücklich dankbar für die Diskussion, die wir geführt haben.

Ich will Sie heute schon einladen. Ich glaube, am 28. August werden wir in Rostock-Warnemünde die Bio-Erlebnistage machen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ich weiß.)

Leider müssen wir das jetzt alleine machen, weil sich der Bund aus dem Programm zurückgezogen hat. Wir werden es aber machen, das war immer ein voller Erfolg. Ich wünsche mir sehr, dass alle, die am ökologischen Landbau ein Interesse haben, daran mitwirken. Damit ist Mecklenburg-Vorpommern auch nicht nur auf das eigene Land konzentriert, sondern unsere Produzenten liefern heute in die gesamte Bundesrepublik und zum Teil deutlich darüber hinaus, das heißt, in die Ballungszentren, ob Hamburg oder Berlin. Und wenn ich das mal sagen darf: Wir sind in weiten Teilen Marktführer in Deutschland.

Die Gläserne Molkerei in Dechow, die ich selber angesiedelt habe, ist heute ein großer Erfolg. Oder wenn Sie sich Arla anschauen: Einer der größten multinationalen Konzerne der Europäischen Union ist in Mecklenburg-Vorpommern, stellt in seiner gesamten Palette zunehmend auf Ökomilch um und hat in den letzten Jahren erhebliche Investitionen getätigt. Auch da sind wir Marktführer in Deutschland und zum Teil in Europa. Oder die Mecklenburger Landpute: ein kleines mittelständisches Unternehmen, das sich in den letzten Jahren in der Geflügelproduktion erfolgreich entwickelt hat, insbesondere in der Hähnchenmast, oder die Waldpute, die sich zu Weihnachten einer großen Beliebtheit erfreut hat und vollständig ausverkauft war. Auch die Investitionen in

diesem Bereich sind erheblich, ob das primär in der Landwirtschaft ist oder letzten Endes natürlich auch durch die Förderung in der regionalen Verarbeitung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Beispiel von Stoffkreisläufen möchte ich an dieser Stelle nennen. Nun ist es immer wieder ein bisschen kolportiert worden, wir würden den Zug verpassen. Da muss ich noch mal sagen, Mecklenburg-Vorpommern ist in dieser Frage wirklich an der Spitze der Bewegung.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Defizite.)

Wir haben als Einzige in Deutschland eine reine Ökogetreidemühle. Wir haben als Einzige in Deutschland eine reine, ausschließlich auf Ökomilch ausgerichtete Molkerei.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Immer noch so wenig Verarbeitung.)

Den Betrieben in der Schweinehaltung werden diese Produkte aus dieser Verarbeitung, der Getreideverarbeitung, angeboten.

Oder wussten Sie eigentlich, dass wir mit den Ludwigsluster Fleisch- und Wurstwaren in Kooperation mit dem WWF und Edeka - egal, wie man zu Edeka steht und zu den Diskussionen um die Fusion mit anderen Unternehmen -, dass wir mit dem Marktnamen Ludwigsluster Fleisch- und Wurstwaren und BioLust tatsächlich Marktführer in Deutschland sind? Wussten Sie das? Das heißt, die Geschäfte von Edeka in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und auch bei Rewe - deutschlandweit gelistet sind wir Marktführer in diesem Bereich. Ich finde, das ist ein hervorragendes Beispiel. Oder wenn Sie sich einen großen Babynahrungshersteller anschauen, dann kann ich nur eines sagen: Wir sind - und er bürgt mit seinem Namen und mit seinem Sohn - Alleinlieferant bei weiten Teilen dieser Produkte. Wussten Sie das eigentlich? Insofern ist Mecklenburg-Vorpommern Natur pur. "Natur-Pur" – auch diese Marke gehört dazu. BIO Greno oder real BIO kommen aus Mecklenburg-Vorpommern, deutschlandweit.

Insofern kann man sich nicht hier hinstellen und sagen, wir würden den Zug verpassen.

## (Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man wird auch weitere Potenziale, insbesondere im Gemüsebereich, in diesem Jahr erschließen. Wir werden allein zusätzlich 100 Hektar Gemüse in diesem Jahr über die Mecklenburger Ernte im Biobereich bereitstellen. Auch da haben wir den größten Gemüsegarten – Bio! – in Deutschland. Das erfüllt mich mit Freude. Wir wollen deutlich machen, ja, im Biobereich spielt Mecklenburg-Vorpommern in der ersten Bundesliga und ist in weiten Teilen auf Platz eins.

### (Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch das freut mich natürlich. Wir wollen es weiter ausbauen. Insofern habe ich hier ausdrücklich das Konzept "Öko-Kompetenz Mecklenburg-Vorpommern 2020" vorgelegt, wo wir auch und insbesondere die Vernetzung,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: 2030!)

die Beratung und die Neuentwicklung von Produkten, Produktideen weiter vorantreiben werden.

Dann kommt der Hinweis, man möchte gerne ein Kompetenzzentrum für dieses Land entwickeln. Ich darf Ihnen heute sagen, wir sind mehr oder weniger gut aufgestellt. Die Ausschreibung hat stattgefunden. Ich habe mich über die Anträge sehr gefreut. Wir sind jetzt dabei, das Netzwerk in Richtung eines Ökokompetenzzentrums aufzubauen. Es werden über dieses Projekt mehr als drei Stellen bereitgestellt, und – auch das bitte ich zu berücksichtigen – wir werden über 18 Millionen Euro für die Beratung und Entwicklung in diesem Sektor, insbesondere im Biobereich, bereitstellen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Aus EU-Mitteln, nicht wahr?)

Kein anderes Bundesland macht das. Das ist, glaube ich, ein gutes Beispiel dafür, dass wir weiterkommen. Ob die biosanica Manufaktur, die Mecklenburger Ernte, die Ludwigsluster Fleisch- und Wurstwaren oder auch ausdrücklich die Störtebeker Braumanufaktur – alles renommierte Unternehmen dieses Landes, die beispielhaft nur für diesen Biosektor stehen.

Selbstverständlich haben wir an der einen oder anderen Stelle Schwachpunkte. Insbesondere die Hotellerie und Gastronomie sind gefordert, auch die Betriebskantinen oder ausdrücklich die Krankenhäuser. Ich fordere noch mal alle auf, sich hier zu engagieren, um damit in der Frage der Weiterentwicklung von Absatzpotenzialen zu guten Preisen für die Landwirtschaft voranzukommen.

Ich habe das gestern schon mal angedeutet: Ich finde, die Studie, die uns Herr Professor Hamm von der Universität Kassel am Dienstagnachmittag vorgelegt hat, hat deutlich gemacht, bio – ausdrücklich noch mal – und regional sind voll im Trend. Wenn ich das Beispiel nennen darf, das war heute gerade in den Medien: Wir sind mit die Ersten, die das Thema der Hähnchen, also der männlichen Hühner, der Hähne, lösen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Über 100.000 Hähnchen oder Hähne werden in Mecklenburg-Vorpommern mit aufgezogen. Auch da sind wir an der Spitze der Bewegung.

(Der Abgeordnete Wolf-Dieter Ringguth niest.)

Das scheint zu stimmen. Herr Ringguth, Gesundheit!

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Danke.)

Auch das ist ein Beispiel, dass wir unserer Verantwortung gegenüber der Schöpfung gerecht werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, dass wir auf der AMK einen ganz entscheidenden Schritt weiterkommen werden, was die Weiterentwicklung des ökologischen Kontrollsystems betrifft. Wir haben den Durchbruch. Die Länder haben jetzt unserem Vorschlag, der aus Mecklenburg-Vorpommern gekommen ist, zugestimmt. Wir werden, wenn man es so will, eine gemein-

same Arbeitsgruppe der Länder für die Überprüfung der ökologisch wirtschaftenden Betriebe zu einheitlichen Standards deutschlandweit bekommen und damit auch Handlungsempfehlungen umsetzen. Ich glaube, wir sind hier wirklich auf einem sehr guten Weg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man sich die Stärken und Schwächen des Landesprogramms anschaut, ist es, glaube ich, richtig, die Instrumente der Agrarpolitik auf die wachsenden Herausforderungen auszurichten, um den ökologischen Landbau auf ein besonders breites Spektrum abzuheben. Das ist wichtig und wir wollen es weiter ausbauen. Aber wir bewegen uns, wie überall in der Landwirtschaft und in der sonstigen Wirtschaft, in einem knallharten wirtschaftlichen Wettbewerb. Das dürfen wir bei allen wohlwollenden Begründungen nicht aus dem Auge verlieren. Das heißt, die qualitative Erhöhung muss mit einem nachhaltigen und marktgerechten Wachstum der Branche einhergehen, ansonsten werden wir übermorgen ähnliche Diskussionen haben wie im Bereich der konventionellen Landwirtschaft.

Trotz derzeit hoher – zum Glück hoher – Erzeugerpreise, gibt es nämlich auch Probleme, die ein Voranbringen erschweren, insbesondere die Ausweitung des ökologischen Landbaus. Das heißt, erstens die mangelnde Produktivität, die geringe Wertschöpfung je Flächeneinheit, die steigenden Preise im Bereich der Flächenbereitstellung oder der Pachten und insbesondere der Käufe,

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

viertens ist der anstehende Generationswechsel auf den Höfen ein Thema oder fünftens der Preisdruck des Lebensmitteleinzelhandels. All diese Punkte gilt es weiter zu analysieren und Lösungswege aufzuzeigen.

> (Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das trifft doch alle Landwirte.)

"Qualität und Produktivität" ist unsere Devise und das sind Schlüsselfaktoren, um diesen Weg erfolgreich voranzubringen. Vor allem biologisch erzeugtes Gemüse und die Angebote im tierischen Bereich sind erhebliche Chancen und letzten Endes auch Entwicklungspotenziale, die wir nutzen müssen. Dabei müssen die realen Strukturvorteile der Biobetriebe effizient genutzt, die Wertschöpfung der heimischen Erzeugnisse erhöht und das regionale Angebot weiter untersetzt werden.

Mit dem neuen Landesprogramm "Öko-Kompetenz Mecklenburg-Vorpommern 2020" fördern wir verschiedene Maßnahmen – von der Konsolidierung über die Stabilisierung, aber auch die Weiterentwicklung des ökologischen Landbaus bis hin, das werden wir morgen auch noch mal diskutieren, zur Ausstattung mit Flächen aus dem eigenen Landesbereich.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ich bin gespannt.)

Auch dazu stehe ich. Die Umstellungsprämie oder die Beibehalterprämie, die wir deutlich erhöht haben, gehören dazu.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es ist immer noch Luft nach oben.) Aber es ist auch ein Ergebnis der intensiven fachlichen Bewertung gewesen. Wir glauben, dass die finanziellen Mehraufwendungen, die im ökologischen Landbau tatsächlich stattfinden, gerechtfertigt sind. Die öffentliche Hand hat auf Ausgewogenheit zu achten. Wir werden im Übrigen vor dem Hintergrund der haushaltspolitischen Fragestellungen den Wettlauf mit anderen Ländern, die versuchen, kreditfinanziert – Nordrhein-Westfalen – den ökologischen Landbau massiv voranzutreiben, über den Run "Wer zahlt die höchste Prämie" nicht gewinnen können.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ob Bayern das auch finanzieren könnte, Herr Backhaus?)

Ich glaube, wir sollten alles daransetzen, dass Qualität und effiziente Strukturen der Erfolg zum Schlüssel sind. Hier helfen uns auch keine Eintagsaktivitäten, sondern wir müssen ein strukturelles und langfristiges Konzept haben.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Da stimmen wir völlig zu.)

Ich glaube, dass wir mit Beginn des Aprils dieses Netzwerk und das Kompetenzzentrum zur Verfügung haben werden. Ich werde das auch öffentlich machen.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, das Netzwerk zwischen den Erzeugern, den Verarbeitern und insbesondere der Vermarktung von ökologischen Produkten wird damit gestärkt werden. Die Schwerpunkte liegen für mich auf der Etablierung der wissenschaftlichen Grundlagen, dann aber auch auf dem Aufbau von Demonstrationsbetrieben, Konsultationsstützpunkten

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Gibt es doch schon.)

oder dem Aufbau und der Koordinierung der Zusammenarbeit von Landwirtschaftsbetrieben mit den Forschungseinrichtungen und insbesondere auf der Koordinierung von länderübergreifenden Projekten. Auch das ist mir wichtig, denn wir haben mit Trenthorst eine Bundeseinrichtung, die im Übrigen einen ganz guten Namen hat, und so weit weg ist es auch nicht.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Davon kann man auch lernen.)

Insofern glaube ich, dass wir hier auf einem sehr, sehr guten Weg sind.

Ich hoffe ausdrücklich, dass die Landwirte die Zeit nutzen, sich damit auseinanderzusetzen. Der 15. Mai naht. Bis zum 15. Mai müssen die Betriebe ihre Betriebsstrukturen überprüft haben und ihre Anträge stellen. Ich glaube, wir sind gut beraten, wenn wir die Ökokompetenz Mecklenburg-Vorpommerns weiter ausbauen. Mecklenburg-Vorpommern hat in dieser Frage einen ausgezeichneten Namen. Wenn man dann noch den Tourismus mit einbeziehen darf, auch darüber habe ich mich sehr gefreut, dass der Landestourismusverband die sieben Naturwunder in diesem Jahr in den Vordergrund stellt. Eigentlich haben wir noch ein achtes, und das ist der ökologische Landbau in Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern kann ich nur sagen, wir sind hier auf einem sehr guten Weg und werden den ökologischen Landbau weiter ausbauen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Danke, Herr Minister.

Der Minister hat seine Redezeit um vier Minuten überzogen, die stehen der Opposition zur Verfügung.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Heute nur vier?)

Ich fordere jetzt zur Debatte Professor Dr. Fritz Tack für die Fraktion DIE LINKE auf.

**Dr. Fritz Tack**, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nun gibt es also auch den Antrag der Koalitionsfraktionen. Neben einem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der morgen kommt, liegt uns heute ein Antrag von Ihnen vor. Beide Anträge haben eigentlich das gleiche Ziel, nämlich die Stärkung und den Ausbau des ökologischen Landbaus in Mecklenburg-Vorpommern. Aber die Wege, um dieses Ziel zu erreichen, sind sehr unterschiedlich.

Während die Kolleginnen und Kollegen von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

> (Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Als ein Baustein.)

die Vergabekriterien des Landes für landeseigene Flächen grundsätzlich ändern wollen, fordern Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren der Koalitionsfraktionen, die Landesregierung auf – an dieser Stelle zitiere ich aus Ihrem Antrag –, "sich weiterhin für die Verbesserung der notwendigen Rahmenbedingungen einzusetzen und dabei durch Ausbildung, Beratung und Förderung wirksame Anreize für die Umstellung vom konventionellen auf den ökologischen Landbau zu schaffen sowie ... die bestehenden Potenziale der Verarbeitung von Produkten des ökologischen Landbaus im Land besser aufzuzeigen, weiterzuentwickeln sowie zu vernetzen und somit die Umstellungsbereitschaft der Landwirte weiter zu befördern". Ende des Zitats.

Welcher dieser beiden Wege zielführender ist, beurteilt natürlich jede Fraktion für sich selbst. Für mich und meine Fraktion stellt sich das Ganze so dar:

> (Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das ist ja kein Entweder-oder.)

Die grundsätzliche Umstellung der Vergabekriterien für landeseigene Flächen bewirkt relativ wenig. Es wäre eben nur ein klares politisches Statement der Landesregierung und des Parlaments in zwei Richtungen. Es soll auf Landesflächen der ökologische Landbau vorgeschrieben werden und konventionelle Landwirtschaft ist keine gute Landwirtschaft. Damit kann ich nicht einverstanden sein.

(Beifall Thomas Krüger, SPD)

Der Antrag der Großen Koalition in Mecklenburg-Vorpommern ist mir allerdings auch ein wenig zu unkonkret. Ein typischer Koalitionskompromiss eben, könnte ich sagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass sich dieser Landtag zu dem Ziel bekennt, den Anteil des ökologischen Landbaus an der landwirtschaftlichen Fläche in unserem Lande weiter zu erhöhen, ist unter den demokratischen Fraktionen sicher unstrittig und für mich eine Selbstverständlichkeit. Ich habe das Ganze auch gestern bereits bei dem Milchantrag so zum Ausdruck gebracht. Dass dieses quantitative Wachstum mit einem nachhaltigen und marktgerechten Wachstum der Branche einhergehen muss, ist für mich ebenso unstrittig. Beides ist, finde ich, deswegen eines extra Antrages nicht besonders wert, zumal wir ständig das Bekenntnis der Landesregierung zum ökologischen Landbau hören und lesen können. Wir haben es eben wieder getan, aber sei es drum. Das hindert uns als Fraktion nicht daran, auch ein öffentliches Bekenntnis zum ökologischen Landbau in Form der Zustimmung zu diesem Antrag abzulegen.

Der vorliegende Antrag zielt auch auf die Unterstützung für das Landesprogramm "Öko-Kompetenz Mecklenburg-Vorpommern 2020" ab. Darin ist die strategische Ausrichtung der Agrarpolitik unseres Landes unter anderem so beschrieben, Zitat: "Die agrarpolitischen Rahmenbedingungen sollen maßgeblich dazu beitragen, den ökologischen Landbau in Mecklenburg-Vorpommern zu konsolidieren, zu stabilisieren" …

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Ich mache weiter.

(Marc Reinhardt, CDU: Das ist schön.)

... "und als Markenzeichen des Landes weiter zu entwickeln. Quantitatives Ziel bleibt es, den Anteil der ökologisch bewirtschafteten landwirtschaftlichen Fläche mittelfristig auf 150.000 ha", das wären 13 Prozent, "auszuweiten." Ende des Zitats.

Manch einem scheinen die mittelfristig angestrebten 13 Prozent eher wenig ambitioniert. Das Agrarbündnis Mecklenburg-Vorpommern und die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben da sicher ganz andere Vorstellungen. Ich selbst wäre allerdings sehr froh, wenn wir das 13-Prozent-Ziel mittelfristig tatsächlich erreichen. Dazu ist es aus meiner Sicht notwendig, dass sich der ökologische Landbau von Mecklenburg-Vorpommern noch mehr auf die Bedürfnisse der hiesigen Verbraucher einstellt und nicht am Markt vorbeiproduziert.

Verbraucher fragen zunehmend regional produzierte, ökologische Agrarprodukte nach,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Genau.)

und leider kann diese Nachfrage nur ungenügend von den hiesigen Ökobauern befriedigt werden.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: So ist das.)

Der Großteil der in Mecklenburg-Vorpommern gekauften und verkauften Ökoprodukte stammt aus anderen Bundesländern oder aus anderen, meist EuropäischenUnion-Ländern. Das muss sich noch ändern, hier gibt es also viel zu tun.

Häufig hört man heute den Slogan, den ich ausdrücklich unterstütze: "Das Regionale ist das neue Bio", das heißt regionale Erzeugung, regionale Verarbeitung und regionale Vermarktung.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Aber bitte ökologisch.)

An dieser Stelle will ich für mich und meine Fraktion feststellen, dass wir es gut finden, dass Mecklenburg-Vorpommern ein Landesprogramm hat, das sich mit dem ökologischen Landbau beschäftigt. Die darin genannte strategische Ausrichtung der Landespolitik und die aufgezeigten Maßnahmen unterstützen wir eindeutig. Und wenn der vorliegende Antrag deutlich machen soll, dass der Landtag möglichst geschlossen hinter den darin enthaltenen Zielen steht, dann sind wir natürlich dabei. Ich finde es nur seltsam, dass sich die Anträge der Koalitionsfraktionen immer darauf beschränken, die Landespolitik zu begrüßen,

(Heiterkeit bei Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die getroffenen Maßnahmen zu feiern und ein "Weiter so!" einzufordern.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Gut analysiert!)

Wer da nicht mitspielt, ...

(Marc Reinhardt, CDU: Tue Gutes und rede darüber!)

Ich bin ja noch nicht ganz am Ende.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

... wer da nicht mitspielt, ist eben in diesem Falle gegen die Ausweitung des ökologischen Landbaus.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Man redet das Land schlecht.)

Das ist natürlich überhaupt nicht so. Es gibt verschiedene Vorstellungen, wie man dieses Ziel, das eigentlich unstrittig ist, erreichen kann. Das wird uns nicht davon abhalten, diesem Antrag trotz meiner kritischen Anmerkungen zuzustimmen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aber gerade so. – Heinz Müller, SPD: Na, na!)

Ich begrüße es ausdrücklich, dass der ökologische Landbau so einen breiten Raum in der Arbeit dieses Landtages, ob im zuständigen Agrarausschuss oder in den Plenardebatten, einnimmt. Das wird sich hoffentlich auch in der neuen Legislaturperiode fortsetzen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Mit Sicherheit. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wir LINKE fordern seit Langem eine weitere Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft und eine quantitative

Ausweitung des ökologischen Landbaus. Dafür werden wir uns auch im bevorstehenden Wahlkampf und programmatisch weiter einsetzen. Für uns stellt Nachhaltigkeit – das will ich zum Abschluss sagen – immer die Einheit von Ökonomie, Ökologie und Sozialem dar. Das haben wir immer so gesagt und das werden wir auch in Zukunft einfordern. – Vielen herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Lenz von der Fraktion der CDU.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU Heinz Müller, SPD: Ökologischer Hering. – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Was ist mit dem Hering? – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

**Burkhard Lenz**, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich bedanke mich bei meinen Kollegen für die vielen Namen, die sie für mich erfunden haben, ich spreche hier aber als umweltpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion.

(Marc Reinhardt, CDU: Sehr richtig. – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der ökologische Landbau genießt in der Agrarpolitik der Landesregierung, wie bereits gehört, einen sehr, sehr hohen Stellenwert. Mit neun Prozent ökologischer Anbaufläche nehmen wir einen Spitzenplatz unter den Bundesländern ein. Auch meine Fraktion bekennt sich zum weiteren Ausbau des ökologischen Landbaus in unserem Land. Entgegen anderer Auffassungen sind wir allerdings der Meinung, dass dieser Ausbau marktgerecht erfolgen muss. Mehrfach haben wir betont, dass sich der ökologische Landbau ebenso wie der konventionelle Landbau am Markt behaupten muss. Die im Landesprogramm "Öko-Kompetenz Mecklenburg-Vorpommern 2020" aufgeführten Maßnahmen zur Stärkung und Weiterentwicklung des ökologischen Landbaus unterstützen wir natürlich ausdrücklich.

Dennoch möchte ich etwas Wasser in den Wein gießen. (Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Oha! Schade!)

Die Lage der ökologisch wirtschaftenden Betriebe ist eben nicht ganz so gut wie oft festgestellt. So kommt das Johann Heinrich von Thünen-Institut in Braunschweig zu dem Ergebnis, dass im Wirtschaftsjahr 2013/2014 die ökologisch wirtschaftenden Testbetriebe im Durchschnitt einen Gewinn je Arbeitskraft von 32.709 Euro zu verzeichnen hatten.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Trifft das auch auf Mecklenburg-Vorpommern zu?)

Ohne die gewährten Prämien läge dieser Gewinn lediglich bei 25.400 Euro. Vergleichbare konventionelle Betriebe konnten einen Gewinn von 36.255 Euro aufweisen – eine Differenz von über 3.000 Euro. Rechnet man die Ökoprämie heraus, beträgt die Differenz fast 11.000 Euro je Arbeitskraft und Jahr.

Dies, meine Damen und Herren, ist unter anderem mit ein Grund dafür, dass zahlreiche Landwirtschaftsbetriebe aus dem ökologischen Landbau ausgestiegen sind – bundesweit. Andere wiederum sehen sich eines erheblichen Wettbewerbsdrucks ausgesetzt, der dazu führt, dass Vorgaben nicht eingehalten werden. Skandale wie dioxinbelasteter Mais aus der Ukraine, mit Nitrofen verseuchtes Getreide, Verunreinigung von Sojasprossen, die falsche Zertifizierung von Schweinen und Geflügel oder die Umdeklarierung von Bioeiern sind die Ergebnisse dieses doch sehr harten Wettbewerbsdrucks.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist es auch fraglich, ob der Ausbau der Ökoproduktion um jeden Preis zum Tierwohl, ...

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Dr. Karlowski, ich kann Ihnen, was das Tierwohl betrifft, ein paar Bilder zeigen.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe vor 14 Tagen einen Ökohof besucht, wobei das Tierwohl meiner Katzen bei mir zu Hause wesentlich höher ist als da.

(Zurufe von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, und Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

... zum Umweltschutz und zum Wohle der Landwirte überhaupt beiträgt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, neben den regionalen Auswirkungen gibt es auch weitergehende Auswirkungen, die der ökologische Landbau auf die Versorgungssituation in den Schwellen- und Entwicklungsländern hat. So wird derzeit auf circa vier Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Europäischen Union ökologischer Landbau nach Biostandards betrieben. Eine Ausweitung dieser Fläche,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Wollen Sie das verhindern?)

um die steigende Bionachfrage in Europa zu befriedigen, könnte in den Schwellen- und Entwicklungsländern der Welt fatale Folgen haben. Schon heute wird seitens der Agrarforscher vor einer weiteren Ausweitung eines ökologischen Landbaus – ich rede von Europa – gewarnt.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Und andere erzählen das, genau wie der Weltagrarbericht.)

Im Jahre 2011 haben Wissenschaftler der Humboldt-Universität nachgewiesen,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Lesen Sie den Weltagrarbericht!)

dass sich eine Ausweitung des ökologischen Landbaus in Europa auf die Landnachfrage in der ganzen Welt auswirkt. So kann das Ziel der Bundesrepublik, den ökologischen Landbau auf 20 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche auszuweiten, dazu führen, dass außerhalb Europas zusätzlich zehn Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche für den Bedarf Deutschlands zur

Verfügung gestellt werden müssen. Denn trotz der von vielen skizzierten Überproduktion an Lebensmitteln in Deutschland

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

werden bedeutend mehr landwirtschaftliche Produkte in Europa importiert als exportiert. So werden derzeit, um die Nachfrage in Europa zu bedienen, außerhalb Europas circa 50 Millionen Hektar Ackeranbaufläche belegt. Diese europäischen Importe führen in den exportierenden Ländern zu steigenden Preisen

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

und Lebensmittelknappheit, unter denen die lokale Bevölkerung leidet.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Vollkommen richtig.)

Seit dem Jahre 2010 wurden über 20 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche in Afrika durch ausländische Investoren gekauft.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Zuckerrohr und Palmöl.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, viele denken, bio und öko kommen ohne Behandlung aus. Es bleibt aber festzustellen, dass auch Biobauern Pflanzenschutzmittel verwenden.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, das ist unerhört.)

die durchaus toxische Substanzen enthalten, oder ihre Tiere mit Antibiotika behandeln dürfen. So dürfen ökologisch wirtschaftende Landwirte nach den Regeln ihrer Verbände und der EU-Bio-Verordnung Insekten, Kräuter und Schimmelpilze mit einer ganzen Palette von Giftstoffen bekämpfen. Die Liste der zugelassenen Substanzen umfasst pflanzliche Essenzen, Mineralöle, Bakterienstämme und Salze.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Referieren Sie dann mal über den konventionellen Landbau!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ...

Die Frage, die Sie bei der Veranstaltung der KOWA am letzten Mittwoch gestellt bekommen haben, Frau Dr. Karlowski, haben Sie auch nicht beantwortet.

... meine sehr verehrten Damen und Herren, das Bundesinstitut für Risikobewertung geht davon aus, dass biologisch erzeugte Produkte keinen höheren gesundheitlichen Nährwert für den Verbraucher haben. Größere Probleme bereitet derzeit die Frage hinsichtlich der Schimmelpilze, Einzeller, Viren und Bakterien. Es erkrankten circa eine Million Deutsche jährlich aufgrund der Verunreinigung von Lebensmitteln an den eben genannten Organismen. So musste die Stiftung Warentest im Jahre 2007 feststellen, in unserem Test schnitten viele Bioprodukte bei der mikrobiologischen Prüfung schlecht ab. Viele unerwünschte Keime belagerten vor allem tieri-

sche Produkte. Das kann je nach Keimtyp und Keimzahl vor allem Kinder, Schwangere, Geschwächte und auch ältere Menschen gesundheitlich gefährden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wie gesagt, ich wollte nur etwas Wasser in den ökologischen Wein schütten.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Klar ist, dass die CDU-Fraktion zur Koalitionsvereinbarung der Landesregierung, aber auch zu den Zielen der Bundesregierung im Bereich des ökologischen Landbaus steht. Der ökologische Landbau ist ein Bestandteil der Landwirtschaft in Deutschland und natürlich bei uns in Mecklenburg-Vorpommern.

(Thomas Krüger, SPD: Richtig.)

Wir werden auch diesen Bereich der landwirtschaftlichen Produktion in Zukunft unterstützen und in ausreichendem Maße berücksichtigen. Was wir nicht unterstützen werden, ist ein Auseinanderdividieren von ökologisch und konventionell wirtschaftenden Betrieben. Hier spielt es keine Rolle, ob sie klein oder groß sind.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich stimmen wir dem Antrag der Koalition zu. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat nun Frau Dr. Karlowski von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Burkhard Lenz, CDU: Man muss auch mal die Wahrheit sagen. – Marc Reinhardt, CDU: Kommt wieder Märchenstunde?)

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag, der uns von der Regierungskoalition vorliegt, demonstriert einen wahrlichen Spagat zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Auf uns wirkt vor allem der unter Ziffer I dargelegte Text, als ob die Koalition hier mit einem Fuß auf der Bremse steht und nicht so richtig Fahrt aufnehmen möchte. Es wurde jetzt mehrfach in der Debatte betont, ja, der ökologische Landbau soll ausgebaut werden, aber bitte marktgerecht, marktgerecht, marktgerecht.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Was sonst?)

Was denn sonst?! Das ist doch logisch.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Es wird doch nichts aufgebaut werden, was sich nachher nicht verkaufen lässt.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, ihr seid die Partei der Besserverdiener, ihr könnt euch das leisten.)

Es ist doch überflüssig, das dermaßen zu betonen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

Unter Ziffer II – das hat Herr Tack schon ausgeführt, dann kann ich das noch mal ähnlich sagen – wird das Bestehende, was es schon gibt, gelobt. Das ist fein. Wir gehen ja auch bei dem Antrag mit, das kann ich schon verraten. Ich kann also schon den Deckel aufmachen.

(Heinz Müller, SPD: Na also! – Zurufe von Marc Reinhardt, CDU, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Aber am 15. Mai wird sich letztendlich zeigen, wie gut das Landesprogramm für die Landwirte in Mecklenburg-Vorpommern tatsächlich ist, ob es da einen Zuwachs gibt oder ob es wieder viele Rückumsteller gibt, also ob das Schiff "Ökolandbau" weiter auf Schleichfahrt unterwegs ist oder ob es richtig gut Fahrt aufnimmt. Dafür bräuchte es meines und unseres Erachtens andere Eckwerte, die auch noch Teil meiner Rede sein werden.

Unter Ziffer III wird die Landesregierung aufgefordert, sich für bestimmte Dinge einzusetzen, die wir auch richtig und wichtig finden,

(Heinz Müller, SPD: Prima.)

die wir auch teilen und die wir schon in vielen Veröffentlichungen und Reden betont haben. Dennoch sind sie vage und unkonkret.

(Heinz Müller, SPD: Also unterstützen Sie das vage?!)

Uns fehlen die konkreten Untersetzungen und konkrete Rahmenbedingungen. Und was insgesamt fehlt, ist eine Analyse des Bestehenden. Auch die ist zu kurz gegriffen.

Ich komme noch mal zu der noch unbeantworteten Kleinen Anfrage, die ich gestellt habe, auf der Drucksache 6/5168. Die hätte eigentlich in der letzten Woche am 02.03. beantwortet werden müssen. Die dort von mir gestellte zentrale Frage ist ein Zitat von Minister Backhaus. Er wurde in der "Mittagsschau" von "NDR 1 Radio MV" am 10. Februar 2016, 12.00 Uhr zitiert, ich zitiere, "dass ein weiterer Ausbau" – es geht um den ökologischen Landbau natürlich – "künftig aber weitestgehend ohne staatliche Subventionen auskommen muss". Und es geht weiter: "Einen Wettlauf mit Fördermitteln werde es angesichts der im konventionellen Sektor gemachten Erfahrungen nicht mehr geben."

Nun haben wir also eine Lobeshymne, ja, es soll mehr ökologischen Landbau geben, die Spitzenposition muss gehalten und weiter ausgebaut werden. Aber das sind mehr Lippenbekenntnisse, als dass es ein tatsächliches Voranschreiten ist.

(Andreas Butzki, SPD: Na, na!)

Wir haben gleichzeitig mehrere Signale, einmal in dem vorgelegten Antrag der Koalition und auch in dem gerade zitierten Presseausschnitt, dass irgendwo der eine oder andere doch etwas auf der Bremse steht. Ich fragte in meiner Kleinen Anfrage mit dem Titel "Ausbau des Ökologischen Landbaus in Mecklenburg-Vorpommern", ob das Zitat überhaupt korrekt wiedergegeben sei – das hätte man ja leicht beantworten können – oder aber, wenn nicht korrekt, welche Aussage Minister Backhaus in dem Zusammenhang tatsächlich getroffen hat. Diese Frage steht weiterhin unbeantwortet im Raum.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Ausbau der ökologischen Landwirtschaft steht im Zentrum unserer grünen ökologischen Agrarwende.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: "Unserer grünen ökologischen"!)

Mit etlichen Anträgen, vielen Anfragen an die Landesregierung und Veranstaltungen vor Ort im Land stärken wir GRÜNEN dieses zentrale Anliegen, denn es geht um saubere Gewässer, gesunde Böden, es geht um den Klimaschutz, es geht um den Erhalt der Artenvielfalt und nicht zuletzt um den Schutz unserer menschlichen Gesundheit. Für all das brauchen wir viel mehr Fläche, die ökologisch bewirtschaftet wird. Und im Übrigen kann der Ökolandbau ganz wesentlich dazu beitragen, im ländlichen Raum zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten. Deshalb sagen wir, mit dem ökologischen Landbau finden wir das zukunftsfähigste aller Modelle, um unsere Ernährung umwelt- und generationengerecht zu sichern, meine Damen und Herren.

Wenn Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD – lieber Thomas Krüger – und CDU, nun nach vielen Jahren Ihrer Koalition

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Lieber Burkhard Lenz!)

jetzt endlich auch einen Antrag zum Ökolandbau formulieren, dann begrüßen wir das natürlich sehr. Wie gesagt, wir werden ihm auch zustimmen. Wir sehen Ihren Antrag als Produkt eines politischen Wettbewerbs, dem Sie sich stellen mussten, ob Sie nun wollten oder nicht.

(Andreas Butzki, SPD: Das sind ja Interpretationen. Das hat doch der Minister gerade erklärt, was die ganze Zeit gelaufen ist.)

Wie schon in meiner gestrigen Rede bemerkt: Die Politik versucht, grüner zu werden, und Gutes setzt sich durch. Doch so richtig konkret werden Sie eben nicht.

(Andreas Butzki, SPD: Aber ihr?!)

Ich vermute, dass sich in diesem Ergebnis, was hier vorliegt, die entgegenstehenden Kräfte der Großen Koalition widerspiegeln, die sich gegenseitig ausbremsen. Das ist manchmal wirklich schade. So vermeiden Sie es erneut, sich in Ihrem Antrag eine überprüfbare Zielmarge zu setzen.

(Thomas Krüger, SPD: Steht doch drin.)

Während sich andere Bundesländer dort ehrgeizige Ziele setzen, verharren Sie somit weitgehend im Ungefähren und fallen meines Erachtens auch unter eigene gesetzte Ziele zurück.

Seit Jahren kommt die Entwicklung der Fläche des ökologischen Landbaus in Mecklenburg-Vorpommern nicht über neun Prozent hinaus. Ja klar, wir sind damit im Bezug zur Fläche immer noch unter den führenden Bundesländern, das ist richtig, und momentan auf Platz vier meines Vergleiches im bundesweiten Vergleich. Zahlreiche Bundesländer, auch grün geführte, sind dort schlechter aufgestellt. Doch sollte das nicht der Maßstab sein, ob wir nun eins, Platz zwei oder drei oder sonst was sind. Wir können uns ein Bundesland angucken, wo es beson-

ders gut läuft, das ist Bayern. Hier ist bereits seit 2012 mit dem Programm "BioRegio Bayern 2020" eine klare Zielgröße gesetzt worden: Zwölf Prozent der Landesfläche sollen dort bis 2020 ökologisch bewirtschaftet werden. Die Beibehaltungs- und Umstellungsprämien wurden kräftig angehoben. Bayern ist das einzige Bundesland, das den vom Bund vorgegebenen Förderrahmen komplett ausschöpft.

(Heinz Müller, SPD: Wie viel Prozent waren das bei denen?)

Angesichts erfolgreicher Realisierungen in anderen Bundesländern frage ich Sie: Warum streben Sie nicht für Mecklenburg-Vorpommern eine viel weitergehende Ökologisierung der Landwirtschaft an?

(Heinz Müller, SPD: Auch zwölf Prozent.)

Wir GRÜNEN plädieren seit Jahren dafür, bis zum Jahr 2020 die ökologische Fläche im Land Mecklenburg-Vorpommern auf 20 Prozent anzuheben. Dafür werden geeignete Maßnahmen notwendig sein. Warum stellen wir zum Beispiel nicht konsequent das Subventionssystem um, das uns Grundwasserschäden, einen Verlust der biologischen Vielfalt, die Gefährdung der Gesundheit durch Pestizidgebrauch und Pestizidmissbrauch beschert und oft genug mehr Arbeitsplätze abbaut, als sie zu schaffen? Warum sprechen Sie, Herr Minister Backhaus, immer wieder vom Nischenmarkt Ökolandbau? Wollen Sie die positive Entwicklung des ökologischen Landbaus lediglich konsolidieren und schrittweise weiterentwickeln?

(Minister Dr. Till Backhaus: So einen Quatsch habe ich doch niemals gesagt.)

Das ist auch ein Zitat aus Ihrem Munde.

Dann bezeichnen Sie Menschen, die mehr wollen, als blinde Aktionisten.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Oh!)

Nun, ich kann noch sehr gut und scharf schauen.

Nein, Herr Minister, das klingt nach einer Schleichfahrt statt nach zügigem Vorankommen.

Dabei gibt es auch für Mecklenburg-Vorpommern ein gutes Strategiepapier. Mit 43 Forderungen in 7 Handlungsfeldern, legte der BUND Landesverband Mecklenburg-Vorpommern gerade im Februar dieses Jahres das Aktionsprogramm "Mehr BIO aus MV" vor. Übrigens finden Sie auf insgesamt über 70 Seiten ein maßgeschneidertes und detailliertes Konzept, meine Damen und Herren. Ich empfehle Ihnen, lesen Sie sich das wirklich mal durch! Denn das würde helfen, um den Bioboom, der bundesweit und europaweit vorangeht, auch in Mecklenburg-Vorpommern mitzunehmen statt zu verschlafen.

Zum Beispiel geht es um die Förderhöhe, die durch die Rahmenbedingungen der GAK gesetzt ist. Ich erwähnte die Bayern, die das voll ausschöpfen. Nötig und möglich wären in Mecklenburg-Vorpommern demnach 325 Euro für die Umsteller und 273 Euro für Beibehalter. Man kann bei arbeitsintensiven Kulturen nachschlagen. Da kommen dann in der Umstellungsphase bis 915 Euro ins Spiel,

(Thomas Krüger, SPD: Bei uns über 1.000.)

die durchaus möglich sind und die sich aus der GAK ableiten.

Richtig, es kann noch höher gehen.

Um den Ökolandbau im Land nachhaltig zu stärken, muss im Bildungssektor begonnen werden. Darauf ist auch in dem Antrag hingewiesen worden, der hier vorliegt. Wir haben immer noch keinen Ausbildungsgang für den Beruf der Ökolandwirtin oder des Ökolandwirtes. Das wäre eine gute Aufgabe für die Agrarfachschule in Güstrow. Wir brauchen auch eine Professur für ökologischen Landbau. Das hatte ich in Ihrer Rede vermisst, Herr Tack. Das müssten Sie eigentlich im Blick haben, dass das für die Universitäten des Landes eine wichtige Bereicherung sein muss.

Ein ganz wichtiger Faktor für mehr Absatz heimischer Produkte liegt natürlich im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und Werbung. Wir werden abwarten, wie viel das Netzwerk zum ökologischen Landbau dort bringen wird. Noch setzen das Landesmarketing und das Agrarmarketing viel zu wenig auf die Vermittlung von nachhaltigen Landwirtschaftsthemen ins Land hinein. Es reicht nicht aus, in anderen Regionen Deutschlands für die guten Produkte zu werben, auch hier bei uns ist es notwendig, identitätsstiftende Bilder zu erzeugen und die Menschen zu animieren, auf regionale ökologische Produkte zu setzen.

Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt sind die Kantinen in den Landesbehörden. Dort sollten ökologisch erzeugte Produkte heimischer Landwirte angeboten werden.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD: Dann gibts nur Schweinefleisch.)

Darauf hatten wir hier schon mal in einem Antrag hingewiesen.

Eine weitere wichtige Frage, die das Handlungspaket ergänzt, ist natürlich die Verpachtung von Flächen des Landes Mecklenburg-Vorpommern aus dem eigenen Landesbesitz an ökologisch wirtschaftende Unternehmen. Darauf gehen wir dann morgen ein.

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung macht nach wie vor zu wenig aus dem Thema. Ökolandbau kann auch der Jobmotor für Mecklenburg-Vorpommern sein. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

> (Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was mit diesem Antrag unterstützt werden soll, das hat das Landwirtschaftsministerium ja bereits erarbeitet. Alle von Ihnen aufgeführten Punkte stehen schon im Landesprogramm zur Stärkung des ökologischen Landbaus.

Ich möchte auf einige Punkte näher eingehen. Zum einen fordern Sie unter Punkt II Ihres Antrages die stärkere Vernetzung der heimischen Landwirtschaft mit der Ernährungswirtschaft, der Gastronomie und dem Umweltschutz. Der Rückgang der ökologisch arbeitenden Be-

triebe hier in Mecklenburg-Vorpommern zeigt aber auf, dass die Zusammenarbeit nämlich offensichtlich nicht wirtschaftlich erscheint. Sicherlich wünschen sich viele Bauern in unserem Land, ökologischer und naturverbundener zu arbeiten. Aber stehen Aufwand und Nutzen wirklich in einem natürlichen und vertretbaren Verhältnis?

Der unglaubliche Preisdruck, unter dem unsere Bauern stehen, lässt es einfach nicht zu, dass sie einerseits von ihrer Arbeit auch wirklich leben können und andererseits zumindest ihre Produktions- und Investitionskosten langfristig decken können. Eine Umstellung auf eine biologisch dynamische Landwirtschaft und die Anerkennung durch einen großen Verband wie zum Beispiel Demeter oder Bioland sind mühsam, beschwerlich und zudem riskant. Hinzu kommen immer neue Preiskämpfe des Lebensmitteleinzelhandels und der Konkurrenzkampf mit dem konventionellen Landbau. Diese lassen es häufig nicht zu, dass ökologisch orientierte Bauern selbst mittelfristig gesehen stabil und preisdeckend wirtschaften können.

Selbst wenn es dieses Landesprogramm schaffen sollte, den Anteil der biologischen Landwirtschaftsfläche auf 13 Prozent zu heben, so wird der Markt mit neuen Preissenkungen darauf reagieren, denn der Lebensmitteleinzelhandel wird seine führende Marktposition nicht hergeben. Der Druck aus dem Ausland bleibt weiterhin ungebrochen hoch, weil die heimischen Bauern und Landwirte nicht effektiv vor der Billigkonkurrenz aus dem Ausland geschützt werden können.

Wenden wir uns einmal der Gastronomiebranche zu: Der Wunsch, dass in den Gaststätten und Hotels hier im Land mehr heimische Produkte aus biologischen Anbauverfahren verarbeitet werden, ist ein sehr frommer Wunsch, lässt sich aber nicht so leicht verwirklichen, wie es auf einem Blatt Papier aufgeschrieben steht, denn auch dort bestimmt der Preis, was letzten Endes im Warenkorb landet. Auch hier haben die großen Konzerne wie Citti oder Metro die Marktmacht inne. Gerade in der Gastronomie mit dem extrem hohen Konkurrenzkampf und den daraus resultierenden Preisentwicklungen ist es nur selten umsetzbar, dass viele Betriebe mehr Geld für die Produkte ausgeben können, auch wenn diese Bioqualität haben sollten.

Wir benötigen in unserer Heimat vor allem eine Bewusstseinsänderung. Ohne ein Umdenken der Verbraucher weg von "Hauptsache billig" und "Geiz ist geil" hin zu einem Denken der größeren Wertschätzung der bäuerlichen Arbeit werden keine Veränderungen in unserer Heimat möglich sein. Diese Wertschätzung findet aber das liegt in der Natur der Sache - im Augenblick an der Ladentheke ihre Grenze. Es liegt auch an dem geringen Lohnniveau, welches Mecklenburg-Vorpommern nach wie vor prägt und von der politischen Klasse hier im Land mit verursacht wurde. Wer nur wenig Geld zur Verfügung hat, kann keine großen Qualitätsunterscheidungen treffen. Von daher muss die Vermarktungspolitik, die Sie mit diesem Antrag und dem Landesprogramm verfolgen, mehr bewirken als nur die gesteigerte Akzeptanz von Bioprodukten.

Es bleibt daher bei unserer immer wieder vorgetragenen Fundamentalkritik: Ökologie und Ökonomie müssen eine Symbiose bilden und der Endverbraucher muss es sich von seinem Lohn auch leisten können, die ökologische

Landwirtschaft zu unterstützen. Dies ist aber mit dem Marktmonopol des Einzelhandels nicht kompatibel, denn solange einige wenige Konzerne und Firmen den Preis für einen ganzen Wirtschaftszweig vorgeben können, wird auch das beste Programm zur Unterstützung unserer heimischen Wirtschaft nicht greifen. Wie wollen Sie also die Monopolstellung der Großkonzerne beenden?

Mit dem von CDU und SPD vorangetriebenen TTIP-Abkommen werden die Probleme zudem noch größer werden. Wenn nämlich erst einmal US-amerikanische Konzerne den europäischen und auch den deutschen Markt mit ihren billig produzierten Lebensmitteln überschwemmen, wird das Thema Ökologie ganz weit in den Hintergrund geraten. Dieses Handelsabkommen wird ein weiterer Sargnagel für den deutschen Bauernstand sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Ihr Antrag wird leider an der Situation der Bauern hier im Land nichts ändern. Die NPD wird dem Antrag deshalb nicht zustimmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat noch einmal der Abgeordnete Herr Krüger von der Fraktion der SPD.

**Thomas Krüger**, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wo fängt man jetzt nach all dem Gesagten an?

Das Erste ist, Herr Professor Tack, die Ökoverbände haben uns über Jahre aufgefordert, endlich ein Programm zum weiteren Ausbau der Biolandwirtschaft vorzulegen. Wir haben dieses Programm vorgelegt, wir bringen dieses Programm jetzt in den Landtag und diskutieren das. Ich finde das richtig. Deswegen halte ich das nicht für einen Antrag, der nur einfach das wiederholt, was Regierungshandeln ist, sondern wir stellen uns hier der Diskussion. Und die Diskussion hat durchaus gezeigt, dass es zwischen den einzelnen Fraktionen deutliche Unterschiede gibt, ja sogar innerhalb der Regierungskoalition sind Dinge unterschiedlich betont worden. Insofern, glaube ich, dient diese Debatte sehr wohl der Klarstellung.

Dann ist hier gesagt worden, die Nachfrage nach regional produzierten Biolebensmitteln wäre sehr groß. Richtig, meine Damen und Herren, aber auch da geht es um den Preis. Es geht um den Preis. Die Landwirte müssen es schaffen, zu einem vernünftigen Preis Regionalität organisieren zu können. Und was wir mit dem Programm "Öko 2020" in Mecklenburg-Vorpommern machen wollen, ist eine Unterstützung der Vernetzung der Beteiligten, um am Ende den Produzenten und denen, die dieses Produzierte abnehmen wollen, auch die Möglichkeit zu geben, vernünftig zusammenarbeiten zu können.

Dann möchte ich mich mal auf das stützen, was meine Kollegin von den GRÜNEN gesagt hat.

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wirklich?)

Das Allererste, was ich da betonen möchte, ist, dass ich eine Spalterei zwischen konventionell und ökologisch produzierenden Betrieben nicht zulassen möchte.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Jawohl! – Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beide Branchen arbeiten vernünftig nach Recht und Gesetz. Eine Spalterei zwischen beiden ist nicht sinnvoll.

Dann haben Sie in einem Nebensatz gesagt, wir hätten den Biotrend verschlafen.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beim besten Willen, wir sind auf Platz zwei in Deutschland! Da kann man sich natürlich hier im Landtag rhetorisch hinstellen und alles Mögliche behaupten, aber es gibt lediglich ein einziges Bundesland, das besser ist als wir. Das ist Brandenburg mit einem Prozent mehr. Da zu behaupten, wir hätten den Trend verschlafen, und dann Bayern als Vorbild zu nehmen, wo Sie wissen, dass Bayern bei Weitem nicht so gut ist wie wir,

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Wie kommen Sie denn darauf?)

das halte ich für einen schwierigen Vergleich.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Sie haben Bayern insbesondere bei den Fördermitteln angesprochen. Sie haben recht, Bayern zahlt an der einen oder anderen Stelle leicht mehr Geld als Mecklenburg-Vorpommern.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Deutlich mehr.)

Aber trotzdem sind die Ergebnisse doch das Entscheidende und nicht das, was an Geld ausgereizt wird. Vergleichen Sie Brandenburg mit Mecklenburg-Vorpommern, dann werden Sie feststellen, dass gerade im Bereich der Neueinsteiger deutlich mehr Geld bezahlt wird!

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das liegt doch an der höheren Förderleistung in den ostdeutschen Bundesländern.)

Am Ende ist entscheidend, was dabei herauskommt. Dann können Sie sich hier nicht hinstellen und behaupten, wir hätten einen Trend verschlafen. Wir sind bundesweit auf Platz zwei! Ich gehe mal davon aus, dass wir machen können, was wir wollen, wir werden aus Sicht der GRÜNEN nie genügend gemacht haben. Das ist aber auch okay, das ist ja etwas, was uns hier unterscheidet.

Was wir nicht mitmachen werden, Frau Dr. Karlowski, ist, Supermärkten und Kantinen eine Zwangsquote aufzuerlegen.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD – Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wo haben Sie das denn gehört?)

Das ist etwas, was nicht marktgerecht ist. Das ist schlicht und einfach nicht marktgerecht. Wenn der Edeka Bioware loswird, dann wird der Edeka auch Bioware in die Regale packen. Und wenn der Edeka die Bioware nicht loswird, dann bedauere ich das, aber er wird sie nicht in die Regale packen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Auf welche Stelle in meiner Rede fokussieren Sie diese Aussagen, Herr Krüger?)

Das ist das, was wir sagen: marktgerecht ausbauen. Die Diskussionen werden wir bei der Verpachtung auch noch haben. Auch da geht es um marktgerechte Verpachtungen und es geht nicht um den Zwang, Dinge zu machen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es geht um wollen oder nicht wollen.)

Dann haben Sie uns vorgeworfen, die Analyse fehlt. Gut, das kann man uns vorwerfen. Wir haben einen Antrag geschrieben, keine wissenschaftliche Arbeit.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Muss man nicht.)

Das kann man machen, ich lasse das jetzt einfach mal so stehen. Dann haben Sie dem Minister vorgeworfen,

> (Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

eine Äußerung getätigt zu haben, dass künftig alles ohne Förderung gehen muss. Ich weiß vom Minister, dass der Minister die Förderung so ausrichten will, dass sie bedarfsgerecht ist.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sind Sie das Sprachrohr des Ministers?)

Bedarfsgerecht heißt immer, dass man auch aufpassen muss, dass man nicht überfördert,

(Andreas Butzki, SPD: Vorsichtig!)

nicht überfördert. Das, was wir hier an Zuwachs im ökologischen Bereich haben, das muss am Markt abgesetzt werden und darf nicht am Markt vorbeiproduziert werden.

Das Letzte, worauf ich eingehen möchte, ist, Sie haben gesagt, wir haben keine Zielmarge genannt.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Das ist nicht richtig.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Gucken Sie bitte in den Antrag! In der Begründung des Antrages steht das sogar noch mal ganz konkret mit Zahlen belegt. Wir haben eine Zielmarge benannt, und zwar wollen wir bis 2020 einen Zuwachs von 30.000 Hektar haben. Das steht drin und ist eindeutig benannt.

(Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, im Großen und Ganzen hat die Debatte gezeigt, dass sich die demokratischen Fraktionen einig sind, dass wir einen Ausbau des Biolandbaus haben wollen. (Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie das passieren soll, da gibt es unterschiedliche Positionen. Das ist richtig so, das ist gut so. Damit, glaube ich, können wir auch weiterarbeiten.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Na klar.)

Besten Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/5193. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Zugestimmt hat die Fraktion der SPD, der CDU, die Fraktion DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und dagegen gestimmt haben einige Abgeordnete der NPD.

(David Petereit, NPD: Einer!)

Enthalten hat sich ein Abgeordneter der NPD. Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/5193 angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 22**: Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Integrationsgesetz für Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg bringen, Drucksache 6/5197, in Verbindung mit der Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Zusammenleben mit Flüchtenden gestalten – Festlegungen der "Flüchtlingsgipfel" schnell, pragmatisch und nachhaltig umsetzen!, Drucksache 6/5199.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Integrationsgesetz für Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg bringen – Drucksache 6/5197 –

Antrag der Fraktion DIE LINKE Zusammenleben mit Flüchtenden gestalten – Festlegungen der "Flüchtlingsgipfel" schnell, pragmatisch und nachhaltig umsetzen! – Drucksache 6/5199 –

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Herr Saalfeld von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Meine Fraktion ist der Überzeugung, dass eine erfolgreiche Integration von Migrantinnen und Migranten in Mecklenburg-Vorpommern große gesellschaftliche, kulturelle, demografische und ökologische Chancen für unser Land eröffnet und dass die Integration der nach Mecklenburg-Vorpommern gekommenen Flüchtlinge sehr wohl eine ganz besondere Herausforderung darstellt, deren Bewältigung einer gemeinsamen Anstrengung aller staatlichen Ebenen, aber auch der Freien Wohlfahrtspflege sowie der ehrenamtlichen Akteure bedarf. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist, glaube ich, auch

zunächst Konsens zwischen den demokratischen Fraktionen hier in diesem Landtag und ist auch völlig unstrittig.

Am 22. Februar, vor wenigen Wochen also, wurde in der Staatskanzlei zwischen Land und Kommunen ein sogenannter Integrationsgipfel abgehalten. Welche Ergebnisse hat dieser Gipfel gezeitigt?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Keine.)

Erstens wurde zwischen Land und Kommunen festgestellt, dass die Integration der Flüchtlinge eine Sonderaufgabe sei und zweitens, dass der Bund, also die Bundesregierung, mehr finanzielle Verantwortung übernehmen müsse. Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber das war es dann auch schon.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Es sei denn, man will damit Aufgaben definieren.)

Über diese Minimalverständigung hinaus ist bisher wenig geschehen.

Meine Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beobachtet bereits seit Monaten, wie die Landesregierung und ihre Ministerien an einem sogenannten "Arbeitsprogramm Integration" arbeiten und damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, einfach nicht fertig werden. Im November erklärte die Landesregierung auf Nachfrage von Herrn Ritter, dass sie an einer Fortschreibung der sogenannten "Konzeption zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten in Mecklenburg-Vorpommern", die im Übrigen aus dem Jahr 2011 stammt, arbeite.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, seit Dezember liegt unseres Wissen nach der Entwurf dieses sogenannten "Arbeitsprogramms Integration", was die Fortschreibung darstellen soll, auf dem Tisch der Staatskanzlei. Jetzt haben wir März und die Landesregierung ist immer noch nicht fertig. Auf den Fluren der Ministerien hört man nun, dass das Papier immer mehr verwässert wird und immer weniger verbindliche Maßnahmen enthält.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel vortragen. Sie können sich sicherlich alle an die sogenannten Integrationslotsen erinnern. Im "Arbeitsprogramm Integration" stand ursprünglich einmal, dass diese Integrationslotsen örtlich beratend tätig werden sollen. Dann kam das eine Ministerium und strich das Wort "örtlich", dann kam das andere Ministerium und strich das Wort "beratend". Jetzt werden die Integrationslotsen nur noch tätig. Aber keiner weiß, wie eigentlich. Das ist leider der aktuelle Stand. So kann Integration natürlich nicht gelingen. Was wir brauchen, sind klar definierte Integrationsaufgaben und Integrationsmaßnahmen, deren Finanzierung für die Kommunen endlich verlässlich geklärt wird. Wir brauchen eine verbindliche Vereinbarung, wie diese Aufgaben zwischen Land, Landkreisen, Gemeinden, Freier Wohlfahrtspflege und den freiwilligen Akteuren und Helferinnen und Helfern verteilt werden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese verbindliche Vereinbarung von Aufgaben, Finanzen und Verantwortlichkeiten kann das seit Monaten in der Pipeline feststeckende "Arbeitsprogramm Integration" nicht liefern und nicht leisten. Dafür brauchen wir ein Integrationsgesetz und – das ist mir wichtig – dieses Integrationsgesetz

verwechseln Sie bitte nicht mit dem unsinnigen Integrationspflichtgesetz, was von einigen Kreisen in der politischen Landschaft in Deutschland gefordert wird. Das ist etwas völlig Unterschiedliches.

Ein Integrationsgesetz, wie ich es gerade beschrieben habe und wie es bereits in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Berlin eingeführt wurde, könnte die Integration zu einem Erfolg führen. Ich persönlich bin im Übrigen auch davon beeindruckt, was amtliche und ehrenamtliche Helferinnen und Helfer im Land und auch in den Kommunen derzeit leisten, obwohl sich die Rahmenbedingungen eher chaotisch darstellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genau.)

Nach dem Grundsatz "Fordern und Fördern" erkennen die Bürgerinnen und Bürger sowohl mit als auch ohne Migrationshintergrund auf Grundlage eines solchen Integrationsgesetzes, dass sich die Gesellschaft der Herausforderung einer erfolgreichen Integration annimmt und diese strukturiert sowie verbindlich angeht.

Regelungsbereiche eines solchen Integrationsgesetzes beziehungsweise der dazugehörigen Begleitgesetze könnten unter anderem sein – und das können Sie der Begründung des vorliegenden Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entnehmen –: die interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung, der Aufbau und die Stärkung interkultureller Kompetenzen im öffentlichen Dienst.

(Udo Pastörs, NPD: Das wär gut.)

die Integration durch Beruf und Arbeit - das ist, glaube ich, der wichtigste Punkt, denn wer Arbeit hat, kann sich unglaublich gut integrieren -, die Definition und die Finanzierung von Integrationsmaßnahmen durch die Freie Wohlfahrtspflege und durch andere freie Träger, die Definition und die Finanzierung der Ziele der Jugendbildung und Jugendhilfe, die Aufgabenbeschreibung für eine Beauftragte oder einen Beauftragten für Integration und Migration des Landes, aber auch für eine Beauftragte oder einen Beauftragten für die Integration und Migration in den Landkreisen und Kommunen, die Aufgabenbeschreibung und die Zusammensetzung für einen Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen, aber immer dabei berücksichtigt, dass es bereits bestehende Netzwerke, Strukturen und Beiräte im Land gibt. Das darf natürlich nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Es geht darum, die Freistellung an wichtigen religiösen Feiertagen zu ermöglichen. Es geht darum, eine angemessene Vertretung von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst des Landes sicherzustellen. Es geht unter anderem darum, die Partizipation von Ausländern bei Bürgeranträgen zu ermöglichen, das Bestattungsrecht anzupassen oder auch Regelungen zum islamischen Religionsunterricht zu finden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigen, dass die frühe Einbindung möglichst vieler Verbände, Vereine und Interessenvertretungen bei der Erarbeitung eines solchen Gesetzentwurfes zum besseren Gelingen und zur gesellschaftlichen Akzeptanz des Vorhabens später beiträgt. Deswegen haben wir Ihnen heute auch keinen fertigen

Gesetzentwurf vorgelegt. Wir hätten ja auch einfach den baden-württembergischen Entwurf anpassen können, das wäre das Einfachste gewesen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wäre auch abgelehnt worden.)

Aber das ist nicht unsere Herangehensweise. Im Übrigen finde ich den Gesetzentwurf aus Baden-Württemberg relativ gelungen. Das wäre das Einfachste gewesen, aber das wollen wir nicht. Wir wollen, dass in die Erarbeitung des Gesetzes von Anfang an die kommunalen Landesverbände, die LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, die Migrantenselbstorganisation, der Flüchtlingsrat, die Gewerkschaften, die Wirtschaftsverbände, die Kirchen, die Religionsgemeinschaften, die ehrenamtlichen Hilfevereinigungen und weitere relevante Institutionen, Verbände und Vereine aktiv einbezogen werden,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

so, wie es auch in Baden-Württemberg bei der Erarbeitung des dortigen Partizipations- und Integrationsgesetzes erfolgt ist.

(Zuruf von David Petereit, NPD)

Das hört sich alles sehr umfänglich an, kann aber organisiert werden. Es gibt gute Beispiele aus Deutschland.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Forderung nach einem Integrationsgesetz ist keine originär grüne ldee, das gebe ich hier gern offen und unumwunden zu. Wir haben diese Forderung aus den Kommunen nur aufgegriffen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Hier möchte ich auf einen Beschluss, und zwar vom 15. September 2015 vom Deutschen Städte- und Gemeindebund hinweisen, der in einer Pressemitteilung erklärt hat, dass wir ein solches Integrationsgesetz brauchen. Vor wenigen Tagen haben auch die CDU-Fraktionsvorsitzenden von Norddeutschland ein solches Integrationsgesetz, nicht Integrationspflichtgesetz, sondern ein Integrationsgesetz gefordert. Und wie gesagt, in Berlin, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen hat man ein solches Integrationsgesetz schon verabschiedet, weil man es als absolut notwendig empfunden hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Schluss möchte ich an dieser Stelle bereits ankündigen, es gibt ja noch die Aussprache, dass wir beim Antrag der LINKEN, der ja in einer gemeinsamen Aussprache und Abstimmung hier erfolgt - na keine gemeinsame Abstimmung, aber eine gemeinsame Behandlung -, die getrennte Abstimmung der Ziffer I im Ganzen und die getrennte Abstimmung der Ziffer II bezüglich der Nummern 1 und 2 beantragen möchten, weil die Fraktion DIE LINKE bei der Ziffer II unter Nummer 1 eine Konzeption fordert. Ich habe gerade dargelegt, warum wir glauben, dass eine Konzeption nicht der richtige Weg ist, weil sie eben keine gesetzlich verbindlichen Vereinbarungen darstellt. Wir wollen eher ein Integrationsgesetz. Deswegen werden wir uns bei diesem Punkt, der in die richtige Richtung zielt, einfach enthalten. Den anderen Punkten der Fraktion DIE LINKE werden wir natürlich zustimmen, denn auch hier geht der Antrag in die völlig richtige Richtung. - Ich danke Ihnen an dieser Stelle für Ihre ungeteilte Aufmerksamkeit

> (Heiterkeit bei Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und freue mich auf die Aussprache. Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktion DIE LINKE hat der Abgeordnete Dr. Hikmat Al-Sabty.

Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen beschäftigen uns seit langer Zeit. Es liegen viele Erkenntnisse vor und einige Abläufe haben sich eingespielt. Was jedoch fehlt, sind ein einheitliches Vorgehen und eine verlässliche Struktur und Finanzierung in unserem Land. Der Städteund Gemeindetag hat die Situation im November letzten Jahres auf den Punkt gebracht. Mit seinem "Drei-Wellen-Papier" hat er Arbeitshinweise und Handlungsnotwendigkeiten aufgezeigt. Das Papier beschreibt exakt das, was uns in den nächsten Jahren erwartet und was zu tun ist – von der Aufnahme der Flüchtlinge über die Integration in unsere Gesellschaft bis hin zum Familiennachzug.

Sehr geehrte Damen und Herren, mit unserem vorliegenden Antrag unterstützen wir die Positionen des Städte- und Gemeindetages e. V. Die Unterbringung und Integration der Flüchtlinge sind eine besondere Herausforderung für das gesamte Land. Gleichzeitig ist es eine Chance, den Auswirkungen der demografischen Entwicklung aktiv zu begegnen.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

80 Prozent der Flüchtlinge sind jünger als 35 Jahre. Sie sind damit im erwerbsfähigen Alter, und zwar noch für lange Zeit.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Zudem sind sie motiviert, eine neue Ausbildung beziehungsweise eine Weiterqualifikation zu absolvieren. Sie lernen schnell,

(Udo Pastörs, NPD: Ja, sehr schnell.)

das zeigt sich in der Praxis immer wieder, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie sind damit eine Antwort auf das demografische Problem. Diese große Chance müssen wir erkennen. Und natürlich müssen wir die Menschen zügig in die Gesellschaft integrieren, meine Damen und Herren, um ihnen ein selbstbestimmtes Leben

(Udo Pastörs, NPD: Zu finanzieren.)

zu ermöglichen.

(Stefan Köster, NPD: In ihrer Heimat.)

Der Städte- und Gemeindetag gibt Handlungsanleitungen für alle drei Wellen: Die erste Welle

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Die erste Welle!)

sind die Flüchtlinge im Asylverfahren.

(Heiterkeit bei David Petereit, NPD: Das klingt ja schon wie ein Schlachtplan "Invasion", oder was?!)

Die zweite Welle sind die Flüchtlinge, die anerkannt sind und integriert werden sollen. Der benötigte Zeitraum für die Integration wird auf fünf Jahre geschätzt, meine Damen und Herren. Die dritte Welle ist der Familiennachzug.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Allerdings ist der Familiennachzug mit dem vor Kurzem beschlossenen Asylpaket II zunächst für zwei Jahre ausgesetzt. Das bedeutet in der Folge, dass sich die Familienangehörigen weiter auf die lebensgefährliche Route über das Mittelmeer begeben werden. Auf diesem Weg sind bekanntlich allein in den letzten sechs Monaten mehr als 350 Kinder ertrunken, meine Damen und Herren.

Für die kommenden Jahre geht es darum, dass wir uns auf die zweite und dann auf die dritte beschriebene Welle konzentrieren, das heißt auf die Anerkannten und auf den Familiennachzug. Die Herausforderungen sind Folgende:

Erstens. Die Flüchtlinge dürfen nach ihrer Anerkennung nicht abdoch..., abdachlos, obdachlos werden.

(Udo Pastörs, NPD: Sehr gut!)

Es muss ausreichenden Wohnraum geben: Bestehender Wohnraum muss erschlossen und neue Wohnungen müssen gebaut werden.

(Udo Pastörs, NPD: Was meinen Sie damit?)

Zweitens. Die Kapazitäten in Kitas und Schulen müssen erhöht werden.

(Udo Pastörs, NPD: Jaja, kostenlos. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das heißt, es müssen mehr Erzieherinnen und Erzieher, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, Lehrerinnen und Lehrer ausgebildet werden.

(David Petereit, NPD: Ich denk, die Fachkräfte kommen gleich mit?!)

Betreuungssysteme und das Ehrenamt müssen gestärkt werden, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Drittens. Es muss Sprachkurse für alle von Anfang an geben. Integrationskurse müssen unabhängig vom Arbeitsmarkt angeboten werden.

(Zuruf von David Petereit, NPD)

Es muss auch Alphabetisierungskurse für Menschen, die nicht lesen und schreiben können, geben.

(Michael Andrejewski, NPD: Die sind besonders wichtig.)

Auch berufsbegleitende Sprach- beziehungsweise Deutschkurse müssen angeboten werden.

(Udo Pastörs, NPD: Die können alle lesen und schreiben. Das sind alles studierte Menschen. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

All diese Einzelmaßnahmen müssen unverzüglich in einem einheitlichen und verbindlichen Integrationskonzept in unserem Land zusammengefasst

(Udo Pastörs, NPD: Und das Geld muss bereitgestellt werden.)

und dann umgesetzt werden.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren, der Städte- und Gemeindetag geht davon aus, dass 50 bis 70 Prozent der Flüchtlinge, die zu uns kommen, eine dauerhafte Bleibeperspektive haben. Weiter geht er davon aus, dass 40 Prozent der Flüchtlinge in Mecklenburg-Vorpommern, die einen Aufenthaltsstatus erhalten, auch in unserem Land bleiben werden.

(Michael Andrejewski, NPD: Ob wir wollen oder nicht.)

Es sind also Menschen, die unser Leben und unsere Gesellschaft in den kommenden Jahren mitgestalten werden.

(Stefan Köster, NPD: Bereichern. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich komme zum nächsten Punkt in unserem Antrag: Die Gesundheitskarte wurde in den vergangenen Tagen wieder heiß diskutiert. Wir waren kurz vorm Schluss.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hier wird es diskutiert, anderswo wird es eingeführt.)

Plötzlich hieß es, die Karte sei jetzt gar nicht mehr nötig. Sie mache keinen Sinn, weil die Asylverfahren verkürzt sind. Beweise hierfür gibt es jedoch nicht. Ich denke, das ist ein vorgeschobenes Argument. Der wahre Grund würde mich heute sehr interessieren, Frau Hesse.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist Ausländerfeindlichkeit, das ist der wahre Grund.)

Unlängst plädierten auch Abgeordnete der SPD-Fraktion, Julian Barlen, Jörg Heydorn, sehr vehement für die Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge. Selbst die CDU war ja sehr überrascht von dieser 180-Grad-Kehrtwende.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das stimmt, das waren wir.)

Zwar werden die Menschen aus Kriegsgebieten meist schnell anerkannt, doch es gibt auch Asylbewerberinnen und Asylbewerber, deren Anerkennungsverfahren lange dauert. Gerade deshalb ist die Karte so wichtig,

(Udo Pastörs, NPD: Jaja, die Ausländer bekommen eine Gesundheitskarte auf deutsche Kosten.)

damit die Menschen, die sich über Jahre im Leistungsbezug und in einer Duldung befinden, einen leichten Zugang zu Gesundheitsleistungen haben, Punkt.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wir rücken nicht davon ab.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wir sollten uns bei der aktuellen Debatte die Anhörung zu diesem Thema im Sozialausschuss ins Gedächtnis rufen. Damals, im April 2014, sprachen sich alle Expertinnen und Experten für die Einführung einer Gesundheitskarte für Asylsuchende und Flüchtlinge aus, darunter unter anderem die Vertreter des Diakonischen Werkes, des Flüchtlingsrates, der Kassenärztlichen Vereinigung,

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

der Krankenhausgesellschaft und des Migrantenrates meiner wunderschönen Stadt Rostock.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, alle, die direkt oder indirekt davon profitieren.)

Meine Damen und Herren, meine Fraktion unterstützt, wie gesagt, die Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge, Asylbewerberinnen und Asylbewerber. Wir setzen uns zudem weiterhin für eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

an den Leistungen des Gesundheitswesens ein.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und David Petereit, NPD)

Ich mache Ihnen an dieser Stelle, meine Damen und Herren, auch gleich einen Lösungsvorschlag, damit ich Ihre Bedenken auf pragmatische Weise ausräumen kann.

(Udo Pastörs, NPD: Au, schön! Sie geben das Geld dafür.)

Wir leben im Zeitalter der modernen Technik. Die elektronische Gesundheitskarte ist, wie es der Name sagt, programmierbar und kann bei einer Änderung im Status eines Betroffenen angepasst werden. Selbst wenn sich der Status einer Person innerhalb kurzer Zeit ändert, kann dieselbe Karte mit einer Anpassung im System weiter genutzt werden.

(Michael Andrejewski, NPD: Für Hundert andere. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich denke, dass Ihre wahren Bedenken bei den Kosten liegen. Aber auch dafür gibt es eine Lösung. Wir möchten, dass für Kommunen weniger Ausgaben für die medizinische Versorgung entstehen als vor dem Inkrafttreten der Rahmenvereinbarung. Wir halten das für umsetzbar. Natürlich ist hier auch das Land in der Pflicht, für eine Finanzierung zu sorgen und Mittel bereitzustellen.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren, ich erwarte, dass unsere Aussprache heute zu einer Gesundheitskarte führt und natürlich zu einem Konzept für die Integration der Flüchtlinge. Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu! – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine verbundene Aussprache durchzuführen mit einer Dauer von bis zu 150 Minuten. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Frau Hesse. Bitte.

**Ministerin Birgit Hesse:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich zu meiner eigentlichen Rede komme, gestatten Sie mir zwei Vorbemerkungen.

Erstens. Herr Saalfeld, was Sie hier vorgetragen haben, macht mich fassungslos. Es ist eine Frechheit und diskreditiert alle Menschen.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Was jetzt genau?)

die in Fragen der Integration bei uns im Land tätig sind.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Was genau? Was denn genau?)

Ich finde, das muss man an dieser Stelle einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Peter Ritter, DIE LINKE: Ich wüsste nicht, was er gesagt hat.)

Denn die Integration findet bei uns statt. Sie findet bei uns auf der Landesebene statt, sie findet auf der kommunalen Ebene statt und insbesondere vor Ort, aber dazu komme ich nachher noch. Das, was Sie hier machen, ...

(Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hören Sie doch einfach mal zu!

... ist etwas ganz Gefährliches. Sie benutzen dieses Thema der Integration, was so wichtig ist.

(David Petereit, NPD: Das machen doch alle.)

Ich danke Herrn Al-Sabty, dass er sachlich vorgetragen hat, was wir brauchen. Und wir haben in vielen Punkten einen Konsens. Sie missbrauchen dieses Thema!

(Dietmar Eifler, CDU: Ein Skandal ist das.)

Das Thema wird wunderbar von der rechten Seite aufgegriffen.

(Dietmar Eifler, CDU: Ein Skandal ist das.)

Anstatt gemeinsam zu überlegen – so, wie wir es im Sozialausschuss auch tun –, wie wir uns diesen Fragen nähern,

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Stefan Köster, NPD: Hinter verschlossenen Türen.)

fangen Sie an, dieses Thema zu benutzen. Das ist so gefährlich, und ich bin sehr enttäuscht davon, was Sie heute hier vorgetragen haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Mehr fällt Ihnen dazu jetzt nicht ein?!)

Warten Sie ab! Da kommt noch viel mehr. Warten Sie ab!

Ich bin zum Beispiel dankbar, denn gestern gab es eine Initiative von Herrn Brie und Rudolf Borchert, die gemeinsam eine Erklärung abgegeben haben. Ich finde, das ist genau der richtige Weg. Die Demokraten müssen bei diesem Thema zusammenstehen.

(Stefan Köster, NPD: Genau, zusammenhalten! Die Blockparteien müssen zusammenhalten.)

Wir können kontrovers diskutieren, wir können uns auch darüber unterhalten, wie wir die einzelnen Punkte nennen, aber wichtig ist doch, dass wir den Menschen hier im Land sagen, wie Integration gut gelingt, und dass wir das gemeinsam schaffen.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Dann tun Sie es doch!)

Das tue ich auch, Herr Saalfeld. Vielleicht müssten Sie sich einfach ein bisschen umfangreicher informieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Heinz Müller, SPD: Sehr richtig. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Denn das, was wir im Moment bemerken, das lässt sich vielleicht zusammenfassen, wenn man sich einige Bemerkungen anschaut. Es gibt oft den Hinweis: "Liebe Leserinnen und Leser, im Unterschied zu vielen anderen Artikeln ... finden Sie unter diesem Text kein Forum. Leider erreichen uns" zum Thema Flüchtlinge "so viele unangemessene, beleidigende oder justiziable Forumsbeiträge, dass eine gewissenhafte Moderation nach den Regeln unserer Netiquette kaum mehr möglich ist. ... Wir bitten um Verständnis." Solche und ähnliche Erklärungen finden sich derzeit unter vielen Artikeln aus den Onlineangeboten von "Spiegel", der "Welt" und anderen Medien.

(Zuruf von David Petereit, NPD)

Dass die Diskussionen zum Thema mit solcher Schärfe, Emotionalität und mitunter mit Aggressivität geführt werden, dass sie bis bisweilen unterbunden werden müssen, zeugt davon,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

dass wir in Sachen Integration viel zu tun haben.

(David Petereit, NPD: Oder davon, dass es keine Meinungsfreiheit gibt.)

Für all jene, die in einer gelingenden Integration derer, die als Flüchtlinge nach Mecklenburg-Vorpommern gekommen sind, auch eine Chance für unser Land sehen, bedeutet das in der Tat eine Menge Arbeit, und zwar auf allen Ebenen: Land, Kommunen, Städte, Gemeinden, Ämter.

(Michael Andrejewski, NPD: Und Verfassungsschutz.)

Je besser wir diese Arbeit machen, desto mehr Akzeptanz wird es auch am Ende des Weges geben. Die Landesregierung und die Kommunen haben sich gemeinsam aufgemacht, Ideen und Lösungen zu entwickeln, wie Integration ganz praktisch gelingen kann, welche Instrumente es dafür braucht und wer dabei welche Aufgabe übernehmen kann und muss. Ich begrüße ausdrücklich den Willen der kommunalen Ebene, bei dieser Herausforderung zusammenzuarbeiten, ganz ausdrücklich! Denn nur so kann es gelingen und nur so kommen wir zu guter Integration.

Es gibt bereits erste Ergebnisse der Zusammenarbeit, und ich finde es erstaunlich, dass Sie das negieren. Die Integrationsbüros in der Erstaufnahme, um Asylbewerberinnen und -bewerber gezielt in die Gemeinden lenken zu können und die eine Schnittstelle zur dann folgenden Vermittlungsarbeit der Jobcenter sind, sind einzigartig in der Bundesregion. Das ist etwas, was wir hier in Mecklenburg-Vorpommern erstmalig eingeführt haben. Inzwischen haben in allen Kreisen und kreisfreien Städten zusätzliche Integrationslotsen ihre Arbeit aufgenommen, ganz wertvolle Arbeit. Wir als Landesregierung sind regelmäßig im Austausch mit diesen Integrationslotsen und können uns davon überzeugen, wie wichtig und wertvoll diese Arbeit ist. Das können Sie doch nicht negieren und ins Lächerliche ziehen!

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Was habe ich denn gemacht? Haben Sie überhaupt zugehört?)

Ohne Sprache keine Integration. Deshalb flankiert das Land die Integrationskurse des Bundes mit Unterrichtsangeboten für diejenigen mit individueller Bleibeperspektive. Um auch flächendeckend auf Sprachmittlung zurückgreifen zu können, werden wir die regionalen Sprachmittlerpools zu einer landesweiten Zentrale ausbauen. Das ist, wie ich finde, ganz wichtig und richtig.

(Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

Herr Al-Sabty sagte es, der Bedarf an Kitaplätzen steigt und die Kommunen müssen die Angebote an Betreuung und Förderung entsprechend ausdehnen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Deshalb haben wir mit der kommunalen Ebene vereinbart, dass die zugewiesenen Mittel aus dem Betreuungsgeld in der Kindertagesförderung auch vor Ort fließen, auch bei den Wohnsitzgemeinden. Damit die Schulträger ihre Räumlichkeiten und ihre Ausstattung der jeweiligen Situation in ihrer Region anpassen können, stellt das Land in diesem und im kommenden Jahr zusätzliches Geld für Baumaßnahmen zur Verfügung. Und um die steigende Nachfrage – auch das sagte Herr Al-Sabty – nach kostengünstigen Wohnungen abfedern zu können, gewährt das Land den Kommunen Zuschüsse, wenn sie leer stehende Miet- und Genossenschaftswohnungen instand setzen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen also, das sind alles ganz konkrete Schritte, die vor Ort auch ankommen, die die Handlungsspielräume vor Ort vergrößern und die die viel beschworene Willkommenskultur vor Ort mit einer Willkommensinfrastruktur ausstatten.

(Heiterkeit bei David Petereit, NPD: Von Willkommensidioten.)

Und "vor Ort" betone ich deshalb so sehr, weil uns allen klar sein muss, dass die eigentliche Integrationsleistung eben dort stattfindet: vor Ort. Sie findet dort statt, wo Einheimische und Migranten aufeinandertreffen, wo Geflüchtete unterkommen, wo Haupt- und Ehrenamt sich ihrer annehmen, wo Sprache und Kultur vermittelt werden, wo Job- und Ausbildungschancen entstehen.

Ich war in letzter Zeit viel vor Ort unterwegs, um mir Projekte, Initiativen und Angebote anzuschauen und um zu sehen, wie sie sich der verschiedenen Integrationsschritte widmen: Sprache, Beschäftigung, soziale Teilhabe. Und mein herzlicher Dank – ich finde, das hätte doch heute auch ausgesprochen werden müssen –, mein herzlicher Dank gilt allen, die sich in diesen Bereichen engagieren,

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich habe mit höchstem Respekt davon gesprochen, aber Sie hören mir offensichtlich nicht zu.)

ob im Hauptamt oder im Ehrenamt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie müssen zuhören, nicht nur Ihren Text ablesen!)

Und ich werde auch weiterhin im Land unterwegs sein, um genau mit diesen Menschen zu sprechen: mit den Migranten, die sich integrieren wollen, und mit denjenigen, die sie dabei unterstützen. Denn am Schreibtisch bleibt die Praxis eben Theorie. Deshalb hilft es aus meiner Sicht wenig, wenn sich die Landesregierung hinsetzt und ein, wie es der Antrag nennt, einheitliches verbindliches Integrationskonzept zu Papier bringt.

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Frau Ministerin, lassen Sie eine Anfrage zu?

Ministerin Birgit Hesse: Nein.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ja, das ist der Stil.)

Denn dieses Papier wäre am Tag seiner Verabschiedung überholt.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Keine weiteren Kommentare.)

In einem Kontext, der sich ständig ändert, müssen wir in der Lage sein, flexibel zu reagieren. Da sind wir uns mit dem Landkreistag und dem Städte- und Gemeindetag einig. Eine solche Reaktion ist übrigens auch, dass wir uns entschieden haben, von der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge Abstand zu nehmen. Ich gebe an dieser Stelle zu, ich selber war für die Gesundheitskarte, weil ich das so gesehen habe wie Sie, Herr Al-Sabty. Mittlerweile haben sich aber die Rahmenbedingungen verändert, ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Welche denn?)

Das erzähle ich Ihnen gerne.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na dann mal los!)

... vor allem wegen der beschleunigten Asylverfahren

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach was?!)

und der erheblichen Haftungsrisiken, die den örtlich zuständigen Behörden durch die hohe Fluktuation der Schutzberechtigten entstehen.

(David Petereit, NPD: Tja, sind halt nicht alle so blöd.)

Wir haben uns dazu auch im Sozialausschuss verständigt, dass wir sagen, wir hören Betroffene an. Und ich kann nur empfehlen, den Städte- und Gemeindetag in den Sozialausschuss einzuladen: Er hat es auch ausdrücklich angeboten, das noch mal vorzutragen, weil nämlich auch der Städte- und Gemeindetag mittlerweile sagt, dass die Einführung dieser Gesundheitskarte keinen Sinn mehr macht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und die Situation ist in anderen Bundesländern, wo sie eingeführt wird, anders?)

Insofern lassen Sie uns darüber diskutieren, aber lassen Sie uns an dieser Stelle auch die Praktiker hören. Ich finde, dass dies auch eine verantwortungsbewusste Entscheidung ist, weil wir veränderte Realitäten berücksichtigen müssen. Das, was für eine solche Handlungsund Reaktionsfähigkeit notwendig ist, sind – Herr Al-Sabty sagte es und da stimme ich auch überein – eine klare Bestandsaufnahme davon, was zu tun ist, eine klare Aufgabenverteilung und eine finanzielle Untersetzung. All das müssen wir – Bund, Land, Kommunen, Gemeinden – eng miteinander abstimmen und das muss aktualisiert werden.

Das ist auch genau das Ergebnis, ausgehend von den jüngsten Gesprächen bei dem Ministerpräsidenten. Dort haben wir uns nämlich verabredet – also alle, die dort am Tisch standen –, wir schreiben kein Konzept, wir schreiben auch kein Gesetz, sondern wir machen einen Integrationsfahrplan. Das, was Sie beschrieben haben, wollen wir tun, aber eben in einer verschlankten Form. Wir wollen genau definieren: Wer macht was? Wer braucht was? Wo gibt es Schnittstellen, Verbesserungsmöglichkeiten, Nöte oder Erfolge? Wenn wir das definiert haben, dann werden wir im Anschluss die Fragen stellen – das bearbeitet dann die Arbeitsgruppe Finanzen –: Was kostet das alles? Wer bezahlt das?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dann haben wir ja immer noch keine Entscheidung. Wann wollen wir denn eine Entscheidung treffen? Im September, oder wann?)

Es ist schon jetzt sicher, dass wir aus der Arbeit beider Gruppen konkrete Forderungen an den Bund ableiten werden. Das Entscheidende ist aber, die Landesregierung setzt auf einen gemeinsamen Prozess, auf eine Interaktion der verschiedenen Ebenen und auf einen regelmäßigen Austausch, sodass am Ende ein konkretes Handeln stehen kann statt weiche Programmsätze zwischen zwei Aktendeckeln. Denn wer Integration als eine Herausforderung sieht, muss sie auch annehmen, wer sie als eine Chance sieht, muss sie ergreifen. Genau das werden wir tun. Es kann sogar irgendwann am Ende des Weges ein Gesetz dabei herauskommen, aber zum jetzigen Zeitpunkt halte ich es einfach nicht für sicher und

gut, so ein Gesetz zu schreiben, was sich schnell überholen kann, weil wir auch nicht wissen, was auf Bundesebene stattfindet.

Im Übrigen wissen wir doch alle, in welcher zeitlichen Problematik wir stecken, das heißt also, bis zum Ende der Legislatur werden wir es doch gar nicht schaffen, so ein Gesetz über die Schwelle zu tragen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach nicht?! Da hätten wir doch acht Gesetze einbringen können auf dieser Landtagssitzung.)

Und mal ganz ehrlich, ich habe mir Ihre Begründung angeguckt. Sie haben es selber gesagt, Sie haben sich quasi angeguckt, was andere Bundesländer gemacht haben. Wir hatten das Gleichstellungsgesetz. Die Fraktion DIE LINKE hat sich wenigstens die Mühe gemacht, ein eigenes Gesetz zu schreiben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was habe ich davon? Nichts! – Torsten Renz, CDU: Doch! In der Persönlichkeitsentwicklung kommst du weiter. – Heiterkeit bei Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Sie haben Überschriften aus anderen Gesetzen abgeschrieben. Das kann doch wohl nicht das sein, was Sie unter einem Gesetz verstehen, dass Sie Überschriften aus anderen Gesetzen abschreiben, zumal in den Überschriften auch Punkte sind, bei denen ich wirklich Zweifel habe, ob die gewollt sind, zum Beispiel, dass wir der kommunalen Ebene vorschreiben sollen, wie sie Integrationsausschüsse bildet. Das haben die Landkreise zum Teil gemacht und gut gemacht. Und dort, wo es gut funktioniert, da sollten wir als Landesebene doch nicht reinfunken.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Haben Sie auch den Satz in den Klammern dahinter gelesen, oder haben Sie da aufgehört zu lesen?)

Was soll ich dazu noch sagen? Zusammenfassend bleibt mir nur noch mal der Appell an alle demokratischen Fraktionen, sich hier auf einen gemeinsamen Weg zu machen und zusammen zu schauen, wie wir eine gelingende und eine gute Integration vor Ort ausgestalten können. Ich werde das mit der kommunalen Ebene machen.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Haben Sie den Satz, der da steht, auch zu Ende gelesen?)

Ich werde nicht zulassen, dass Sie dieses Thema missbrauchen! – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Silkeit von der Fraktion der CDU.

**Michael Silkeit**, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst erst einmal herzlichen Dank an die Sozialministerin. Besser hätte ich das in Richtung GRÜNE auch nicht formulieren können und ich will es sogar noch um einen Punkt ergänzen.

Hikmat, ich hatte eigentlich von dir noch einen Satz zu der Eingangsbemerkung des Kollegen Saalfeld erwartet, als er die Verabredungen oder Festlegungen, wie auch immer sie nun heißen mögen, vom 22. so abgewedelt hat. Damit hat er eigentlich euren Antrag zur Hälfte schon mal vom Tisch gefegt. Er hat im Grunde genommen gesagt, das, was ihr beantragt, waren Peanuts. Nur das, was die GRÜNEN beantragen, das ist hier im Grunde genommen der Kern der Debatte.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie haben es nicht verstanden! Wir wollen darüber hinausgehen.)

Herr Saalfeld, lassen Sie sich das Protokoll geben, lesen Sie sich mal durch, was Sie gesagt haben! Wenn Sie nicht Herr Ihrer Sinne sind, ist das nicht mein Problem.

Für mich ist bei den vorliegenden Anträgen aber wieder eins deutlich geworden: Scheinbar reden alle über dasselbe Thema, aber eben nur scheinbar. Sie, meine Damen und Herren der GRÜNEN, insbesondere der GRÜNEN, aber auch teilweise der LINKEN verstehen Integration ausschließlich als Aufgabe und Verpflichtung für die Gesellschaft. Wir dagegen gehen von einer Position des Forderns und Förderns aus.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, so ganz falsch können wir damit nicht liegen, denn Sie beziehen sich ja auf die Publikation des Städte- und Gemeindetages. Auch der Städte- und Gemeindetag stellte in diesen Arbeitshinweisen bereits fest, ich zitiere: "Unter allen Umständen muss ... der Eindruck vermieden werden, dass die Flüchtlinge im Verhältnis zu anderen", ich ergänze mal, Menschen "besser gestellt werden." Ende des Zitats. Diese Position finde ich aber bei beiden Anträgen nicht.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Die ist für uns selbstverständlich.)

Nein, das scheint es offensichtlich nicht zu sein, denn Sie haben vorhin die Bemerkung von Herrn Saalfeld hoffentlich noch gehört, als es um das Thema Pflichten ging. Also so selbstverständlich scheint das nicht zu sein.

(Rainer Albrecht, SPD: So ist es.)

Ebenso blenden Sie auch die Sitzung, insbesondere die letzte Sitzung des Sozialausschusses aus. Hier wurde berichtet, dass eben zu diesen Themen eine umfangreiche Erörterung im Sozialausschuss stattfand. Ein gravierender Überhang, gravierende Regelungsdefizite wurden vor Ort auch nicht reklamiert, aber jetzt komischerweise in der Debatte vorgebracht. Ganz offensichtlich passt eine agierende Landesregierung nicht in Ihr Konzept, weshalb Sie permanent mit Unterstellungen arbeiten. Das ist jetzt insbesondere in Richtung der GRÜNEN gerichtet.

(Torsten Renz, CDU: Sehr gut herausgearbeitet.)

Jetzt schenkt also die Landesregierung der Integration von Flüchtlingen zu wenig Aufmerksamkeit. "Zu wenig" ist hinreichend unbestimmt, klingt aber erst einmal vorwerfbar. Es gibt allerdings einen Haken bei der Sache: Wir ziehen uns diesen Schuh gar nicht erst an. Wenn Sie sich einmal genau umschauen und nicht immer Ihre Energie darauf verschwenden würden, zunächst das

Haar in der Suppe zu suchen, dann müssten Sie zugeben, dass Mecklenburg-Vorpommern nicht untätig war.

Ich habe einen Satz von Herrn Saalfeld, zumindest den Beginn eines Satzes, mitgeschrieben. Ich fand den faszinierend, weil meine Erfahrungen ganz anders aussehen. Da heißt es: "Die Erfahrung aus anderen Ländern zeigt", Punkt, Punkt, Punkt habe ich da nur noch gemacht,

(Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

den Rest habe ich mir nun wirklich nicht mehr angetan mitzuschreiben. Mir zeigt die Erfahrung aus anderen Bundesländern eines ganz deutlich, dass Mecklenburg-Vorpommern ganz oben bei der Bewältigung dieser Problematik steht, und das nicht nur bei der Problematik der Erstaufnahme von Flüchtlingen, das zeigt mir auch die Bearbeitung der Anträge dieser Flüchtlinge. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir anderen Bundesländern in Deutschland auch bei der Frage der Integration weit voraus sein werden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Herr Silkeit, lassen Sie ...

Michael Silkeit, CDU: Nein.

**Vizepräsidentin Regine Lück:** ... eine Anfrage des Abgeordneten Saalfeld zu?

Michael Silkeit, CDU: Nein.

Vizepräsidentin Regine Lück: Nein. Gut, dann können Sie fortfahren.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Mit dem will gar keiner mehr spielen, glaube ich. Was ist das hier?)

**Michael Silkeit**, CDU: Ich hatte bereits darauf hingewiesen, das Land war nicht untätig, auch wenn es die Opposition hier schon gebetsmühlenartig unterstellt.

(Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Das habe ich nicht gesagt, Herr Silkeit! Das habe ich nicht gesagt!)

Die Ministerin hat unter anderem auf die Integrationsbüros, die Integrationslotsen hingewiesen. Ich will in diesem Zusammenhang noch einmal die Projektgruppen anführen, die sich ebenfalls mit dem Thema Integration beschäftigen. Ihnen ist bekannt, dass diese Gruppen die verschiedensten Handlungsfelder bedienen, wie Wohnen, Gesundheitsversorgung, Sprachmittlung, Kultur, sozialer Arbeitsmarkt, Integration, Jugendhilfe, Kindertagesförderung, Bildung und Finanzen. Die ersten Ergebnisse dieser Arbeitsgruppen, dieser Unterarbeitsgruppen wurden bereits bei dem Spitzengespräch am 22. Februar erörtert.

Aber nicht nur Ergebnisse dieser Arbeitsgruppen spielen eine entscheidende Rolle, auch die laufenden Maßnahmen sind an dieser Stelle exemplarisch zu nennen. Hier sei nur an zusätzliche Deutschlehrer erinnert, die bereits Ende letzten Jahres auf den Weg gebracht wurden, und an die aktuell angebotenen Deutschkurse. Auf diese hat die Ministerin im Übrigen auch im Sozialausschuss hin-

gewiesen. Selbstverständlich müssen diese Angebote ausgebaut werden, und zwar zeitnah, aber darauf ist der Kollege Al-Sabty eingegangen, auch auf die Verantwortung des Bundes, die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen und kurzfristig aufzustocken. Auch da sind wir uns einig.

Um die Flüchtlinge schnellstmöglich in den Arbeitsmarkt zu integrieren, müssen die Abschlüsse so schnell wie möglich anerkannt beziehungsweise muss es den Flüchtlingen ermöglicht werden, einen Berufsschulabschluss zu erwerben. Auch da sind wir nicht auseinander, lieber Kollege Al-Sabty. Aber an dieser Stelle mal einen kleinen Hinweis: Ich erinnere an die Zeit der Wiedervereinigung, an die 90er-Jahre, und ich erinnere daran, wie schwer wir uns teilweise damit getan haben, Abschlüsse aus der ehemaligen DDR hier in Deutschland anzuerkennen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Was bekloppt genug war!)

Deswegen wird das mit Sicherheit – mit Sicherheit! – kein einfacher Prozess. Das war keine qualitative Wertung, es war einfach nur mal eine kleine Erinnerung an das, was wir auch zu dem Stückchen gemeinsamer deutscher Geschichte zählen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Vielfältige politische Bewertung. Vielfältige politische Bewertung.)

Lieber Kollege Ritter,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na?)

wichtig ist auch, dass die Betriebe im Land besser über die Möglichkeiten informiert werden müssen. Aber ich sage es noch mal, das ist Ende letzten Jahres schon breit diskutiert und auch von mir hier angeführt worden. Die Bundesagentur, die Industrie- und Handelskammern sowie die Kreishandwerkerschaften haben ihre Bereitschaft dazu längst erklärt und hier gibt es bereits entsprechende Programme.

Durch die Schaffung der Integrationsbüros in den Erstaufnahmeeinrichtungen – die Ministerin hat darauf hingewiesen – beginnt die Integration mit der Aufnahme der Flüchtlinge. Wenn ich mich recht entsinne, mir fällt jetzt auf Anhieb kein einziges Bundesland ein, das diese Institution bereits gebildet hat. Also auch dort sind wir Vorreiter.

Der erste wichtige Schritt, um zu erfahren, wer gute Bleibechancen hat, wer überhaupt in Mecklenburg-Vorpommern und – ganz wichtig! – in den Kommunen bleiben möchte und wer welche Ausbildung hat, das ist genau die Aufgabe dieser Integrationsbüros vor Ort. Ich könnte mir durchaus ein Konstrukt vorstellen, in dem die Handwerkskammern, IHK und Co noch mehr gerade in diese Büros integriert werden. Aber das ist möglicherweise auch eine Sache des nächsten Flüchtlingsgipfels.

Die heutige Zeit wird durch das Internet geprägt. Das ist nicht neu, das ist keine Plattitüde und das ist auch nicht weiter verwunderlich. Daher ist es selbstverständlich, dass Mecklenburg-Vorpommern ein Onlineportal für Flüchtlinge geschaltet hat. Unter http://willkommeninmv.de bietet das Portal in mehreren Sprachen – Deutsch, Englisch und Arabisch – seine Hilfe an. Hier finden die Flüchtlinge und ihre Betreuer alles auf einen Blick. Was die Qualität der Übersetzung ins Arabische betrifft, die kann ich nicht beur-

teilen, das überlasse ich dann eher den Fachleuten, aber was dort auf Deutsch steht, kann sich durchaus schon sehen lassen.

Auch die Landkreise haben sich entsprechend aufgestellt und – das ist eben der springende Punkt – die Ministerin hat auch auf die Rolle der Landkreise, auf die Rolle der Ehrenamtlichen hingewiesen. All das wird im Grunde genommen negiert, wenn wir hier nur permanente Negativdebatten führen, wenn wir uns nicht auch mal fünf Minuten Zeit nehmen, um ganz einfach hervorzuheben, dass sich Mecklenburg-Vorpommern in keiner Beziehung verstecken muss.

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Das will ich deshalb an dieser Stelle auch ganz deutlich noch mal mit dem Dank an alle in diesem Bereich tätigen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbinden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie dürften bereits Ende letzten Jahres festgestellt haben, dass meine Fraktion längst die Notwendigkeit eines Integrationsgesetzes erkannt hat – und ich wiederhole, Integrationsgesetz. Herr Saalfeld, auch wenn Sie immer das Gegenteil behaupten, ich bleibe bei Integrationsgesetz. Dazu brauchten wir weder den Anstoß,

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir auch. Da sind wir uns doch einig.)

dazu brauchten wir nicht den Anstoß der GRÜNEN. Unstrittig ist auch, dass ein solches Gesetz dazu beitragen kann – und ich betone ausdrücklich, kann –, die Integration der Flüchtlinge zu vereinfachen und zu verbessern.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das steht auch im Antrag.)

Das konnten Sie bei mir schon am 15. Dezember letzten Jahres nachlesen!

Also, wie gesagt, wir brauchten den Antrag dazu nicht. Allerdings frage ich mich, warum die GRÜNEN erst jetzt wach werden. Eigentlich hatte ich bereits nach dem besagten 15.12. mit einer entsprechenden Reaktion gerechnet. Aber vielleicht brauchte man – und die Ministerin hat es ja vorhin mal kurz angesprochen –, vielleicht brauchte man etwas länger Zeit für das Abschreiben, denn auch mir ist aufgefallen, dass Sie sich kräftig in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen bedient haben,

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Natürlich!)

und das insbesondere bei den Überschriften, Herr Saalfeld,

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Natürlich!)

nicht bei den Inhalten.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Natürlich!)

Aber wie immer im Leben ist es bei Begrifflichkeiten so, der eine sieht dieses und der andere sieht jenes unter dem Begriff, und Integrationsgesetz ist eben nicht Integrationsgesetz.

Ihre Forderungen kommen wie immer häufig schmalbrüstig und thesenhaft daher. Das kann man ja auch wunderbar in Ihrem Antrag lesen. Aber Sie bleiben da wenigstens Ihrer Linie treu: lieber eine starke Behauptung als ein schwacher Beweis.

# (Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein gutes Integrationsgesetz muss auch Verpflichtungen für Migranten enthalten, da können wir diskutieren, wie wir wollen. In erster Linie zählt dazu die Verpflichtung, schnellstmöglich die deutsche Sprache zu erlernen, aber auch Kenntnisse und die Anerkennung des deutschen Rechtssystems, der Lebensverhältnisse, der Normen und Regelungen sind unverzichtbar. Im Zweifelsfall muss auch die Gleichberechtigung und Akzeptanz der Frau erlernt werden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht nur im Zweifelsfall.)

Die Grundlagen unserer Demokratie, die Trennung von Religion und Staat, der Vorrang ...

Ja, viele wissen es schon, lieber Kollege Ritter, und darauf bezieht sich das "im Zweifelsfall".

Die Grundlagen unserer Demokratie, die Trennung von Religion und Staat, der Vorrang staatlicher Gesetze vor religiösen Regeln, die Schulpflicht auch für Mädchen, all das muss ein Gesetz als Pflichtenkatalog beinhalten und es müssen Sanktionsmöglichkeiten enthalten sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Integrationsgesetz, wie ich es mir vorstelle, lässt sich nicht von heute auf morgen stricken. Der Inhalt muss abgestimmt werden und – da bin ich bei Ihnen – der Inhalt wird eben nicht nur hier im Plenum abgestimmt, der wird auch mit den Vertretern der kommunalen Gemeinschaft abzustimmen sein, der wird mit den Verbänden, mit den Gewerkschaften und Co abgestimmt werden müssen. Wir nähern uns jetzt dem Ende der Legislaturperiode, insofern kann sich jeder an fünf Fingern abzählen, das wird in den nächsten drei Monaten definitiv nichts.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Weil ihr zu lange gewartet habt!)

Ich bin mir sicher, nach dem ...

Ich weiß nicht, ob wir lange gewartet haben. Ihr habt mit eurer Forderung schon ganz schön lange gewartet, lieber Kollege Ritter. Ich gehe vom heutigen Zeitpunkt aus, heute liegt der Antrag auf dem Tisch. Ihr hattet im Dezember schon die Gelegenheit, wie gesagt, auf meinen Vorschlag zu reagieren, das habt ihr nicht gemacht.

(allgemeine Unruhe –
Peter Ritter, DIE LINKE: Haben Sie einen
Gesetzentwurf eingebracht, Kollege Silkeit?
Haben Sie einen Gesetzentwurf eingebracht,
Kollege Silkeit? Habe ich etwas verpasst?
Haben Sie den eingebracht? Haben Sie nicht!)

Also kommt jetzt bitte nicht damit, dass ihr uns unterstellt, wir hätten gepennt. Das haben wir beileibe nicht gemacht.

Ich bin mir in einem Punkt sicher: Das zukünftige Integrationsgesetz wird nicht so aussehen, wie Herr Ritter es sich vorstellt oder wie Herr Saalfeld es sich vorstellt,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Haben Sie einen Gesetzentwurf eingebracht?)

aber vielleicht auch nicht, wie ich es mir vorstelle. – Ich danke auf jeden Fall für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Peter Ritter, DIE LINKE: Sprechblasenkönig.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Müller von der NPD-Fraktion.

**Tino Müller**, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die vorliegenden Anträge reihen sich in eine lange Liste von Drucksachen der GRÜNEN und LINKEN ein, die alle unter der Parole "deutschfeindlich" zusammengefasst werden können.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Die Verwaltung sollte dieses Schlagwort als Rubrik mit in die Landtagsdatenbank aufnehmen. Niemand kann sich jedoch erklären, woher ihr Hass auf das eigene Volk kommt.

Herr Ritter, Ihnen dürfte doch sicherlich noch bekannt sein, wofür das Wort "Volk" in "Volksarmee" stand.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja.)

Zwischen der DDR und der Sowjetunion gab es auch kein Multikulti, sondern eine sogenannte Völkerfreundschaft.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja und? Was leiten Sie jetzt daraus ab?)

Genauso verhielt es sich mit der Volkssolidarität, den volkseigenen Betrieben, der Volkspolizei, der Volkskammer und so weiter. Anscheinend haben Sie, Herr Ritter, aber aus der Geschichte nichts gelernt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Reden wir nicht gerade von Völkerfreundschaft?! Völkerfreundschaft!)

In dem Antrag der LINKEN heißt es, dass die Unterbringung und Integration der Flüchtlinge eine Chance ist, den Auswirkungen der demografischen Entwicklung aktiv zu begegnen. Meine Damen und Herren, wenn Sie mit Auswirkungen der demografischen Entwicklung zum Beispiel die für Sie finanziell schmerzhafte Verkleinerung des Landtages meinen oder sinkende Steuereinnahmen befürchten, dann muss ich Ihnen zustimmen.

(Zurufe aus dem Plenum: Oh!)

Aus dieser Perspektive betrachtet, werden Ihre ganzen tollen Ausländer vielleicht eines Tages für Ersatz sorgen können. Für uns hingegen steht nicht das Geld,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie würde ich gern ersetzen durch einen Ausländer. – Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Genau.)

sondern das deutsche Volk im Mittelpunkt unseres politischen Handelns. Für uns gibt es kein "Weiter so" im Dienste anderer Nationalitäten, Kulturkreise und Glaubensgemeinschaften.

Doch kommen wir zurück zu Ihren Anträgen. Wie oft haben Sie uns vor allem während der Debatten hier im Landtag vorgeworfen, bei dem relativ geringen Ausländeranteil von rund zwei Prozent in Mecklenburg-Vorpommern ausschließlich Panikmache zu betreiben. Ihrer Ansicht nach konnte von Zuwanderungsproblemen keine Rede sein. Wir haben dem immer entgegengehalten, dass das in deutschen Großstädten wie Berlin, Hamburg und München genauso anfing.

Mit den heute vorgelegten Anträgen führen Sie Ihre eigene Argumentation zum wiederholten Male ad absurdum. Sie müssen sich schon entscheiden: Entweder ist der Ausländeranteil in Mecklenburg-Vorpommern zu gering, um sich darüber Gedanken zu machen, oder wir stehen vor großen gesellschaftlichen Umwälzungen und brauchen, je nachdem, auf welcher Seite man steht, ein Integrationsgesetz oder, wie wir es fordern, gesetzliche Regelungen zur Rückführung.

In einem Rechtsgutachten zu einem Integrationsgesetz für Baden-Württemberg wird Klartext gesprochen, Zitat: "Zum einen ist den Bürgerinnen und Bürgern ohne Migrationshintergrund durch die Gesetze und die darüber geführte Diskussion deutlich geworden, dass es einen Problembereich gibt, der im Interesse des inneren Friedens eines Landes geregelt werden muss." Zitatende. "Im Interesse des inneren Friedens geregelt werden muss" – ein jeder kann sich nun also vorstellen, was in Zukunft auch auf Mecklenburg-Vorpommern zukommen wird.

In Nordrhein-Westfalen zum Beispiel, dieses Bundesland nennen die GRÜNEN ja in Ihrer Antragsbegründung, besitzen von 18 Millionen Einwohnern mehr als 4 Millionen einen sogenannten Migrationshintergrund. In den Ballungszentren im Ruhrgebiet und im Rheinland hat laut offiziellen Angaben die Hälfte der Jugendlichen keine deutschen Wurzeln.

Statt weiterer gesetzlicher Regelungen zur Integration wollen wir den inneren Frieden unseres Landes wahren beziehungsweise in Teilen wiederherstellen, indem wir Polizeibehörden und Justiz personell und materiell massiv aufstocken, indem wir stationäre Grenzkontrollen und Asylschnellverfahren einführen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Auch Standgerichte?)

indem wir abgelehnte und kriminelle Ausländer sofort abschieben

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

und indem wir mit jedem für Ausländer eingespartem Euro deutsche Familien fördern und unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Kaselitz von der Fraktion der SPD.

Dagmar Kaselitz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Jeden Montag treffen sich in meiner Heimatstadt Frauen und Männer, die schon immer da wohnen, die aus Nachbardörfern oder aber auch aus den Altbundesländer zugezogen sind, mit einigen unserer neuen Nachbarn, die aus Ghana, Mauretanien, Algerien und Syrien gekommen sind, zu einem offenen Gesprächskreis.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Vor einigen Wochen war Gisela, eine gut siebzigjährige Frau, zum ersten Mal in unserer Runde. Sie ist seitdem an jedem Montag da und hat zu einer syrischen Frau, die mit drei Kindern allein auf der Flucht war, eine besonders enge Beziehung entwickelt. Zusätzlich zum Sprachkurs, den alle Ausländer besuchen können, Iernen sie zum Beispiel gemeinsam ganz individuell deutsch in kleiner Runde. Gisela ist Mitglied der Patchwork Gilde Deutschlands, sie hat also ein ganz besonderes Hobby.

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

Aus vielen einzelnen, kleinen, oft runden Stoffteilen näht sie in mühevoller, zeitaufwendiger Arbeit Patchworkdecken.

(Michael Andrejewski, NPD: Und so soll dann Deutschland auch aussehen.)

Sie gestaltet diese Quilts ganz individuell. Es entstanden teilweise richtige Kunstwerke, die sie schon in Ausstellungen gezeigt hat. Am Montag in dieser Woche hatte sie eine besondere Überraschung für alle 15 unserer syrischen Kinder. Ob Baby oder Teenager, jeder bekam von ihr seinen ganz persönlichen, einmaligen Quilt geschenkt. Die bunten Decken sollen jetzt, wo es kalt ist in Deutschland, wärmen und künftig die oft noch trostlos wirkenden Unterkünfte schmücken. Ganz gleich, ob sie hierbleiben werden oder auch nicht, die Decken werden sie an die Zeit bei uns erinnern.

Warum erzähle ich Ihnen dieses Erlebnis? Es ist für mich wie ein Gleichnis. Aus vielen kleinen Teilen, Aktionen, entsteht etwas, das zu einem Ganzen zusammengefügt wird. Das Ganze erfüllt aber nur dann seine Funktion, wenn vorher ein Plan vorhanden war, der ein Ziel hatte.

(David Petereit, NPD: Das Gleiche könnte man über eine Bombe auch sagen.)

Wir in Penzlin, in Mecklenburg-Vorpommern, in ganz Deutschland wollen Menschen, die Schutz für sich und ihre Kinder suchen, helfen und ihnen eine neue Heimat bieten. Das gebieten uns Anstand, Humanität, Nächstenliebe und nicht zuletzt auch unsere Verfassung. Unser Land, unsere Zivilgesellschaft hat in den vergangenen Monaten eine enorme Hilfsbereitschaft gezeigt. Tausende Freiwillige helfen jeden Tag bei der Unterbringung, Versorgung und Unterstützung der Geflüchteten.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ohne diesen unermüdlichen Einsatz könnten staatliche Stellen auf allen Ebenen die gewaltige Aufgabe manchmal nicht schultern. Allen, die hier im Einsatz sind,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Auf Dauer so nicht zu leisten.)

gelten unser Dank und unsere Anerkennung.

Die vergangenen Monate haben aber auch dafür gesorgt, dass alle, die mit der Aufnahme, Unterbringung, Betreuung und der Integration der vielen Schutzsuchenden betraut waren, die unterschiedlichen Konzeptionen, Programme, Verordnungen oder Gesetze auf den Weg gebracht haben. Dazu sind zahlreiche Projektgruppen aktiv. Auf allen Ebenen wird um bestmögliche Regelungen und Festlegungen gerungen. In der konkreten Umsetzung der großen Aufgabe sind auch bei uns im Land Landkreise und Kommunen sehr unterschiedlich an die Lösung herangegangen. Überall wurden eigene Erfahrungen gemacht, bewährte Praktiken und konkrete Probleme konnten in der Arbeit erkannt werden. Bei Weitem herrscht nicht überall das erwähnte chaotische Treiben.

Es ist ein großer Erfolg, dass nun gemeinsam mit der kommunalen Ebene in Mecklenburg-Vorpommern der Integrationsprozess einheitlich ausgestaltet wird. Das aus etwa zehn Personen bestehende Arbeitsgremium Integration, in dem die kommunale Ebene besonders stark vertreten ist, möchte bereits im April, dann beim vierten Flüchtlingsgipfel des Landes, erste Ergebnisse vorlegen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Bereits im April!)

Unter Berücksichtigung der Verantwortungsgemeinschaft zwischen Bund, Ländern und Kommunen wird hier konkret analysiert, beraten und verbindlich umgesetzt, wer wann was im Prozess leisten kann, welche Schnittstellen besonders sensibel sind, wo Beratungsangebote ineinandergreifen müssen und wie finanzielle Lasten fair getragen werden können. Das ist nach unserer Meinung gegenwärtig der bessere Weg, um schnell zu konkreten Handlungsgrundsätzen zu kommen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na "schnell" war jetzt die falsche Bezeichnung!)

Ähnlich lautet die Forderung im Antrag der Linksfraktion.

Ein Partizipations- und Integrationsgesetz, wie es BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, ist sicherlich auch für unser Land auf Dauer gesehen sinnvoll. Wenn ich aber etwas in den gut zwei Jahren, die ich im Landtag mitarbeiten durfte, gelernt habe, so ist es der Umstand, dass wir für ein neues Gesetz viel Zeit benötigen. Die Zeitschiene ist also der größte Hemmschuh. Ein solches Gesetz sollte nicht übers Knie gebrochen werden. Wir müssen erst einmal die laufenden Verfahren mit der kommunalen Ebene in den Griff bekommen. Idealerweise setzt ein Integrationsgesetz dann genau auf den Einigungen auf, die wir momentan pragmatisch erzielen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dann hätten Sie auch unserem Antrag zustimmen können.)

Starten wir jetzt mit einem Integrationsgesetz, gibt es zwei parallel laufende Diskussionsstränge, die nicht zwangsweise zur Besserung der Lage beigetragen hätten. Außerdem ist, wie schon gesagt, unser Bundesland mit gerade einmal zwei Prozent das Land mit dem geringsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund.

(Tino Müller, NPD: Dann ist ja alles in bester Ordnung.)

Für das Gelingen einer Sache, beispielsweise der Integration, ist nicht zwingend ein Gesetz notwendig. In erster Linie ist es der feste Willen aller Beteiligten, am

Ende ein positives Ergebnis zu erreichen. Hier müssen wir demokratischen Fraktionen zusammenstehen.

Jetzt danke ich der Sozialministerin, Herrn Silkeit und Herrn Al-Sabty für ihre ausführlichen Beiträge und kann das bei mir dann ein bisschen einkürzen. Es geht darum, den konkreten Weg der Integration zu zeichnen, sagte unsere Sozialministerin im auch schon erwähnten letzten Sozialausschuss. Dabei muss uns immer bewusst sein, Integration ist eine Aufgabe für alle, die uns noch lange beschäftigen wird.

Migrationsexperten haben recht, wenn sie darauf verweisen, dass die Integrationsprozesse alle Menschen der deutschen Gesellschaft mit einschließen. Wir sollten nicht immer nur auf die jeweils Neuankommenden starren, denn eine Migrationsgesellschaft verändert sich für alle, die in ihr leben. Einheimische und auch die schon länger in Deutschland lebenden Migranten müssen sich unter den neuen Bedingungen am Arbeitsmarkt, in der Schule oder in der Familie neu orientieren. Die Gesellschaft wird in sprachlicher, kultureller und sozialer Hinsicht vielfältiger und komplexer. Manche Menschen fühlen sich dabei nicht immer integriert und mitgenommen. Es geht darum, das Zusammenleben mit den Menschen zu gestalten. Wir müssen die, die Anspruch auf einen humanitären Schutzstatus als Flüchtling haben, auch als solche begreifen. Sie sind eben nicht mehr als Flüchtende in unserem Land unterwegs. Ihre Flucht sollte endlich zu Ende sein.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, auch von mir noch ein Wort zur Gesundheitskarte. Wenn im Austausch mit der kommunalen Ebene Erkenntnisse gewonnen werden, die am Nutzen ihrer Einführung gegenwärtig zweifeln lassen, so sollte das Vorhaben vorerst nicht weiterverfolgt werden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das sind wohl eher finanzielle Zweifel auf der kommunalen Ebene.)

Der zurzeit erkennbare sehr kurze Zeitraum der Nutzung und die hohe Fluktuation der potenziellen Nutzer sprechen ebenfalls dagegen.

Damit komme ich zum Ende meiner Ausführungen: Vielen Aufgaben müssen wir uns gegenwärtig stellen, mit deren Ausmaß wir vor einem Jahr noch nicht in der Form gerechnet haben.

(David Petereit, NPD: Bitte?!)

Wir wollen dabei immer dafür sorgen, dass unsere Gesellschaft zusammenhält. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen gemeinsam gut leben können. Sorgen wir also auch gemeinsam dafür, dass bei der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen nicht auf einen Flickenteppich von Maßnahmen zurückgegriffen werden muss,

(Tino Müller, NPD: Einen Patchworkteppich.)

sondern auf einen soliden, aufeinander abgestimmten Integrationsfahrplan. Unsere Landesregierung ist dabei auf einem guten Weg. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Saalfeld von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin schon erstaunt, was eben hier im Plenarsaal los war. Insbesondere bin ich persönlich sehr enttäuscht von der Sozialministerin.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Heinz Müller, SPD, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Oooh! Bedauern! Oooh!)

Mit ihren scharfen Attacken hat sie sehr unsachgemäß versucht, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu diskreditieren, allerdings auf einem so niedrigen Niveau, das ich bisher in diesem Haus nicht gekannt habe.

(Heinz Müller, SPD: Wieso? Sie haben doch schon öfter geredet, Herr Saalfeld. – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ich wusste gar nicht, dass Sie so selbstkritisch sind. – Minister Harry Glawe: Der ist empfindlich. – Heiterkeit und Zurufe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorzuwerfen, dass Sie der NPD zum Mund rede oder aber Munition für die NPD liefere, das ist wirklich schon unterste Schublade!

(Stefan Köster, NPD: Ich kann die ganze Nacht nicht schlafen.)

Und, Frau Hesse, wenn Sie ernsthaft diese Sorge gehabt haben, dann wäre es doch für Sie ein Leichtes gewesen, im Vorfeld das Gespräch mit uns zu suchen. Und Sie haben es nicht gesucht!

(Der Abgeordnete Johannes Saalfeld zeigt auf die Ministerin. – Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Wolfgang Waldmüller, CDU: Finger weg!)

Deswegen werte ich Ihren Angriff gerade als eine scheinheilige Argumentation! Ihnen geht es hier überhaupt nicht um die Demokratie, sondern einzig und allein darum, in einem politischen Theater den Klamauk zu gewinnen,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

und das finde ich ganz, ganz unterste Schublade,

(Michael Silkeit, CDU: Ah, genau!)

meine sehr geehrten Damen und Herren. Frau Hesse hätte das Gespräch führen können und sie hat es nicht geführt, weil es ein guter Antrag ist,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

weil es ein Antrag ist, der hier einen wunden Punkt der Landesregierung berührt. Es muss auch in schwierigen Zeiten möglich sein, Kritik an der Landesregierung zu üben, ohne dass man als Nestbeschmutzer hingestellt wird, meine sehr geehrten Damen und Herren. Deswegen sollten wir uns alle überlegen, ob das wirklich das Symbol sein sollte, auf dem wir hier weiter zusammenarbeiten wollen.

(Heinz Müller, SPD: Haben Sie auch was zur Sache zu sagen?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mir hier von Frau Hesse vorwerfen zu lassen, dass ich mich bei den Akteuren der Flüchtlingshilfe nicht bedankt hätte, das schlägt wirklich dem Fass den Boden aus. Ich habe meinen höchsten Respekt in der Einbringungsrede genau diesen Helferinnen und Helfern, hauptamtlich wie ehrenamtlich, gezollt. Und, Frau Hesse, dann muss man mir auch mal zuhören und nicht nur die vorgefertigte Rede vorlesen.

(Heiterkeit bei Michael Silkeit, CDU – Heinz Müller, SPD: Oh!)

Aber das geht einfach zu weit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dann hat Frau Hesse hier den GRÜNEN vorgeworfen, sie wollen den Kommunen vorschreiben, wie sie Integrationsbeiräte zu gründen und zu führen hätten.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Frau Hesse, ich wollte Sie fragen – die Frage haben Sie ja nicht zugelassen –, ob Sie auch den Nachsatz in den Klammern jeweils gelesen haben im Antrag. Da steht nämlich jeweils "unter Berücksichtigung bereits heute bestehender Netzwerke und Beiräte". Frau Hesse, warum behaupten Sie hier wissentlich die Unwahrheit,

(Zurufe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU: Oh!)

dass die GRÜNEN hier den Kommunen Strukturen vorgeben wollen, wenn etwas völlig anderes im Antrag steht?

(Heinz Müller, SPD: Unglaublich! – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Ich finde, das ist einfach völlig niveaulos.

(Heinz Müller, SPD: Unglaublich! – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Hör mal auf zu heulen! – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich für meinen Teil erwarte mehr von einer Integrationsministerin und nicht eine so schlechte Argumentation.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Silkeit hat uns vorgeworfen, wir hätten die Ergebnisse des kommunalen Gipfels, des Integrationsgipfels vom Tisch gewischt und hätten damit die Hälfte des Antrages der LINKEN obsolet gemacht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir kennen ja gar keine Ergebnisse.)

Auch Ihnen, Herr Silkeit, empfehle ich, hören Sie zu,

(Michael Silkeit, CDU: Ja, na ja! Wer hören kann, ist wirklich im Vorteil, Herr Saalfeld.)

denn ich habe gesagt, dass wir über die Ergebnisse hinausgehen wollen! Ich habe nicht diese Ergebnisse verworfen,

(Michael Silkeit, CDU: Ah!)

ich habe nur gesagt, es waren die zwei, die ich genannt habe.

(Michael Silkeit, CDU: Das hätten Sie vielleicht anders betonen sollen.)

nämlich dass sie sich darauf geeinigt haben, dass es eine Sonderaufgabe ist und dass der Bund mehr Verantwortung übernehmen müsse. Aber dann habe ich gesagt, das war es auch, wir wollen mehr. Und was Sie hier reininterpretieren, dass wir diese Ergebnisse vom Tisch gewischt hätten, das ist offensichtlich Ihrer Fantasie geschuldet, hat aber mit der Realität hier im Plenarsaal nichts zu tun, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Michael Silkeit, CDU: Lesen, lesen Sie das Protokoll! Lesen ist wichtig.)

Frau Kaselitz, Ihre Rede hat mich in der Tat beeindruckt. Sie haben wirklich sehr schöne Beispiele für Maßnahmen für eine erfolgreiche Integration vor Ort vorgetragen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Bis auf die Stellen, wo Sie kritisiert wurden. – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Glocke der Vizepräsidentin)

Aber es zeigt mir an diesen Beispielen auch, wie wichtig ein Integrationsgesetz oder wie es DIE LINKE ...

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Einen kleinen Moment, Herr Saalfeld!

Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, ich möchte Sie herzlich bitten, entsprechend dem Thema hier auch eine ernsthafte und sachliche Debatte zu führen und natürlich die Debattenkultur des Hauses zu achten. Dazu gehört, dass wir dem Redner zuhören

(Zuruf aus dem Plenum: Na, Herr Saalfeld!)

und die Argumente austauschen.

(Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Ich lasse natürlich Zurufe zu, aber in sachlicher Form, nicht in der Form, wie das eben gelaufen ist.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das sind doch Begeisterungszurufe.)

Bitte, Herr Abgeordneter Saalfeld, Sie können Ihre Rede fortführen.

**Johannes Saalfeld**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Ich führe fort: Frau Kaselitz, Sie haben sehr schöne Beispiele genannt, die mir zeigen, dass diese Beispiele

überall in unserem Land zu einer besseren, erfolgreichen Integration beitragen. Wir müssen aber auch schauen, dass es nicht nur punktuell bei solchen Beispielen bleibt, sondern dass wir systematisch Rahmenbedingungen schaffen, dass Integration erfolgreich umgesetzt werden kann, und wie solche Maßnahmen, die Sie sehr schön vorgetragen haben, in Zukunft finanziert werden, wer sie übernimmt und so weiter und so fort. Deswegen halte ich, auch um weiterhin solche schönen Beispiele aus dem Land zu hören, ein Integrationskonzept für zielführend und ein Integrationsgesetz für zielführend.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte noch einige Sätze zur Gesundheitskarte sagen. Die Fraktion DIE LINKE fordert ja, sich auch weiterhin für die Einführung einer Gesundheitskarte für Asylbewerberinnen und Asylbewerber einzusetzen. Dieser Forderung schließt sich meine Fraktion natürlich an. Nachdem Sozialministerin Hesse noch Anfang des Jahres im Sozialausschuss des Landtages bekannt gegeben hatte, dass es einen entsprechenden Entwurf für die Rahmenvereinbarung gibt und die Einführung der Gesundheitskarte noch im laufenden Jahr zu erwarten ist, ist nun leider ein Zurückrudern zu erkennen. Das hat sie auch offen dargelegt und sie hat ihre Beweggründe dargelegt,

(Rainer Albrecht, SPD: Auch begründet.)

nämlich die Karte hätte aufgrund der beschleunigten Anerkennungsverfahren des Bundes nur noch wenige Tage Gültigkeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind an dem Punkt noch nicht angekommen und ich glaube das auch erst, wenn ich es sehe, denn wir sind momentan noch meilenweit von solchen schnellen Anerkennungsverfahren entfernt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig.)

Die Realität sieht anders aus. Ich hoffe natürlich auch, dass die Verfahren sehr viel schneller gehen, aber ich sehe es noch nicht. Und wir hören auch immer wieder in den Bundesmedien, dass trotz vieler Stellen im Land und im Bund, die geschaffen wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, die Geschwindigkeit der Anerkennungsverfahren nicht zugenommen hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei etwa einem Viertel aller Bewerberinnen und Bewerber dauern die Anerkennungsverfahren deutlich länger als nur ein paar Tage. Das sagte auch die Vorsitzende des Flüchtlingsrates Ulrike Seemann-Katz vergangene Woche in Schwerin. Die Begründung von Ministerin Hesse, die Karte vorerst nicht einzuführen, weil die Entscheidungen für Flüchtlinge stark beschleunigt wurden, gehe an der Realität vorbei, denn die beschleunigten Entscheidungen beträfen im Übrigen vor allem nur Syrer. Wir haben aber mehr als 20 Herkunftsländer. Klagen gegen ein abgelehntes Asylverfahren, gegen die Entscheidung der Behörde können Wochen, Monate dauern und auch hier muss eine Gesundheitsversorgung sichergestellt sein. Frau Seemann-Katz sagte, hier zitiere ich sie: "Im vergangenen Jahr wurden in Mecklenburg-Vorpommern 18.000 Asylanträge gestellt. Rund 6.000 Menschen würde die Gesundheitskarte helfen."

Inwieweit Kostenbedenken bei der ganzen Geschichte eine Rolle gespielt haben mögen, da möchte ich noch

mal auf die Evaluationsberichte aus Bremen und Hamburg verweisen, die ja deutlich dargelegt haben, dass sich eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge tatsächlich rechnet, weil sie den Verwaltungsaufwand erheblich verkleinert. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, da bin ich dem Beispiel von Hikmat Al-Sabty sehr dankbar, man kann eine Gesundheitskarte auch so einführen, dass man, wenn sich ein Status im Aufenthaltstitel ergibt, natürlich eine Veränderung im System einprogrammiert. Wenn ich meinen Wohnort wechsle oder der Arbeitgeber sich ändert, kriege ich keine neue Gesundheitskarte, sondern rufe bei der Krankenkasse an oder gehe dorthin und dann wird das im System geändert. Das liegt jetzt nicht an dem Plastikteil. Ich glaube, hier sollte die Landesregierung noch mal ernsthaft darüber nachdenken, ob nicht ein Problem, was sie sieht, heutzutage technisch sehr einfach zu lösen ist.

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte tatsächlich noch mal um mehr Energie und Engagement bei der Einführung der Gesundheitskarte. Das ist möglich. Ich glaube auch, dass wir uns eigentlich hier im Raum alle einig sind, dass so eine Gesundheitskarte für die Flüchtlinge eine Verbesserung der Situation darstellt und den Verwaltungsaufwand erheblich verringert.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und ich bin der SPD-Fraktion sehr dankbar, dass sie noch vor kurzer Zeit, im Sommer des vergangenen Jahres, stolz verkündet hat, dass die Gesundheitskarte kommt. Da würde ich Sie an Ihren eigenen Worten gern messen wollen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Wir werden sehen, ob sie kommt oder nicht.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

So sehr, Herr Müller, wie Sie behaupten, dass sich die Rahmenbedingungen geändert hätten, haben sich die Rahmenbedingungen nicht geändert, denn die Menschen bleiben genauso lange in unserem Land.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Und ich sehe auch noch nicht die beschleunigten Verfahren

(Egbert Liskow, CDU: Das ist Ihre Behauptung.)

Also ich denke, wir sollten daran festhalten, nicht, dass wir in einigen Monaten hier wieder stehen und feststellen, die Verfahren sind genauso lang, es hat sich nichts für die Flüchtlinge verbessert und für die Verwaltung hat sich auch nichts verbessert.

Deswegen bitte ich um Zustimmung sowohl für unseren Antrag als auch für den Antrag der Fraktion DIE LINKE, welcher im Übrigen sehr ähnlich ist. Das möchte ich hier auch noch mal unterstreichen. Frau Hesse hat versucht, einen anderen Eindruck zu vermitteln, aus welchen Gründen auch immer, aber der Unterschied zwischen dem Antrag der GRÜNEN und dem Antrag der LINKEN besteht eigentlich nur darin,

(Michael Silkeit, CDU: Die LINKEN haben den abgeschrieben, das stimmt.)

dass die LINKEN ein Integrationskonzept fordern und wir ein Integrationsgesetz. Das ist der eigentliche Unterschied.

Herr Silkeit, Sie haben selbst gesagt, so ein Integrationsgesetz ist ja durchaus etwas Sinnvolles und Ihre Fraktionsvorsitzenden aus Norddeutschland haben genau das gefordert.

(Michael Silkeit, CDU: Die haben auch mal recht.)

Deswegen möchte ich Sie da auch gern beim Wort nehmen und bitte Sie, hier entsprechend unserem Antrag zuzustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Egbert Liskow, CDU: Wovon träumen Sie nachts?)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion DIE LINKE.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Müller von der NPD-Fraktion, zwei Dinge vorweg: Also aus meiner Zeit in der Volksarmee kenne ich noch den Begriff "Völkerfreundschaft". Das kennen Sie wahrscheinlich nicht.

(Stefan Köster, NPD: Das kann es aber nur geben, wenn es auch noch Völker gibt. – Zuruf von David Petereit, NPD)

Das kennen Sie wahrscheinlich nicht. Und wenn Sie denn meinen, dass es unser Bestreben sei, unser Volk durch die Ausländer zu ersetzen, kann ich Ihnen zumindest sagen, dass es uns allen gut gefallen würde, wenn an Ihrer Stelle hier mehr Abgeordnete mit Migrationshintergrund sitzen würden als Nazis im Parlament.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD)

Das wäre ein guter Austausch und wesentlicher Beitrag für die Demokratie in diesem Land.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben gestern hier – die demokratischen Fraktionen zumindest – über die Wichtigkeit der Medien in diesem Land beraten und uns dazu bekannt. Und da will ich mal aus einem Medienbericht von heute zitieren, weil die Zeitung genau die Probleme aufgreift, die uns umtreiben sollten. Da geht es um den offenen Brief der Flüchtlingshilfe aus Wesenberg unter der Überschrift "Flüchtlinge: Ihre Helfer brauchen selbst Hilfe". Das ist heute in der Zeitung zu lesen, ich zitiere: "Einen ersten Hilferuf haben sie bereits dem Landesministerpräsidenten Erwin Sellering überbracht, als dieser in der Kleinstadt war. Geändert hat sich nichts. Das Ziel Integration rückt ganz weit weg." Zitatende. Dies ist eine aktuelle Widerspiegelung aus den Medien von heute.

Ähnliches könnten wir über Basepohl sagen zum heutigen Zeitpunkt. Und weil der Kollege Silkeit uns ja aufgefordert hat, uns mal fünf Minuten Zeit zu nehmen und

über die Anforderungen nachzudenken und darüber zu sprechen, welche wir an die Flüchtlinge haben müssen, wenn es darum geht, die Sprache zu erlernen, das Rechtssystem der Bundesrepublik kennenzulernen, all das findet in hoher Qualität zum gegenwärtigen Zeitpunkt in der Flüchtlingsunterkunft in Basepohl statt.

(Michael Silkeit, CDU: Ja, hat doch keiner bestritten.)

Ja, hat auch keiner bestritten, nur weiß niemand, ob diese qualitativ hohe Arbeit auch nach dem September dieses Jahres dort fortgesetzt werden kann,

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

weil die Finanzierung für den Betreiber dieser Flüchtlingsunterkunft offen ist.

(Zuruf von David Petereit, NPD)

Lesen Sie bitte die Antwort auf meine Kleine Anfrage, Kollege Silkeit!

Das führt dazu, dass bereits die ersten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in Basepohl für eine hohe Qualität gesorgt haben, gekündigt haben. Weil sich natürlich niemand auf das Glatteis bewegt, über ein halbes Jahr eine anstrengende und angestrengte Arbeit zu leisten, sollten wir uns mal fünf Minuten Zeit nehmen, darüber nachzudenken, werter Kollege Silkeit, denn das hat Auswirkungen auf die Integrationsbereitschaft, auch für Flüchtlinge.

(Zuruf von Michael Silkeit, CDU)

Und weil das so ist, weil es auch in unserem Land trotz der hier heute wieder aus gutem Grund beschriebenen vielfältigen Aktivitäten und des hohen ehrenamtlichen Engagements viel zu tun gibt, dürfen wir dieses nicht wegreden. Wir können auch nicht immer sagen, danke an das Ehrenamt, und meinen, das Ehrenamt wird auch in der Zukunft diese wichtige Aufgabe allein leisten können. Das wird es nicht. Da verstehe ich auch den emotionalen Ausbruch der Sozialministerin gegenüber dem Kollegen Saalfeld und damit gegenüber dem Anliegen der GRÜNEN-Landtagsfraktion nicht. Das wird dem nicht gerecht. Und das, was Sie ihm hier vorgeworfen haben, hat er in seiner Rede an keiner Stelle gesagt. Da waren der Dank an die Ehrenamtler genauso wie die Anerkennung der Leistungen der Landesregierung,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Erwähnt hat er es, bedankt hat er sich nicht. Nee! Das können wir ja noch mal nachgucken. – Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aber auch die Anforderungen, die vor uns stehen. Er hat von dem hohen Respekt gegenüber den Ehrenamtlern gesprochen. Ist das kein Dank? Also ich verstehe es nicht, weil wir uns doch, glaube ich, auch als demokratische Fraktionen einig sind, dass Integration eine große Herausforderung ist, vor der wir eigentlich stehen, die nur gelingen kann, wenn wir sie gemeinsam lösen. Da muss es auch gestattet sein, dass Oppositionsfraktionen Vorschläge einbringen, die vielleicht darüber hinausgehen, was diese Regierung bislang auf den Weg gebracht hat. Ich glaube, wir sind uns auch hoffentlich einig, dass es noch viel zu tun gibt. Und weil das so ist, müssen wir rechtzeitig die Weichen stellen, um vor allem die Integra-

tion der Flüchtlinge auf der kommunalen Ebene voranzubringen.

Wenn ich dann aus den Medien erfahre, welche Ergebnisse die Flüchtlingsgipfel gebracht haben, leider haben wir als demokratische Oppositionsfraktion ja keinen anderen Zugang als über die Medien.

(Michael Silkeit, CDU: Ja, ich ja auch nicht.)

Ich rede hier bitte schön von den Flüchtlingsgipfeln.

(Ministerin Birgit Hesse: Unglaublich!)

Unglaublich, was Sie manchmal von sich geben, Frau Sozialministerin, das ist wohl so.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Oh, oh, oh!)

Wenn bei dem letzten Gipfel gesagt wird, wir werden jetzt mal die Aufgaben definieren, die bis April zu lösen sind, stelle ich mir die Frage, was wir seit September des letzten Jahres gemacht haben. Und dann werden die Aufgaben bis April definiert und es kommt die Arbeitsgruppe Finanzen und entscheidet, wie viel Geld wir zur Verfügung stellen können. Dann ist ein Jahr herum und wir legen die ersten Ergebnisse vor. Ich bitte Sie!

Die Kompetenzen dieses Landes müssen gebündelt werden und da ist es mir relativ egal, ob es ein Integrationskonzept ist, ob es ein Gesetz ist. Wir müssen die Maßnahmen, die es gibt, die Verordnungen, die es auf Landesebene gibt zur Unterbringung, die Konzeption, die wir 2006 als Rot-Rot gemeinsam auf den Weg gebracht haben, die 2011 das erste Mal fortgeschrieben werden musste, das alles muss man doch der neuen Situation anpassen. Aber wir müssen endlich mal zu Ergebnissen kommen und nicht sagen, wir definieren jetzt mal bis April die Aufgaben, die zu lösen sind.

Und wenn Sie mir nicht glauben, dann lesen Sie noch mal die Stellungnahme des Deutschen Städtebundes, der hier in Schwerin wenige Tage nach dem letzten glorreichen Gipfel der Landesregierung getagt hat! Lesen Sie die Forderungen nach, die dort die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister querbeet durch alle Parteien an Bund und Länder gerichtet haben! Vielleicht geht Ihnen dann ein Licht auf.

Ein Partizipations- oder Integrationsgesetz, wie es die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert, kann den Prozess unterstützen. Insofern haben wir uns auch dafür ausgesprochen, beide Anträge in einer gemeinsamen Aussprache zu behandeln. Und wenn wir heute nicht zu Entscheidungen kommen, obwohl wir zu einer Entscheidung kommen müssten, kann man doch beide noch mal in den Sozialausschuss überweisen und dort über die gemeinsame Herangehensweise nachdenken. Aus meiner Sicht haben wir Zeit verschenkt und das ist das eigentliche Problem.

Die Sozialministerin des Landes Brandenburg, Diana Golze, DIE LINKE, hat bereits im Dezember 2015 einen Entwurf eines Landesaufnahmegesetzes für Brandenburg vorgelegt. Gestern hat der Landtag Brandenburg dieses Gesetz verabschiedet, SPD und LINKE gemeinsam. Vielleicht sollten noch mal die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion in dieses Gesetz aus dem Land Brandenburg hineinschauen. Das Gesetz, was

gestern verabschiedet worden ist, enthält unter anderem eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels, unter anderem für die Sozialarbeit, die Finanzierung von zusätzlichen Stellen für Migrationssozialarbeit in den Kommunen, die Ausweitung der Investitionspauschale auf die Wohnungen.

Meine Kollegin Andrea Johlige im brandenburgischen Landtag hat dazu gestern ausgeführt, ich zitiere: "Die Unterbringung in Wohnungen wird forciert, indem die Investitionspauschale für die Schaffung von Unterbringungsplätzen, die bisher nur für Gemeinschaftsunterkünfte ... gezahlt wurde, auf die Wohnungsunterbringung ausgeweitet wird. ... Für die Unterbringung wird außerdem künftig eine Unterbringungspauschale gezahlt, die sich an der tatsächlichen Kostenstruktur für Wohnraum in den jeweiligen Kommunen orientiert. Das heißt dann konkret auch, dass für die Unterbringung in Wohnungen mehr Kosten durch das Land pauschal übernommen werden als für die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften."

Das gestern in Brandenburg verabschiedete Gesetz, ich zitiere wieder, "fordert eine Unterbringung, die eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Dies unterstreicht den Willen des Gesetzgebers, dass die Unterbringung in abgelegenen Lagen ohne Anschluss an ÖPNV, Bildungseinrichtungen, Einkaufsmöglichkeiten und Zugang zu Vereinen, Verbänden der Vergangenheit angehören soll." Aktueller Stand im Nachbarland.

(Torsten Renz, CDU: Das ist ja konkret.)

Die definieren nicht Aufgaben bis April, die haben gestern konkrete Schlüsse gezogen.

Und man höre und staune, zur "Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung" heißt es auch mit dem gestrigen Beschluss, Einführung einer "elektronischen Gesundheitskarte". Ja sind denn die Situationen in Brandenburg oder in anderen Ländern anders als bei uns?

(Egbert Liskow, CDU: Sehr wahrscheinlich.)

Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte, "um zumindest die Entscheidung, ob jemand behandelt werden muss oder nicht, in ärztliche Hände zu legen" und nicht vordergründig von Finanzen abhängig zu machen. "Um hier einen Anreiz zu schaffen, dass möglichst alle Landkreise und kreisfreien Städte der Vereinbarung mit den Krankenkassen … beitreten, übernimmt das Land vollständig die Kosten der gesundheitlichen Versorgung." Zitatende.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Na, da sind die Rahmenbedingungen aber ganz anders.)

Aktuelle Beschlusslage in Brandenburg gestern, und in Mecklenburg-Vorpommern definiert man noch bis Mitte April die Herausforderungen, die zu leisten sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Argumente, die hier vorgebracht worden sind, erstens zur Ablehnung der beiden Anträge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und meiner Fraktion, zweitens zur Nichteinführung der elektronischen Gesundheitskarte für Menschen mit Migrationshintergrund, sind für mich nicht nachvollziehbar.

Deswegen ist es aus meiner Sicht eben auch nicht ausreichend, was auf den letzten Gipfeln beraten worden ist. Wir

brauchen schnelle Lösungen. Und wir müssen, nein, die Landesregierung muss ja nicht einmal etwas Neues erfinden oder sich selbst Gedanken machen, sie muss das aufgreifen oder bereit sein aufzugreifen, was anderenorts schon beschlossen worden ist, oder die Dinge hernehmen, die der Städte- und Gemeindetag in seinen Arbeitshinweisen schon im Herbst des letzten Jahres formuliert hat. Seit dem November des letzten Jahres liegt das vor. Das "Drei-Wellen-Papier" ist für mich ein geschlossenes Konzept, das man hernehmen kann, finanziell untersetzen und verbindlich für das Land regeln kann, bevor wir zu einem Integrationsgesetz kommen.

Zum Hinweis, wir würden das jetzt bis zum Ende der Legislaturperiode nicht mehr schaffen: Dass man das schaffen kann, zeigt doch diese Landtagssitzung. Sieben Gesetzentwürfe bringt die Landesregierung ein. Diese werden rasch durch das Parlament gebracht, immer mit der großen Erwartungshaltung: Liebe Opposition, stimmt zu! Bei so einem Gesetz soll das nicht gehen? Das sind Ausreden, meine sehr verehrten Damen und Herren, nichts als Ausreden.

Trotzdem bitte ich noch mal um Zustimmung zu den beiden Anträgen, beantrage aber vorher namens meiner Fraktion – ich setze voraus, dass die GRÜNEN damit einverstanden sind –

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jo.)

die Überweisung der beiden Anträge in den Sozialausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat noch einmal die Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Frau Hesse. Bitte.

**Ministerin Birgit Hesse:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich finde es schon erstaunlich, wie die Dinge verdreht werden

> (Unruhe vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ganz genau.)

und wie uns vorgeworfen wird aus Landessicht, wir würden gemeinsam mit der kommunalen Ebene Fragen der Integration hier nicht regeln. Das ist eine Frechheit!

Ich möchte das noch mal ganz deutlich betonen, und das ist das, was Herr Silkeit bereits gesagt hat: Wir sind im Vergleich zu anderen Bundesländern deutlich vorn. Und uns dann vorzuwerfen, wir würden Brandenburg nicht erreichen,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Was, was?!)

ist eine reine Frechheit.

Wir sind diejenigen, die hier im Land die Vollkostenerstattung haben. Das ist eine ganz große Leistung der Finanzministerin für die kommunale Ebene.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Wir lesen uns nicht irgendwelche Konzepte von anderen durch, wir sitzen ganz konkret mit unseren Partnern am Tisch.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das müssen Sie vielleicht mal machen, dann wären Sie vielleicht ein bisschen klüger.)

Ganz konkret, Herr Ritter – und wenn Sie das negieren, dann ist das einfach nicht richtig, was Sie da tun –, man muss ganz deutlich sagen, dass wir einen Fahrplan vereinbart haben mit der kommunalen Ebene, mit dem Städte- und Gemeindetag, mit dem Landkreistag.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Wer das negiert, der behauptet hier falsche Dinge. Das kann nicht wahr sein.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie haben doch gesagt, dass Sie die Aufgaben bis April definieren wollen. Das haben Sie doch gesagt, und das ist zu spät.)

denn letztendlich haben wir es im Land geschafft. Es gibt Einigkeit zwischen Land und Landkreisen und die Integration läuft doch bereits. Tun Sie doch nicht so, als ob wir gar nichts machen! Unsere Erstaufnahme ist vorbildlich ausgestattet und aufgestellt

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

und das muss man doch auch mal zur Kenntnis nehmen!

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Habe ich nicht über Basepohl gesprochen? Haben wir nicht über Basepohl gesprochen? – Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Wir haben viele gute Beispiele im Land, wo Integration läuft. Und uns jetzt vorzuwerfen, wir würden nichts machen, ist eine Frechheit. Das kann und will ich so nicht im Raum stehen lassen.

Wenn Sie die Gesundheitskarte ansprechen, habe ich sehr deutlich formuliert, wieso wir sagen, sie macht jetzt keinen Sinn mehr. Und ich kann Sie nur dringend bitten, einfach mal mit dem Städte- und Gemeindetag zu sprechen und sich mal anzuhören, welche Argumente das sind.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja, Geld, das ist das Geld, das ist das Geld. – Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Thomas Deiters sagte zu mir, wir brauchen diese Gesundheitskarte nicht mehr, sie macht keinen Sinn. Und wir können uns eben nicht mit Bremen und Hamburg vergleichen. Sprechen Sie doch einfach mal mit ihm!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Vielleicht mit Brandenburg.)

Vielleicht hilft ein Gespräch mit Praktikern für den weiteren Prozess. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Peter Ritter, DIE LINKE: Reden Sie mal mit Ihren Kollegen in Brandenburg!) Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun der Innenminister.

(Zurufe aus dem Plenum: Oh, oh!)

Minister Lorenz Caffier: Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich will mich da nur noch kurz anschließen, weil wir in der Tat das ganze Paket "Asyl und Flüchtlinge" schon lange als Land, als Komplex mit den Kommunen gemeinsam lösen.

Herr Ritter, Sie sagen, Brandenburg hat jetzt seinen Betreuungsschlüssel gesenkt, dann sage ich "Willkommen!", das haben wir schon vor einem Vierteljahr in Absprache mit den Kommunen gemacht. Dazu haben wir kein Gesetz gebraucht.

(Michael Silkeit, CDU: Genau, genau. Genau so. Das sagen wir schon lange.)

Dazu haben wir in der Staatskanzlei eine Besprechung gemacht und anschließend haben wir die Kosten gesenkt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Und, lieber Kollege Ritter, es ist nun mal auch ein Stück Verantwortungsbewusstsein einer Landesregierung,

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

wenn wir alle nicht wissen, wie sich die Flüchtlingsfrage entwickelt. Wenn wir heutzutage noch ein Viertel der Flüchtlinge haben, die wir im Herbst hatten, und wie ich hoffe, später vielleicht noch weniger haben, weil es eine gezielte Steuerung, Verteilung in Europa geben wird, dann müssen wir auch darüber nachdenken, wie viel Unterbringungskapazität wir vorhalten müssen und wie viel Personal wir dafür zur Verfügung stellen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das ist doch ganz normal. Dabei ist nichts Unnormales.)

Ich kann nicht einfach Leute auf Teufel komm raus für zig Jahre einstellen. Das ist nicht verantwortungsbewusst gegenüber der Bevölkerung. Deswegen ist die Entscheidung, die die Landesregierung mit den Kommunen getroffen hat, eine richtige, und deswegen kann ich auch nur sagen, wir machen nach wie vor gemeinsam eine sehr gute Integrationspolitik. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Michael Silkeit, CDU: Jawohl. – Peter Ritter, DIE LINKE: Ihr habt euch aber ziemlich getroffen oder erwischt gefühlt, ne? – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wo denkst du hin?!)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/5197 sowie den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/5199 zur Beratung an den Sozialausschuss zu überweisen. Hier sehe ich keinen Widerspruch. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Zugestimmt haben die Fraktio-

nen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dagegen stimmten die Fraktionen der SPD, CDU und NPD. Damit ist der Überweisungsvorschlag abgelehnt.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/5197. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Zugestimmt haben die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE, dagegen stimmten die Fraktionen der SPD, CDU und NPD. Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/5197 abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/5199. Hierzu ist beantragt worden, über die Ziffer I insgesamt sowie über die Ziffer II Nummer 1 sowie Ziffer II Nummer 2 einzeln abzustimmen.

Wer der Ziffer I des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/5199 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Zugestimmt haben die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dagegen stimmten die Fraktionen der SPD, CDU und NPD. Damit ist die Ziffer I des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/5199 abgelehnt.

Wer der Ziffer II Nummer 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/5199 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Zugestimmt hat die Fraktion DIE LINKE, dagegen stimmten die Fraktionen der SPD, CDU und NPD, es enthielt sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist die Ziffer II Nummer 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/5199 abgelehnt.

Wer der Ziffer II Nummer 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/5199 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Zugestimmt haben die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dagegen stimmten die Fraktionen der SPD, CDU und NPD. Damit ist die Ziffer II Nummer 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/5199 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Hände weg von unserem Bargeld! Der fortschreitenden Überwachung der Bürger entgegentreten!, Drucksache 6/5210.

Antrag der Fraktion der NPD Hände weg von unserem Bargeld! Der fortschreitenden Überwachung der Bürger entgegentreten! – Drucksache 6/5210 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Köster.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Den Plänen in der Bundesregierung, in Deutschland eine Bargeldgrenze in Höhe von 5.000 Euro einzuführen bis hin zur mittelfristigen Abschaffung von Bargeld als Zahlungsmittel, erteilt unsere NPD-Fraktion eine deutliche Absage. Offenbar vor dem Hintergrund einer entsprechenden Forderung der SPD-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung konkrete Planungen

hinsichtlich der Einführung einer Obergrenze für Bargeldgeschäfte in Deutschland vorgenommen. Als Begründung dient auch hier wieder der Kampf gegen die organisierte Kriminalität, gegen Geldwäsche, Schwarzgeldzahlung und die Terrorismusbekämpfung. Aber denken Sie wirklich, meine Damen und Herren, dass sich Terroristen an irgendeine Grenze bei Bargeldzahlungen halten würden?

Als präventive Sicherheitsmaßnahme soll in Deutschland unter anderem nach Auffassung des Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble, CDU, eine Obergrenze für Bargeldzahlungen von 5.000 Euro vorgeschrieben werden. Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die organisierte Kriminalität gelten in Kreisen der politischen Klasse als gute Begründung für die Einschränkung der Freiheitsrechte sowie den Ausbau der Überwachung der Bürger. Eine eventuelle Begrenzung des Bargeldverkehrs wird, wie Kriminalfachleute richtigerweise feststellen, nicht für mehr Sicherheit in unserer Heimat sorgen, da sich Kriminelle ohne Einschreiten des Staates in den zurückliegenden Jahren Strukturen aufgebaut haben, die eine Bargeldobergrenze problemlos unterlaufen würden.

Langfristig geht es offenkundig darum, Bargeld ganz aus dem Zahlungsverkehr zu ziehen. Am Ende steht definitiv die absolute Kontrolle über alle Zahlungsvorgänge. Was das Herz von Bankern, Finanzbeamten und Finanzministern vielleicht höher schlagen lässt, ist letztlich in der Konsequenz die geplante vollständige Kontrolle der Bürger und damit ein schwerwiegender Eingriff in die persönlichen Freiheitsrechte und ein drastischer Verstoß gegen den Datenschutz.

Bereits Anfang Februar erklärte unsere Fraktion zu den Vorhaben der Bundesregierung, Zitat: "Während die Bundesregierung beim Flüchtlingszustrom die Kontrolle völlig verloren hat und hierbei auch eine Obergrenze weiterhin ablehnt, will die selbe Regierung beim Bargeldverkehr mit einer Obergrenze die Kontrolle über den Normalbürger weiter verschärfen. Wenn eine solche Grenze erst eingeführt ist, kann diese in weiteren Schritten schnell abgesenkt werden, am Ende steht das Bargeld vor dem Aus. Dann kann der Bürger sein Geld im Fall des Falles weder den Banken noch dem Staat entziehen. Eine solche Willkür gegenüber dem arbeitenden Volk ist mit der NPD nicht zu machen. Statt die Bevölkerung weiter zu gängeln, sollte die Bundesregierung lieber schleunigst handeln, um die verloren gegangene Ordnung in diesem Land wieder herzustellen!" Diese Position stellt unverrückbar unsere Haltung zu den Gedankenspielen der Bundestagsparteien dar.

Doch die Bundestagsparteien haben auch enormen Gegenwind von Datenschützern und Wirtschaftsvertretern erhalten, mit denen sie selbst wohl nicht rechneten. Der Präsident der Bundesbank, Jens Weidmann, wendet sich beispielsweise genauso gegen eine Bargeldobergrenze wie der Datenschützer Peter Schaar. Wie Reuters mitteilt, regt sich vor allem auch aus etablierten Kreisen gegen die Pläne der sukzessiven Abschaffung des Bargeldes, die zunächst mit dem gesetzlichen Verbot von Geschäften ab 5.000 Euro und einer dazu passenden Medienkampagne vorangetrieben werden, Widerstand. Bundesbankpräsident Jens Weidmann kritisiert diese Pläne der Regierung schaff und bezeichnet sie als "fatal".

Und Reuters führt am 5. Februar 2016 weiter aus, Zitat: "Deutschland hat eine neue Obergrenzen-Debatte, jene

um die Nutzung von Bargeld. Nur noch Geschäfte bis 5.000 Euro sollen künftig legal mit Scheinen bezahlt werden dürfen. Wer dann einen Gebrauchtwagen für ein paar Euro mehr kauft und diesen bar bezahlt, wird damit praktisch zum Verbrecher. So will es die Bundesregierung, wie die FAZ am Mittwoch aufdeckte. Dass hinter all dem keine reine Schnapsidee steckt, sondern eine wohl koordinierte Kampagne zur Umgestaltung des öffentlichen Geldwesens, sollte jedem klar sein, der aufmerksam die Medienberichterstattung verfolgt und zu einem Mindestmaß an kritischen Denken fähig ist.

Auch der Präsident der Bundesbank, Jens Weidmann, kommentiert die Pläne zur Bargeld-Obergrenze nun und stellt klar:", Zitat, "Es wäre fatal, wenn die Bürger den Eindruck bekämen, dass ihnen das Bargeld nach und nach entzogen wird. Der Bürger soll selbst entscheiden können, ob er lieber Bargeld nutzen oder bargeldlos bezahlen möchte." Zitatende.

#### (Beifall Udo Pastörs, NPD)

"Auch der" anerkannte "Datenschützer und ehemalige Bundesbeauftragte in diesem Bereich, Peter Schaar, hat wenig Sympathie für eine Einschränkung des Rechtes Bargeld zu nutzen übrig. Gegenüber dem Deutschlandfunk kommentierte Schaar mit Hinblick auf die konstruierten Argumente der Bargeld-Gegner:", Zitat, ",Und derjenige, der solche Begrenzungen einführt, der jetzt letztlich eigentlich will, dass das Bargeld verschwindet, damit der Staat im Prinzip alles überwachen kann, was elektronisch überwiesen wird oder bezahlt wird, derjenige ist beweispflichtig. Und das ist wieder eine sehr ähnliche Konstellation wie bei der sogenannten Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikationsdaten wie bei der jetzt geplanten Einführung der Speicherung von Flugpassagierdaten, alles sozusagen mit der Terrorismusbekämpfung gerechtfertigt." Zitatende.

"Der Landtag möge" daher "beschließen:

- Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern lehnt eine Obergrenze für Barzahlungen, wie sie u. a. von der CDU gefordert wird, konsequent ab.
- Der Landtag stellt fest, dass mit einer Begrenzung des Bargeldverkehrs in keiner Weise Geldwäsche verhindert, sondern vielmehr die Überwachung der Bürger weiter vorangetrieben wird.
- Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen aktiv gegen eine Begrenzung des Bargeldverkehrs einzusetzen."

Und vor dem Hintergrund, dass gerade auf europäischer Ebene diskutiert wird, auch sogenannte Negativzinsen für die Privatbanknutzer einzuführen, wird noch deutlich, dass die Bürger Stück für Stück von ihren Parteien abgezockt werden sollen. Insofern Hände weg von unserem Bargeld! Nein zur staatlichen Überwachung! – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Saalfeld von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Trotz des demokratischen Tiefschlags von der Sozialministerin Frau Hesse

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Der demokratische Tiefschlag! – Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

macht es mir jetzt natürlich großen Spaß, im Namen aller demokratischen Fraktionen diesem unnötigen Antrag der Fraktion der NPD zu begegnen und zu entgegnen.

Zunächst einmal möchte ich etwas spitz feststellen, dass ich es mir nicht habe träumen lassen, dass die NPD hier noch einmal einen Antrag vorlegt, der sich explizit gegen Obergrenzen ausspricht, aber das ist nun so.

(David Petereit, NPD: Hä?!)

Ich möchte auch von dieser Stelle noch einmal klären, wenn Sie Herrn Schaar oder Herrn Weidmann anführen, was sie denn gesagt haben, dann hört sich das immer so an, als ob sie das getan hätten, weil sie die Argumentation der NPD unterstützen würden, ganz im Gegenteil.

(Udo Pastörs, NPD: Wer hat das behauptet? – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Also Herr Schaar als ehemaliger Datenschutzbeauftragter oder Herr Weidmann als Präsident der Deutschen Bundesbank haben aus sachlichen Erwägungen heraus ihre Argumente formuliert

(Udo Pastörs, NPD: Wir auch.)

und ganz bestimmt nicht mit Blick auf den Antrag der NPD.

Also Sie wollen sich hier – das sieht man noch mal deutlich – auf einen fahrenden Zug draufsetzen. Sie wollen da aufspringen,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

wollen als Hysterie-Partei Stimmung betreiben

(Stefan Köster, NPD: Das ist doch Ihre Pädophilen-Partei. – Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

und wollen daraus Ihren Saft drehen beziehungsweise Ihren Saft ziehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Deutschland gibt es eine sehr lebendige Diskussion zu diesem Thema einer Bargeldobergrenze und diese Diskussion gibt es ganz bestimmt und insbesondere auch ohne NPD. Ich habe mal die Positionen der unterschiedlichen Parteien, unterschiedlichen demokratischen Parteien angeschaut und hier ist eigentlich das ganze Spektrum von Meinungen abgedeckt, es gibt keine Lücke, die irgendwie die NPD besetzen müsste.

(Udo Pastörs, NPD: Überflüssig.)

Wir haben hier einen sehr interessanten, sehr bunten, sehr breiten Disput zu diesem Thema.

Herr Schäuble als Bundesfinanzminister hat den Vorschlag gemacht, eine Bargeldobergrenze von 5.000 Euro einzuführen, und seine Beweggründe – das muss ich auch als Grüner mal anerkennen – sind gute Beweggründe, denn wir haben ein großes Problem mit Geldwäsche. In Deutschland werden jährlich etwa 60 Milliarden Euro gewaschen und nur ein Prozent davon wird eingezogen. Und wenn die NPD sagt, keine Bargeldobergrenzen, dann erwarte ich, dass Sie wenigstens eine Alternative formulieren und mal sagen, wie wir denn dieser Geldwäscheaktivitäten in Deutschland Herr werden. Wie können wir dem begegnen, meine sehr geehrten Damen und Herren?

(Udo Pastörs, NPD: Bestimmt nicht damit, dass Sie die Bargeldzahlungen einstellen.)

Ich möchte dieser hysterischen Art und Weise, mit der Sie versuchen, Politik zu betreiben, auch ein paar sachliche und versachlichende Argumente entgegenstellen. Es geht überhaupt nicht bei der Einführung einer Obergrenze darum, dass jemand irgendwie mehr als 5.000 Euro Bargeld besitzen dürfe. Man darf nach den Vorstellungen von Herrn Schäuble weit mehr als 5.000 Euro besitzen in bar, kann also sein Bardepot, wer auch immer das als sinnvolle Anlagevariante sieht, gern weiterhin behalten.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Es geht eigentlich und allein darum, dass man keine Zahlungen mehr über 5.000 Euro ausführen solle. Und ich frage Sie mal ganz ehrlich: Wann haben Sie eigentlich die letzte Barzahlung über 5.000 Euro getätigt?

(Udo Pastörs, NPD: Kein Argument. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, betrifft Normalverdiener und Kleinverdiener in keinster Weise. Die NPD schwingt sich also hier vor allem als Anwalt, ich sage mal, der Großverdiener auf und von Leuten,

> (Michael Andrejewski, NPD: Dann soll doch das ganze Bargeld wegkommen. – Zuruf von David Petereit, NPD)

die offensichtlich nichts Besseres zu tun haben, als ihre Überweisungen vor allem oberhalb der 5.000-Euro-Grenze bar zu vollziehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch die SPD hat sich zumindest in Form des SPD-Finanzexperten Carsten Schneider klar dazu positioniert. Er hat erklärt, dass wir diesem Riesenproblem der Geldwäsche begegnen müssen, gerade auch im Immobilienbereich, gerade auch im Altwagen- oder Gebrauchtwagenbereich.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir müssen hier etwas tun. Gleichwohl gibt es die Position der LINKEN und der GRÜNEN, die explizit darauf verweisen, dass eine Abschaffung des Bargelds beziehungsweise eine Einführung solcher Obergrenzen natürlich datenschutzrechtliche Probleme mit sich bringen. Sie merken, es gibt viele gute Argumente für eine Bargeldobergrenze

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und es gibt viele gute Argumente gegen eine Bargeldobergrenze. In der demokratischen Diskussion brauchen wir ganz bestimmt nicht die NPD,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

die noch versucht, darin irgendwie Hysterie zu schüren und daraus ihren Saft zu ziehen.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, schauen wir uns doch mal den Antrag der NPD genauer an, was er denn konkret fordert und ob er geeignet ist, überhaupt hier im Landtag beschlossen zu werden.

(Michael Andrejewski, NPD: Als ob Sie das bedenken würden!)

Gehen wir das mal Punkt für Punkt durch. Ich möchte zunächst bei der Überschrift anfangen. Sie sprechen immer davon: "Hände weg von unserem Bargeld!" Also ich meine: Um welches Bargeld geht es, um das der NPD-Fraktion?

(Udo Pastörs, NPD: Um das der Deutschen!)

Ja, dann schreiben Sie es doch hin!

(Jochen Schulte, SPD: Na die NPD hat doch keins mehr. Die sind doch offensichtlich pleite.)

Aber wen meinen Sie mit "uns"? Also das ist nicht exakt beziehungsweise nicht klar und ich verwahre mich hier auch gegen den Eindruck, dass Sie irgendwie im Namen der Deutschen sprechen dürften.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD: Aber Sie! Aber Sie! – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich glaube, allein wegen Ihrer Größe, aber auch Ihrer Probleme gegenüber unseren deutschen Werten und der Verfassung kann ich Ihnen das hier nicht durchgehen lassen

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

Zum ersten Punkt Ihres Antrages: Hier soll der Landtag Ihrer Meinung nach einmal feststellen, ach so, nein, der Landtag soll erst einmal eine Obergrenze für Barzahlungen, wie es die CDU gefordert hat, konsequent ablehnen.

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was hat denn das für eine Konsequenz?

(Udo Pastörs, NPD: Ja, was haben denn Ihre Anträge für eine Konsequenz, die Sie hier formuliert haben? – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Also ich verstehe nicht, wie uns das jetzt weiterbringen soll

Der zweite Punkt erklärt, dass der Landtag feststellen soll, dass mit einer Begrenzung des Bargeldverkehrs in keiner Weise Geldwäsche verhindert wird, sondern vielmehr die Überwachung der Bürger weiter vorangetrieben wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wir GRÜNEN haben datenschutzrechtliche Bedenken, aber

das, was die NPD hier feststellen will, ist einfach sachlich falsch, denn sehr wohl kann durch die Begrenzung des Bargeldverkehrs die Geldwäsche eingegrenzt und bekämpft werden.

(Udo Pastörs, NPD: Das behaupten Sie einfach!)

Aber dass sie überhaupt keinen Beitrag und in keiner Weise einen Beitrag gegen die Geldwäsche leisten kann, das ist einfach falsch, und ich finde, der Landtag kann auch beim besten Willen nicht falsche Feststellungen treffen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das geht einfach nicht.

Und im dritten Punkt, da fordern Sie, die Landesregierung soll aufgefordert werden, sich auf allen Ebenen aktiv gegen eine Begrenzung des Bargeldverkehrs einzusetzen. Also ich finde, das ist so ein bisschen lapidar. Wissen Sie, mal ganz ehrlich, Sie könnten es uns ja schwerer machen, Ihre Anträge abzulehnen, aber so einfach machen Sie es uns jedes Mal, denn diesem Satz können wir nicht zustimmen. Wie soll das denn praktisch aussehen?

(Udo Pastörs, NPD: Lesen Sie mal Ihre eigenen Anträge!)

Soll jetzt auch der Landwirtschaftsminister bei Gesprächen mit Bauern erklären, dass es keine Begrenzung im Bargeldverkehr geben soll? Soll der Bildungsminister bei seinen Gesprächen mit Schuldirektoren immer im ersten Satz darauf hinweisen, dass es aber keine Begrenzung der Bargeldbeträge geben solle? Was heißt also, auf allen Ebenen aktiv zu werden? Ich meine, Sie haben eine große Fraktion, nein, so groß ist die gar nicht, also Sie haben eine kleine Fraktion, aber Sie haben doch eine ganz enorme Menge an öffentlichen Mitteln, die Sie erhalten,

(Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Leider, leider!)

dann könnten Sie wenigstens noch mal korrekt und konkret formulieren, was Sie denn eigentlich fordern und meinen. Wo soll sich denn die Landesregierung aktiv einbringen? Ich gebe mal ein paar Tipps: Vielleicht im Bundesrat oder vielleicht gegenüber dem Bundesfinanzministerium?

(Udo Pastörs, NPD: Da sehen Sie, Sie kapieren es doch.)

Vielleicht soll ja auch ein Brief geschrieben werden an den Bundesfinanzminister?

(Michael Andrejewski, NPD: An den Papst vielleicht auch noch.)

All das ist vorstellbar. Aber das, was Sie hier schreiben, ist nicht beschlussfähig,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

denn wenn wir das beschließen, muss die Regierung in allen ihren Aktivitäten als ersten Satz erklären, wo immer sie auch auftritt, sie ist gegen eine Begrenzung des Bargeldverkehrs. (Stefan Köster, NPD: Ja, genau. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Deswegen auch hier: Es ist eine unsinnige Forderung und unsinnige Forderungen können vom Landtag beim besten Willen nicht unterstützt werden.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Deswegen ist es für uns als demokratische Fraktionen hier sehr einfach, Ihren Antrag abzulehnen.

(Michael Andrejewski, NPD: Jaja.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man merkt einmal wieder, wohin die Politik der NPD geht. Sie will auf einen Zug,

(Udo Pastörs, NPD: Fahrenden Zug.)

ja, auf einen fahrenden Zug aufspringen.

(Udo Pastörs, NPD: Einen rollenden Zug.)

Sie schmeißen sich meistens sehr effektvoll dahinter, muss man allerdings feststellen, denn es gelingt Ihnen teilweise auch nicht. Sie wollen Hysterie verbreiten, Sie wollen ein Thema instrumentalisieren, das wirklich derzeit kontrovers debattiert wird unter uns Demokraten, wobei wir Sie aber nicht brauchen und vor allem, wo wir Ihre Hysterie nicht brauchen.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte auch gegen eine etwaige Hysterie ins Feld führen, dass ich persönlich große Bedenken habe, ob ein solches Anliegen einer Bargeldobergrenze beziehungsweise eine Abschaffung des Bargelds überhaupt realistisch ist. Ein solches Vorgehen zur Abschaffung des Bargeldes bedürfte eines weltweiten synchronen Vorgehens und das ist kaum zu organisieren, denn wenn ein Land das Bargeld verbieten oder abschaffen würde, so, wie es die NPD den Leuten versucht einzureden, dann würde es natürlich Ausweichbewegungen geben. Man würde sich Devisen anderer Länder bedienen, man würde vielleicht auch in Wertstoffe umsteuern. Aber ich sage, ich glaube nicht, dass das Bargeld jemals vollständig abgeschafft würde. Es gibt auch viele andere Gründe, die dagegen sprechen.

> (Udo Pastörs, NPD: Dann bin ich beruhigt, Herr Saalfeld. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Aber in der Tat ist von Herrn Schäuble und auch von der SPD-Fraktion eine ganz interessante Diskussion angeschoben worden: Was können wir gegen das Problem der Geldwäsche tun?

(Udo Pastörs, NPD: Nach Italien gucken!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen dann auch abwägen, wir müssen abwägen, welche Eingriffe zum Beispiel in den Datenschutz der Bürger sinnvoll sind – auf der anderen Seite steht der Schutz vor Geldwäsche –, um das zu erreichen. Diese Abwägung ist momentan sozusagen im demokratischen Diskurs, die findet momentan statt.

(Michael Andrejewski, NPD: Die hängt irgendwo fest.)

Aber ich finde, Ihr Beitrag und Antrag, der wiederum nur aus eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben Zeilen besteht, die sind wirklich kein substanzieller Beitrag, um diese Debatte voranzubringen. Deswegen, wie gesagt – auch aus den davor genannten Gründen, dass man beim besten Willen Ihrem Antrag nicht zustimmen kann, weil er ganz interessante Konsequenzen nach sich ziehen würde –, lehnen wir heute Ihren Antrag ab. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, denn ich will es nicht länger machen.

(Michael Andrejewski, NPD: Das war schon lange genug.)

als es unbedingt notwendig sein muss. - Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Vizepräsidentin Silke Gajek übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

**Stefan Köster**, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Saalfeld, es tut mir leid – Entschuldigung, Frau Präsidentin –, aber Sie sind eine absolute Witzfigur

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

und das wurde letztendlich auch durch Ihren Redebeitrag deutlich.

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Herr Köster! Herr Köster, halten Sie sich zurück mit persönlichen Beleidigungen!

Stefan Köster, NPD: Zur Obergrenze ...

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Herr Köster! Nehmen Sie sich zurück bei persönlichen Diffamierungen, ansonsten erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

Bitte, Sie können weiter fortfahren.

**Stefan Köster**, NPD: Zur Obergrenze: Auch die NPD hat zu der Asylflutfrage eine Position zur Obergrenze. Aufgrund der Überfremdung in unserer Heimat und der Invasion von mehr als einer Million Menschen im letzten Jahr sind wir für die Obergrenze null. Das ist ganz klar und ganz einfach.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Und es ist schwierig, auf einen Redebeitrag eines Abgeordneten einer Partei zu antworten, dessen Partei ganz nah an Kinderschändern ist,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ganz nah das Umfeld von Pädophilen einnimmt,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja, ja, ja. – Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

und das ist schmuddelig. Ihr Parteienumfeld, Herr Saalfeld, ist ganz, ganz schmuddelig.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Aber kommen wir zurück zum Thema: Es steht für die NPD-Fraktion fest, dass Bargeldabschaffung die totale Überwachung und Enteignung bedeutet und daher sämtliche diesbezüglichen Bestrebungen zu unterbleiben haben. Die Forderungen der Bundesregierung nach einer Einführung einer Bargeldobergrenze und des Chefs der Deutschen Bank nach der vollständigen Abschaffung des Bargelds lassen tief blicken.

Ich wiederhole mich gern erneut: Gegenüber der Öffentlichkeit wird auf die Bekämpfung der Schwarzarbeit, der Terrorfinanzierung und der organisierten Geldwäsche verwiesen. Tatsächlich geht es vor allem um eine Ausweitung der Rundumüberwachung der Bürger und es geht auch um die bessere Nachvollziehbarkeit des Konsumverhaltens.

Die Einführung einer Bargeldobergrenze von 5.000 Euro wäre nur ein erster Schritt in Richtung der vollständigen Abschaffung des Bargelds, und das ist das Vorhaben. In New York beziehungsweise in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist jetzt die 100-Dollar-Note abgeschafft worden. Da ist man schon ein wenig weiter. Und wenn Sie behaupten, dass die deutschen Bürger, wenn hier eine Bargeldobergrenze herrschen würde, auf andere Devisen umsteigen würden, um in Deutschland Bargeldverkehr in Anspruch zu nehmen: Für wie dumm halten Sie eigentlich die deutschen Bürger? Was sind Sie eigentlich für ein Gaukler?

(Jochen Schulte, SPD: Was ist das für ein Scheiß, der hier gelabert wird?!)

Ich wiederhole mich gerne erneut: Die Einführung einer Bargeldobergrenze von 5.000 Euro wäre nur ein erster Schritt in Richtung der vollständigen Abschaffung des Bargelds.

(Michael Andrejewski, NPD: Salamitaktik.)

Auch der Sozialdemokrat und ehemalige Bundesbankvorstand Thilo Sarrazin – Sie kennen das Buch: "Deutschland schafft sich ab" – hält die Begründung für vorgeschoben. Zitat: "Es gibt überhaupt keine Belege, dass durch diese neue Obergrenze Schwarzarbeit, Kriminalität oder Terrorismus behindert werden. Also wird der Freiheitsraum der Bürger willkürlich eingeschränkt."

(Udo Pastörs, NPD: Natürlich.)

"Finstere Motive will ich den beteiligten Politikern gar nicht mal unterstellen" – ich schon, um das mal vom Zitat auszunehmen –, "sie geben einen populistischen Schuss ins Blaue ab. Vielleicht hoffen sie auch, so von drängenden anderen Fragen abzulenken,"

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

"z. B. von der Frage, woher denn ab 2017 die jährlich 30 bis 50 Milliarden Euro kommen sollen, die uns das Flüchtlingsthema kosten wird."

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

"Möchte ein schlauer Schäuble von größeren Problemen ablenken, indem er ein folgenloses Aufregerthema setzt?", Zitatende.

Der Wirtschaftsprofessor Max Otto weist darauf hin, dass mit der Bargeldabschaffung die Grenze zur totalen Überwachung durch den Staat überschritten wird. Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Hans-Jürgen Papier machte nun deutlich,

(Zuruf aus dem Plenum: Papier heißt der.)

dass die Beschränkung von Bargeldzahlungen mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei. "Dies wären nicht gerechtfertigte Eingriffe in die Freiheitsrechte, nämlich in die Vertragsfreiheit und Privatautonomie", so der ehemalige Verfassungsrichter wörtlich. Das Bundesverfassungsgericht habe laut Papier mehrfach betont.

(Patrick Dahlemann, SPD: Papier!)

"dass die Freiheitswahrnehmung der Bürger nicht total erfasst und registriert werden darf". Der Zwang, elektronische Zahlungsmittel zu nutzen, würde einen kräftigen Schritt hin zur weiteren Reglementierung, Erfassung und verdachtslosen Registrierung bedeuten.

Der Deutsche Richterbund machte darauf aufmerksam, dass es genügend Möglichkeiten für Kriminelle gebe, Herr Saalfeld, auch bargeldlos die Herkunft von Geldern zu verschleiern.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, natürlich.)

Der Richterbund dazu wörtlich: "Die Abschaffung von Bargeld würde daher Terrorismusfinanzierung oder Geldwäsche nicht verhindern, sondern nur auf elektronische Zahlungswege verlagern."

Wenn man naiv ist, könnte man meinen, die Bundesregierung will nur von ihrem Versagen in der Asylkrise ablenken.

> (Thomas Krüger, SPD: Das hat alles nur mit Asyl zu tun.)

Wenn man aber genau hinschaut, erkennt man des Pudels Kern: Die Einführung von Negativzinsen durch die Banken soll vorbereitet werden. Das würde nicht nur zur Totalüberwachung, sondern auch zur Enteignung der Sparer führen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Oh Gott, oh Gott!)

Der Präsident des Ludwig von Mises Instituts Deutschland Thorsten Polleit sagte dazu, Zitat. "Um die Schulden vor allem von Staaten und Banken zu verringern, sollen die Zentralbanken nun eine negative Zinslandschaft erzeugen.' ... Wenn negative Zinsen durchgesetzt werden können, gehen dadurch die Bankguthaben der Kunden zurück. Sie tauchen als Bankgewinne bzw. Bankeigenkapital wieder auf. ... Diese Effekte gehen zu Lasten der Sparer." Zitatende.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, natürlich.)

Die NPD lehnt sämtliche Vorhaben einer Einführung von Bargeldobergrenzen oder gar der Abschaffung des Bargeldes ab, weil Sie keine Sicherheitsprobleme lösen, aber die Freiheit der Bürger einschränken und die Sparsamkeit der Deutschen

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Oh, oh, oh, oh, oh!)

zugunsten von Zockerbanken bestrafen würden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Herr Köster, ich behalte mir vor, den gesamten Tagesordnungspunkt zu prüfen,

(Udo Pastörs, NPD: Welchen Tagesordnungspunkt? Sie meinen die Rede.)

inwiefern Sie hier Parteien oder Personen dieses Hohen Hauses beleidigt haben, und wir werden Sie später darüber informieren.

> (Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD – Tino Müller, NPD: Brauchen Sie nicht. Kein Interesse dran. Sie brauchen uns nicht zu informieren.)

Ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf. Sie haben mein Verhalten nicht zu kommentieren.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich schließe die Aussprache.

(Udo Pastörs, NPD: Wem erteilen Sie einen Ordnungsruf?)

Ach so, Herrn Köster.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Herr Köster, der auch hier vorne stand.

(Stefan Köster, NPD: Ich habe gar nichts gesagt.)

Ach, Herr Pastörs!

(Zuruf vonseiten der Fraktion der NPD: Erteilen Sie doch gleich jedem einen! – Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Er hat gar nichts gesagt, Frau Präsidentin. Das war der Herr Tino Müller. Ich muss den mal anschwärzen. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Genau, Sie sind schwer zu unterscheiden.

(Gelächter vonseiten der Fraktion der NPD)

Also ich prüfe die Tagesordnung und Herrn Kösters Redebeiträge. Herr Petereit ist das, nee, Herr Müller bekommt dann den Ordnungsruf, er hat mein Verhalten nicht zu kommentieren.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist der Herr Müller und das ist der Herr Petereit.) Ich unterbreche die Sitzung für zwei Minuten.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD)

Unterbrechung: 13.54 Uhr

Wiederbeginn: 13.55 Uhr

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** So, es ist wieder Ruhe eingekehrt. Die Herren der NPD reißen sich jetzt bitte zusammen, ansonsten

(Udo Pastörs, NPD: Sonst knallts!)

gibt es weitere Ordnungsmaßnahmen, Herr Pastörs. Hier vorne haben immer noch wir das Sagen. Ich möchte jetzt in der Tagesordnung fortfahren

(Udo Pastörs, NPD: Und was für ein Sagen!)

und schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/5210. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Stimmenthaltungen? – Zugestimmt hat die Fraktion der NPD, dagegen stimmten die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, es enthielt sich niemand. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/5210 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 25**: Das ist die Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Investitionsprogramm "Barrierefreies Bauen 2017 – M-V für alle", Drucksache 6/5203.

Antrag der Fraktion DIE LINKE Investitionsprogramm "Barrierefreies Bauen 2017 – M-V für alle" – Drucksache 6/5203 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Lück von der Fraktion DIE LINKE.

Regine Lück, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nicht von ungefähr bringt meine Fraktion heute diesen Antrag ein. Wir wollen die Arbeit der Enquetekommission "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern" unterstützen, indem neben der Formulierung von Handlungsempfehlungen auch konkrete Anregungen zu deren Umsetzung gegeben werden, und natürlich haben wir die UN-Behindertenrechtskonvention im Blick, die es umzusetzen gilt, wovon wir leider aber noch weit entfernt sind. Wir haben uns umgeschaut und sind in Sachsen fündig geworden, denn im Gegensatz zu Ihnen, Kolleginnen und Kollegen von SPD und CDU, schauen wir auf Inhalte, unabhängig davon, wer es vorschlägt oder wer es umsetzt.

(Heinz Müller, SPD: Das ist ja sehr interessant. Gut, dass Sie uns das so erläutern. Da habe ich wieder was gelernt. – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

In Sachsen gibt es eine investive Förderung von Einrichtungen der Eingliederungshilfe. Im Rahmen dieser Eingliederungshilfe werden unter anderem auch die barriere-

freie Gestaltung bestehender öffentlich zugänglicher Gebäude und baulicher Anlagen gefördert. Umgesetzt wird das durch ein erstmals im Jahr 2014 aufgelegtes Investitionsprogramm "Barrierefreies Bauen". Es heißt "Lieblingsplätze für alle". Das ist doch, meine ich, ein schöner Titel.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, hört sich gut an.)

Mit den Programmen 2014 und 2015 konnten über 400 Lieblingsplätze für Menschen mit Behinderung geschaffen werden. Wegen der großen Nachfrage wurde auch für 2016 ein solches Programm aufgelegt. Die Idee ist einfach und gut. Meistens sind nur kleine Veränderungen notwendig, um allen den Zugang zu den Lieblingsplätzen zu erleichtern. Davon profitieren nicht nur Menschen mit Behinderung, sondern natürlich alle.

Dieses Programm bietet ein breites Förderspektrum. Gefördert werden kann im Gesundheits-, Bildungs-, Kultur- und Freizeit-, aber auch im Gastronomiebereich. Antragsberechtigt sind Eigentümerinnen und Eigentümer, aber auch Pächterinnen und Pächter und Inhaberinnen und Inhaber. Die Förderung erfolgt an Private, aber den Nutzen hat die Allgemeinheit. Deshalb begrüßen wir LINKE dieses Programm und fordern ein solches Programm auch für unser Land. Hauptanliegen ist der gleichberechtigte Zugang zu öffentlich zugänglichen Gebäuden für Menschen mit Behinderung. Es bleibt unbenommen, Prioritäten festzulegen. So sollten Arztpraxen und Apotheken ganz oben auf der Agenda stehen, auch wenn wirkliche Lieblingsplätze eher im Bildungs-, Kultur-, Freizeit- und Gastronomiebereich liegen dürften.

Ich will noch einmal herausheben, dass es bei diesem Programm nicht um die Förderung von Kommunen oder kommunalen Einrichtungen gehen soll. Vielmehr sollen Ärztinnen und Ärzte, Apothekerinnen und Apotheker, Therapeutinnen und Therapeuten bis hin zu Betreiberinnen und Betreibern von Kinos, Cafés, Restaurants einen Anreiz bekommen, vorhandene Gebäude barrierefrei erreichbar und nutzbar zu machen. Das kann eine Rampe, ein barrierefreies WC oder auch eine Audioguide-Ausstattung sein. Kreative Ideen und Lösungsansätze sind gefragt. Es sollen Einzelmaßnahmen sein, die mit relativ kleinem Aufwand umgesetzt werden können. Die Kosten sollen vollständig förderfähig sein und als Zuschuss ausgereicht werden.

In Sachsen beträgt das Programmvolumen 2,5 Millionen Euro pro Jahr. Einen einheitlichen Sockelbetrag davon erhalten alle Landkreise und die kreisfreien Städte. Das Zusatzbudget für jeden Landkreis und jede kreisfreie Stadt richtet sich nach der Anzahl der Menschen mit Schwerbehinderung. Wir halten das für eine sehr praktikable Lösung.

Bei dem von uns beantragten Programmvolumen von 3 Millionen Euro jährlich könnten pro Jahr mindestens 120 Maßnahmen gefördert werden. Das ist nicht viel, setzt aber zumindest Akzente.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wir haben dabei im Blick, dass beispielsweise viele der Ärzte und Apotheker schon älteren Semesters sind und oft einen Umbau scheuen. Die Landesbauordnung greift nur für den Neubau bei größeren Umbaumaßnahmen sowie bei Umnutzung. Ansonsten gilt: Bestand ist Be-

stand. Es kann also niemand verpflichtet werden zu handeln. Wir sind zudem sicher, dass ein solches Programm eine gute Ergänzung zur Förderung von finanzschwachen Kommunen auf der Grundlage des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes wäre.

Mecklenburg-Vorpommern erhält vom Bund in den kommenden drei Jahren rund 79 Millionen Euro, davon 50 Millionen für den Breitbandausbau. Mit den übrigen gut 29 Millionen Euro sollen unter anderem der altengerechte Umbau und der Abbau von Barrieren gefördert werden. Ein solches Programm könnte beispielsweise das sogenannte Aufzugsprogramm über das Wirtschaftsministerium und die Förderprogramme für barrierefreie Haltestellen oder für barrierefreie ÖPNV-Fahrzeuge über das Energieministerium ergänzen.

Das von uns geforderte Programm könnte ein weiterer Baustein des Maßnahmeplans der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen "Mecklenburg-Vorpommern auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft" sein. Dieser Maßnahmeplan ist kein abgeschlossenes Dokument und muss in Kürze auf den Prüfstand gestellt und weiterentwickelt werden. Andere Länder, wie beispielsweise Baden-Württemberg, Hamburg oder Bremen, machen das über einen Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention. In Sachsen wird ein solcher Aktionsplan gerade erarbeitet.

Kurzum: Barrierefreier Wohnraum, ein barrierefreies Wohnumfeld und ein barrierefreier ÖPNV allein können die Teilhabe von Menschen mit Behinderung oder altersbedingt eingeschränkter Menschen im sozialen Nahraum nicht sichern. Neben der Erreichbarkeit von lebensnotwendigen Einrichtungen zur Pflege und Gesundheit oder für Dienstleistungen und Nahversorgung machen gerade barrierefreie und inklusive Freizeit- und Kulturangebote die Lebensqualität aus. Dazu gehört ausdrücklich der Besuch eines Restaurants oder der Besuch eines Cafés. Deshalb halten wir es für richtig, das Programm auch für diese Maßnahmen zu öffnen.

Die Landkreise und kreisfreien Städte sollten die Prioritäten und Schwerpunkte selbst setzen, gemeinsam mit der oder dem Behindertenbeauftragten beziehungsweise den kreislichen Behindertenbeiräten. So wird es auch in Sachsen praktiziert. Am Geld dürfte das Programm nicht scheitern. Bei 220 Millionen Euro Überschuss im Landeshaushalt allein im Jahr 2015, einem Polster von 1,5 Milliarden Euro

(Egbert Liskow, CDU: Noch mehr!)

und etlichem Sondervermögen müsste sich bei gutem Willen

(Rainer Albrecht, SPD: Sie geben das Geld anders aus. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Geld finden lassen.

(Rainer Albrecht, SPD: 10 Milliarden Euro Schulden.)

Bei Programmstart ab 2017 bleibt genügend Vorbereitungszeit, zumal – wie immer wieder betont – von Sachsen vieles übernommen werden könnte. Zudem dürfte

eine Förderung von Privaten doch im Interesse auch der CDU in unserem Land liegen. Oder täusche ich mich?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Mit Sicherheit!)

Sie können in der Debatte Ihren Standpunkt dazu sagen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Weil die Förderung von Privaten in diesem Falle sehr der Allgemeinheit nützt und gesellschaftlich geboten ist, dürfte es nicht schwer sein, sich für das geforderte Programm zu entscheiden. Wenn wir Glück haben – das sage ich, das ist eine persönliche Bemerkung von mir –, können wir auch noch eine Auszählung machen. Vielleicht haben wir Glück mit diesem Antrag.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Frau Lück.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister Herr Glawe, der Minister für Wirtschaft, Bau und Tourismus. Bitte.

**Minister Harry Glawe:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Frau Lück, der Tourismus ist natürlich eine gute Sache. Sie haben selbst zugegeben, dass Sie den Antrag von Sachsen abgeschrieben haben. Ich dachte aber, dass Sie sich das für einen Wahlkampfbaustein lassen, den Sie ab 2016 im September den Bürgerinnen und Bürgern vorstellen wollen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wahlkampfbausteine stellen wir hier vor, nicht erst ab September.)

Ja, ja, ja, Herr Ritter, hören Sie doch erst mal zu!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da ist dann der Koalitionsvertrag, wo sich das wiederfindet.)

"Lieblingsspielplätze für alle" ist ein Thema, das in Sachsen zugegebenermaßen seit 2014 aufgestellt worden ist.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Bis zu 25.000 Euro können gefördert werden. Was Sie jetzt wieder gemacht haben, haben wir gerade am Beispiel erlebt. Sie haben die Landesüberschüsse von 220 Millionen schon wieder verteilt und versuchen, hier Dinge auf den Weg zu bringen, die Sie in der Haushaltsdebatte nicht umsetzen konnten. Ich will nur darauf hinweisen: Bewahren Sie sich die Kraft für den Wahlkampf, da können Sie die Themen dann gut platzieren.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Wir haben als Große Koalition ganz entscheidende Dinge vorangebracht. Einmal ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach was?! Ach was?! – Egbert Liskow, CDU: Weiter, Herr Ritter!)

Ja, Herr Ritter, hören Sie zu!

Städtebauförderung ist ein entscheidendes Thema für Mecklenburg-Vorpommern,

(Rainer Albrecht, CDU: Jawohl, ganz wichtig.)

ja, für ganz Ostdeutschland und, ich glaube, mittlerweile für die Bundesrepublik Deutschland.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Für die Welt!)

Für die Welt nicht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht?)

Nein.

(Egbert Liskow, CDU: Nur für Deutschland.)

Nur für Deutschland.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist schlecht.)

Es ist eine Erfolgsgeschichte.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sie wird weiter fortgeschrieben, auch wenn DIE LINKE es nicht wahrhaben wollen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Will. – Zurufe von Rainer Albrecht, SPD, und Egbert Liskow, CDU)

Meine Damen und Herren, es ist natürlich so, der Abbau von Barrieren und die Frage "Barrierefreies Bauen" sind immer Themen, die in besonderer Weise die Opposition umtreiben. Andererseits steht in diesem Antrag auch das eine oder andere Missverständliche. Man muss klar unterscheiden, ob man von Umbau oder Neubau spricht. Genauso muss man klar zwischen Barrierereduzierung, Abbau von Barrieren oder Barrierefreiheit unterscheiden. Barrierefreiheit heißt, es geht um die vollständige Abwesenheit von Barrieren. Ein Mehr bei Barrierefreiheit, wie es im Antrag steht, ist schon deshalb schwierig umzusetzen.

Aber von den sprachlichen Feinheiten einmal abgesehen, das Thema ist nicht neu. Die Koalitionspartner haben schon vor viereinhalb Jahren – hören Sie zu, Herr Ritter! –, vor viereinhalb Jahren

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich bin ganz Ohr.)

in ihrer Vereinbarung festgehalten, ich zitiere: ...

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Ich schreibe sogar mit.)

Schreiben Sie mit!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aber nicht so schnell.)

 $\dots$  "Im Vordergrund der Wohnraumförderung des Landes wird in Zukunft"

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

"die Berücksichtigung der demografischen Entwicklung und der Belange mobilitätseingeschränkter Menschen stehen."

(Patrick Dahlemann, SPD: Das war aber ein langer Satz!)

Haben Sie mitgeschrieben?

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ja, einmal reicht.

Das haben wir umgesetzt, meine Damen und Herren.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Gut. – Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Wir haben die Landesbauordnung novelliert, indem wir die Regelungen für das barrierefreie Bauen präzisiert haben. Bauliche Anlagen, die öffentlich zugänglich sind, müssen zukünftig von Menschen mit Behinderung, alten Menschen und Personen mit kleinen Kindern erreicht und ohne fremde Hilfe zweckentsprechend genutzt werden können.

Schreiben Sie mit, Herr Ritter, das ist wichtig!

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Ich kann nur mit dem einen Finger, ich kann nicht so schnell.)

Genauso im Städtebau: Wir fördern mithilfe der Städtebauförderprogramme die Kommunen. Damit sind die Lebensbedingungen für unsere Bürgerinnen und Bürger deutlich verbessert worden und sie werden weiter verbessert.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut.)

etwa bei öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen sowie Brücken, Tunneln, Unterführungen, Grünanlagen, öffentlichen Spiel- und Parkplätzen. Die Städtebaufördermittel werden dabei insbesondere zur Verbesserung des barrierefreien Zugangs und der barrierefreien Nutzung öffentlicher Gebäude sowie zur barrierefreien Gestaltung öffentlicher Räume eingesetzt. Zudem gehören bei der Förderung privater Modernisierung und Instandsetzung Leistungen der Barrierefreiheit grundsätzlich zu den förderfähigen Ausgaben, Frau Lück.

(Rainer Albrecht, SPD: Sehr richtig.)

Das haben Sie wahrscheinlich überlesen.

(Beifall Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Ein sehr gutes Beispiel für die Städtebauförderung ist die Käthe-Kollwitz-Grundschule in Greifswald.

(Egbert Liskow, CDU: Genau, das muss man mal sagen.)

sozusagen der Heimatstadt von Herrn Liskow.

(Egbert Liskow, CDU: Genau, und deine auch, deine auch.)

Meine Geburtsstadt, Herr Kollege.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das hätte ich jetzt aber nicht so betont.)

Doch, das darf ich heute mal sagen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da merkt man doch gleich, dass da was dran ist! Da ist doch ein Geschmäckle dran! – Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Das ist zumindest für Sie, Herr Ritter, zur Information.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Da ist doch ein Geschmäckle dran!)

Also ein echter Vorpommer steht vor Ihnen!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU – Peter Ritter, DIE LINKE: Da ist doch ein Geschmäckle dran! – Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Meine Damen und Herren, zwei Denkmäler sind saniert und ein Neubau ist errichtet worden. Die Außenanlagen wurden komplett neu gestaltet.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Es ist ein moderner und barrierefreier Schulkomplex entstanden. Die Schüler/-innen und Lehrer haben dort optimale Bedingungen. Im Neubau gibt es rollstuhlgerechte Aufzüge, alle Geschosse der Schule sind von der Straße aus schwellenlos erreichbar. Der Höhenunterschied im Erdgeschoss zwischen den verschiedenen Gebäuden wird durch errichtete Rampen mit beidseitigen Handläufen überwunden. Weiterhin wurden behindertengerechte Sanitäreinrichtungen installiert und die Übergänge zum Schulhof barrierefrei ausgebildet.

(Regine Lück, DIE LINKE: Sehr gut.)

Sogar der kleine Schulgarten auf dem Dach ist behindertengerecht eingerichtet worden und damit schwellenlos, meine Damen und Herren.

(Thomas Krüger, SPD: Hört, hört! – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Frau Lück, fahren Sie mal nach Greifswald, gucken Sie sich das an, ein tolles Beispiel!

(Thomas Krüger, SPD: Hört, hört!)

Die Gesamtkosten für die Baumaßnahmen ...

(Zurufe von Torsten Renz, CDU, und Regine Lück, DIE LINKE)

Nach Rostock kann man auch fahren.

Für die Baumaßnahmen allein

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

haben wir insgesamt 10 Millionen Euro ausgegeben – nicht wir, sondern die Stadt Greifswald und der Wirtschaftsminister und das Wirtschaftsministerium haben 3,8 Millionen dazugegeben.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren, allein diese Summe zeigt, dass wir deutlich mehr ausgeben für dieses Thema als Sachsen.

Frau Lück, nur zu Ihrem Hintergrund: Sie haben 3 Millionen in Ihrem Antrag geschrieben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, weil wir bescheiden sind. – Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD)

Erinnern darf ich daran, dass im Rahmen der Städtebauförderung für das Land im Jahr 2016 rund 52 Millionen der Finanzen des Bundes und des Landes bereitstehen,

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

aus denen barrierereduzierte Maßnahmen finanziert werden können. Zudem stehen im Zeitraum 2014 bis 2020 für die Anpassung der sozialen Infrastruktur in dem gerade zitierten Programm für kleine Städte und Grundzentren immerhin fast 32 Millionen Euro zur Verfügung. Die werden wir auch einsetzen. Für Mittel- und Oberzentren gibt es 161,5 Millionen aus EFRE-Mitteln.

Meine Damen und Herren, das ist, glaube ich, gut verhandelt. Damit können wir eine Menge an Barrierefreiheit generieren.

(Rainer Albrecht, SPD: Ja, sehe ich auch so. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Meine Damen und Herren, weitere rund 15 Millionen Finanzhilfen stehen in diesem Jahr für die Förderung der Sanierung kommunaler Infrastruktur in finanzschwachen Kommunen aus dem Kommunalinvestitionsförderungsfonds in Höhe insgesamt von 29 Millionen zur Verfügung.

Schließlich kommt noch der gesamte Bereich der Wohnraumförderung dazu. Allein 2016 hat der Landtag 9 Millionen Euro an Darlehen und Zuschüssen für die Modernisierung und Instandsetzung von Wohnungen in unserem Land bewilligt. Davon entfallen 4 Millionen Euro auf das Aufzugsprogramm zur Förderung der Nachrüstung von Personenaufzügen und -liften in Gebäuden mit Miet- und Genossenschaftswohnungen. Wir helfen den Eigentümern und damit den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land, ihren Wohnungsbestand weiter toll zu nutzen und ein barrierefreies Wohnen zu sichern.

Meine Damen und Herren, auch Privatpersonen können von diesem Programm profitieren, das noch mal als Hinweis an DIE LINKE, die nicht glaubt, dass wir daran gedacht haben.

Meine Damen und Herren, die "Allianz für das Wohnen mit Zukunft" hat diesem gesamten Programm zugestimmt und sich verpflichtet, freiwillig Wohneinheiten barrierearm beziehungsweise -frei umzubauen.

Meine Damen und Herren, zum Schluss kann man nur noch darauf hinweisen, dass dieser Antrag der LINKEN zum Wahlprogramm der LINKEN gehört,

(Egbert Liskow, CDU: Und überflüssig ist.)

aber zurzeit nicht zum Arbeitsprogramm der Großen Koalition und der Landesregierung. Lassen Sie uns zu späterer Zeit über diesen Antrag noch mal diskutieren,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Wann denn?)

aber zurzeit ist er überflüssig, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Egbert Liskow, CDU: Im nächsten September.)

Wir sind ganz optimistisch, dass wir im September weiter das Sagen haben, Herr Ritter, dann können wir weiterdiskutieren. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, und dann nehmen Sie ihn an?! Versprochen? Versprochen?)

Versprochen!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Okay. Das steht jetzt im Protokoll! – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Herr Glawe.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wenn Herr Glawe weiter das Sagen hat, ist er angenommen.)

Herr Ritter, Sie haben die Möglichkeit, hier vorne das Rednerpult zu nutzen. Ich bitte um Ruhe.

Ich habe den Tagesordnungspunkt 23 prüfen lassen, insbesondere die Zwischenrufe.

Herr Köster, ich erteile Ihnen für Ihre unparlamentarischen Zwischenrufe einen Ordnungsruf. Das ist der zweite. Sie kennen die Belehrung, der dritte führt zum Ausschluss von der heutigen Sitzung.

(Stefan Köster, NPD: Na, na, na! So schnell geht das auch nicht.)

Wir fahren weiter fort.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Albrecht von der SPD-Fraktion.

Rainer Albrecht, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Mit diesem Antrag soll die Landesregierung durch den Landtag aufgefordert werden, ein Investitionsprogramm "Barrierefreies Bauen 2017 – Mecklenburg-Vorpommern für alle" für Investitionen zum Abbau bestehender Barrieren, insbesondere im Gesundheits-, Bildungs-, Kultur-, Freizeitund Gastronomiebereich, vorzubereiten und aufzulegen.

(Vizepräsidentin Regine Lück übernimmt den Vorsitz.)

Damit will die Fraktion DIE LINKE nach dem Vorbild Sachsens eine investive Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung etablieren, um eine Förderung von Maßnahmen des barrierefreien Bauens bei bestehenden, öffentlich zugänglichen Gebäuden und Einrichtungen zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren, im Jahr 2015 haben wir das Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern verabschiedet. Mit dieser Novellierung wurden unter anderem wichtige Weichen für das private und öffentliche barrierefreie Bauen für die Zukunft gestellt.

(Egbert Liskow, CDU: Genauso ist es.)

Aber auch die organisierte Wohnungswirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns stellt sich auf die Bedürfnisse ihrer älter werdenden Mieter ein. Von den Mitgliedsunternehmen werden 283.000 Wohnungen bewirtschaftet. Das ist gut die Hälfte des gesamten Bestandes im Land. In den vergangenen Jahren haben die 143 Mitgliedsunternehmen rund 350 Millionen Euro in die Sanierung und den Neubau von Wohnungen investiert. In Zukunft wird der barrierefreie Umbau mehrgeschossiger Häuser eine noch größere Rolle spielen.

Vor diesem Hintergrund haben wir Mitte Dezember 2014 die "Allianz für das Wohnen mit Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern" mit Vertretern der Wohnungswirtschaft sowie des Mieterbundes und des Landesförderinstitutes Mecklenburg-Vorpommern ins Leben gerufen. Im engen Schulterschluss wollen wir für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern eine angemessene und qualitativ hochwertige Wohnraumversorgung mittel- und langfristig sichern. Die Allianz ist ein weiterer wichtiger Baustein zur Umsetzung unserer Strategie "Wohnen mit Zukunft", die sich aus der demografischen Entwicklung im Land und dem wachsenden Bedarf für barrierearmen und barrierefreien Wohnraum ergibt.

Meine Damen und Herren, die Schaffung von barrierearmem und altersgerechtem Wohnraum ist eine der größten zukünftigen baupolitischen Herausforderungen. In
Mecklenburg-Vorpommern wird der Bedarf an seniorengerechten Wohnungen in den nächsten Jahren aufgrund
des demografischen Wandels noch weiter steigen. Unser
Ziel ist es deshalb, dass zukünftig sehr viel mehr seniorengerechte Wohnungen bereitgestellt werden. Wir wollen den älteren Menschen mit Behinderung möglichst
lange eine selbstständige Haushaltsführung in ihrem
gewohnten Wohnumfeld ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund wurde eine Enquetekommission "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern" vom Landtag eingesetzt,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach!)

um politische Maßnahmen zur Anpassung an die älter werdende Gesellschaft zu empfehlen.

(Heiterkeit bei Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Nein! Das haben wir doch gar nicht mitbekommen!)

Sehr geehrte Damen und Herren, im Rahmen der Städtebau- und Wohnungsbauförderung setzen wir unseren Beitrag zur Verbesserung der qualitativen Wohnraumversorgung der Bevölkerung sowie zur Unterstützung der Stadtumbauprozesse und zur Sicherung stabiler Wohnungsmärkte fort. Im Rahmen der Wohnraumförderung 2016 werden wir mehr als 29 Millionen Euro für Sanierungen, barrierearmen Umbau und sozialen Wohnungsneubau in Mecklenburg-Vorpommern veranschlagen. Davon können 5 Millionen Euro als Förderdarlehen und 24,5 Millionen Euro als Zuschüsse in Anspruch genommen werden.

Das Landesprogramm "Personenaufzüge und Lifte, barrierearmes Wohnen" hat einen Umfang von 4 Millionen Euro. Davon werden 3,6 Millionen Euro zur Förderung der Nachrüstung von Personenaufzügen und -liften in Gebäuden mit Miet- und Genossenschaftswohnungen eingesetzt. Weitere 400.000 Euro Zuschüsse können für die Umsetzung barrierearmer Wohnraumanpassung in selbstgenutztem Wohneigentum verwendet werden.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Aber es geht ja hier mehr um den öffentlichen Raum, ne?!)

Mit insgesamt 5 Millionen Euro werden die Modernisierung und Instandsetzung von Wohnraum als zinsgünstige Darlehen weiter fortgesetzt. Die Förderung ist ausgerichtet auf qualitative Verbesserung des Bestandes und barrierefreie sowie barrierearme Bestandsanpassungen.

Sehr geehrte Damen und Herren, gerade durch die Umsetzung der Maßnahmen aus den fünf Städtebauförderprogrammen "Stadtumbau Ost und West", "Soziale Stadt", "Städtebaulicher Denkmalschutz", "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren" sowie "Kleinere Städte und Gemeinden" werden genau und zielgerichtet die dem Antrag zugrunde liegenden Aufgaben und Forderungen erfüllt. Dafür stehen allein 2016 insgesamt mehr als 68 Millionen Euro zur Verfügung.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

So wird zum Beispiel das Programm "Soziale Stadt" als Leitprogramm der sozialen Integration ausgebaut und zur ressortübergreifenden Strategie erweitert und ist somit ein sehr wichtiges Instrument einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

(Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau das ist doch das Thema. Genau in diesem Programm wird das umgesetzt.

(Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lesen Sie die Programmteile durch, dann werden Sie sehen, dass genau das, was der Antrag fordert, mit diesem Programm gefordert und umgesetzt werden kann.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Wie gesagt, in diesem Jahr stehen dafür 68 Millionen Euro zur Verfügung.

(Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, sicher, mehr geht immer, aber mit Blick auf einen ausgeglichenen, nachhaltigen Finanzhaushalt des Landes müssen wir alle anstehenden Aufgaben mit den uns zur Verfügung stehenden Finanzen bewerkstelligen. Mögliche Haushaltsüberschüsse als Deckungsquelle zu benennen, hat mit realer Finanzpolitik, glaube ich, nichts gemein

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Man kann es auch vorher schon einstellen.)

und taugt auch nicht als Planungsgrundlage.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Man kann es auch vorher machen.)

Mit Blick auf 2020 werden wir sehr froh sein, dass wir seit 2006 keine neuen Schulden mehr gemacht haben. Das, meine Damen und Herren der Linksfraktion, wird auch so bleiben. Wie Sie meinen Ausführungen entnehmen konnten, ist dieser Antrag entbehrlich. Die SPD-Fraktion wird diesen Antrag ablehnen. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall Heinz Müller, SPD, und Egbert Liskow, CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Gajek von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es bestreitet niemand, mein lieber Kollege Albrecht, dass nicht schon einiges getan wird,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

aber ich denke, dieses Parlament hat einen Job, nämlich beispielsweise die Ergebnisse der Enquetekommission auch einzufordern. Wenn ich daran denke, dass gerade das Papier ...

> (Rainer Albrecht, SPD: Wir sind doch noch nicht am Ende und dann machen wir es gemeinsam.)

Nein, nein, es gab da die Vereinbarung,

(Torsten Renz, CDU: Liegt der Abschlussbericht schon vor?)

wir machen einen Zwischenbericht und danach obliegt es den Fraktionen, hier Anträge zu stellen und aktiv zu werden. Ich denke, da sollte Opposition unabhängig sein und dieses auch nutzen.

(Udo Pastörs, NPD: Ich bezweifle das.)

Das hat die Fraktion DIE LINKE mit diesem Antrag gemacht, indem sie ein Investitionsprogramm für Barrierefreiheit fordert und dafür 3 Millionen Euro einsetzt.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Haben Sie nicht gehört, dass wir wesentlich mehr ausgeben?)

Ich erinnere mich, dass wir hier öfter die Frage diskutiert haben: Wie wird Barrierefreiheit umgesetzt werden im Land? Wir haben oft diskutiert und es ist hier auch schon punktuell angekommen: Können wir Barrierefreiheit immer zu 100 Prozent umsetzen?

(Burkhard Lenz, CDU: Geht nicht.)

Ich denke, das ist ein Punkt, den wir perspektivisch noch weiter –

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

ja, wir – verfolgen müssen. Es wird wahrscheinlich nicht gehen, denn wenn Sie sich beispielsweise an die Debatten im Bereich Verkehr erinnern,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

da haben wir gesagt, was nützen uns barrierefreie Haltestellen, wenn der Bus oder die Bahn nicht mehr fährt.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Hä?)

Aber, und das ist das Interessante an dem Investitions-programm ...

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Was war das denn?)

Ja, zuhören, Herr Waldmüller!

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU: Ich höre ja zu, eben deswegen!)

Ich komme jetzt auf die öffentlichen Räume. Ich finde es fatal, Herr Glawe,

(Minister Harry Glawe: Ja, anwesend.)

wenn Sie hier sagen, Sie nehmen Einzelfälle, die Sie fördern. Dann frage ich mich:

(Minister Harry Glawe: Ach, ich habe Ihnen genug Beispiele genannt.)

Ist das jetzt hier das Projekt Gießkanne, ist es Kumpanei oder was ist das hier,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

wenn es keine richtige Strategie dazu gibt? Das ist doch die Frage.

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Und das, was ...

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Wir haben ja vor Kurzem erst die Landesbauordnung beschlossen. – Minister Harry Glawe: Das haben Sie gar nicht mitgekriegt. – Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Herr Minister, bitte setzen Sie sich runter.

(Minister Harry Glawe: Jetzt gehe ich runter. – Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, sehr gut.)

Na klar.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das, was das Investitionsprogramm für mehr Barrierefreiheit will,

(Vizepräsidentin Regine Lück spricht bei abgeschaltetem Mikrofon. – Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin, Ihr Mikro ist aus.)

ist letztendlich, die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission auf den Weg zu bringen.

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU: Das steht aber gar nicht drin.)

Wie lange wollen wir denn noch warten? Ich höre hier die ganze Zeit, nach der nächsten Wahl. Ja, aber hier gibt es ganz konkrete Punkte.

(Rainer Albrecht, SPD: Haben Sie mir nicht zugehört, Frau Gajek? 18 Millionen allein in 2015!)

Ich denke, dass gerade die öffentlichen Räume, wie Praxen, Apotheken und so weiter, dazugehören. Frau Lück hat das sehr wohl und sehr gut ausgeführt. Aber ich denke, Barrierefreiheit betrifft nicht nur ältere Menschen.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Udo Pastörs, NPD)

Wollen wir nur ein Land sein, wo wir Politik perspektivisch für Menschen im Rollstuhl oder für Menschen am Rollator machen? Das möchte ich nicht sein. Ich möchte nicht das Florida Deutschlands werden.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD – Harry Glawe, CDU: Was?!)

sondern ich denke, es geht darum, heute perspektivisch gute Programme auf den Weg zu bringen,

(Harry Glawe, CDU: Es geht auch um junge Familien, es geht auch um junge Mütter.)

damit wir hier Barrierearmut in öffentlichen Räumen umsetzen.

(Harry Glawe, CDU: Sie hören nicht zu! Sie hören einfach nicht zu, wenn geredet wird.)

Das Projekt "Soziale Stadt" ist nur in Teilbereichen umsetzbar.

(Heiterkeit und Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Von daher ist es eine gute Idee,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Oh, wir laden Sie mal zu uns zum Stammtisch ein!)

hier weiter darüber zu diskutieren.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Wolfgang Waldmüller, CDU)

Unser Blickfeld ist sehr weit, aber, Herr Glawe, nach Ihren Ausführungen muss ich schon mal fragen, ob Sie hier tatsächlich den Maßnahmeplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen oder ob Sie das alles ins Lächerliche ziehen.

(Harry Glawe, CDU: Ja, was denn?)

Ich finde mittlerweile den Umgang hier skandalös.

(Harry Glawe, CDU: Kommen Sie mal zur Sache!)

Jeder Antrag der Opposition

(Harry Glawe, CDU: Reden Sie mal zur Sache!)

wird abgeschmettert.

(Torsten Renz, CDU: Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus.)

Wenn wir was machen, ist das Wahlkampf.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Sie sagen, wir fördern hier zwei Projekte aus öffentlichen Geldern.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Was waren die Kriterien dafür? Was waren die Kriterien dafür, diese beiden Projekte zu fördern?

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Torsten Renz, CDU)

Das Investitionsprogramm soll dazu dienen, mehr Barrierefreiheit in die öffentlichen Räume zu bringen. Ich denke, da gibt es genug zu tun.

(Harry Glawe, CDU: Ja, da sind wir auch dabei. Das machen wir jeden Tag. Da brauchen wir nicht Ihre Aufforderung.)

Wenn wir uns erinnern, der Maßnahmeplan enthielt Maßnahmen, aber es gab keine Zeitschiene,

(Udo Pastörs, NPD: Sag bloß, da waren Maßnahmen drin, im Maßnahmeplan?!)

es gab nicht wirklich eine finanzielle Untersetzung.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich denke, Herr Koplin wird nachher noch darauf eingehen.

(Harry Glawe, CDU: Jaja!)

Aber wissen Sie, die Leute wollen nicht immer nur Ihre Reden hier hören

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Aber Ihre!)

oder einen Zuwendungsbescheid bekommen,

(Harry Glawe, CDU: Kann ich Ihnen nicht ersparen. Das ist meine Aufgabe.)

wenn, dann vielleicht einen Abgeordneten, der dort vor Ort ist.

Ich finde es sehr peinlich, wenn Sie sagen, Herr Liskow, haben wir das doch schön gemacht in Greifswald.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Was ist denn mit anderen Städten, wo vielleicht kein CDU-Abgeordneter ist?

(Harry Glawe, CDU: Sie können ja auch andere Beispiele bringen.)

Das kann doch nicht die Förderpolitik von Mecklenburg-Vorpommern sein! Wo leben wir denn hier?! (Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE und Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Reden Sie doch mal mit den Behindertenverbänden!

(Harry Glawe, CDU: Sie sind ja gut drauf heute!)

Das finde ich echt nicht mehr witzig.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Nein! – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Herr Liskow, im Gegensatz zu Ihnen spreche ich ganze Sätze. Jetzt werde ich hier ein bisschen frech,

(allgemeine Heiterkeit)

denn es reicht mir mit den Zwischenrufen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Wir können noch mal auf einen dritten Punkt kommen.

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU – Julian Barlen, SPD: Das ist ja bizarr, was Sie hier abziehen!)

Mag möglicherweise sein, aber die Zwischenrufe, die hier kommen, sind auch sehr bizarr,

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU: Wer ist jetzt hier peinlich?!)

denn sie sind nicht wirklich fachlich fundiert.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Aber Sie sind sprachlich fundiert!)

So, ich möchte auf einen letzten Bereich kommen, das ist der Bereich der ländlichen Räume.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU – Udo Pastörs, NPD: Oh!)

Wir haben in der Enquetekommission immer wieder die Frage der zentralen Orte diskutiert, das heißt, wie kommen Männer und Frauen, Kinder zu Polikliniken beispielsweise,

(Egbert Liskow, CDU: Da sind die ganzen Sätze, ja, ja!)

zu MVZ, zu den Ärztinnen und Ärzten. Wir haben gerade vor ein paar Wochen eine Replik bekommen, dass circa 46 Prozent hier schon barrierefrei sind. Es muss jetzt noch mal kontrolliert und evaluiert werden, inwiefern es da nach wie vor Zugänge gibt, die nicht barrierefrei sind.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Ich denke, das ist eine Aufgabe, auch dahin gehend zu gucken,

(Udo Pastörs, NPD: Verbessert werden.)

dass nicht nur die Rollstühle nicht reinkommen, sondern beispielsweise auch Frauen und Männer mit Kinderwagen. (Harry Glawe, CDU: Sie hören nicht zu, das ist Ihr Problem.)

Aber, und das ist die interessante Frage, was können wir beispielsweise im LEP-Entwurf da noch mal rüberziehen. Ich denke, das sind Fragen, die mit einem Investitionsprogramm ganz konstruktiv umgesetzt werden könnten.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Ich denke, das müssen wir machen, weil – erinnern Sie sich an die Diskussion hier vor zwei Jahren zum Maßnahmeplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention –

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

das waren in vielen Bereichen nette Worte, aber sie waren nicht wirklich untersetzt mit Fakten, sie waren nicht wirklich untersetzt mit Maßnahmen. Ich glaube, wir schätzen alle Frau Lück dafür, dass Sie immer wieder versucht, gerade diesen Bereich des Bauens zu optimieren. Da haben wir echt Nachholbedarf, gerade in den öffentlichen Räumen, Herr Glawe. Ich denke, Sie sollten noch mal darüber nachdenken, ...

(Harry Glawe, CDU: Ich nicht, Sie! – Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD, und Udo Pastörs, NPD)

Ich, ja, ich kenne meine Haltung.

... inwiefern es wichtig ist, so ein Investitionsprogramm hier auf den Weg zu bringen,

(Udo Pastörs, NPD: Jawohl!)

um unser Land stärker zu gestalten und die 3 Millionen hierfür einzusetzen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Wir machen doch schon weit mehr, Frau Gajek. Haben Sie das nicht gehört? – Udo Pastörs, NPD: Jaja.)

Ich denke, das ist notwendig.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD – Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Wir werden den Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Umsetzung des barrierefreien Wohnens ab 2017 unterstützen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE und Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Waldmüller von der CDU-Fraktion.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu dem vorliegenden Antrag auf zwei Gesichtspunkte eingehen. Das eine ist der Umgang mit den Begrifflichkeiten, andererseits möchte ich etwas zu dieser scheinbar willkürlichen Mittelausstattung des geforderten Programms sagen. Aber lassen Sie mich vorab noch auf zwei Beiträge eingehen.

Frau Lück, es ist klar, es ist ein Wahljahr.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Dann machen wir den Laden dicht.)

Für die Opposition ist klar, dass man da sein Wahlprogramm einfordern möchte. Geld, Sie haben das begründet mit den Überschüssen, ist ja kein Problem, man kann das Geld ja locker ausgeben.

(Rainer Albrecht, SPD: Ja.)

Da 220 Millionen einen Überschuss bedeuten, denke ich, dass diese Aussage natürlich in der Opposition getätigt wird, aber letztendlich komplett verantwortungsloses Handeln darstellt. Sie wissen ganz genau, dass wir weiterhin 10 Milliarden Schulden im Land haben, dass der Auslauf des Solidarpakts und der Rückgang der EU-Mittel bevorstehen und das Land Mecklenburg-Vorpommern sehr wohl Prioritäten setzen muss. Wenn es darum geht, barrierearme, barrierefreie Maßnahmen zu unterstützen, dann ist das im Land Mecklenburg-Vorpommern vorbildlich.

Was Frau Gajek angeht: Frau Gajek, Sie haben Lächerlichkeit hier unterstellt.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, er hat die ganze Zeit gelacht.)

Ich denke, dass am Anfang gerade durch Herrn Glawe

(Peter Ritter, DIE LINKE: Am Anfang gings noch.)

klar und sachlich die umfangreichen Maßnahmen aufgezählt wurden,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es waren zwei. Wenn das schon umfangreich ist?!)

die es in Mecklenburg-Vorpommern gibt. Das Einzige, Frau Gajek, was hier lächerlich war, das war Ihr Beitrag.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Beginnen wir. Ich habe gesagt, ich möchte auf zwei Begriffe eingehen: Im Antrag ist von "Barrierefreiheit" die Rede und dabei berufen Sie sich in der Begründung auch auf die Enquentekommission.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Enquete!)

Nun wird im Ersten Zwischenbericht der Kommission auf der Seite 27, ...

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Genau.)

Hören Sie doch mal zu jetzt!

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ich sitze da drin, wissen Sie! Ich habe das mit erarbeitet.)

... auf der Seite 27 sehr differenziert

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Entschuldigung, ich habe das mit erarbeitet.)

zu den Begrifflichkeiten "Barrierearmut" und "weitestgehende Barrierefreiheit" in Abgrenzung zur "Barrierefrei-

heit" Stellung bezogen. "Barrierefreiheit" meint die vollständige Abwesenheit von Barrieren

> (Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Oooch!)

und die Frage, lässt sich dies finanziell realistisch darstellen

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist doch bloß der Anfang.)

Streng genommen müssten Sie entweder die Begrifflichkeit Ihres Antrages anpassen oder die avisierte Fördersumme ganz erheblich nach oben schrauben.

> (Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ganz egal, was wir machen, es ist doch sowieso immer nicht richtig.)

Ich möchte im Folgenden zu Ihren Gunsten annehmen, dass wir hier von dem Ziel der Barrierearmut sprechen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie haben hier nicht zugehört, Sie lesen nur von Ihrem Zettel vor!)

Dann sagen Sie, das ist nicht Ihr Antrag, das ist der Antrag von den LINKEN.

Bleiben Sie doch mal ganz ruhig jetzt!

(Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Lück sitzt leider hinter mir, deswegen kann ich Sie nicht direkt angucken.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, deshalb übernimmt Frau Gajek das. Frau Lück kann nicht dazwischenrufen, deshalb macht das Frau Gajek, ja, ja, ja!)

Ach so, das ist ein gemeinsamer Antrag, steht aber "LINKE" drauf.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir verstehen uns in der Opposition.)

Wunderbar, weil zwischen die Koalitionsfraktionen passt kein Blatt Papier, ne?!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Simone Oldenburg, DIE LINKE: Nur ganze Ordner, ne?!)

So, können wir weitermachen?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nur fürs Protokoll: Heiterkeit bei Herrn Waldmüller. Nur fürs Protokoll: Heiterkeit bei Herrn Waldmüller. – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist aber ein dicker Karton, ne?! – Barbara Borchardt, DIE LINKE. Ja, ja, ja, ja!)

So, machen wir weiter!

(Harry Glawe, CDU: Ihr Spruch war richtig gut.)

Ich möchte im Folgenden zu Ihren Gunsten annehmen, dass Sie von Barrierearmut sprechen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das haben wir doch gesagt.)

Dann sagen Sie, dieser Antrag soll helfen ...

Im Antrag steht "barrierefrei".

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ja, natürlich.)

Lesen Sie doch! Wer lesen kann, ist klar im Vorteil.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, natürlich ist das angestrebt.)

Dann sagen Sie, dieser Antrag soll helfen, die Umsetzung ...

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: UN-Behindertenrechtskonvention heißt das.)

Dann sagen Sie, der Antrag soll helfen, die Umsetzung der von der Enquentekommission

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Schon wieder: Enquete! – Julian Barlen, SPD: Französischnachhilfe!)

"Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern" empfohlenen Maßnahmen zu unterstützen.

(Unruhe bei Harry Glawe, CDU, Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und Udo Pastörs, NPD)

In den Dokumenten der Kommission habe ich allerdings vergeblich nach einem Investitionsprogramm "Barrierefreies Bauen 2017 – M-V für alle" gesucht. Es findet sich weder in den Handlungsempfehlungen noch in den Sondervoten der Opposition, Frau Gajek. Das Programm findet sich also nicht wieder.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aaah!)

Stattdessen steht in den Kommissionsdrucksachen aber,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da haben wir auch viel drum gestritten.)

in den Kommissionsdrucksachen steht, dass fraktionsübergreifend das Engagement der Landesregierung gewürdigt wird,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

zum Beispiel, dass es im Zuge der Verhandlungen des Doppelhaushaltes 2013 das initiierte Programm "Lifte und Fahrstühle, barrierearmes Wohnen" gibt. Dieses Programm, das im aktuellen Doppelhaushalt – wie übrigens auch von der Kommission gewünscht – verstetigt wurde, ist eine wichtige Initiative zur Förderung von Barrierearmut. Mit den Zuschüssen für das Sonderprogramm wollen wir, dass mehr bezahlbarer barrierearmer Wohnraum in Grund-, Mittel- und Oberzentren geschaffen wird. Nicht nur Wohnungen selbst sollen alten- und behindertengerecht ausgebaut werden, auch Lifte und Fahrstühle

in den Gemeinschaftseinrichtungen sollen errichtet werden. Wir haben bereits im November 2013 darauf hingewiesen, dass die beträchtlichen Investitionskosten nicht auf die Mieten umgelegt werden dürfen. Barrierearmes Wohnen bleibt so für die Mieterinnen und Mieter bezahlbar.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat weitere Hinweise der Kommission aufgegriffen, zum Beispiel im Herbst des letzten Jahres bezüglich der Forderung nach der weitgehenden Anpassung der Novelle der Landesbauordnung an die Musterbauordnung oder auch bei der Novelle der Landesbauordnung, relevant bei der praktikablen Lösung des Zielkonfliktes zwischen der möglichen unkomplizierten Etablierung alternativer Wohnformen sowie deren berechtigten Anforderungen an Brandschutz und Personenrettung. Das sind alles sehr klare Forderungen, die detailgetreu umgesetzt wurden, nur nach dem Programm "Barrierefreies Bauen 2017 -M-V für alle" sucht man, wie gesagt, in den Handlungsempfehlungen der Kommission vergebens. Sie müssen sich also die Frage stellen lassen, inwiefern sich die Handlungsempfehlungen der Kommission als Legitimation für diesen Antrag in Ihrer Begründung wirklich eignen.

Meine Damen und Herren, ein abschließendes Wort zur Mittelausstattung. Ich habe hier schon einiges unter dem Aspekt der Abgrenzung der Begrifflichkeit "Barrierefreiheit" versus "Barrierearmut" gesagt. Die Frage nach den finanziellen Rahmenbedingungen stellt sich aber auch unter haushalterischen Gesichtspunkten. Lassen Sie uns dazu den Landeshaushalt Sachsens, den Sie anführen, wo ein solches Programm etabliert wurde, mit unserem vergleichen. Der Landeshaushalt Mecklenburg-Vorpommerns umfasst 7,9 Milliarden Euro.

(Tilo Gundlack, SPD: Wie viel?)

Er beträgt damit nicht einmal die Hälfte des Landeshaushaltes von Sachsen. Trotzdem wir nur halb so viel Geld wie der Freistaat Sachsen zur Verfügung haben, soll das hier in Rede stehende Programm gegenüber Sachsen um 17 Prozent höher ausfallen. Sie haben gehört, und das wollten Sie vorhin nicht akzeptieren, dass wir weit mehr für Barrierefreiheit beziehungsweise Barrierearmut ausgeben als die 3 Millionen, die Sie in Ihrem Programm fordern. Eines können Sie nicht machen: Wir wollen doch im Vergleich zu Sachsen keinen Rückschritt machen.

Meine Damen und Herren, eine Begründung für die Höhe des Programms blenden Sie dennoch völlig aus. Stattdessen finden wir in der Begründung den Hinweis auf Maßnahmen der Kommission, die die Kommission so gar nicht gefordert hat – also ein in sich völlig unschlüssiger Antrag, den wir selbstverständlich hier ablehnen werden.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Selbstverständlich!)

Vielen Dank.

(Beifall Burkhard Lenz, CDU)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Pastörs von der Fraktion der NPD.

**Udo Pastörs**, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der LINKEN ist ein, wie ich meine, von Emotionen getragener Antrag. Er geht

in die richtige Richtung, weil es selbstverständlich unter anderem auch das Ziel der Politik ist, dafür zu sorgen, dass die Kranken, alte Menschen, behinderte Menschen möglichst barrierefrei vom Ort A zum Ort B gelangen können.

Sachliche Kritik – und ich sage das schon vorab – werde ich versuchen, kurz und prägnant zu formulieren, weil schon sehr viel dazu gesagt wurde. Es ist ganz klar, dass Sie hier etwas fordern, was schon umfassend auf anderen Gebieten geregelt ist, wenngleich ich, wenn ich es zusammenrechne bis 2020, die ungefähr 280/300 Millionen, die mehr oder weniger speziell für diesen Bereich eingeplant sind, für zu wenig halte, wenn man bedenkt, dass allein in dieser Summe, die ich nannte, gut 160 Millionen EFRE-Mittel enthalten sind.

Die Zahl "3 Millionen" ist wohl auch an der Realität vorbei. Selbst wenn man das so ernst und isoliert installieren wollte, was Sie hier begehren, sind die 3 Millionen nur eine symbolische Zahl. Damit sind sie vollkommen effektivlos, sie verpuffen. Wenn Sie sich heute einmal als Bauherr eine Rechnung vorlegen lassen, was ein 6-Etagen-Block kostet – ein Ärztehaus zum Beispiel oder ein anderes öffentliches Gebäude –, allein Infrastruktur, Aufzüge, dann werden Sie sehen, dass diese 3 Millionen oft noch nicht einmal ausreichen, um zwei oder drei Gebäude in dieser Dimension auskömmlich zu finanzieren. Insofern haben Sie hier keine betriebswirtschaftliche oder baukostentechnische Kalkulation bei Ihrer Forderung zugrunde gelegt, und das ist ein sehr, sehr großer Mangel in einem Antrag einer Fraktion in diesem sogenannten Hohen Hause.

(Torsten Renz, CDU: Nicht "sogenannt"!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Novellierung der Landesbauordnung ist unter anderem gerade mit dem Ziel in Kraft getreten, damit schon in der Planung Sicherheit dahin gehend herrscht, welche Auflagen seitens des Gesetzgebers vom Bauherrn, vonseiten der Gebäudeersteller zu erwarten sind. Wenn man das in Zahlen kleidet, dann werden Sie sehen, dass trotz der gesamten Fördermaßnahmen, die wir für richtig halten – über die Summe lässt sich streiten, aber sie scheinen uns angemessen an der Leistungsfähigkeit unserer Steuereinnahmen unseres Haushaltes von 7,5 Milliarden per annum unter Berücksichtigung einer nach wie vor sehr hohen Zinslast für Kredite –, die Landesverschuldung immer noch ganz stabil über Jahre, und zwar seit 2006, bei 10 Milliarden Euro liegt.

(Rainer Albrecht, SPD: Unter 10 Milliarden.)

Insofern, das muss ich Ihnen sagen, ist der Antrag der LINKEN zwar gut gemeint und er geht auch in die richtige Richtung, aber er ist fachlich einfach ganz miserabel zu Papier gebracht,

(Heiterkeit bei Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil er vieles nicht berücksichtigt, was bereits Bestandteil der Bestimmungen in unserem Land ist, und auf der anderen Seite, wie ich schon ausführte, selbstverständlich im Volumen geradezu nur einen Tropfen auf den heißen Stein darstellt.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Besser als gar keiner.) Wenn man dann die Verwaltungskosten parallel zu dieser relativ kleinen Summe mit einbezieht, dann ist das, glaube ich, selbstredend, dass man ein sogenanntes Hohes Haus wie dieses mit so einem Antrag nicht belästigen sollte.

Ich möchte, weil es auch hier die eine oder andere karnevalistische Einlage gab, besonders von der Frau Gajek, eine Einladung aussprechen ganz speziell an Sie, Frau Gajek.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Abgelehnt.)

Wir machen einmal im Monat in Lübtheen einen politischen Stammtisch.

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Da gibt es auch so etwas wie Cabaret. Dahin würde ich Sie herzlich einladen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da machen Sie immer den Clown, oder was?! Tärä, tärä! – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

das Gleiche, was Sie hier eben losgelassen haben, einmal vor unseren Mitgliedern und unseren Interessenten darzubieten. Das wäre dann gelebte Demokratie,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach ja, finden Sie lustig, ne?!)

ein Stück grüne Realsatire

(Julian Barlen, SPD: Da sind Sie der beste Kunde, bei dem Stammtisch, was?!)

in einem Raum,

(Zurufe von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und Stefan Köster, NPD)

wo NPD-Mitglieder sich herzlich amüsieren werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat der Abgeordnete Koplin von der Fraktion DIE LINKE.

(Udo Pastörs, NPD: Die Einladung war ernst gemeint. – Peter Ritter, DIE LINKE: Schon das allein ist ein Gag.)

**Torsten Koplin**, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin mir ziemlich sicher, dass Frau Kollegin Gajek diese Einladung nicht annehmen wird.

(Udo Pastörs, NPD: Au, Sie wären sicher nicht gekommen.)

Herr Pastörs, einmal im Monat Stammtisch, Ihre ganze Politik ist Stammtischpolitik.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Udo Pastörs, NPD: Jaja.) Sie stapeln da ziemlich tief.

Ich möchte ganz gern das, was meine geschätzte Kollegin Lück vorgetragen hat, noch mal erhärten und auf einige Argumente eingehen.

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

Es ist mir eine große Freude, erlebt zu haben, wie Sie sich bemüht haben, mit Haarspalterei, Windungen und Pirouetten diesen Antrag dann doch irgendwie madig zu machen, weil irgendwie taten Sie mir leid. Es ist nämlich ganz schön schwer, CDU-Intention abzulehnen und zu sagen: Nee.

In Sachsen ist dieses Programm ein Renner. In Sachsen gibt es  $\dots$ 

(Jochen Schulte, SPD:
Es ist ja nicht alles gut,
was in Sachsen läuft, ne?! –
Wolfgang Waldmüller, CDU:
Wir machen doch mehr, Herr Koplin,
wir machen doch weitaus mehr! –
Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

In Sachsen ist es so, dass die ebenfalls Städtebauförderung haben, genauso wie wir. Sie machen trotzdem so ein Programm. Nun ist die Frage, warum. Weil es ergänzend ist, denn die Argumente, die gebracht wurden, das ist überhaupt sehr, sehr putzig gewesen zu sagen, Herr Glawe, Sie als Minister ...

(Harry Glawe, CDU: Wer ist hier putzig?)

Ich fand das putzig, dass Sie sagen, also wissen Sie, das ist eine gute Sache, aber trotzdem ist der Antrag überflüssig.

(Harry Glawe, CDU: Genau.)

oder dass Sie ihn würdigen gerade mit Blick auf Sachsen

(Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und dann erklären, ja, dann aber in der nächsten Legislatur.

(Harry Glawe, CDU: Genau. Und worin liegt der Fehler?)

Ja, das bringt dann aber ...

(Jochen Schulte, SPD: In Sachsen.)

Nee, nee, das war ganz klar auf uns gemünzt.

(Harry Glawe, CDU: Das ist gerade im Haushalt verabschiedet.)

Das bringt dann wiederum Überlegungen und Gedanken auf Wanderschaft,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

ob das so ein verstecktes Koalitionsangebot an die LINKEN war.

(Heinz Müller, SPD: Dann müssten Sie sich Sorgen machen! – Zurufe von Jochen Schulte, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie sagten also, Sie würden das eventuell im nächsten Jahr ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das hätte aber mehrere Vorteile.)

Ja, ne?! Gut. Das sei mal jetzt dahingestellt, das sei dahingestellt.

Sie haben sich alle Mühe gegeben,

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Bis jetzt haben Sie noch nichts zum Antrag gesagt.)

diesen Antrag runterzureden. Herr Waldmüller, Sie haben viel Mühe darauf verwendet, noch mal auf die Begriffe einzugehen. Mit den Begriffen sind wir bei diesem Antrag sonnenklar: Es geht um Barrierefreiheit.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehen Sie, dann war es doch richtig, dass ich die Begrifflichkeit erklärt habe.)

Sie hatten – das geht aus dem Antrag auch hervor – richtigerweise darauf hingewiesen, das kostet eine Menge Geld. Das ist auch klar. Wir haben aber, wenn Sie den Antragstext lesen, auch bekannt, dass es sich um sehr kleinteilige Vorhaben handelt und diese Vorhaben ein Volumen von circa 25.000 Euro haben könnten.

(Harry Glawe, CDU: Richtig, ja.)

Man kommt, wenn man es hochrechnet, auf ungefähr 120 Projekte. Da muss man sagen, das ist ein Anfang und es ist ein zusätzliches Programm.

(Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mehr geht dann an der Stelle nicht. Wir sagen also auch, wo die Grenzen sind. Das ist nur seriös.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Sie wiederum sind losgeflökert und haben dann plötzlich – gerade Herr Albrecht auch noch mal – abgefeiert, was Sie alles machen: Wohnraumförderung

(Rainer Albrecht, SPD: Ja.)

und die ganzen Programme

(Rainer Albrecht, SPD: Ja, da können wir auch stolz drauf sein.)

mit dem gesamten Volumen.

(Harry Glawe, CDU: Aber Sie kommen doch zu jeder Veranstaltung hin, feiern mit und jetzt geniert Sie das?)

Aber hier bei diesen Projekten, worüber reden wir? Wir reden über Freizeitgestaltung, also über Kneipen, wir reden über Gesundheit, also über Arztpraxen, darüber reden wir.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sie, Herr Glawe, haben ein ganz anderes Feld aufgemacht. Wir wohnen weder in Arztpraxen noch in Aufzügen, noch in Kneipen.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD – Simone Oldenburg, DIE LINKE: Auch nicht auf Dächern.)

Also hier geht es - auch nicht auf Dächern - um ein ganz anderes Feld.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Worauf wir hinauswollen, ist doch dann ganz klar. Nehmen wir mal den Gesundheitsbereich. Sie sind damit bestens vertraut. Sie sind eigentlich ein Gesundheitsexperte, Herr Glawe.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Auch! Auch! – Udo Pastörs, NPD: Oh, auch das noch!)

Sie wissen ganz genau, der vdek hatte jüngst, das war jetzt im Januar, da hat Dr. Grübler eine Pressemitteilung herausgegeben und dargelegt, die Stiftung Gesundheit hat analysiert, "49,5 Prozent" der Arztpraxen sind "rollstuhlgerecht", das heißt, noch nicht einmal barrierefrei. Das ist barrierearm. Zu Recht, Herr Waldmüller, haben Sie darauf hingewiesen, dass man da graduieren

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Graduieren!)

und unterscheiden muss.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: So ist es richtig.)

Was heißt denn das?

(Udo Pastörs, NPD: Einfach ist manchmal das Beste.)

Was heißt denn das jetzt eigentlich? 49,5 Prozent heißt, nicht mal jede zweite Arztpraxis im Land,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Genau.)

MVZ mit eingeschlossen.

(Udo Pastörs, NPD: Au!)

Das heißt, in mehr als der Hälfte der Fälle können diejenigen, die eine Behinderung haben, unter Umständen nicht ihre freie Arztwahl in Anspruch nehmen.

(Udo Pastörs, NPD: Nicht die, die eine Behinderung haben, sondern die, die einen Rollstuhl nutzen müssen.)

Das ist doch etwas, womit wir uns nicht zufrieden geben können. Insofern hat es völlige Berechtigung, dass wir sagen, wir brauchen dieses Programm.

Herr Waldmüller hat bezeichnenderweise auf die Landesbauordnung und die Novelle hingewiesen. Da haben Sie auch recht. Nur bei der Landesbauordnung geht es

um Neubauprojekte und Umnutzungen. Hier geht es um einen Abbau, wenn Sie den Antrag lesen, von Barrieren.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Mit unserem Antrag würden wir zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Es ist in jedem Falle – gerade Herr Waldmüller hat so getan, als würden wir hier Mittel verkonsumieren –, es handelt sich um ein Programm, ein Bauprogramm. Insofern ist es immer auch ein Konjunkturprogramm.

(Udo Pastörs, NPD: 3 Millionen, das ist ein Konjunkturprogramm?!)

Nach den Redebeiträgen von Herrn Glawe und von Herrn Waldmüller stelle ich fest, dass DIE LINKE die neue Wirtschaftspartei ist.

> (Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU – Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Harry Glawe, CDU: Ei, jei, jei, jei, jei!)

Eindeutig, eindeutig!

(allgemeine Unruhe)

An dieser Stelle lassen Sie die Wirtschaft im Regen stehen.

(allgemeine Unruhe – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Es ist ein kleiner Beitrag. Es ist sicherlich ein kleiner ...

(Harry Glawe, CDU: Das ist doch nicht ernst gemeint jetzt, ne?!)

3 Millionen Euro sind nicht viel,

(allgemeine Unruhe)

gemessen an einem solchen Haushalt, wie wir ihn haben.

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Aber wenn Sie sich die Investitionsquote unseres Landes anschauen.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

wenn Sie sich die Investitionsquote unseres Landes anschauen: 2010 haben wir Investitionen in die Infrastruktur von knapp 1,4 Milliarden Euro gehabt. 2014, ich beziehe mich – ich bemühe mich immer, die Quelle zu nennen, damit wir nicht aneinander vorbeireden –,

(Harry Glawe, CDU: Genau.)

ich beziehe mich auf die Fortschrittsberichte, die das Land jeweils abgibt, 2014 hatten wir 1 Milliarde 82 Millionen.

(Udo Pastörs, NPD: Dann hau die 3 Millionen jetzt raus!)

Das macht einen Rückgang von 22 Prozent in der Investition. Diese 3 Millionen, wie gesagt, sind in der Tat ein Tropfen auf den heißen Stein,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

aber es ist ein Punkt, der wichtig ist.

(Egbert Liskow, CDU: Ein wichtiger Tropfen.)

Im Übrigen bin ich dann schon, Herr Liskow, sehr erstaunt, wie sehr Sie den von Ihnen vorgeschlagenen und gestellten Bürgerbeauftragten des Landes, den von uns allen geschätzten Herrn Crone, hier im Stich lassen.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD – Harry Glawe, CDU: Was?! Was?!)

Ja, ganz klar, Sie lassen Herrn Crone im Stich.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht zum ersten Mal.)

Er hat vor wenigen Wochen die Jahresbilanz 2015 vorgestellt

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

und dargelegt, wie viele Eingaben es gab. Im sozialen Bereich gab es wieder ganz besonders viele. 144 Petitionen im vergangenen Jahr haben die Barrierefreiheit angesprochen. Mal sehen, ob ich das so schnell finde, was Herr Crone sagt. Das Jahr 2016 muss der Barrierefreiheit gelten. Zitat: "Am Bau muss Barrierefreiheit wichtiger werden. Das fängt schon bei der Planung an. Wer gut plant, kann mit wenig Aufwand nachhaltige Lösungen schaffen."

(Harry Glawe, CDU: Das machen wir doch.)

"Davon profitieren später viele."

(Rainer Albrecht, SPD: Da hat er auch recht.)

Da hat er recht.

Und weiter: Sorgen mache dem Bürgerbeauftragten,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Sorgen mache ihm "der Zugang für Menschen mit Behinderungen zum Öffentlichen Personennahverkehr".

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da hat er recht.)

Da hat er auch recht. So, und wenn er recht hat und wir hier einen Bedarf konstatieren, ist es doch die logische Konsequenz, dass man handelt und nicht auf die nächste Legislaturperiode wartet

(Harry Glawe, CDU: Aber der Antrag, den Sie gestellt haben, hat nichts damit zu tun.)

und nicht, Herr Glawe, darauf wartet, dass man mit den LINKEN zusammengeht, sondern dass man jetzt anfängt. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/5203. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Zugestimmt haben die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dagegen stimmten die Fraktion der SPD, der CDU und der NPD. Es enthielt sich niemand. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/5203 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 26**: Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Quecksilber-Grenzwerte für Kohlekraftwerke verschärfen – Landesregierung muss aktiv werden, Drucksache 6/5213.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Quecksilber-Grenzwerte für Kohlekraftwerke verschärfen – Landesregierung muss aktiv werden – Drucksache 6/5213 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Jaeger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit unserem Antrag greifen wir einen Antrag der Bündnisgrünen in der Bürgerschaft in Rostock auf, die diesen Antrag mit großer Unterstützung auch aller anderen Fraktionen in der Rostocker Bürgerschaft beschlossen hat.

(Zuruf aus dem Plenum)

Das weiß ich nicht.

(Jochen Schulte, SPD: Doch, weil da sind sie nicht für zuständig.)

Na ja, dieser Antrag richtet sich an die Landesregierung. Auch wir könnten uns darauf berufen, nicht zuständig zu sein,

(Jochen Schulte, SPD: Dazu sage ich auch gar nichts.)

weil die Bundesregierung zuständig ist. Aber genau das ist die Idee unseres föderalen Systems, nämlich über die Bundesländer und über den Bundesrat genau solche Initiativen anzustoßen. Man muss sie überhaupt für sinnvoll halten. Darüber können wir uns dann gerne streiten,

(Jochen Schulte, SPD: Machen wir auch gleich.)

aber dass wir das hier diskutieren, ist aus meiner Sicht in jedem Fall richtig.

Quecksilber ist gerade in verschiedenen Quecksilberverbindungen ein schwerwiegendes Gift. Die EU bemüht sich darum, den Quecksilberausstoß weltweit, beziehungsweise vor allen Dingen in der EU natürlich, aber mit einer gewissen Vorbildwirkung, nach unten zu bekommen. Der höchste Quecksilberausstoß, und das fand ich ganz interessant, war so um das Jahr 1890, vor allen Dingen verursacht durch die Goldproduktion in Nordame-

rika. Dort sind gigantische Mengen von Quecksilber freigesetzt worden. Auch heute noch ist das Thema Goldproduktion ein ganz entscheidender Punkt für Quecksilberemissionen. Das Thema ist in Deutschland und auch innerhalb der EU eher unwichtig, was den Quecksilberausstoß durch Goldproduktion angeht. Unser großes Thema, und das ist der Wachstumsmarkt für die Quecksilberemissionen der letzten Jahre, ist das Thema Kohlekraftwerke. Und – das ist die Entwicklung – wir erreichen momentan einen Anstieg, der in wenigen Jahren wieder beim Ausgangsniveau des absolut höchsten Quecksilberausstoßes weltweit, nämlich im Jahr 1890, angekommen ist. Verantwortlich sind vor allen Dingen die Kohlekraftwerke.

Die USA beziehungsweise dort konkret Barack Obama haben auf dieses Thema vorsorgend reagiert und deutlich schärfere Grenzwerte erlassen. Das will ich bloß mal so nebenbei sagen, wenn wir bei TTIP immer diskutieren, die USA haben ganz schlechte Grenzwerte und die werden uns die alle rüberziehen.

(Jochen Schulte, SPD: Das waren die GRÜNEN, die das immer behauptet haben.)

Es gibt tatsächlich auch einzelne Beispiele ...

Wie bitte?

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das waren immer die GRÜNEN, die so was gesagt haben.)

Ja, ich habe das hier einfach mal so in den Raum gesagt.

(Torsten Renz, CDU: Ich denke, das ist geheim?!)

Es gibt durchaus Grenzwerte in den USA, von denen wir deutlich profitieren könnten,

(Udo Pastörs, NPD: Wer bezweifelt das denn?)

und der Quecksilbergrenzwert ist definitiv ein solcher. Er ist definitiv ...

(Udo Pastörs, NPD: Das macht TTIP nicht gut.)

Das habe ich damit auch nicht behauptet. Es gibt viele andere Schwächen an TTIP, aber die einfache Argumentation, in den USA sind alles industriefreundliche Grenzwerte und die in der EU sind top, die stimmt eben auch nicht im Detail.

(Udo Pastörs, NPD: Wer sagt denn das?)

Dies ist ein solches Beispiel.

Unsere Idee ist es, die amerikanischen Grenzwerte in Deutschland zu übernehmen. Die Kosten dafür sind relativ übersichtlich. Ich hätte auch gedacht, dass das Kosten sind, die hammerneue große Filteranlagen verursachen und dass das ein Mittel sein könnte, um die Kohlekraft so ein bisschen aus dem Markt rauszudrücken. Dies ist nicht der Fall. Die Kosten pro Kraftwerk, weil wir schon relativ moderne Rauchgasentschwefelungsanlagen haben, sollen sich im Bereich von 1 Million Euro bewegen. Das ist für einen Privatmenschen unglaublich

viel Geld, wer aber weiß, dass ein modernes Kohlekraftwerk, 800 MW, etwa 1,2 Milliarden Euro kostet, weiß, dass 1 Million für diese Nachsorge durchaus möglich und im Bereich des Bezahlbaren ist.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Wir sind außerdem in der Begründung im letzten Absatz noch auf mögliche Argumente eingegangen und haben gesagt, für die Kohlekraftwerke, die nur wenige Stunden im Jahr laufen, könnten wir uns sogar für einen gewissen Übergang bis zu deren Abschaltung Übergangsregelungen vorstellen. Aber für diejenigen Kraftwerke, die fast in der Grundlast laufen, ist es definitiv notwendig und zumutbar, solche Sachen einzuführen. Diese Überlegung hängt übrigens auch damit zusammen, dass sich der Grenzwert auf die ausgestoßenen Kubikmeter bezieht. Wenn ich natürlich in wenigen Stunden im Jahr eine relativ geringe Stromproduktion habe, dann ist der Ausstoß an Kubikmetern relativ gering und die Belastung mit Quecksilber in der Umgebung hält sich damit auch in Grenzen.

Anlass für den Antrag der GRÜNEN in Rostock war natürlich das Steinkohlekraftwerk in Rostock, eigentlich ein relativ modernes Steinkohlekraftwerk in Deutschland. Dort ist ...

(Torsten Renz, CDU: Wieso "eigentlich"?)

Weil es einen sehr hohen elektrischen Wirkungsgrad hat und außerdem noch, ja, "eigentlich" deswegen, weil wir auch bei diesem Kraftwerk allein im letzten Jahr eine deutliche Steigerung von fast 25 Prozent beim Quecksilberausstoß hatten. Das hängt natürlich auch mit der verwendeten Steinkohle zusammen, das ist klar, aber mit entsprechender Filtertechnik, wie sie die EU ausdrücklich fordert, könnten wir etwas tun. Deswegen haben wir aus meiner Sicht die Pflicht, wenn es die technischen Möglichkeiten gibt und sich alle Beteiligten einig sind, dass das auch bezahlbar ist, dass wir als betroffenes Bundesland sehr wohl mit einer Initiative nach vorne gehen können und sagen, für unser Steinkohlekraftwerk in Rostock ist das eine zumutbare Investition, die brauchen wir zur Vorsorge, damit wir die Quecksilberlast in der Umgebung von Rostock absenken können.

(Vizepräsidentin Silke Gajek übernimmt den Vorsitz.)

Ich wünsche mir Ihre Unterstützung. Ich kann mir eigentlich gar nicht vorstellen, warum man dagegen sein kann, aber wir werden es ja gleich hören. – Ich danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Herr Jaeger.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Wirtschaft, Bau und Tourismus Herr Glawe. Bitte.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jetzt kommt endlich mal ein unterstützender Beitrag.)

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen Abgeordnete! Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt und bittet die Landesregierung oder fordert die Landesregierung auf, sich gegenüber dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit für eine sofortige Verschärfung der Quecksilbergrenzwerte für Kohlekraftwerke einzusetzen. Die Grenzwerte für Quecksilberemissionen sollten mindestens den seit April 2015 geltenden US-amerikanischen Grenzwerten für Quecksilberemissionen von Kraftwerken entsprechen.

Die Grenzwerte im Antrag beziehen sich auf die Darstellung eines Gutachtens "Quecksilber-Emissionen aus Kohlekraftwerken" des Institutes für Ökologie und Politik, Ökopol-Studie genannt, und zwar vom 21. Dezember 2015. Um es vorwegzunehmen, wir haben Zweifel, ob die in der Studie angegebenen Werte stimmen. Uns liegt ein anderes Gutachten vor, das die Studie als falsch und unseriös einstuft, und zwar ist das von der TU Hamburg-Harburg. Diese hat die Ökopol-Studie an den entscheidenden Stellen als fehlerhaft bewertet. Die vorgenommenen Umrechnungen der US-Grenzwerte auf die deutschen Normen sind ihres Erachtens durch willkürliche Vergleiche mit zum Beispiel Monats- oder Jahresganztagswerten als unseriös einzuschätzen. Bei konkreter Umrechnung liegen die US-Grenzwerte deutlich höher, als sie hier in der Ökopol-Studie dargestellt sind.

Meine Damen und Herren, unabhängig von dieser Bewertung bei der Umrechnung der US-Grenzwerte für Quecksilber gibt es auf internationaler und nationaler Ebene bereits jetzt zahlreiche Bestrebungen, die Gefahr durch Quecksilber für die menschliche Gesundheit und die Ökosysteme weiter zu reduzieren. Die Vereinten Nationen haben bereits im Jahre 2003 einen völkerrechtlichen Vertrag zur Vermeidung von Quecksilber in der Umwelt ratifiziert. Auch auf europäischer Ebene laufen die Bemühungen zur Reduzierung der Gefahren durch Quecksilber, die für die Ökosysteme und die menschliche Gesundheit bestehen.

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass die Landesregierung sich der Gefahren für die menschliche Gesundheit und für die Ökosysteme, die durch Quecksilber hervorgerufen werden, bewusst ist. Deshalb werden wir fachlich fundiert und sachlich Aktivitäten zur weiteren Reduzierung der Quecksilberemissionen auf nationaler und internationaler Ebene angemessen unterstützen.

In Deutschland werden bereits seit über zehn Jahren die Emissionshöchstwerte für die Überwachung von Quecksilber – unter anderem für Kohlekraftwerke – in der Verordnung über Großfeuerungs-, Gasturbinen- und Verbrennungsmotoranlagen – 13. BlmSchV bundeseinheitlich geregelt. Die derzeitigen Grenzwerte liegen bei 0,015 Milligramm pro Kubikmeter. Von daher haben wir vor, diese Grenzwerte ab dem Jahre 2019 auf 0,01 Milligramm pro Kubikmeter zu verschärfen. Dennoch rät Deutschland zur Aufnahme von noch anspruchsvolleren Quecksilberemissionsgrenzen im europäischen Prozess und zur Anpassung. Wir brauchen natürlich auch alle Partner, die müssen mitziehen, denn Quecksilber steht und fällt nicht an der Grenze herunter.

Meine Damen und Herren, wir wollen also insgesamt dazu beitragen, dass hier ein höheres Umweltbewusstsein entsteht, und wollen die menschliche Gesundheit weiter schützen. Wir haben im Land das Steinkohlekraftwerk in

Rostock. Es ist im Jahre 1994 in Betrieb genommen und nach den damaligen neuesten und effektivsten Kraftwerken aufgebaut worden. Gerade durch die Nutzung der ausgekoppelten Wärme als Fernwärme zum Beheizen von Wohnungen ganzer Stadtteile in Rostock, zusätzlich zur Stromerzeugung, wirkt dieses Kraftwerk besonders effizient. Das Steinkohlekraftwerk mit einer elektrischen Leistung von 509 Megawatt leistet einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit nicht nur für Rostock, sondern für ganz Mecklenburg-Vorpommern und eben auch über die Landesgrenzen hinaus. Denn auch, wenn wir als Land uns rein rechnerisch bereits seit gut zwei Jahren zu 100 Prozent selbst mit Strom versorgen können, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint, braucht man auch dieses Steinkohlekraftwerk in Rostock, um für die Grundlast insgesamt zu sorgen.

#### (Zuruf von Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An den Quecksilberemissionen aus den Kohlekraftwerken in Deutschland ist unser Steinkohlekraftwerk mit lediglich 0,4 Prozent vergleichsweise gering beteiligt. Bei der letzten Messung am 22. Dezember 2015 im Steinkohlekraftwerk in Rostock ist ein maximaler Messwert einschließlich Messunsicherheit von 4,6 Mikrogramm pro Kubikmeter festgestellt worden. Damit ist er halb so hoch wie der erlaubte Grenzwert,

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Der zu hoch ist.)

meine Damen und Herren, halb so hoch.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung wird natürlich weiterhin aktiv sein auf den Umweltministerkonferenzen – im vorigen Jahr ist das auf der 85. Sitzung geschehen –, um sich schnellstmöglich auch auf europäischer Ebene einzubringen und um dann insgesamt die Emissionsbandbreiten im deutschen Recht auszugestalten

Meine Damen und Herren, die Bundesländer, auch Mecklenburg-Vorpommern, haben Initiativanträge eingebracht. Mecklenburg-Vorpommern hat sich in der Abstimmung mit weiteren neun Ländern zu dieser Absenkung insgesamt bekannt. Am Ende ist es aber so, dass die Bundesregierung am Zug ist. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Martina Tegtmeier, SPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Herr Glawe.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Schulte von der SPD-Fraktion.

**Jochen Schulte**, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrter Kollege Jaeger, ich habe mich hier die ganze Zeit gefragt, seitdem ich das Vergnügen hatte, mich mit diesem Antrag beschäftigen zu dürfen, was der Ausgangspunkt dafür ist. Jetzt weiß ich zumindest, dass das ein Beschluss der Stadtvertretung Rostock ist.

(Heiterkeit bei Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Schade, dass du nicht mehr in der Rostocker Bürgerschaft sitzt.) Ja gut, aber vielleicht nur, damit hier kein Missverständnis aufkommt: Ich habe kein Problem damit, wenn sich die Bürgerschaft der Hansestadt Rostock auch mit dem Weltfrieden beschäftigt, ich fände es nur schöner, wenn sie vielleicht vorher die Probleme vor Ort lösen würde. Ich denke da nur an das Rostocker Theater.

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber das mal vorneweg.

Sehr geehrte Kolleginnen, ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das wollen wir jetzt hier lieber nicht debattieren.)

Das ist besser so, Herr Kollege Ritter.

 $\dots$  sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen, weswegen sage ich das?

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Wir gehen die Dinge engagiert an.)

Herr Kollege Jaeger, weswegen sage ich das?

(Heinz Müller, SPD: Na schaun wir mal!)

Der Hintergrund ist doch ein durchaus ernster, weil ich natürlich überlegt habe, was treibt die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN hier im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern an, diesen Antrag zu stellen.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Weniger Quecksilber.)

Das habe ich verstanden.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gut.)

Aber warum dieser Antrag jetzt zu diesem Zeitpunkt? Wir müssen nicht darüber diskutieren, Herr Kollege Jaeger, dass Quecksilber gesundheitsgefährdend ist. Ich will auch nicht mit Ihnen darüber diskutieren, das sage ich gleich vorneweg, dass ich nicht für eine Minimierung der Quecksilberemissionen aus Kraftwerken bin. Das sind ja vorrangig Braunkohlekraftwerke, auch das sollte man an dieser Stelle vielleicht mal deutlich sagen, die die Emissionen rausleiten, und erst an zweiter Stelle Steinkohlekraftwerke. Das ist nämlich wichtig für die Diskussion, die wir hier im Lande führen. Ich bin durchaus der Auffassung, dass man dann auch entsprechende Maßnahmen ergreifen sollte, um diese Emissionen zu reduzieren. Das vielleicht vorneweg.

Ein zweiter Punkt, deswegen bin ich auch etwas, na, enttäuscht ist nicht der richtige Ausdruck, ich meine, es ist das Recht der Opposition, solche Anträge zu stellen, aber ich frage mich natürlich, Ende Januar ist diese Studie, die im Auftrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bundestag erarbeitet worden ist – und ich will gar nicht auf die Kritik eingehen, die Herr Minister Glawe hier an der Qualität der Studie geäußert hat –, durch Ihre Bundestagsfraktion veröffentlicht worden und danach ist nichts mehr passiert.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Die GRÜNEN in Rostock haben einen Antrag gestellt, weil der Quecksilberanstieg ums Jahr 2015 explodiert ist.)

Gut, die GRÜNEN in Rostock haben einen Antrag gestellt.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Herr Kollege Jaeger, ich hätte mir jetzt vielleicht vorgestellt – lassen wir mal die GRÜNEN in Rostock außen vor –, ich hätte mir jetzt vielleicht mal vorgestellt ...

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir hören auch so ein bisschen auf die Basis. – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Gut, ich hätte mir jetzt trotzdem vielleicht mal vorgestellt, dass Ihre Bundestagsfraktion agiert. Aber warum hat sie denn nicht agiert?

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Weil die Rostocker schon agiert hatten. – Peter Ritter, DIE LINKE: Da hört sie wieder nicht auf die Basis.)

Das ist etwas, das muss man dann in dieser Diskussion.

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

das muss man in dieser Diskussion jetzt vielleicht auch mal deutlich sagen. Sie haben deswegen nicht – sie hätten ja einen Antrag stellen können im Bundestag, also das wäre noch eine Chance gewesen –, sie haben offensichtlich deswegen nicht reagiert, weil es zwei Gründe dafür gibt. Erstens, weil sie unmittelbar nach Veröffentlichung dieser Studie von der Bundesumweltministerin Frau Hendricks deutlich gesagt bekommen haben, dass das, was dort an politischem Agieren gefordert wird, von dieser Bundesministerin bereits betrieben wird. Das ist auch etwas, was ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen möchte: Die Bundesumweltministerin Barbara Hendricks ist eine derjenigen in diesem Bundeskabinett,

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Die dafür Unterstützung brauchen. – Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und da kann man die Position der Bundesregierung vielleicht durchaus diskutieren, sie ist eine derjenigen, die sich massiv dafür einsetzen, dass entsprechende Quecksilberreduzierungen stattfinden.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Würde ich ihr nicht absprechen, klar.)

Eben.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Dann kann das doch bloß eine Unterstützung sein, Herr Schulte.)

Und dieser Prozess ist im Gange, dieser Prozess ist im Gange, Frau Kollegin Schwenke.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Da gibt es noch andere in der Bundesregierung, die das ganz anders sehen. – Zuruf von Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, das sage ich Ihnen jetzt. Das haben Sie nämlich ...

Herr Kollege Suhr, wenn Sie ab und zu mal die Presse lesen würden und nicht nur die Mitteilungen der Bündnisgrünen aus Rostock, dann wüssten Sie, dass Frau Hendricks bereits Anfang Februar dieses Jahres auch auf diese Veröffentlichung der GRÜNEN hin gesagt hat, in dem Diskussionsprozess mit den Steinkohlekraftwerksbetreibern, mit der EU-Kommission gibt es vonseiten der Bundesregierung eine ganz klare Aussage: Wenn der Kohleausstieg, Zielrichtung 2050, nicht durchgeführt wird, dann kommt es zu einer Verschärfung auf der Grundlage dieser Minamata-Protokolle.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir reden drüber.)

Ja, und jetzt kommen wir zu dem Reden darüber, Herr Kollege Suhr.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Also noch 34 Jahre machen wir so weiter?!)

Herr Kollege Jaeger, Herr Kollege Suhr, jetzt kommen wir mal zu dem Reden darüber.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wenn ich nichts tun will, rede ich drüber.)

Und dann gucken Sie ...

Man müsste vorsichtig sein, Herr Kollege Suhr, was man sagt, das kommt immer wieder zurück!

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Na los! – Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Suhr, dann schauen wir nämlich mal diese Liste an, die in diesem Gutachten veröffentlicht worden ist, über die circa 50 Kohlekraftwerke in Deutschland,

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

die die größten Emittenten bei Quecksilber sind.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Richtig.)

Dann sind von diesen 50 Kraftwerken ungefähr 30 in Bundesländern, wo die GRÜNEN entweder den, nein, nicht entweder, sondern mindestens den Bundes- oder den Landesumweltminister stellen, nämlich Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg. In Teilen dieser Länder stellen sie den stellvertretenden Ministerpräsidenten, nämlich in Hessen und in Nordrhein-Westfalen. In Baden-Württemberg stellen sie den Ministerpräsidenten.

(Heiterkeit bei Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Schön, dass das mal wieder gesagt wird!) Der Clou an der ganzen Sache ist: Eine der größten Dreckschleudern im Quecksilberbereich ist das Steinkohlekraftwerk Mannheim. Mehrheitseigner an diesem Steinkohlekraftwerk – da braucht man nicht mal eine Gesetzesänderung zu machen, Herr Kollege Suhr –, Mehrheitseigner ist die landeseigene EnBW aus Baden-Württemberg.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU – Heinz Müller, SPD: Schau mal an! – Wolfgang Waldmüller, CDU: Oh!)

Wenn man dort etwas ändern wollte, müsste man nur im eigenen Unternehmen dafür Sorge tragen, dass man – da gebe ich Ihnen vollkommen recht –,

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Die knöpfen wir uns auch vor.)

dass man in dem betreffenden Kohlekraftwerk dann auch entsprechende Filter einbaut,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Die knöpfen wir uns auch vor! – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Herr Kollege Suhr.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ich kann über Baden-Württemberg nicht diskutieren, wenn ich den Antrag nicht im eigenen Bundesland gestellt habe, obwohl wir auch ein Problem haben.)

Gut.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Dann kommen Sie hier allen Ernstes an und wollen von Mecklenburg-Vorpommern – und das finde ich bedauerlich an der Diskussion –, dann kommen Sie hier in Mecklenburg-Vorpommern allen Ernstes an, wo wir eine Landesregierung haben – und da habe ich bisher eigentlich immer den Eindruck gehabt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diesen politischen Kurs unterstützt –, die unabhängig von den jeweiligen Parteien, die sie tragen, den Ausstieg aus der Energiewende hier in der Bundesrepublik Deutschland mitträgt, mit forciert.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Aus der Energiewende? – Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Den Ausstieg?)

Den Ausstieg nicht aus der Energiewende, den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern, Entschuldigung,

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Tragen wir mit.)

den tragen Sie mit und die Landesregierung trägt ihn mit.

Die Landesregierung hat sich gerade zuletzt gemeinsam mit den norddeutschen Ministerpräsidenten in dem Wismarer Appell geäußert. Dazu kann man stehen, wie man will, wie er ausformuliert ist, aber die Zielstellung ist klipp und klar gewesen: Wir wollen einen Ausbau der erneuerbaren Energien. Und dann kommen Sie hier in diesem Land, wo wir ein einziges Kraftwerk haben, das vom Grundsatz her in diese Kategorie reinfällt, mit diesem

Antrag und setzen sich auch bei Ihren Parteifreunden nicht mal dafür ein, dass in den Bundesländern, wo Sie tatsächlich etwas ändern können, etwas geändert wird.

> (Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das ist jetzt eine Unterstellung! Das machen wir sehr wohl.)

Das machen Sie sehr wohl?! Dann bin ich mal gespannt, ob da irgendwann mal etwas stattfindet.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch einen zweiten Satz dazu sagen, einen zweiten Satz dazu, was an dieser Diskussion doch auch tatsächlich ein bisschen fadenscheinig ist. Ich bleibe mal bei den Zahlen von Ökopol, damit wir wenigstens auf der gleichen Grundlage diskutieren. Dann ist es gar nicht mal die Frage, dass eine Quecksilberreduzierung in der Perspektive sinnvoll ist. Die wird verlangt, sowohl von der Bundesregierung als auch von der Kommission. Da kann man über die Grenzwerte streiten, das tun wir offensichtlich heute, das Ziel der entsprechenden Reduzierung ist unstrittig. Aber lassen Sie mich doch zum Schluss noch einen Satz dazu sagen.

Nehmen Sie – gestatten Sie mir den Ausdruck, wenn ich in dem Zusammenhang noch mal das Wort "Dreckschleuder" benutze – das Braunkohlekraftwerk, Neurath ist es, wenn ich das richtig sehe, in Nordrhein-Westfalen. Das hat derzeit einen Ausstoß von, wenn ich das richtig sehe, 667 Mikrogramm pro Kubikmeter, nein, Kilogramm Quecksilber pro Jahr. Ich nehme das jetzt mal aus der Statistik, die ich hier vorliegen habe. Wenn man das nach den Maßstäben reduziert, die Sie zugrunde legen – das ist derzeit das Dreißigfache von dem, was das Steinkohlekraftwerk in Rostock ausstößt –, dann haben wir trotz der Reduzierung mit diesem einen Braunkohlekraftwerk immer noch den fünffachen Quecksilberausstoß, den wir tatsächlich hier in Rostock hätten. Nur mal, um die Relation zu sehen.

Deswegen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, finde ich das auch etwas bedauerlich an diesem Antrag, und das ist einer der Gründe, weswegen wir ihn ablehnen werden.

Was ich schön fände, was ich begrüßen würde, was meine Fraktion sicherlich auch in Berlin mitträgt, wäre, wenn wir eine gemeinsame Position finden und auch weitertragen würden. Erstens natürlich: weitere Forcierung der Energiewende, Ausbau erneuerbarer Energien. Da sehe ich nicht mal das Problem bei Ihrer Fraktion, Herr Kollege Suhr.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da haben Sie ja doch zugehört, Herr Kollege.)

Ich höre Ihnen zu. Ob ich Ihnen immer zuhöre? Doch, ja, auch, aber vor allem höre ich dem Kollegen Jaeger immer zu.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Der zweite Punkt bei der Sache ist, wenn wir über Reduzierung, übrigens nicht nur im Bereich Quecksilber, sondern auch bei anderen Emissionen durch Kraftwerke reden, dann sollten wir vielleicht tatsächlich darauf drängen, dass wir in erster Linie einmal einen entsprechenden Ausstieg aus der Braunkohletechnologie finden,

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Auch unstrittig.)

denn das ist das eigentliche Problem. Die Steinkohlekraftwerke, die wir in Deutschland haben, sind zwar auch in der Masse Emittenten, also von der Quantität her, aber bei der Qualität der Emissionen, also was tatsächlich den Pro-Kraftwerk-Ausstoß angeht, sind es vorrangig die Braunkohlekraftwerke.

Jetzt komme ich noch mal zu dem Schluss, weswegen ich auch nicht gesehen habe, dass es irgendeinen Antrag oder ein Bemühen Ihrer Fraktion aus den anderen Bundesländern gibt. Sie sind, und das dürfen Sie als Kritik nehmen, als freundlichen Hinweis oder wie auch immer, sie sind offensichtlich in Nordrhein-Westfalen – damit meine ich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen – eingeknickt, auch dort vor der Steinkohleund Braunkohlelobby.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Vor welcher Partei?)

Auch mit der SPD, das ist überhaupt nicht, ...

(Heiterkeit bei Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Auch das können Sie uns zu Recht vorwerfen.)

Dann sind sie vor der SPD eingeknickt. Gut, dann nehmen wir das auch mal so,

(Heiterkeit und Zurufe vonseiten der Fraktion der CDU)

dann dürfen Sie das auch sagen.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wer betreibt es denn da?)

Sie sind in Hessen, da haben sie es nicht umgesetzt.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Wer regiert denn da?)

Sie haben es in Nordrhein-Westfalen lautstark gefordert und nicht umgesetzt.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja. – Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Betonfront.)

Herr Kollege Suhr, darüber müssen wir nicht diskutieren, dass die SPD in diesem Land eine andere Auffassung zum Thema "Erneuerbare Energien und Kohleausstieg" hat als die nordrhein-westfälische SPD. Das ist ja wohl unbestritten!

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielleicht können Sie da mal Einfluss nehmen, damit wir nicht einknicken müssen!)

Nur, Sie kommen hier in diesem Landtag mit Anträgen, wo Sie ...

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Jetzt mal den Spaß beiseite!

## (Minister Harry Glawe: Reden Sie sich doch nicht raus!)

Welche Möglichkeiten einer entsprechenden Initiative gibt es denn? Wir könnten auf der einen Seite versuchen, über den Bundesrat entsprechende Initiativen zu starten. Und wenn Sie selber einsehen, das meine ich jetzt nicht als Kritik an Ihrer Fraktion hier im Haus, aber wenn Sie selber einsehen, dass selbst die Bündnisgrünen vor Ort in den jeweiligen Landtagsparlamenten auch mit ihren Koalitionspartnern mal keine Mehrheit finden, egal, wer das ist, ob das in Hessen die CDU ist, in Nordrhein-Westfalen die SPD, in Baden-Württemberg die SPD, in Niedersachsen oder wo auch immer, dann können Sie doch davon ausgehen, dass eine entsprechende Bundesratsinitiative auch nicht von Erfolg gekrönt wäre. Das ist die erste Aussage.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Und deshalb sollen wir es nicht mal versuchen?)

Die zweite Aussage, Herr Kollege Jaeger, ist doch, die Alternative dazu ist, die formellen informellen Wege zu nutzen, die ohnehin schon von diesem Land, von dieser Landesregierung genutzt werden. Da kann man ja sagen, es ist schön, dass Sie das unterstützen, aber wir tun es doch! Sie geben es doch selber zu, dass wir es von diesem Lande aus schon tun, und da frage ich mich natürlich, warum dieser Antrag heute gestellt worden ist. Dann ist die Begründung – und damit komme ich wieder zum Ausgangspunkt meiner Rede –, weil die Stadtvertretung in Rostock das initiiert hat.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das stimmt doch nicht! Wir stellen doch nicht jeden Antrag, den die Stadtvertretung Rostock initiiert hat.)

doch etwas dünn dafür, um damit hier in den Landtag zu kommen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

### Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! 2016 wird ein energie- und klimapolitisch sehr wichtiges Jahr. Es wird das Gesetz zum Strommarktdesign verabschiedet, das EEG wird wiederum novelliert und es wird ein Klimaschutzplan zu verabschieden sein, um den Beschlüssen von Paris Tatsachen folgen zu lassen. Das bedeutet auch, dass der Kohleausstieg umgesetzt werden muss.

Der Thinktank Agora Energiewende hat kürzlich einen 11-Punkte-Plan für den Kohleausstieg veröffentlicht. Wir stimmen nicht mit allem, was dort aufgeschrieben ist, überein, aber eins ist klar: Deutschland kann nicht Energiewendeland sein und gleichzeitig Kohleland bleiben. Jede Initiative, Herr Kollege Schulte, die wir dafür ergreifen, ob über den Bundesrat oder andere informelle Wege, kann dafür nur hilfreich sein. So, wie es jetzt ist, dass die Kohlekraftwerke sozusagen eine Bestandsgarantie erhalten, kann es nicht bleiben. Das untergräbt die

Glaubwürdigkeit der Energiewende und gibt denen, die sie gar nicht wollen, Auftrieb, noch vehementer kontraproduktive Forderungen zu stellen.

Die Diskussion um Quecksilbergrenzwerte fügt sich in die Diskussion um den Kohleausstieg ein. Es ist schon bedenklich, dass ein Mensch in Deutschland durchschnittlich siebzehnmal mehr Quecksilber einatmet als ein Mensch im US-Bundesstaat New York. Technisch ist eine deutliche Reduzierung des Ausstoßes längst kein Problem mehr, aber die starke Lobby der großen Energieversorger stemmt sich mit aller Macht gegen Fortschritte auf diesem Gebiet. Bisher sieht es so aus – und alle Bemühungen von Frau Hendricks in allen Ehren –, als ob deren Interessen, nämlich die der Kohlelobby, über dem Wohl und der Gesundheit der Menschen stehen

Das Absenken der Grenzwerte in Deutschland, wie im Antrag gefordert, wäre ein wichtiger Schritt, kann aber auch nur ein erster Schritt sein. Der wirksamste Schutz gegen Quecksilber, aber auch gegen andere Schadstoffe ist und bleibt der Kohleausstieg. Deutschland muss raus aus der Kohle! Wir meinen, 2035 sollte der letzte Kohlekraftwerksblock abgeschaltet werden. Agora fordert 2040. Nun, letztlich werden wir nicht um ein paar Jahre oder eine Jahreszahl streiten, wenn denn das Ziel tatsächlich klar ist, so schnell wie möglich aus der Kohle auszusteigen. Das ist mehr als sinnvoll und auch machbar. Vor allem, das hat Kollege Schulte gesagt und dem stimme ich vollkommen zu, müssen die ineffizientesten Braunkohlekraftwerke schleunigst vom Netz.

Übrigens, falls es jemanden geben sollte, der mir jetzt wieder unter die Nase reibt, dass Brandenburg auch nicht für den Kohleausstieg sei, kann ich Ihnen guten Gewissens heute entgegnen: Erstens stimmt das nicht, denn 2040 steht als Endpunkt für die Braunkohle in Brandenburg im Koalitionsvertrag, und zweitens, DIE LINKE in Brandenburg hat gerade am vergangenen Wochenende dem Neuaufschluss in Jänschwalde-Nord eine Absage erteilt. Jetzt kommt es darauf an, dass die SPD das auch mitträgt. Aber es kommt nicht nur darauf an. Es sind Strukturanpassungen nötig, damit Arbeitsplätze auf anderen Feldern entstehen, und das kann nicht nur der Tourismus sein, auch nicht in Brandenburg.

Vielleicht erinnern Sie sich, ich habe namens meiner Fraktion hier im Landtag mal ein Konversionsprogramm für Kohlereviere gefordert. Es ist doch paradox, dass mittlerweile jede dritte Kilowattstunde Ökostrom ist, aber gleichzeitig die emissionsintensive Kohleverstromung weiter auf hohem Niveau stattfindet und sogar noch steigt. Anstatt, dass der Anteil an der Kohleverstromung im Verhältnis zum Ökostrom abnimmt, erleben die Kohlekraftwerke seit 2010 eine Renaissance und Überschüsse werden in erheblichem Maße exportiert. Damit wird nicht nur dem Klimaschutz ein Bärendienst erwiesen, nein, auch die Energiewende wird konterkariert.

Natürlich kann eine komplette Umstellung auf ein regeneratives Energiesystem nicht von heute auf morgen geschehen, aber ein Wandel, der über 20 Jahre stufenweise vollzogen wird, ist sowohl aus Sicht der Versorgungssicherheit als auch aus Sicht der Bezahlbarkeit zu machen. Aber noch einmal: Die Bundesländer, wo die Kohlewirtschaft ein wichtiges wirtschaftliches Standbein und mit vielen Arbeitsplätzen verbunden ist, brauchen Unterstützung beim Strukturwandel.

Lange Rede kurzer Sinn, das Herabsetzen der Grenzwerte für Quecksilber ist als kurzfristige Maßnahme zum Schutz der Gesundheit mehr als vernünftig. Das jetzt anzugehen, ist auch deshalb notwendig – und hier kommen wir zum Zeitpunkt, warum der heute gerade für diesen Antrag günstig ist –, weil sowohl das Europäische Parlament als auch der Europäische Rat auf dem Weg sind, eine neue Verordnung zu verabschieden. Die Informationen des Europa- und Rechtsausschusses haben wir mit Datum vom 08.02. erhalten. Es ist also ein günstiger Zeitpunkt.

Das Ziel dieser Verordnung ist, die menschliche Gesundheit und die Umwelt vor anthropogenen Emissionen von Quecksilber und Quecksilberverbindungen in die Luft, das Wasser und den Boden zu schützen. Grundlage dafür ist das internationale Programm von Minamata im Rahmen des Umweltprogramms der Vereinten Nationen. Die Europäische Union und 26 Mitgliedsstaaten haben es unterzeichnet und nun soll es endlich in europäisches Recht umgesetzt werden. Es ist also auch Zeit für Deutschland und für eine Initiative aus Mecklenburg-Vorpommern. Wir werden dem Antrag zustimmen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Eifler von der CDU-Fraktion.

Dietmar Eifler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Einleitend zu der Einlassung auf den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es natürlich ein Selbstverständnis – das hat Wirtschaftsminister Harry Glawe hier deutlich zum Ausdruck gebracht und Herr Kollege Schulte hat darauf hingewiesen –, was seitens der Bundesregierung getan wird, um generell den Schadstoffausstoß von Industrieanlagen, von Energieerzeugungsanlagen zu minimieren. Aber auch da ist das Augenmaß in Bezug auf die Energiewende angebracht. Da, glaube ich, wissen wir alle, da muss man kein großer Techniker sein, dass man auf Grundlastkraftwerke nicht verzichten kann. Dazu gehören nun mal auch die Kohleverstromung und die Kohlekraftwerke mit all den Nebenerscheinungen, die da sind.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Umso wichtiger ist das, wenn das stimmen würde.)

Wenn man dann solche Anträge stellt, Herr Jaeger, dann müssen die auch auf einer Basis gestellt werden, die belastbar ist. Minister Glawe ist darauf eingegangen, dass diese Stellungnahme, dieses Gutachten von Ökopol an den entscheidenden Stellen fehlerhaft ist. Ich komme später noch darauf zurück. Man kann also nicht Monatswerte mit Jahreswerten vergleichen, es sei denn, man will Äpfel mit Birnen vergleichen, dann funktioniert das. Also dann braucht man auch Unterlagen und Gutachten, die belastbar sind, und das ist hier offensichtlich, festgestellt von der TU Hamburg-Harburg, nicht der Fall.

Ihr Antrag, Herr Jaeger, zielt doch auf etwas ganz anderes. Im November letzten Jahres haben wir hier den Antrag beraten und abgelehnt, da ging es um den Ausstieg aus der Kohlenutzung, generell um den Ausstieg. Im April vergangenen Jahres war ein Antrag zur Beratung hier im Haus, da ging es um die Abgabe eines

Klimabeitrages durch die Kohleverstromung. Ihre Ausrichtung zielt doch darauf hin, die Kohleverstromung sofort abzuschalten,

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein.)

sofort, so bald als möglich,

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zumal unser Land Mecklenburg-Vorpommern von dem Thema gar nicht in dem Maße betroffen ist. Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern ein einziges, ein einziges Kohlekraftwerk, das Steinkohlekraftwerk in Rostock,

> (Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Und wie viel Prozent der Stromerzeugung macht das?)

und das ist ein hochmodernes Kraftwerk. Das abzuschalten, diese Zielrichtung, die halte ich für grundsätzlich verkehrt zu dem jetzigen Zeitpunkt.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Es sagt doch keiner, zum jetzigen Zeitpunkt.)

Natürlich, das ist doch eure Ausrichtung! Das ist doch die Ausrichtung.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: So schnell wie möglich heißt nicht, zum jetzigen Zeitpunkt.)

Wenn wir die Reihenfolge der Anträge im vergangenen Jahr nehmen, ist das eure grundsätzliche Zielstellung,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Morgen nicht! – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

und ihr benutzt Argumente, die nicht belastbar sind.

Natürlich ist das schädlich, Quecksilber, das wissen wir alle. Das haben wir im Chemieunterricht gelernt.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Bis 2035, das sind 20 Jahre!)

Alle, die wir da aufgepasst haben, wissen das. Wir hatten in unserer Kindheit, ich kann mich noch entsinnen, Fieberthermometer mit Quecksilber.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Richtig, mit Quecksilber.)

Unsere Eltern sagten, aber lasst das bitte nicht runterfallen, das ist gefährlich.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Da es nämlich verdampft.)

Ja, es ist ein gefährlicher Stoff.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist ein giftiger Stoff.)

Aber der Umgang mit diesem Thema: Mit Panik, Angstmache kann ich die Menschen nicht überzeugen, son-

dern mit einer sachlichen, einer grundlegenden Diskussion und Beratung dazu.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist jetzt Panik zu unserem Antrag.)

Immer wieder, immer wieder dabei: Es ist schädlich, es ist schädlich, es ist schädlich!

(Zuruf von Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist ja auch schädlich, aber damit muss man sachlich und vernünftig umgehen und man muss Realist sein, dass man nicht von heute auf morgen einen Hauptschalter umlegen kann und wir leben in einer heilen, gesunden Welt.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Es geht doch auch um den Einbau von Filtern.)

Das muss man auch klar und deutlich sagen, wenn man Realist ist.

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alles andere funktioniert nicht, das ist doch Ideologie.

Es ist gesagt worden, Kollege Schulte hat das angesprochen, in den Ländern, wo Sie Regierungsverantwortung mittragen, passiert gar nichts, es ist nichts zu erkennen. Gehen Sie doch zu den Kumpeln nach Brandenburg oder nach Nordrhein-Westfalen,

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Wir leben hier nicht in Brandenburg.)

gehen Sie einfach da hin und sagen Sie, wir machen die Kohlekraftwerke dicht, wir machen die Gruben dicht!

Wir sind mit dem Arbeitskreis Energie im vergangenen Jahr in der Lausitz gewesen, wir haben uns das angeschaut.

> (Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Und was ist die Folge?)

Die Folge wäre ein Chaos, eine Katastrophe, indem die ...

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn von heute auf morgen, Herr Jaeger, diese Anlagen alle geschlossen werden, das wäre eine Katastrophe für die Menschen, die dort leben.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Das will doch keiner, Herr Eifler.)

Man muss es doch in der Basis auch sehen. Deshalb kommen Sie nicht mit solchen Anträgen, kommen Sie mit belastbaren Dingen! Ich halte das für unsolide auf der Grundlage dieses Gutachtens von Ökopol, (Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Das, was Sie da erzählen, ist unsolide, weil es einfach nicht stimmt!)

was einfach von vollkommen fehlerhaften Umrechnungsmethoden ausgeht, denn die Wissenschaftler der Technischen Universität Hamburg-Harburg haben festgestellt, wenn man die Umrechnung so durchführt, wie es ingenieurtechnisch gemacht wird – er sagt nämlich selbst, dass es nicht mal eine hohe wissenschaftliche Aufgabe wäre, das ist eine Herausforderung für einen Ingenieur, also es ist durchaus leistbar –, würden die Kohlekraftwerke, die in Deutschland am Markt und am Netz sind, genau diesen Grenzwerten der USA entsprechen. So viel zu dem Antrag und so viel zur Polemik.

Also es ist viel gesagt worden zu dem Thema. Meine Fraktion wird dem Antrag nicht zustimmen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Wer hätte das gedacht?!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Andrejewski von der Fraktion der NPD.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jetzt kommt was zu den Braunen.)

**Michael Andrejewski**, NPD: Soll ich jetzt was zur Braunkohle erzählen, ja?

(Heiterkeit und Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Rotkohle gibt es leider nicht, höchstens Rotkohl.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist lecker.)

Dazu könnte ich was erzählen, aber egal.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Falls das ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Im Vergleich zur Braunkohle ist es lecker.)

Rotkohl und Braunkohle, ja.

Falls das wahr sein sollte, dass die Grenzwerte für Quecksilber in den USA niedriger wären als in der EU, würde das bedeuten, dass die USA nicht länger Nummer eins auf dem Gebiet des erzkapitalistischen Lobbyismus wären, sondern von der EU überholt worden wären.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Wundern würde mich das nicht.

Die EU ist in dieser Hinsicht auch sehr groß, aber es ist natürlich schwer zu sagen. Das sind zwei hochkomplexe Gutachten. Es wäre ein bisschen zu viel gewesen, jetzt alle durchzuackern und sich dann noch in einer Woche in der Vorbereitung das nötige Fachwissen zu besorgen, um diese auch beurteilen zu können. Das Problem ist nicht nur in der Energiewirtschaft, dass es jeder Lobby

leichtfällt, entsprechende Wissenschaftler zusammenzutrommeln.

(Udo Pastörs, NPD: Zusammenzukaufen.)

Das hat die Nikotin-, die Zigarettenindustrie auch geschafft. Da gab es Gutachten von hoch angesehenen Wissenschaftlern, die geschrieben haben, Nikotin ist völlig in Ordnung und so weiter. Da hat man eben immer Gutachten gegen Gutachten. Aber wer auch immer nun recht hat, ob jetzt in den USA die Grenzwerte geringer sind oder in der EU oder in der BRD, es ist natürlich eine Selbstverständlichkeit, dass diese Grenzwerte möglichst niedrig sein müssen. Dass Quecksilber giftig ist, das hat in der Tat auch jeder mitbekommen.

Der Zweck des Ganzen ist natürlich auch, dass man aus der Kohle gerade nicht aussteigen muss. Ein Kohleausstieg wäre völlig verrückt. Kohle ist nun mal der einzige Energieträger, der einzige fossile Energieträger, der in Deutschland in signifikanter Menge vorkommt. Der Wind weht nicht immer, die Sonne scheint nicht immer,

(Zurufe von Rudolf Borchert, SPD, und Jochen Schulte, SPD)

also kann man ohne Kohle nicht auskommen. Deswegen müssen die Grenzwerte von ausgestoßenem Quecksilber und anderen schädlichen Gasen bei Steinkohle- und Braunkohlekraftwerken möglichst gering sein. Es war auch schon ein Fehler, dass man in der Weise und in der Dimension den Bergbau für Steinkohle und Braunkohle dichtgemacht hat. Es wurden viele dichtgemacht, und zwar aus ganz primitiven, wirklich kurzfristigen Denkstrukturen,

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

wenn man das überhaupt so nennen will, dass man gesagt hat, im Augenblick ist die Steinkohle aus Australien sehr billig, jetzt nehmen wir die oder aus Südafrika, sparen ein bisschen Geld, machen die Bergwerke dicht. Und dann verliert man die Fähigkeit, überhaupt noch betreiben zu können, man verliert das Fachwissen, irgendwann kann man sie gar nicht mehr nutzen und dann steht man da, wenn die Nachschubwege aus irgendwelchen weltpolitischen oder sonstigen Gründen unterbrochen sind.

Deswegen muss nicht nur sichergestellt werden, dass die Kohlekraftwerke und Braunkohlekraftwerke weiter betrieben werden können, mit möglichst geringen giftigen Emissionen, es muss auch der Bergbau erhalten bleiben und wieder ausgebaut werden. Wenn man sich dann noch ein vernünftiges Verhältnis zu Russland langfristig aufbaut, hat man auch Zugang zu Erdgas, kann moderne, möglichst giftstoffausstoßfreie Erdgaskraftwerke errichten und ein/zwei Atomkraftwerke behalten, weil man auf diese Technologie langfristig nicht verzichten kann. Man weiß auch nicht, was kommt.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Die NPD weiß nicht, was sie will. Mal ist sie für Atomkraft und mal ist sie dagegen. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das alles zusammen, auch mit erneuerbaren Energien, ergäbe dann einen sehr vernünftigen Energiemix, mit dem man dort für alle Eventualitäten vorbereitet wäre.

Wir werden uns der Stimme enthalten, weil wir in der Tat nicht imstande sind zu beurteilen, welches Gutachten das richtige ist. Das wäre wohl ein bisschen zu viel für diesen Landtag.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Herr Jaeger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich gehe natürlich tief geknickt aus dieser Debatte.

(Heiterkeit bei Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Ich habe also erfahren, dass es für die GRÜNEN völlig sinnlos ist oder auch für den Landtag, Anträge zu stellen im Bundesrat, die dann am Ende vielleicht doch abgelehnt werden. Das bedeutet natürlich für uns als Opposition, weil die Regierungskoalition doch relativ konsequent all unsere Anträge ablehnt,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Wir brauchen gar nichts mehr zu machen.)

dass wir auch das hier nicht mehr tun müssen, weil wir da etwas mehr Realismus an den Tag bringen könnten. Ja, so könnte es vielleicht sein, aber so ist es nicht, weil wir glauben, dass die politische Debatte das Thema vorantreibt.

(Beifall und Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Das bedeutet natürlich auch, dass ich sehr wohl mitnehme, dass Baden-Württemberg da deutlich mehr machen könnte.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Das wird auch Thema sein innerhalb der GRÜNEN und bei den GRÜNEN, genau darüber zu reden. Völlig klar, der Vorwurf ist berechtigt.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Das heißt auch für mich nicht, dass ich nur einen Antrag stelle, und wenn der hier abgelehnt ist, ich dann nach Baden-Württemberg gehe und bei der nächsten Veranstaltung sage, ich habe euch leider nichts zu sagen, weil mein Landtag ist der Meinung, es soll alles schön beim Alten bleiben.

(Zuruf von Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So, wir müssen was machen bei dem Thema.

(Jochen Schulte, SPD: Dann war doch die Debatte nicht umsonst.)

Selbst der Wirtschaftsminister hat durchaus gesagt, Quecksilberemissionen sind ein Problem. Wir haben definitiv die technischen Möglichkeiten. Jetzt darüber zu streiten, ob sozusagen der Mittelwert über 30 Tage oder über ein Jahr gebildet wird ...

(Dietmar Eifler, CDU: Das ist doch die Grundlage.)

Nein, die Grundlage ist, dass es definitiv eine Technologie gibt, die bezahlbar ist, die die Quecksilberemissionen reduzieren kann. Nach welchem Grenzwert sie reduziert werden kann, das können wir gern in Fachgremien lange hin und her wälzen. Fakt ist einfach, mit einem überschaubaren finanziellen Aufwand ist das möglich. Und jetzt kommt das politische Problem.

(Udo Pastörs, NPD: Wie groß ist der Aufwand?)

Natürlich, bei einem Kraftwerk rechnet man mit etwa 1 Million Euro.

Wenn ich in Brandenburg zum Thema Kohle argumentiere, dann stehen die alle auf der Matte, weil davon Zehntausende Arbeitsplätze abhängen mit all den Problemen im Strukturwandel, die wir da haben. Das muss ein geregelter Ausstieg werden, wo man sich Gedanken macht, wie die Leute zukünftig Arbeit, Lohn und Brot bekommen, das ist völlig klar. Aber wenn ein Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern mit wahrscheinlich etwa 150 Arbeitsplätzen plus noch ein paar im Seehafen, weil da die Kohle angelandet wird, sagt, sorry, das ist schon fast nicht machbar bei uns, obwohl es definitiv bezahlbar und machbar wäre, dann brauche ich nicht in die Länder zu gehen, die sagen, es wäre für uns ein derartiger Strukturwandel, da stehen wir nicht.

(Jochen Schulte, SPD: Johann-Georg, das hat doch keiner gesagt.)

Deswegen kann ich den Antrag nicht in Brandenburg stellen, ich sitze nur im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Wenn ich das Thema für wichtig halte, ich halte es für wichtig, dann stelle ich also hier einen Antrag. Wenn die Regierungskoalition sagt, das sehen wir eigentlich auch so, wollen wir aber jetzt nicht direkt unterstützen, dann fände ich es gut, in den Ausschuss zu überweisen und zu sagen, ihr verbessert den Antrag, schreibt da andere Grenzwerte rein, die euch realistischer erscheinen, dann können wir gern diesen Antrag erneut in den Landtag einbringen.

Also ich glaube, der Antrag ist absolut sinnvoll, kann die Debatte vorantreiben und wir könnten gemeinsam erreichen als ein Bundesland, das betroffen ist, aber nicht überlebenswichtig betroffen ist, die Debatte im Bundesrat voranzutreiben. Wenn wir es nicht tun, jeder zeigt immer auf den anderen in der Bundesrepublik und hat gute Gründe, warum es nicht klappt.

Was ich hier definitiv zusagen kann, beim nächsten Bundesparteitag der GRÜNEN werden wir einen solchen Antrag stellen und genau das auch von unseren Landesregierungen und speziell von Baden-Württemberg einfordern, zu sagen, das geht nicht, die Bundestagsfraktion macht entsprechende Gutachten, das bedeutet auch für euch, ihr guckt nach dem Machbaren. Da haben wir übrigens auch als Landesregierung eine Möglichkeit, denn EnBW ist inzwischen ein wichtiger Gesprächspartner für unser Land.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Genau.)

Die betreiben nämlich zwei Offshorewindparks in diesem Land. Und da müssen wir nicht nur über das Thema Gewerbesteuerzahlung mit der EnBW reden, sondern auch darüber reden, wenn wir mit einem solchen Konzern zusammenarbeiten, was die in ihrem Bundesland dafür tun können, und nicht nur bei uns sozusagen die Windräder aufstellen. Genau das sind Diskussionen, die ich gern möchte. Da kommen wir dann am Ende auch voran.

Ich wünsche mir, dass wir diesen Antrag im Sozialausschuss und im Energieausschuss debattieren, und beantrage die Überweisung in diese beiden Ausschüsse. – Ich danke für die Debatte.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Danke. Den Überweisungsvorschlag haben wir zur Kenntnis genommen.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Herr Schulte von der SPD-Fraktion.

Jochen Schulte, SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Nur noch zur Klarstellung, lieber Johann-Georg Jaeger: Wir lehnen diesen Antrag nicht ab, weil es in diesem Land nur ein Steinkohlekraftwerk gibt, das vielleicht nur 150/200 Beschäftigte hat mit allem, was dazugehört,

(Zuruf aus dem Plenum: Oder weil er von den GRÜNEN kommt.)

sondern weil in diesem Land die Arbeit der Landesregierung und der sie tragenden Koalitionsfraktionen ohnehin darin besteht, dass dafür, was mit diesem Antrag verfolgt wird, nämlich tatsächlich erneuerbare Energien zu stärken, bundesweit, dadurch natürlich auch Emissionen aus alten fossilen Kraftwerken zu reduzieren und gegen null zu bringen, also ohnehin alles getan wird. Ich dachte eigentlich, dass ich das deutlich gemacht hätte mit dem Verweis auf das Thema "Wismarer Appell" der norddeutschen Regierungschefs, weil das geht genau in die Richtung. Wir wollen erneuerbare Energien auch deswegen, weil wir Emissionsreduzierung wollen. Das ist ein Teil des Gesamten.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Aber irgendwann müssen wir aus der Kohle raus. Und der Koalitionspartner, die CDU, hat gerade gesagt, das geht nicht.)

Und der zweite Punkt, lieber Johann-Georg Jaeger, was ich gesagt habe wegen der Bundesratsmehrheiten: Wenn wir es in unseren eigenen Bundesländern – und da muss sich die SPD auch am eigenen Schopf packen, das ist also nicht nur Kritik in eure Richtung, sondern durchaus Selbstkritik an die SPD –, wenn wir es mit den Mitteln nicht schaffen, dass die eigenen Parteien in den jeweiligen Bundesländern diese Anträge durchkriegen,

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Was machst du auf dem nächsten Bundesparteitag der SPD?)

dann ist das genau das, was ich in der Vergangenheit schon gemacht habe, nämlich, dass die Kolleginnen und Kollegen aus Nordrhein-Westfalen, aus dem Saarland, aus Baden-Württemberg von mir zu hören bekommen, dass Energiewende nicht darin bestehen kann, dass wir hier oben nur Strom produzieren aus Windkraft, sondern dass sie auch darin besteht, dass sie ihre Stein- und

Braunkohlekraftwerke abschalten müssen, und zwar genau so, wie du das eben angedeutet hast, nämlich so, dass man die Arbeitsplätze dann sozial verträglich abbaut. Das sollte auch nicht die Frage sein.

Bloß ich möchte es hier nicht stehenlassen, dass der Eindruck entsteht, wir würden uns zurücklehnen, weil wir im Bundesrat keine Mehrheit kriegen. Wir lehnen diesen Antrag ab, weil das, was ihr fordert, von dieser Landesregierung getan wird, um das mal ganz deutlich zu sagen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Burkhard Lenz, CDU)

## Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Während der Debatte ist die Überweisung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/5213 beantragt worden, und zwar federführend an den Wirtschaftsausschuss und mitberatend an den Sozial- und Energieausschuss. Wer dem Überweisungsvorschlag zuzustimmen wünscht, die oder den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Die Stimmenthaltungen? – Danke. Zugestimmt haben die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion DIE LINKE, dagegen stimmten die Fraktionen der SPD und CDU und es enthielt sich die Fraktion der NPD. Damit ist der Überweisungsvorschlag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/5213. Wer dem zuzustimmen wünscht, die oder den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe bitte. – Danke. Und die Stimmenthaltungen? – Danke. Zugestimmt haben die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dagegen stimmten die Fraktionen der SPD und CDU, es enthielt sich die Fraktion der NPD. Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/5213 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 27**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Dem Treiben der parteinahen Sechs einen Riegel vorschieben – staatliche Finanzierung der parteinahen Stiftungen unverzüglich beenden!, Drucksache 6/5211.

Antrag der Fraktion der NPD
Dem Treiben der parteinahen Sechs einen
Riegel vorschieben – staatliche Finanzierung
der parteinahen Stiftungen unverzüglich beenden!
– Drucksache 6/5211 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs von der Fraktion der NPD.

**Udo Pastörs**, NPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Auch in den letzten Monaten reißt die Kritik an den sogenannten etablierten Parteien nicht ab.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach was!)

Politikverdrossenheit – man traut den etablierten Parteien regelrecht nicht mehr über den Weg.

(Thomas Krüger, SPD: Der NPD. – Peter Ritter, DIE LINKE: 1,6 bei der letzten Umfrage, oder wie viel hatte die NPD?)

Die Wahlbeteiligung in den letzten Tagen hat eindringlich gezeigt, dass die meisten abgeschlossen haben mit Ihrem Parteiensystem.

(Thomas Krüger, SPD: Und Sie fliegen aus dem letzten Landtag.)

Die Blockparteien werden wahrgenommen als Block wie zu Zeiten der DDR. Man fühlt sich gegängelt, bevormundet und ausgeplündert.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Öööh!)

In dem Zusammenhang erinnere ich an die Debatte, die wir auch in diesen Tagen in diesem sogenannten Hohen Hause geführt haben in Bezug auf die Medienlandschaft. Es verwundert dann nicht, dass die rückläufigen Zahlen von Zeitungslesern hier auf ein Echo gestoßen sind, das in der Tendenz in etwa so lautet: Ja, dann müssen wir eben aus Staatsgeldern die Tageszeitung mitfinanzieren. Daraus ergibt sich natürlich aus unserer Sicht, aus Sicht der Nationaldemokraten, eine Mitbestimmung, eine Mitbestimmung noch darüber hinaus, was jetzt schon als Einflussnahme auf die Medien stattfindet.

Wir haben neben dem Instrumentarium, was sich diese Parteien geschaffen haben, die sogenannten öffentlichrechtlichen Institutionen, durch die jeder Bürger gezwungen wird, selbst dann noch die Rundfunk- und Fernsehgebühren zu bezahlen, wenn er diese Medien ablehnt.

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das haben Sie auch noch geschafft, dass wir also praktisch gezwungen sind, die Menschen gezwungen sind, jene Lügenpresse zu finanzieren, die Sie sich nutzbar machen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Damit komme ich zum eigentlichen Thema, nämlich unseres Antrages, dass, komplementär zu dem, was ich bisher ausgeführt habe, sich auch die Parteien nach 1945 eine ganz raffinierte Konstruktion geschaffen haben,

(Thomas Krüger, SPD: Davor war es besser, oder was?!)

die sie ganz einfach Stiftungen nennen. Die Rechtskonstruktion lautet, vereinfacht dargestellt, wie folgt: Wir müssen dafür sorgen, dass organisatorisch zwischen der Naumann-Stiftung und der Partei keine Verbindung besteht. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite müssen wir aber aus formalrechtlichen Gründen eine Konstruktion und ein lebendiges Handeln schaffen, dass man diese Stiftungen auch als parteinah einstufen kann im Sinne des Grundgesetzes. Das ermöglicht nämlich dann, dass Sie zusätzlich zu den Geldern, die wir schon von den Steuerzahlern bekommen für unsere Parteiarbeit, durch das Parteienfinanzierungsgesetz, auch jenseits von jeder formalrechtlichen Rechtsprechung und Grundlage Millionen abzocken können jedes Jahr für die parteinahen Stiftungen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Da das so ist, wie ich das beschrieben habe, wehren wir uns als NPD gegen dieses Instrumentarium, mit dem

Sie nämlich bei Weitem nicht nur an der Willensbildung des Volkes teilhaben wollen, sondern Sie geradezu für eine raffinierte Manipulation der öffentlichen und veröffentlichten Meinung mit Steuermitteln sorgen. Wir haben in diesem Bereich 2005 sechs politische Stiftungen in der Bundesrepublik Deutschland. Diese haben 2005 318 Millionen Euro Steuermittel abgezockt. 318 Millionen!

(Manfred Dachner, SPD: Die haben auch gute Arbeit geleistet.)

Im Jahre 2014 haben sich Ihre Stiftungen aus dem Steuersäckel schon 466 Millionen Euro auszahlen lassen, weitestgehend ohne Kontrolle, was mit diesem Geld geschieht.

Jetzt schauen wir uns einmal an ...

(Thomas Krüger, SPD: Das ist nicht wahr, das ist eine Lüge!)

Das können Sie nachher ausführen, dass das nicht wahr ist.

(Thomas Krüger, SPD: Eine Lüge!)

und ich werde Ihnen dann antworten dürfen.

(Patrick Dahlemann, SPD: Oh!)

Ich sage Ihnen, die Höhe dieser gigantischen Summe, die per annum jetzt schon auf eine halbe Milliarde hinausläuft in den nächsten Jahren, wird festgelegt jenseits öffentlicher Debatten. Das wird regelrecht ausgekungelt und dann verteilt.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Na klar, auf dem Flohmarkt.)

Ein Blick zu den GRÜNEN sei mir erlaubt: Genau die Kritik, die ich hier übe für meine Fraktion, für meine Partei, für die Nationaldemokratische Partei Deutschlands,

(Patrick Dahlemann, SPD: An wen noch?)

genau diese Kritik kam nämlich 1992 von den GRÜNEN.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ganz sicher kam genau diese Kritik nicht von den GRÜNEN, ganz sicher nicht.)

Was ist daraus geworden, meine sehr verehrten Damen und Herren? Es ist daraus geworden, dass die GRÜNEN zwar als Straßenschläger und Polizistenverprügler begannen.

(Thomas Krüger, SPD: Das hat Ihre Partei nötig. Genau das haben Sie nötig!)

mittlerweile aber zum Kartell der Blockparteien dazugehören und schweigen und sich genauso schamlos bedienen, wie das die anderen etablierten Parteien hier in diesem sogenannten Hohen Hause auch tun.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Grundlage dieser Stiftungen ist der Artikel 5 Grundgesetz, wo es wunderbar hineinpasst, dass Sie noch so handeln können. Sie haben das dann auch möglich gemacht, weil nämlich im Artikel 21 Grundgesetz, getrennt also vom Artikel 5, verfassungsrechtlich das relativ wasserdicht gemacht worden ist und man hier die verfassungsrechtliche Stellung der Parteien bestimmt. In dieser Lücke segeln Sie und missbrauchen die Stiftungen zur Manipulation. Nicht nur der deutschen Bevölkerung in Deutschland, nein, Sie haben auch, Beispiel Russland, weltweit über 300 Dependancen errichtet, mit denen sich dann in die inneren Angelegenheiten fremder Nationen eingemischt wird. Da gibt es ab und zu noch einen Staatsmann, der nicht nur den Schneid hat, etwas zu sagen, sondern das auch zu tun, was er sagt,

(Thomas Krüger, SPD: Mein Gott, wie cool!)

nämlich Herr Putin zum Beispiel, der dann sagt: Ich schmeiß euch ganz einfach – also er hat das auch als Nest ausländischer Mächte bezeichnet, Geheimdienste et cetera pp., womit er gar nicht so falsch liegt – mit eurer intriganten Politikinitiative in Russland raus. Das hat er weitgehend getan und andere Länder auch schon.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sehen, dass die Internationalisierung und die immer moralisierender daherkommende demokratische Kultur der Bundesrepublik Deutschland auch anderen Ländern aufgenötigt werden soll, finanziert durch den Steuerzahler,

(Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD, und Martina Tegtmeier, SPD)

der gar keinen Einfluss hat auf das, was in den Stiftungen geschieht. Sehen Sie, dass es sehr berechtigt ist, dass man Ihnen diesen Goldesel für die Parteien auf Kosten des deutschen Steuerzahlers ganz einfach aus dem Stall führt! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Krüger von der SPD-Fraktion.

Thomas Krüger, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Pastörs hat hier eben seine Rede vorgetragen und ich habe den Eindruck, er hat sich von einem Sprichwort leiten lassen: "Ich lasse mir doch von der Realität nicht meine Vorurteile kaputtmachen." Ich glaube, Herr Pastörs, das war das Motto.

Aber gehen wir mal in den Antrag einzeln rein. Die Sprache, die hier gewählt worden ist, sagt ja schon viel über den Autor aus, lässt tief blicken: "Dem Treiben der parteinahen Sechs einen Riegel vorschieben". "Dem Treiben", das soll natürlich suggerieren, dass die demokratischen Stiftungen nicht rechtens arbeiten.

(Udo Pastörs, NPD: Das soll nichts suggerieren. Das ist so gemeint, wie das da steht.) Hören Sie doch einfach hier mal zu!

(Udo Pastörs, NPD: Das ist da so definiert, wie wir es sehen.)

Das soll suggerieren, dass die demokratischen Stiftungen nicht rechtens arbeiten

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

nach dem Motto: "Wer weiß, was die da treiben."

(Udo Pastörs, NPD: Richtig, das weiß man auch nicht.)

Und dann soll dem Treiben, wie sagen die braunen Herren von der Fensterfront noch, der Riegel vorgeschoben werden,

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

wieder so eine blumige Formulierung.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Schokoriegel.)

Das hört sich an, als wenn es sich hier um kriminelle Strukturen handeln würde und die Stiftungen weggesperrt werden müssten.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich gestehe den Herren von der braunen Fensterfront zu, wenn es um kriminelle Strukturen geht,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

haben Sie wahrscheinlich mehr Erfahrung als wir in den demokratischen Parteien.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Meine Damen und Herren, warum nun ein Antrag der NPD gegen die politischen Stiftungen? Das kann ich Ihnen sagen, dazu muss man sich einmal den Auftrag der Stiftungen anschauen.

(Tino Müller, NPD: Selbstbedienungsauftrag.)

Da gibt es vor allem drei Punkte, die benannt sind.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das Erste ist die politische Bildung, das Zweite die Förderung des Demokratiebewusstseins und das Dritte ist die internationale Zusammenarbeit und Verständigung.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Jede einzelne dieser Aufgaben muss für Sie eine Provokation an sich sein: politische Bildung, Demokratieförderung und internationale Verständigung.

(Michael Andrejewski, NPD: Leider sind das nur Phrasen und Werbesprüche.)

Eine der wichtigsten Aufgaben, wie gesagt, ist die politische Bildung, die allen Menschen offensteht, schließlich sind die Stiftungen ja auch gemeinnützig.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD – Michael Andrejewski, NPD: Gemein ja. – Stefan Köster, NPD: Vor allem eigennützig.)

Die Bildungsangebote kann sich jede und jeder im Internet ansehen und das für ihn oder sie Passende raussuchen. Und ja, die Bildung ist kostenfrei beziehungsweise fast kostenfrei und wird vom Staat bezahlt. Das ist auch richtig, denn wer Demokratie will, der muss Demokratie bezahlen.

Wir wollen Demokratie, deswegen stellen wir die Mittel dafür auch ein. Die NPD will offenbar keine Demokratie, deswegen will die NPD den Stiftungen, wie heißt es so schön, "einen Riegel vorschieben".

(Michael Andrejewski, NPD: Ihrer Pseudodemokratie.)

Die NPD hat etwas gegen politische Bildung und, meine Damen und Herren, das ist auch nachvollziehbar. Wer politisch gebildet ist, fällt nicht so leicht auf eine dumpfe und nationale Ideologie herein.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich bin mir sicher, Ihnen, meine Herren von der NPD, wäre es am liebsten, wenn die Menschen einem Führer hinterherlaufen. Da braucht natürlich niemand politisch gebildet zu sein. Ihnen würde es reichen, wenn die Menschen den politischen Horizont einer knienden Ameise hätten, nur das Dorf und die Nation sehen, so sind die Menschen aber nicht.

(Stefan Köster, NPD: Und diesen Horizont erreichen Sie noch nicht mal.)

Dass das so ist, ist auch den politischen Stiftungen zu verdanken, denen ich hiermit ganz herzlich und ausdrücklich für ihre Arbeit danke.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Der zweite Auftrag der Stiftungen ist die Stärkung der Demokratie. Und repräsentative Demokratie bedeutet, dass die Menschen sich entsprechend ihrer Grundüberzeugung in den Parlamenten widerspiegeln. Das hat natürlich mit einer nationalistischen Diktatur oder einem Führertum recht wenig zu tun, zumal dann, wenn die Umfragen die NPD aus dem letzten noch verbliebenen Landesparlament fliegen sehen.

(Michael Andrejewski, NPD: Das werden wir sehen.)

Sie, meine Herren von der NPD, verstehen sich als Kaltmamsell nationalsozialistischer Ideologie, Sie wollen Ihre braune Suppe anrühren und über Deutschland kippen. Da stören natürlich demokratische Stiftungen. Da stören die vielen Veranstaltungen, die Weiterbildungen und Seminare. Deshalb sind Ihnen politische Bildung und erlebte und gelebte Demokratie auch ein Graus.

Sie stützen sich hier in Ihren Aussagen auf Herrn von Arnim. Ja, es hat auch bei den Stiftungen schon Vorgänge gegeben, die nicht in Ordnung waren.

(Michael Andrejewski, NPD: Ach wirklich?! – Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Dafür gibt es aber unabhängige Kontrollen und immer auch das Damoklesschwert eines möglichen Entzuges der Gemeinnützigkeit.

> (Udo Pastörs, NPD: Jaja. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Vor diesem Hintergrund können sich die Stiftungen Verstöße gar nicht leisten. Herr von Arnim scheint seit Jahren durch Talkshows zu ziehen, um pauschal gegen Parteiendemokratie zu wettern. Er hat damit einen Markt entdeckt, der wohl gern auch nachgefragt wird. Herr von Arnim ist aber auch der, der, als es konkret und konstruktiv werden sollte, gekniffen hat. Wir hatten Herrn von Arnim hier eingeladen als Sachverständigen

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und wollten mit ihm unser Abgeordnetengesetz beraten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Wer damals nicht gekommen ist, war Herr von Arnim.

(Michael Andrejewski, NPD: Das hielt er wohl für sinnlos.)

Da hätte er konstruktiv sein müssen und nicht nur pauschale Kritik öffentlichkeitswirksam anbringen können. Ich habe den Eindruck, dass Konstruktivität nicht zu seinen Stärken gehört.

Meine Damen und Herren, die politischen Bildungsstiftungen sind rechtlich von den Parteien getrennt.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Das ist auch gut so, damit es nicht zu einer Vermischung kommt.

(Michael Andrejewski, NPD: Aber alle haben die gleichen Parteibücher.)

Dennoch ist es richtig, dass die Stiftungen jeweils einer politischen Partei nahestehen.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ein Spagat.)

Nahestehen bedeutet, dass sie an den politischen Grundüberzeugungen der jeweiligen Partei ausgerichtet sind,

(Michael Andrejewski, NPD: Das ist eine Soße.)

also die Konrad-Adenauer-Stiftung beispielsweise dem konservativ-christlichen Weltbild oder die Friedrich-Naumann-Stiftung dem Gedanken der Liberalität nahesteht, oder die Heinrich-Böll-Stiftung sich als reformpolitische Zukunftswerkstatt für GRÜNEN-Ideen und -Projekte sieht oder die Friedrich-Ebert-Stiftung sich in der Tradition der Arbeiterbewegung sieht.

(Udo Pastörs, NPD: Ho, wer lacht da?)

Die Friedrich-Ebert-Stiftung wurde beispielsweise bereits 1925 gegründet, durch Arbeitergroschen aufgebaut. Ziel war damals, und, meine Damen und Herren, das gilt auch heute noch,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Zitat: "jungen, befähigten Proletariern Beihilfen für einen Studiengang an staatlich anerkannten Institutionen zu geben", also ein Bildungsauftrag.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Da war klar, dass eine solche Stiftung den Nazis ein Dorn im Auge war. Mit der SPD wurde 1933 auch die Friedrich-Ebert-Stiftung verboten. So wie Nazis 1933 – so auch die NPD 2016.

(Michael Andrejewski, NPD: Wer will denn uns verbieten?)

Sie können es nicht ertragen, dass Menschen sich nach ihrem Weltbild in einer pluralistischen Gesellschaft frei entscheiden und weiterbilden. Die politischen Stiftungen spiegeln mit ihrer Aufteilung das demokratische Spektrum wider. Die Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, entsprechend ihren Grundüberzeugungen aus den Angeboten auswählen zu können.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, ich glaube ja, dass die NPD diesen Antrag noch aus einem anderen Grund gestellt hat. Es gibt keine der NPD nahestehende Stiftung,

(Jochen Schulte, SPD: Die sind alle stiften gegangen.)

das kann es auch nicht. Es hat nämlich bereits einmal den Versuch gegeben, den Versuch einer rechtsextremistischen Partei, eine solche Stiftung zu gründen. Das waren die Republikaner. Sie konnten aber seinerzeit mit ihrer rechtsextremistischen Grundüberzeugung das Gemeinwohl nicht nachweisen. Wie auch?

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Nationalisten sind Egoisten und Egoismus hat mit Gemeinwohl ungefähr so viel zu tun wie ein Nazi mit der Demokratie.

(Patrick Dahlemann, SPD: Das ist ein schöner Vergleich.)

Meine Damen und Herren, mein Eindruck ist, dass dieser Antrag aus Angst gespeist ist. Angst scheint ohnehin bei der NPD verbreitet.

(Tino Müller, NPD: Vor Ihnen ganz bestimmt nicht.)

Die NPD hat Angst vor politischer Bildung.

(Michael Andrejewski, NPD: Sie behaupten doch, Sie hätten Angst vor uns.)

Die NPD hat Angst vor Demokratie und Demokraten. Die NPD hat Angst vor Freiheit und freien Gedanken. Die NPD hat Angst vor Ausländern.

(Stefan Köster, NPD: Sie sind gestern zu heavy vor die Wand gelaufen.)

Die NPD hat Angst vor emanzipierten Frauen. Die NPD hat Angst vor Schwulen und Lesben.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Die NPD hat Angst vor Sinti und Roma.

(Tino Müller, NPD: Demokraten.)

Die NPD hat Angst vor anderen Kulturen. Die NPD hat Angst vor Menschen mit Behinderungen. Die NPD hat Angst vor Juden und Moslems.

(Manfred Dachner, SPD: Sie haben Angst am meisten vor sich selbst.)

Die NPD hat Angst vorm "schwarzen Mann" und die NPD hat in diesen Tagen sicher auch Angst vor der Justiz. Die NPD ist die Partei der Angst. Deshalb versucht sie, in der Gesellschaft Angst zu schüren, um mit ihrer Angst nicht allein zu sein.

Meine Damen und Herren, da wir die Angst der NPD nicht teilen, da wir keine angstgesteuerte Gesellschaft wollen, können wir diesen Antrag auch ablehnen. – Besten Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs.

**Udo Pastörs**, NPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei dem Stakkato des Oberdemokraten fiel mir ganz spontan ein Spruch von Walther von der Vogelweide ein. Hören Sie sich den mal gut an, meine sehr verehrten Damen und Herren, der passt nämlich auf Ihr Geschwafel:

(Patrick Dahlemann, SPD: Machen Sie es nicht so spannend!)

Auf den vorgezeigten Pfaden "zieht die Menge durch die Flur; den entrollten Lügenfahnen folgen alle! – Schafsnatur!"

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Und insofern ist das, was er hier losgelassen hat,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ein Reißer gewesen, Herr Pastörs.)

natürlich der Spruch eines Schäfers, der Angst hat, dass ihm die Schäferhunde in Form von Stiftungen abhandenkommen, weil dann die Masse nicht geformt wird nach Ihrem ideologischen Weltbild,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja. – Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Pluralistisch.)

sondern dass sich jenseits der übermächtigen Parteien, Institutionen die Menschen wirklich frei von Ihrer Hetze entscheiden können,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

was sie in Deutschland für richtig oder falsch halten.

Sie sind natürlich leider nur auf drei Punkte konkret eingegangen und dann haben Sie sich einer Angstpsychose ergeben.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Darauf will ich nicht näher eingehen, auf Ihre Ängste, die Sie auf die NPD projizieren. Ich möchte auf das Konkrete eingehen, was Sie denn gerade noch so hinbekommen haben.

Also die Aufgabe der Stiftungen sei originär die politische Bildung. Tatsache ist – Sie nannten hier die Friedrich-Ebert-Stiftung, da helfe ich Ihnen aufs Stöckchen –,

(Stefan Köster, NPD: Aber nicht, dass er stürzt!)

Tatsache ist, dass die Friedrich-Ebert-Stiftung mit über 400 Millionen Euro unterstützt wird. Na, wie viel gibt sie denn dann aus für die politische Bildung, für Studiengänge? Sagen Sie mir mal die Zahl, wie viel!

(Stefan Köster, NPD: Das weiß er doch nicht.)

Ich sage Ihnen, wie viel: von dieser gigantischen Summe 14 Prozent! Der Rest verschwindet in den Taschen der Kumpane Ihrer Parteienlandschaft, meine sehr verehrten Damen und Herren.

> (Stefanie Drese, SPD: Da ist sie wieder, die Angst. – Martina Tegtmeier, SPD: Das kann er ja wohl selbst nicht mehr glauben.)

Nicht selten verschwinden sogenannte verdiente Parteibonzen aus Ihren Parteigremien, weil sie nicht mehr Verwendung finden können,

(Martina Tegtmeier, SPD: Wenn Lügen wehtun würden, dann müsste der nur noch schreien. – Stefanie Drese, SPD: Er schreit doch schon. – Martina Tegtmeier, SPD: Deswegen brüllt er immer so.)

irgendwo auf top bezahlten Stellen in der Friedrich-Ebert-Stiftung, so wie in der Konrad-Adenauer-Stiftung und in den anderen als, wie wir sie nennen, "Goldesel für die Partei" auf Kosten des hart arbeitenden Steuerzahlers. Das ist ein Faktum.

Dann gucken wir mal die Allgemeinnützigkeit an. Wissen Sie, allgemeinnützig ist der, der sich selbst Verzicht auferlegt zum Vorteil der Allgemeinheit.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dann sind Sie es schon mal nicht, Herr Pastörs.)

Und wenn Sie sich allein mal die Gehälter anschauen, die gezahlt werden in den Stiftungen, die Sie für so allgemeinnützig halten, wie Sie eben hier sagten, da wird Ihnen wirklich ein "blaues Wunder" begegnen.

(Stefanie Drese, SPD: Besser als ein braunes.)

Ich hoffe, dass das vor allen Dingen die jungen Leute tun, mal reinschauen, was denn der Mann in Mecklenburg-Vorpommern im Hafen verdient und was ein kleiner Subalterner bei einer Konrad-Adenauer-Stiftung verdient, dann werden sie Ihr Lügencredo ganz klar und schnell erkennen.

(Martina Tegtmeier, SPD: Für Lügen sind Sie ja zuständig.)

Auf den dritten Punkt, den Sie anführten, möchte ich vielleicht auch noch eingehen – Demokratie. Was ist Demokratie?

(Stefanie Drese, SPD: Das dauert zu lange, das Ihnen zu erklären.)

Ist es Demokratie, wenn die deutsche Nation nicht gefragt wird, ob sie in den nächsten fünf oder sechs Jahren 3, 4, 5 Millionen Fremde aufnehmen muss, weil Sie das so wollen, weil Sie sie rufen? Ist es Demokratie, wenn man den Deutschen ein Äquivalent ihrer Leistungsfähigkeit, ohne zu fragen, abnimmt, indem man sagt, die D-Mark wird abgeschafft und wir nehmen eine Kunstwährung Euro, die zunehmend zum Abenteuer wird?

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Und die nächste Angst.)

Gerade heute Morgen hat die Europäische Zentralbank die Zinsen beziehungsweise die Bundesbank die Zinsen auf null gesetzt, weil sie nicht mehr weiter wissen, weil die Wirtschaft trotz Goldregen in Form von Papiergeld nicht anspringt und man befürchtet, dass wir in eine Rezession abgleiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Gemeinnützigkeit – davon sind Sie weit entfernt. Das merken die Menschen draußen im Lande und deswegen sagen sie, Sie leben in einer Symbiose mit einer Lügenpresse auf der einen Seite

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aus der Sie gerne zitieren.)

und in einem unglaublichen Parteienegoismus auf der anderen Seite. Deswegen gehen immer weniger Leute zur Wahl,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht mal mehr NPD, das ärgert euch ja so sehr.)

und die, die hingehen – und das fürchten Sie ja –, machen dann das Kreuzchen bei rechten Parteien. Recht so! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/5211. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/5211 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Zustimmung der Fraktion der NPD abgelehnt.

Vereinbarungsgemäß rufe ich an dieser Stelle den **Tagesordnungspunkt 17** auf: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Wirksame Maßnahmen gegen Armut und Armutsgefährdung von Kindern in Mecklenburg-Vorpommern einleiten, Drucksache 6/5206.

Antrag der Fraktion DIE LINKE Wirksame Maßnahmen gegen Armut und Armutsgefährdung von Kindern in Mecklenburg-Vorpommern einleiten – Drucksache 6/5206 – Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Bernhardt.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, wir haben heute wieder das Thema Kinderarmut auf die Tagesordnung der Landtagssitzung gesetzt. Kinderarmut ist einfach beschämend und solange Kinderarmut in Mecklenburg-Vorpommern weiter an der Tagesordnung ist, finden wir es notwendig, immer wieder auf dieses Problem hinzuweisen, sei es außerparlamentarisch oder parlamentarisch.

Über 25 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern leben in Armut, da sind wir uns zumindest schon einmal einig. Kinderarmut hat für die Kinder und Jugendlichen ganz praktische Folgen: Sie sind vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen, sei es beim Kinobesuch mit den Freunden, sei es bei dem Besuch von Musikschulen. Doch nicht nur das – Armut wirkt sich auf weitere Bereiche ihres Lebens aus: schlechtere Wohnbedingungen, kaum oder gar kein Urlaub und ungesünderes Essen. All diese Armutsfolgen spiegeln sich dann auch in der Lebenseinstellung der Kinder und Jugendlichen wider. Wie die Shell-Studie 2015 belegte, stagniert die Zuversicht in eine gute Zukunft bei Kindern und Jugendlichen aus armen Verhältnissen, das heißt ganz praktisch, sie fühlen sich abgehängt und erwarten nicht viel vom Leben.

Diese Auswirkungen, die Kinder und Jugendliche in Armut tagtäglich erleben, sehen die Landesregierung und auch Sie, meine Damen und Herren der Koalitionsfraktionen, leider nicht. Noch letztes Jahr antwortete die Landesregierung auf die Große Anfrage meiner Fraktion dazu: "In Mecklenburg-Vorpommern besteht kein erhöhtes Armutsrisiko für Kinder, was die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe betrifft." Das sind die Realitäten, meine Damen und Herren der Landesregierung. Wir meinen, die Landesregierung muss endlich aufwachen, diese Auswirkungen sehen und sowohl die Ursachen bekämpfen als auch die Auswirkungen für die von Armut betroffenen Kinder und Jugendlichen abmildern und bestmöglich beseitigen.

Dazu gehört aus unserer Sicht zunächst eine eigene Landesstatistik. Diese sollte sich mit den jeweiligen Besonderheiten der Regionen und mit den einzelnen Risikogruppen beschäftigen. Sie werden mir sagen, Frau Bernhardt, da gibt es schon so viele Studien. Ja, das stimmt. Dennoch kann die Landesregierung in Kleinen Anfragen zu Kindern und Jugendlichen im Land oft keine Angaben machen, weil ihr keine Daten oder Erkenntnisse vorliegen. Dieses Manko ist endlich zu beseitigen.

Und was ich auch erlebe, ist, dass Studien oftmals infrage gestellt werden, wenn sie negativ fürs Land und seine Landesregierung ausfallen. Ich erinnere nur an das Finanzgutachten von Herrn Junkernheinrich, der feststellte, dass sich Mecklenburg-Vorpommern unterdurchschnittlich an den Kitakosten beteilige. Da das Land diese Studie nicht teilte, gab sie eine eigene Studie in Auftrag. Oder ich erinnere an die Studie der Bertelsmann Stiftung zur Qualität in der Kindertagesbetreuung. Auch diese wurde von der Landesregierung angezweifelt.

(Minister Harry Glawe: Berechtigt.)

Auch bei der dem Antrag zugrunde liegenden Studie der Hans-Böckler-Stiftung wird es mal so und mal so gehandhabt, je nachdem, wie sie ausfällt. Als wir diese Studie beispielsweise in der Aussprache im Januar 2014 hier im Landtag behandelten, stellte die Sozialministerin diese Studie noch infrage. 2016, als sie dann positiv für das Land ausfiel – die Quote hat sich verbessert –, höre ich nichts mehr von einem Infragestellen.

Deshalb ist unsere Forderung berechtigt: Erstellen Sie eine eigene Studie! Die Zahlen wären dann endlich belastbar und zudem könnte eine eigene Studie die Situation in den einzelnen Regionen - ich hatte es schon angeführt – und die Besonderheiten von armutsgefährdeten Risikogruppen besser beleuchten. Denn gerade das Letzte ist ein Punkt, der beispielsweise in der Studie der Hans-Böckler-Stiftung fehlt. Diese Studie betrachtet die Kinderarmut nach Bundesländern und eben nicht nach einzelnen Risikogruppen, wie zum Beispiel die Gruppe der Alleinerziehenden. Gerade bei den Alleinerziehenden ist anzunehmen, dass die Anzahl der Kinder und Jugendlichen von Alleinerziehenden, die in Armut leben, zugenommen hat. 2014 hatten wir beispielsweise über 47.000 Alleinerziehende in Bedarfsgemeinschaften und im gleichen Zeitraum 47.000 Paarbedarfsgemeinschaften, das heißt, es leben immer noch mehr Alleinerziehende in einer Bedarfsgemeinschaft als in Paarbedarfsgemeinschaften.

Das zeigt die besondere Problematik von Alleinerziehenden: Zum einem haben sie es schwerer, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren, auch zum Teil, weil schon jetzt die Kitabetreuung nicht mehr überall abgesichert werden kann, wie ich in meinem Landkreis erfahren durfte. Und zum Zweiten müssen sie, wenn sie dann in Arbeit sind, mit einem Gehalt auskommen, was weit unter dem von Paaren liegt. Das ist ein Zustand, wo auch die Politik ansetzen muss, um Maßnahmen zu entwickeln, wie Alleinerziehende unterstützt werden können. Da hilft uns nicht der pauschale Verweis auf den Familiencoach oder auf AQuA, da geht es um eine konkrete Unterstützung gerade für diese Gruppe.

Zudem betrachtet sie auch nicht die zweite Risikogruppe: Das sind Familien mit Migrationshintergrund. In Familien mit Migrationshintergrund sind Kinder überdurchschnittlich mehr als doppelt so häufig von Armut betroffen gegenüber Familien ohne Migrationshintergrund. Zahlen, wie viele Kinder das konkret sind, liegen der Landesregierung leider auch nicht vor. Ich frage: Wie wollen Sie gezielte Maßnahmen ergreifen, die passgenau auf die Regionen abgestimmt sind, wenn die Zahlen nicht vorliegen und Sie die Situation nicht kennen?

Diese Faktoren dürfen bei der Betrachtung von Kinderarmut nicht ausgelassen werden. Sie sind besonders relevant, wenn es darum geht, Maßnahmen zur Reduzierung von Kinderarmut einzuleiten. Frau Hesse schrieb in der Pressemitteilung vom 19. Februar 2016 euphorisch, dass sie den Rückgang begrüße. Das tun wir auch. Sieben Prozent weniger Kinder und Jugendliche, die in Armut leben - das ist ein guter Trend. Was Sie aber vergessen zu sagen, ist zum einen, dass der Rückgang der Kinderarmut ein bundesweiter Trend ist und zum Zweiten, dass Mecklenburg-Vorpommern nach Bremen und Sachsen-Anhalt immer noch das Bundesland mit der höchsten Kinderarmutsquote ist. Damit besteht aus unserer Sicht weiterer Handlungsbedarf. In der Pressemitteilung von Frau Hesse sind die Gründe für den Rückgang zu lesen, ich zitiere: "Vor allem der positive Trend auf dem Arbeitsmarkt hat sich auf die Armutsgefährdung ausgewirkt." Es sei eine Bestätigung der eigenen Arbeitsmarktpolitik, genauso wie der des Bundes.

Schauen wir uns doch mal diese Begründung genauer an. Seit 2010 wächst deutschlandweit die Wirtschaft. Die Anzahl der Beschäftigten hat zugenommen. Diese Entwicklung spiegelt sich aber leider nicht in der Entwicklung der Armutsgefährdungsquote von Kindern wider. Ich möchte das an Zahlen festmachen: Im Jahr 2011 fand beispielsweise bei einem Wirtschaftswachstum von 3,7 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt gleichzeitig eine Zunahme der Armutsrisikoquote von Kindern um 2,7 Prozent statt. Auch 2012 und 2013 wuchs die Wirtschaft, dennoch stieg die Kinderarmut. Erst 2014 spiegelte sich dann das positive Wirtschaftswachstum auch bei der Kinderarmutsquote wider. Das Fazit bleibt: Trotz mehr Beschäftigung und trotz Wirtschaftswachstum haben die sozialen Gegensätze zugenommen, was sich in der Kinderarmut widerspiegelt. Es handelt sich besonders um ein Verteilungs- und sozialpolitisches Problem. Hier müsste die Landesregierung im Land und auf Bundesebene ansetzen.

Auf dem Bundeskongress - er fand im November 2015 in Hamburg statt - gab es beispielsweise eine Forderung, die wir nur unterstützen können, nämlich dass Bund und Länder in Deutschland einen gemeinsamen Aktionsplan entwickeln sollten, wie die Kinderarmut bekämpft werden kann. Ich frage: Wenn wir das Bundesland mit der dritthöchsten Kinderarmutsquote sind, warum geht dann nicht eine Initiative von uns aus? Da erwarte ich mehr als eine Lobpreisung der eigenen Arbeit. Da erwarte ich eine sachliche Auseinandersetzung. Die erfolgt anscheinend nicht. Wenn ich zum Beispiel die Antwort auf meine Kleine Anfrage lese, dass eine Ursache für die Senkung der Armutsquote 2014 die Einführung des Mindestlohnes war, dann stellt sich mir schon die Frage, wie sich der 2015 eingeführte Mindestlohn auf die Kinderarmutsquote 2014 auswirken konnte. Erst wenn uns die Zahlen aus 2015 vorliegen, werden wir wissen, wie sich auch der Mindestlohn auf die Armutsquoten auswirkt.

Zum Zweiten müssen Maßnahmen gegen Kinderarmut eingeleitet werden. Sie beziehen sich in Ihrer Pressemitteilung auf die Elternbeitragsentlastung. Das ist ein richtiger und wichtiger Punkt aus unserer Sicht. Nichtsdestotrotz steigen die Elternbeiträge in Mecklenburg-Vorpommern immer weiter an, sodass mittlerweile auch die Elternbeitragsentlastung aufgebraucht sein dürfte. Und was in diesem Zusammenhang ebenfalls zu sagen ist, ist, dass sich die Armut der Menschen in M-V auch bei der Elternbeitragsübernahme widerspiegelt. Von 2010 zu 2015 beispielsweise übernahmen die Landkreise und kreisfreien Städte mehr: von 39 Millionen Euro an Elternbeiträgen auf 51 Millionen Euro in 2015, also 12 Millionen Euro mehr. Und wer zahlt das? Die Landkreise und kreisfreien Städte.

Bei Maßnahmen verweisen Sie auch immer gern auf den Maßnahmenplan aus dem Jahr 2010. Schauen wir uns an, was da umgesetzt ist. Die Landesregierung spricht sich darin für kindgerechte SGB-II-Regelsätze aus. Seit fünf Jahren habe ich nicht vernommen, dass Sie sich auf Bundesebene dafür einsetzen. In dem Maßnahmenplan findet sich die Maßnahme, dass es alle zwei Jahre für finanzschwache Familien die Möglichkeit eines Familienurlaubes gibt. Auf welcher Grundlage dies erfolgt, ist zweifelhaft. Die Richtlinie zum Familienurlaub ist seit einem halben Jahr außer Kraft gesetzt und eine neue ist noch nicht erlassen. Wie wichtig ist Ihnen der Familienur-

laub für Kinder aus finanzschwachen Familien, wenn schon der Richtlinienerlass so lange auf sich warten lässt?

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

In dem Maßnahmenplan findet sich auch der Hinweis auf die Stiftung "Hilfen für Frauen und Familien". Wohlgemerkt handelt es sich um eine Landesstiftung. Diese Stiftung hat den Zweck, unverschuldet in Not geratenen Familien, insbesondere Alleinerziehenden und alleinstehenden Frauen, die sich in einer außergewöhnlichen Not- oder Konfliktlage befinden, schnelle Hilfen zu ermöglichen. Laut Landesrechnungshofbericht aus dem Jahr 2014 hat die Stiftung Leistungen an Hilfsbedürftige in Höhe von 800.000 Euro zurückbehalten und damit ihr Stammkapital erhöht. Insgesamt sehen Sie an diesen Beispielen, dass all die Maßnahmen ...

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Frau Bernhardt, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Jacqueline Bernhardt**, DIE LINKE: ... nichts nützen. Deshalb setzen Sie eigene Maßnahmen an! – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst die Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Frau Hesse.

Ministerin Birgit Hesse: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Jedes Kind, das in Armut lebt, ist eines zu viel. Und umgekehrt ist jedes Kind, das nicht mehr von Armut betroffen ist, ein kleiner Erfolg. Deshalb freut es mich zu sehen, dass wir in den vergangenen Jahren einige solche Erfolge erzielt haben, denn die Armutsquote bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren - Frau Bernhardt hat es bereits ausgeführt - ist zwischen 2005 und 2014 um mehr als sieben Prozentpunkte zurückgegangen. Das ist aus meiner Sicht noch kein Grund zum Jubeln, aber es ist eine Bestätigung unserer Herangehensweise. Denn ob Kinder in Armut aufwachsen oder davon bedroht sind, hängt vor allem davon ab, ob ihre Eltern eine Arbeit haben und ob diese Arbeit auskömmlich ist. Es hängt eben nicht von Statistiken ab. Hauptgrund für den Rückgang der Armutsquote bei Minderjährigen ist also die gute Entwicklung am Arbeitsmarkt und die gesunkene Zahl der Bedarfsgemeinschaften und Leistungsempfänger nach dem SGB II.

In den vergangenen zehn Jahren ist uns in Mecklenburg-Vorpommern mehr als eine Halbierung der Arbeitslosenzahl gelungen: von über 200.000 auf unter 100.000. Ich finde, das ist ein Erfolg. Hinzu kommt in der jüngeren Zeit eine stete Zunahme von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Allein im Vergleich zum Vorjahr haben wir aktuell ein Plus von 9.000 sozialversicherungspflichtigen Jobs. Auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist in diesem Zeitraum um 3,8 Prozent zurückgegangen. All unsere Anstrengungen, Menschen wieder in Arbeit zu bringen, sie wieder beschäftigungsfähig zu machen, ihre

Qualifikationen zu verbessern und aus Arbeit gute Arbeit zu machen, lohnen sich also. Dafür stehen sowohl der Wirtschaftsminister als auch ich.

An dieser Stelle, Frau Bernhardt, möchte ich kurz darauf hinweisen, dass ich sehr wohl die beiden Projekte oder Maßnahmen – es sind konkrete Maßnahmen – AQuA und Familiencoach als etwas sehr Wertvolles hier im Land empfinde. Wenn man sich das vor Ort anschaut und die Vermittlungsquoten sieht, dann erkennt man, dass beide Programme sehr erfolgreich sind. Es ist genau das, was Sie gefordert haben, nämlich konkrete, gezielte Maßnahmen, insbesondere für Alleinerziehende. Und – Sie sagten es bereits – die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns war ein weiterer Schritt in die richtige Richtung. Denn er spannt zumindest für die, die einen Vollzeitjob haben, ein Netz diesseits der Armutsgrenze.

So weit zum Status quo. Um diesen zu ermitteln, meine Damen und Herren, braucht es aus meiner Sicht keine eigene Landesstatistik. Es gibt die Erhebungen der Bundesagentur für Arbeit, die des Statistischen Landesamtes und es gibt das gemeinsame Projekt der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, das die Daten in Teilen auch regional gliedert. Es gibt also keinen Grund für die Landesregierung, hier auch noch einzusteigen, sondern aus unserer Sicht ist es deutlich ertragreicher, unsere eigene Sozialberichterstattung in Mecklenburg-Vorpommern auf bestimmte Themen zuzuschneiden, wie etwa im vergangenen Jahr auf die Situation der Pflegeberufe.

Zum Thema Kindertagesbetreuung: Ihren Feststellungen stimme ich in großen Teilen zu. Den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz hat die SPD im Bund schon vor Jahren durchgesetzt, weil die Förderung in einer Kindertagesstätte allen Kindern den Zugang zu Bildung, Teilhabe und mehr Chancengleichheit ermöglicht. Dieser Rechtsanspruch unterscheidet weder nach sozialem Status noch nach Nationalität, und das ist gut so. Maßgeblich ist allein, ob die Kinder ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort in Deutschland respektive in Mecklenburg-Vorpommern haben. Davon ist in der Regel ab einem Aufenthalt von etwa drei Monaten auszugehen. Um gerade Flüchtlingsfamilien unser System der Kindertagesförderung und den Zugang zu ihr nahezubringen, hat mein Haus vor Kurzem die Broschüre "Ein Kita-Platz für unser Kind" in mehreren Sprachen veröffentlicht.

Damit eben genau dieser Kitaplatz nicht zu einem raren Gut wird, wie es sich derzeit vor allem in den kreisfreien Städten abzeichnet, kann ich die Kommunen nur auffordern, dringend ihre Kitabedarfsplanung fortzuschreiben, was viele auch tun. Gerade weil wir den Mehrbedarf sehen, reicht die Landesregierung auch den Großteil der auf Mecklenburg-Vorpommern entfallenen frei werdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld an die Landkreise, kreisfreien Städte und Wohnsitzgemeinden weiter mit der Maßgabe, sie für eine Verbesserung in der Kindertagesförderung einzusetzen. Wie wichtig diese Verbesserungen sind, hat die Landesregierung auch dadurch unterstrichen, dass sie sich auf Bundesebene dafür eingesetzt hat, dass die einschlägigen Investitionsprogramme, die Sie auch in Ihrem Antrag ansprechen, gerade dafür zur Verfügung stehen, Betreuungsplätze zu schaffen und zu

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wie läuft die Beantragung?)

Diese ergänzen wir mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds, und wir wollen auch Mittel im Bereich der gezielten individuellen Förderung einsetzen.

Meine Damen und Herren, viele von Ihnen hier im Plenum sitzen auch in den Jugendhilfeausschüssen im Land.

(Burkhard Lenz, CDU: Herr Ritter zum Beispiel.)

Dort können Sie auch mitentscheiden, wie welche Mittel verwendet werden. Ich kann Sie nur bitten, nutzen Sie Ihren Gestaltungsspielraum! – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Anfrage der Abgeordneten Frau Gajek. (Zustimmung)

Bitte schön, Frau Gajek.

**Silke Gajek**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke, Frau Schlupp und Frau Hesse.

Ich habe eine Frage zur Umsetzung des Investitionsprogramms. Gibt es da schon erste Erkenntnisse aus den kreisfreien Städten und den Landkreisen, wie das abfließt? Können Sie dazu vielleicht Aussagen machen?

Ministerin Birgit Hesse: Also das erste Programm ist das U3-Ausbau-Programm und da läuft bereits die Beantragung. Da haben die Landkreise und kreisfreien Städte ihre Prioritätenlisten für das Programm 2015 bis 2018 erstellt, sodass wir auch zeitnah die Auszahlung machen. Die anderen Investitionsprogramme, die im Bereich ELER liegen oder bei anderen, müsste ich Ihnen zuarbeiten. Das weiß ich aus dem Stegreif nicht.

**Silke Gajek**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das wäre nett. Danke.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Gestatten Sie auch eine Nachfrage der Abgeordneten Frau Bernhardt?

Ministerin Birgit Hesse: Ja.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Frau Hesse, Sie sagten, dass die Landkreise und kreisfreien Städte aufgefordert seien, ihre Kitabedarfsplanung aufzustellen. Der Landkreis Ludwigslust-Parchim hat es gerade im November 2015 gemacht und er hat darin unter anderem das Problem des drastischen Fachkraftmangels gesehen. Wir haben als Jugendhilfeausschuss daraufhin Ihr Haus angeschrieben ...

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Frau Bernhardt, die Fragen sollen kurz sein. Ich habe jetzt schon ein bisschen Leine gelassen, aber jetzt müsste die Frage wirklich kommen!

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Wie wollen Sie das Problem des Fachkraftmangels vor Ort beseitigen? Da helfen auch die Hausaufgaben der Landkreise und kreisfreien Städte nicht. Ministerin Birgit Hesse: Das ist ein Problem, was wir gemeinsam angehen müssen, Stichwort "Fachkräftemangel". Da sind wir auch in Gesprächen. Aber ich finde es erst mal schon sehr gut, dass der Landkreis Ludwigslust-Parchim, den ich auch im Kopf hatte, die Hausaufgaben gemacht hat. Insofern müssen wir jetzt gemeinsam gucken, wie wir über die Bedarfsplanung hinaus dann tatsächlich Plätze und auch Fachkräfte vorhalten können.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Lindner.

**Detlef Lindner**, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte es gleich vorausschicken: Jedes in Armut lebende Kind ist genau eines zu viel.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Mensch! – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

dieser Grundsatz gilt auch für meine Fraktion und für mich. Unsere Kinder sind das schwächste und wertvollste Glied in unserer Gesellschaft und hierdurch besonders schützenswert.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Manche Erwachsene haben ja vor Zehnjährigen schon Schiss.)

Liebe Frau Bernhardt, Sie werfen unserer Landesregierung regelmäßig Ignoranz vor, was das Thema Armut betrifft. Glauben Sie wirklich, wir sitzen nur tatenlos rum und uns ist es egal, was mit unseren Kindern passiert? Den Wind kann ich Ihnen gleich aus den Segeln nehmen,

(Torsten Renz, CDU: Siehste!)

denn wir tun alles dafür, dass es unseren Jüngsten gut geht und sie nicht in die Armutsfalle rutschen.

(Torsten Renz, CDU: Kinderland M-V!)

Ja, es ist richtig, dass Mecklenburg-Vorpommern das zweithöchste Armutsrisiko hat. Aber es ist an dieser Stelle auch richtig, dass die Armutsquote in unserem Land gesunken ist,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

nämlich von 23,6 Prozent auf 21,3 Prozent. Und unser Land holt auf. Auch die Armutsquote bei Kindern und Jugendlichen unter 18 sank zwischen 2005 und 2014 um mehr als sieben Prozentpunkte, nachzulesen bei der Hans-Böckler-Stiftung, Januar 2016. Ich erkläre Ihnen auch noch mal, dass die CDU-Fraktion im Landtag um die verschiedenen Aspekte der Armut in M-V weiß. Denn auch wir lesen Statistiken und Armutsberichte. Natürlich ziehen wir unsere Konsequenzen aus den verschiedenen Berichten, Statistiken und Forschungen. Wohl kaum würde die Armutsquote sonst sinken.

Sie fordern eine landeseigene Statistik zur Kinderarmut und einen Sozialbericht im Turnus von zwei Jahren. Was soll uns das letztendlich bringen?

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Erkenntnisse.)

Denn wir alle wissen, dass Kinderarmut in der Regel der Einkommensarmut der Eltern geschuldet ist. Außerdem gibt es einige Institute, die regelmäßig Statistiken und Berichte zur Armut erstellen.

Meine Damen und Herren, Kinderarmut ist nicht hinnehmbar. Deshalb unternehmen wir alle Anstrengungen, um dies zu vermeiden. Längst haben wir auf Bundesund Landesebene Lösungen entwickelt, um Kinderarmut nach und nach weiter abzusenken.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Auf Bundesebene?)

Auch auf Bundesebene, dazu komme ich jetzt.

Auf Bundesebene wurden auf Basis der Hartz-IV-Neuberechnung kinderspezifische Bedarfe ermittelt. Es gibt keine prozentuale Abteilung des Kinderbedarfs vom Erwachsenenbedarf mehr, denn der Regelsatz für Kinder wurde neu berechnet. Die Regelleistungen werden zukünftig jedes Jahr auf der Grundlage der Preis- und Lohnentwicklung angepasst.

(Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein entscheidender Schritt gegen Kinderarmut.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jaja, Kindergrundsicherung.)

Weiter wurde das Kindergeld sowohl für das letzte als auch für dieses Jahr angehoben. Für das erste und zweite Kind gibt es seit 2014 184 Euro,

> (Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber nicht für alle, ne?)

ab 2015 188 Euro und ab 2016 190 Euro. Der Kinderzuschlag für Geringverdiener soll Mitte 2016 um 20 Prozent auf maximal 160 Euro steigen. Damit steht den Eltern mehr Geld für den Nachwuchs zur Verfügung.

Ein sehr hilfreiches Programm ist in diesem Zusammenhang das Bildungs- und Teilhabepaket.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Na ja.)

Insbesondere Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe oder Sozialgeld erhalten oder deren Eltern den Kinderzuschlag oder Wohngeld beziehen, haben grundsätzlich einen Rechtsanspruch auf Bildungs- und Teilhabeleistungen. Eine Integration in das gesellschaftliche Leben ist so gegeben und Kindern aus ärmlichen Verhältnissen wird der Zugang zu Bildung und die Chance auf einen höheren Abschluss gewährt.

Meine Damen und Herren, gute Arbeitsbedingungen und gute Bildung, beides ist sehr wichtig, um Kinderarmut zu vermeiden. Wir als CDU-Fraktion sind sehr bestrebt, den Arbeitsmarkt in M-V zu verbessern und Arbeitsplätze zu schaffen. Die Zahl der Arbeitslosen ist stark gesunken. Seit der Wiedervereinigung ...

(Zuruf von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich doch ...

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

Die Zahl der Arbeitslosen ist gesunken. Seit der Wiedervereinigung gab es im Januar erstmals weniger als 100.000 Arbeitslose. Und jetzt kommts, Frau Gajek: Parallel dazu wächst die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: In welchem Segment?)

Auch unsere Langzeitarbeitslosen profitieren von der positiven Lage auf dem Arbeitsmarkt.

Damit die Eltern ihrem Beruf nachgehen können, ist die Betreuung der Kinder wichtig und in unserem Land überdurchschnittlich gut. Wir können eine flächendeckende Kinderbetreuung sicherstellen, die an hohe Qualitätsstandards gekoppelt ist. Familien oder Alleinerziehende in Schichtarbeit werden mit 24-Stunden-Kitas unterstützt.

An dieser Stelle, liebe Frau Bernhardt, sei noch eine Anmerkung gestattet: Ihr Parteifreund, Senator Bockhahn, blockiert momentan den Bau einer 24-Stunden-Kita in Rostock. Auch dieses würde helfen.

(Tilo Gundlack, SPD: Das ist ein Skandal!)

Durch die Novellierung des KiföGs wurde ein richtiger Schritt in die richtige Richtung getan. Die Eltern werden beispielsweise im letzten Kalenderjahr unterstützt. Des Weiteren erhalten Kinder aus sozial schwachen Familien ...

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nicht im Kalenderjahr, im Vorschuljahr, nicht im Kalenderjahr.)

Ja, im Vorschuljahr, ja.

Des Weiteren erhalten Kinder aus sozial schwachen Familien ein kostenloses Mittagessen. Die frühkindliche Bildung wird in unserem Land großgeschrieben. Es wurde ein Bildungskonzept für Null- bis Zehnjährige erarbeitet. Damit sollen die Qualität der frühkindlichen Bildung und die Erziehung verbessert werden. Ziel ist es, damit dem Zusammenhang zwischen sozialer Benachteiligung und unzureichenden Bildungschancen entgegenzuwirken, denn Bildung ist der Schlüssel,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Genau.)

um Kindern in unserem Land eine Perspektive zu geben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach was!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden Ihrem Antrag

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ablehnen, ne?)

nicht folgen, denn wir brauchen eine verlässliche Politik

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach!)

gegen Armut und keine weitere Statistik,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na dann mal los!)

Handeln statt Verwalten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Genau.)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Vorwärts immer, rückwärts nimmer!)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Frau Gajek.

(Torsten Renz, CDU: Jetzt mal ein bisschen koordinierter als sonst immer.)

**Silke Gajek**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke, meine lieben Damen und Herren, für die Anregung.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Glocke der Vizepräsidentin)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Die Abgeordnete Silke Gajek stellt das Wasserglas auf dem Rednerpult ab. – Heinz Müller, SPD: Vorsicht beim Hinstellen!)

Genau, ihr passt auf.

Also ich möchte meinen Redebeitrag in zwei Punkte teilen, nämlich als Erstes geht es um die landeseigene Statistik, die gefordert wird. Das hat Frau Bernhardt, wenn ich mich richtig erinnere, das zweite/dritte Mal gemacht, also das wird immer wieder diskutiert, da brauchen wir für Mecklenburg-Vorpommern mal eine Sozialberichterstattung. DIE LINKE weiß, dass ich das eher kritisch sehe, weil ich mich frage, was damit entstehen soll. Aber ich denke, wir brauchen möglicherweise doch ein Instrument, damit wir dann die Regierung daran messen können und nicht immer wieder auf Bundesstatistiken zurückgreifen.

Es gibt ja gerade wieder zwei neue Statistiken oder Studien, das ist die eine vom Paritätischen Wohlfahrtsverband, die hier schon genannt wurde, mit dem zweithöchsten Armutsrisiko, aber auch die des Deutschen Kinderhilfswerkes, das am 28. Januar 2016 den Kinderreport vorgestellt hat. Die Ergebnisse sind eindeutig und sie sind wirklich alarmierend. Noch immer sind in Deutschland rund drei Millionen Kinder von Armut betroffen und leiden unter der Chancenungleichheit in unserem Bildungssystem. Weder die Bundesregierung noch die Landesregierung haben bisher wirksame Schritte – wir reden hier über wirksame Schritte – unternommen, um die systematische Benachteiligung und den daraus folgenden Armutskreislauf und die Risiken zu durchbrechen.

(Torsten Renz, CDU: Und trotzdem sinken die Quoten, ohne Maßnahmen einzuleiten.)

Insbesondere das Bildungs- und Teilhabepaket ist dabei ein Riesenflop.

Und, Herr Lindner, ich kann die Erfahrungen nicht so teilen, die Sie gemacht haben mit dem BuT, denn Sie diskriminieren, weil die Kinder oder die Eltern müssen immer einen Antrag stellen. Ich denke, eine fortschrittliche Familienpolitik und eine fortschrittliche Kinderpolitik dürften diese Separierung nicht vornehmen. Wir stehen dafür, Armut zu bekämpfen. Und ich weiß auch, wie schwierig es ist, auf Landesebene Armut tatsächlich zu bekämpfen.

Es wird ja immer wieder der Mindestlohn diskutiert und wir haben in den letzten Jahren eine zunehmende Zahl von Aufstockern. Herr Lindner, Sie sind mir die Antwort schuldig geblieben. Ja, wir haben mehr Menschen oder Eltern in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen. Aber wenn Frau Bernhardt hier vorträgt, die Elternbeiträge steigen, es gibt Tariferhöhungen und so weiter bei den Kindergärtnerinnen und Kindergärtnern, aber die Übernahmen in den Kommunen und Landkreisen steigen, das ist etwas, was uns, glaube ich, allen Sorge macht und wo wir perspektivisch gucken müssen. Wenn ich die Zahlen hier noch mal wiederholen darf, die betrugen 2010 39 Millionen und 2015 51 Millionen Euro.

Ich komme aus der Landeshauptstadt Schwerin und weiß, 42 Prozent aller Elternbeiträge werden von der Stadt Schwerin übernommen. Das ist etwas, wo die Stadt immer wieder den Auftrag hat, ihren Haushalt zu konsolidieren. Andererseits haben wir – und gerade in der Kitabedarfsplanung – in den vergangenen Jahren immer die Aufgabe gehabt einzusparen. Auch in dem Bereich gab es eine Haushaltskonsolidierung, einen Auftrag von 200 Euro. Es hat sich alles sehr verändert im letzten halben oder dreiviertel Jahr, aber nichtsdestotrotz sind das Punkte, die hier diskutiert werden müssen, und sie haben immer eine finanzielle Ausrichtung.

Und wenn wir an die Alleinerziehenden denken – das Programm ist noch mal genannt worden, AQuA. Es sind ja immer bestimmte Bereiche, wo man sich um Alleinerziehende, meistens sind es ja Frauen, ich sage das jetzt mal in Anführungsstrichen, kümmert. Der Bereich, der mir tatsächlich mittlerweile die meisten Sorgen macht, betrifft die, die knapp über Hartz IV sind, und die, die Aufstocker sind, die zum Teil als Bittsteller hingehen, einen harten Job haben, manche haben zwei Jobs, und trotzdem müssen die Elternbeiträge übernommen werden. Da, denke ich, brauchen wir Unterstützung vom Bund. Das kann das Land nicht allein machen. Das ist, glaube ich, uns allen klar und muss hier auch ganz deutlich gesagt werden.

Der Bund hatte ein Kitaqualitätsgesetz versprochen, das, glaube ich, bis 2017 noch mal diskutiert wird. Familienpolitik heißt für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN immer die Förderung von Kindern. Ich denke, da ist eine Aufgabe und das ist der erste Bereich.

(Der Abgeordnete Torsten Renz bittet um das Wort für eine Anfrage.)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Frau Gajek, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten ...

**Silke Gajek**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein, jetzt nicht, ich bin noch in meinem Redekonzept.

(Zurufe aus dem Plenum: Oh! – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Haben Sie eins?)

Ja, habe ich. Ich habe das im Kopf, wo andere einen Zettel haben.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Heinz Müller, SPD: Herzlichen Glückwunsch! – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Schön, dass Sie es im Kopf haben.)

Aber ich möchte noch mal auf einen zweiten Punkt zu sprechen kommen, und das sind die Fragen der Bildungspolitik. Sie werden hier immer wieder diskutiert.

(Heinz Müller, SPD: Andere haben es ja auf dem Zettel. – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Also ich möchte noch mal auf die Bildungspolitik zu sprechen kommen, weil die ja auch ein großer Bestandteil ist, nämlich die Teilhabemöglichkeiten. Ich glaube, dass hier eine große Aufgabe liegt, gerade wenn wir sagen, wir entscheiden uns für Ganztagsschulen. Wie sind die Kinder dort in der Lage zu lernen, nämlich, ich komme jetzt gar nicht auf den Bereich Inklusion, sondern welche Möglichkeiten haben sie mit dem Anspruch, der heute an Kinder gestellt wird? Und es geht doch beileibe nicht mehr um die Armut oder das Armutsrisiko, sondern Kinder sind mittlerweile zu einem Spielball geworden, wo ich mir manchmal Sorgen mache, ob die Kinder sich noch so entwickeln können unter dem ganzen Leistungsstress, den wir haben. Wir müssen uns hier im Landtag für die Teilhabemöglichkeiten einsetzen. Da gibt es unterschiedliche Modelle, da gibt es auch unterschiedliche Ansätze und ich hoffe, dass wir den Streit hier im Parlament ruhig führen können, ...

(Heinz Müller, SPD: Wir streiten ganz ruhig.)

Das ist gut, Herr Müller.

... weil es wirklich neue Ansätze gibt.

Es ist eben nicht nur die Vermittlung von Wissen notwendig, sondern die Vermittlung von sozialer Kompetenz, vielleicht auch einen Schulgarten perspektivisch an der Schule zu haben oder etwas selbst zu machen mit den Händen. Ich glaube, da haben wir einfach Aufgaben in den nächsten Jahren, wo sich Bildungspolitik, wo sich Bildung tatsächlich vor Ort verändert. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist, der Antrag geht ja sehr stark auf die Kitabetreuung ein. Frau Hesse hat dankenswerterweise zwei Punkte hier beantwortet, die natürlich immer eine Schwierigkeit darstellen, nämlich auch die, dass wir kein wirkliches Landesjugendamt haben, wo man bestimmte Sachen vielleicht besser steuern kann. Wir haben die Selbstverantwortung der örtlichen Jugendhilfeträger, die gerade in den Bereichen der Landkreise, glaube ich, noch schwieriger zu handeln sind aufgrund der Fläche und in den kreisfreien Städten, möglicherweise gerade in Schwerin aufgrund der fehlenden Mittel. Und ich denke, da gibt es einen Rechtsanspruch. Also von daher – der wird hier jetzt noch mal bekräftigt mit dem Antrag – ist es der Job der Landesregierung und der Kommunen sowie der Landkreise, diesen Rechtsanspruch aufrechtzuerhalten.

Die Frage ist aber perspektivisch und da, denke ich, können wir noch mehr Kreativität zulassen, vielleicht wird Herr Mucha darauf ja auch eingehen: Wie können wir zum Beispiel Tagespflege mehr in den Mittelpunkt brin-

gen, wie können wir zum Beispiel Kita mit Elternberatung, mit kombinierten Teams weiter voranbringen? Das sind Sachen, die wir immer wieder diskutiert haben. Ich nehme Ihren Antrag sozusagen noch mal als Hausaufgabe für die Landesregierung, aber sende auch den Auftrag an die Bundesregierung, weil nur schnacken nutzt uns nichts, wir müssen hier konkret vorankommen. Und klar, die Landesregierung macht, aber ich denke, das geht noch besser. Dazu werden wir als Opposition immer wieder beitragen.

So, jetzt bin ich gespannt.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Also ich vermute, Ihre Spannung liegt darin, dass Sie die Anfrage des Abgeordneten Renz zulassen.

Bitte schön, Herr Renz.

**Silke Gajek**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, wenn ich sie beantworten kann, dann tue ich das.

Torsten Renz. CDU: Danke. Frau Präsidentin!

Sehr geehrte Kollegin, Sie haben ausgeführt, dass seit Jahren die Anzahl der Aufstocker steigt. Ich habe folgendes Zitat von Herrn Henning Foerster:

(Peter Ritter, DIE LINKE: Haben Sie gefragt, ob Sie ihn zitieren dürfen?)

"Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes hat 2015 auch in Schwerin" ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr ...

**Torsten Renz**, CDU: ... "zur Verringerung der Zahl der Beschäftigten geführt".

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Was hat das mit der Frage zu tun? – Zurufe aus dem Plenum: Frage! Frage!)

**Silke Gajek**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ist das eine Frage?

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr ...

**Torsten Renz**, CDU: Die Zahl ging von 2.648 auf 2.399 zurück. Meine Frage ist:

(Peter Ritter, DIE LINKE: Zu spät, zu spät.)

Wie bewerten Sie die Aussage von Henning Foerster vom 18. Februar 2016?

**Silke Gajek**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich bewerte sie so, dass er für die Landeshauptstadt Schwerin gesprochen hat, und es ist immer mein Auftrag, für das Land Mecklenburg-Vorpommern zu sprechen. – Danke.

(Patrick Dahlemann, SPD: Wow!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Gestatten Sie eine ...?

(Minister Harry Glawe: Nein, jetzt ist Schluss.)

**Silke Gajek**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein. Ich war großzügig.

(allgemeine Heiterkeit)

Ach so, wir stimmen dem Antrag zu. – Ich danke für die Aufmerksamkeit und dafür, dass das eben so eine ruhige Debatte war.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also an dieser Stelle möchte ich dann mal sagen, dass ich auch großzügig war, weil es mir nicht gegeben war, Ihnen die Frage ausführlich oder in der gebotenen Art zu stellen. Von daher bitte ich doch, sich grundsätzlich an die Formalien zu halten und mich ausreden zu lassen, bevor man eine Antwort gibt.

Jetzt rufe ich auf für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Bernhardt.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Zumindest einen Fortschritt kann ich gegenüber dem Anfang der Legislaturperiode erkennen: Wir halten uns nicht mehr mit Definitionen um Kinderarmut auf, was ich heute als positiv entnommen habe, dass Sie alle das Problem der Kinderarmut anerkennen.

Nichtsdestotrotz teilen wir Ihre Meinung nicht, dass in Mecklenburg-Vorpommern bereits alles getan wird, um Kinderarmut zu bekämpfen. Ich finde, da sieht die Realität schon etwas anders aus, gerade wenn ich mir die Situation in den Kindertagesstätten anschaue. Sie loben immer wieder Ihre hohen Ausgaben, die Sie für die frühkindliche Bildung vorsehen - sowohl Frau Hesse als auch Herr Lindner haben das heute getan -, dass alles für unsere Kinder getan werde und dass frühkindliche Bildung mit das Wichtigste gegen Kinderarmut sei. Ja, das stimmt, aber was Sie vergessen zu sagen, ist, dass wir im gesamtdeutschen Vergleich unterdurchschnittlich sind, was die Qualität betrifft. Wenn ich mir beispielsweise die Fachkraft-Kind-Relation anschaue, dann ist eine individuelle Bildung der Kinder von Anfang an nicht immer möglich.

Manchmal erweckt das bei mir den Eindruck, dass Sie nicht daran interessiert sind, die Flüchtlingskinder in die Kitas zu bekommen, weil das das Problem des Erziehermangels, des Fachkraftmangels noch weiter verschärfen würde. Und da helfen mir auch die Kitabedarfsplanungen vor Ort nichts, wenn ich letztendlich auf die Landesregierung angewiesen bin, auf eine Ausbildungsplatzplanung, wobei wir aber im September 2015 noch gehört haben, dass derzeit kein Bedarf gesehen werde, diese anzupassen.

Weil wir all das noch nicht sehen, finden Sie auch unter Punkt 2 des Antrages, dass Kindern frühestmöglich der Zugang zu Kindertageseinrichtungen gewährt werden soll, damit sie dort integriert und gebildet werden und weil das mit die beste Prävention gegen Kinderarmut ist. Insbesondere finden Sie unter unserem Punkt 2 die Umsetzung der Investitionsprogramme zum Kitaausbau, dass diese schnellstmöglich vorangetrieben werden müssen. Das Investitionsprogramm 2015 bis 2018 – Sie hatten es vorhin schon angesprochen – zum Ausbau der Kitas scheitert derzeit vor Ort am Richtlinienerlass des Sozialministeriums. Die Landkreise und kreisfreien Städte stehen sozusagen in den Startlöchern, Träger fragen nach. Allein, was fehlt, ist die Richtlinie des Sozialminis-

teriums. Dabei brauchen wir die Kitaplätze vor Ort, dabei brauchen wir das Fachpersonal vor Ort.

Ich sehe einfach nicht, dass alle Mittel ausgeschöpft sind, um Kinderarmut und deren Folgen in Mecklenburg-Vorpommern zu bekämpfen. Ich hatte in meiner Einbringungsrede gesagt, dass beispielsweise auch die Maßnahmen aus dem Maßnahmenplan 2010 noch nicht vollends umgesetzt werden.

Um sozusagen meinem Kollegen Torsten Koplin auch noch ein bisschen Zeit zu lassen, möchte ich mich für Ihre Aufmerksamkeit vorerst bedanken. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Mucha.

Ralf Mucha, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man sich die Pressemitteilungen meiner geschätzten Kollegin Bernhardt zum Thema Kinderarmut allein aus den letzten zwölf Monaten einmal anschaut, dann zeigt sich dort ein relativ eindeutiges Argumentationsschema. Die Landesregierung, ersatzweise auch gern die Regierungskoalition oder Ministerin Hesse, nehmen das Thema Kinderarmut einfach nicht ernst

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja.)

und würden durch die Ablehnung der Vorschläge der LINKEN verhindern, dass alles sofort besser würde.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Nicht sofort, das habe ich nie gesagt.)

Ich werde mich davor hüten, Ihnen vorzuwerfen, das Thema nicht ernst zu nehmen, davon kann wahrlich nicht die Rede sein, aber genauso erwarte ich von einer demokratischen Fraktion, dass sie anerkennt, dass es in Sachfragen unterschiedliche Auffassungen und Problemlösungen gibt.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Das tun wir.)

Man kann im Nachgang gern bedauern, dass für die eigene Auffassung keine Mehrheit besteht, aber die Aussage, dass das Thema Kinderarmut nicht ernst genommen wird, ist einfach falsch.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Dann lesen Sie doch mal die Antwort zu der Großen Anfrage! Das lässt doch nichts anderes zu, als diesen Schluss zu ziehen.)

Frau Bernhardt, natürlich lesen wir diese Anfragen. Und wenn Sie sich hier hinstellen und argumentieren, auch gerade in Ihrem zweiten Teil zur Fachkraft-Kind-Relation – wir haben in dieser Legislaturperiode die Fachkraft-Kind-Relation herabgesenkt.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Wahnsinn! Genau, super!)

Natürlich ist mehr wünschenswert

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Eins zu eins am besten.)

und aus pädagogischer Sicht könnte ich Ihnen jetzt einen Vortrag halten, aber wir haben es gemacht.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Eine Fachkraft, ein Kind.)

Dafür erwarte ich auch ein Stück weit Anerkennung. Und wir sind auf einem guten Weg.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Haben wir damals doch gemacht. Aber das ist eben noch nicht genug.)

Dass wir Probleme im ländlichen Raum haben, Erzieherinnen, Fachkräfte zu finden, das kann ich auch nachvollziehen. Wir bilden aber genauso viele Erzieherinnen aus oder wir haben genügend Erzieherinnen in der Pipeline, um eigentlich jede Stelle – und Erzieher, entschuldige, liebe Silke – besetzen zu können, aber wir ...

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Erzählen Sie das doch mal den Landkreisen vor Ort, da fehlen sie!)

Na ja, es ist schwierig, es ist schwierig. Da muss man eben auch mal eine andere Meinung akzeptieren können. Und wenn Sie in Regierungsverantwortung sind oder du, liebe

(Tilo Gundlack, SPD: Jacqueline.)

Jacqueline – danke schön –, dann könnt ihr das ja ändern.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte an dieser Stelle gern einmal zur Diskussion stellen, ob die derartige Wortwahl der LINKEN in ihren Außendarstellungen nicht dazu beiträgt, radikale Kräfte an den Rändern der Gesellschaft zu stärken.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Was? Was ist das?)

Ist es notwendig, der Regierung regelmäßig den Willen abzusprechen, auf einem anderen Weg, als Sie ihn sich vorstellen, trotzdem für das Wohl des Landes und seiner Einwohnerinnen und Einwohner einzutreten? Für die Kräfte an den Rändern spielt es keine Rolle, wer hier die Funktion einer Regierungsfraktion übernimmt oder in der Funktion der Opposition sitzt.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Hört, hört!)

Gerade in einem Wahlkampfjahr sollte man sich dies aber mal vor Augen führen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Sie auch.)

Wir müssen sicherlich in der Sache hart miteinander ins Gericht gehen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir sehen uns am Montag wieder.)

ohne gleichzeitig gesellschaftliche Gräben aufzureißen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir sehen uns Montag wieder.)

Und nein,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Vielleicht denken Sie mal ein bisschen nach!)

und nein, lieber Peter, ich wiederhole, dies ist keine Generalkritik an den LINKEN, sondern vielmehr ein Aufruf, unser aller Handeln kritisch zu hinterfragen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Machen wir.)

Doch zurück zum eigentlichen Antrag: Kinderarmut ist ein Thema, das auch für die SPD im Land von großer Wichtigkeit ist. Und es ist gleichzeitig ein Thema, bei dem man verschiedene Dinge mitbedenken muss.

Zum Ersten, die Armut von Kindern erwächst immer aus der Armut der Eltern. Sind die Eltern erwerbslos oder nur geringfügig beschäftigt, so wirkt sich dies immer auch auf die Lebenssituation der Kinder aus.

Zum Zweiten – wir haben diese Diskussion hier im Landtag bereits mehrfach geführt – ist Armut immer relativ. Das, worüber wir meistens sprechen, ist materielle Armut. Diese ist halbwegs messbar. Aber was ist unsere beziehungsweise Ihre Bezugsgröße bei der Definition von Armut?

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Exakt. Exakt.)

Ist es das Durchschnittseinkommen, das von dem 1 Prozent der Deutschen, die allein 2008 nach Zahlen der IZA gut 14 Prozent des Gesamteinkommens in diesem Land erzielt haben, massiv nach oben verzerrt wird?

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: 60 Prozent der gesamtdeutschen Bevölkerung.)

Oder orientieren wir uns lieber am Medianeinkommen,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja.)

also einem Punkt, an dem die Hälfte der Bevölkerung mehr und die andere Hälfte weniger verdient, und das nicht von Spitzenverdienern verzerrt wird?

Sehr geehrte Kollegin Bernhardt, Sie haben mehrfach in Ihren Presseäußerungen betont, dass Sie sich an dem für Mecklenburg-Vorpommern von vornherein negativen Durchschnittseinkommen orientieren wollen. Da können wir in der Statistik nur verlieren. Und da können wir uns als Landesregierung, Regierungsfraktion oder Ministerin strecken, wie wir wollen, wir werden den Einkommensvorsprung der alten Bundesländer nicht so schnell aufholen können, sodass in der Statistik der Kinderarmut massive Sprünge zu verzeichnen wären.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Kindergrundsicherung.)

Bitte?

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Kindergrundsicherung.)

Das ist ein netter Hinweis, Silke.

Das ist das Problem mit Statistiken, sie bilden immer nur vereinfachte und zusammengefasste Bereiche der Wirklichkeit ab. Und wissen Sie was?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na?)

Wenn wir tatsächlich eine Statistik zum Thema Kinderarmut aufmachten, läge die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass wir uns auf das Medianeinkommen als Grundlage einer Armutsdefinition berufen würden,

(Heiterkeit und Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

ganz einfach deshalb, weil das ein realistischer Wert wäre. Dann aber, und auch das wäre vorprogrammiert, würde uns garantiert von der Opposition vorgeworfen werden, wir würden die Lage schönrechnen und schönreden, weil unsere Zahlen der Landesstatistik von anderen Statistiken zwangsweise abwichen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie können es ja mal auf einen Versuch ankommen lassen.)

Sie sehen also, nehmen wir ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ihr macht so eine Statistik und wir gucken die uns an. – Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Ja, lieber Peter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, das ist doch mal ein Vorschlag.)

Sie sehen also, nehmen wir Ihren Antrag an, holen wir uns nur Ärger ins Haus.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Ach deswegen!)

Eine eigene Landesstatistik hat aber auch noch andere Nachteile.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE und Udo Pastörs, NPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist ja eine ganz neue Ausrede.)

Sie fordern, dass diese als Analyseräume die Landkreise und kreisfreien Städte haben soll. Wir verfügen bereits heute über zahlreiche Daten auf dieser Ebene, die auch dazu geeignet sind, bestimmte Dimensionen von Kinderarmut zu erfassen.

(allgemeine Unruhe – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wenn wir diese Statistiken jetzt um umfassende Daten, wie Sie es nennen, erweitern, bedeutet das auf Ebene der Landkreise einen deutlichen Mehraufwand,

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

zumal ich bemängeln möchte, dass Sie im Antrag an dieser Stelle extrem schwammig bleiben. Was sind denn eigentlich "umfassende Daten"?

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Wollen Sie erfassen, wie häufig Kleidungsstücke bereits getragen wurden, oder müssen wir nicht ehrlicherweise den Zustand der Kleidung und die Marken mit erfassen? Wollen Sie erfassen, wie viele Kinder und Jugendliche eigene Fernsehgeräte besitzen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

wie alt diese Geräte sind und wie hoch der Neuwert war? Reicht es zu wissen, ob ein Kind ein Handy besitzt, oder müssen wir nicht auch das Modell und das monatliche Inklusivdatenvolumen mit erfragen?

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Wollen Sie die Ernährung von Kindern erfassen, den Vollkorn- und Bioanteil an der Gesamternährung, um Rückschlüsse auf Armut ziehen zu können oder doch eher auf Einkaufsverhalten und die Kochkünste von Eltern? Das war natürlich sehr überspitzt dargestellt,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Genau. – Zuruf aus dem Plenum: Sag bloß!)

aber das Hauptproblem der von Ihnen geforderten umfassenden Daten ist, dass relative und tatsächliche Armut zwei Paar Schuhe sind, die statistisch schwer zu fassen sind. Das Problem ist weiterhin, dass wir an die Kinder beim Thema Armut niemals getrennt von den Eltern denken können. Wir müssten also umfassende Haushaltsdaten erfassen und wir müssten, noch wichtiger, Daten schaffen, die in der Zeitfolge miteinander vergleichbar sind, um Veränderungen und Erfolge sichtbar zu machen.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Wir wären also gezwungen, um Ihren Anforderungen gerecht zu werden, personenbezogene Daten miteinander zu verknüpfen und über mehrere Jahre bis Jahrzehnte zu speichern und auszuwerten.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Seien Sie mir nicht böse, aber meine Fraktion hegt an dieser Stelle erhebliche datenschutzrechtliche Bedenken,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

dass Ihr durchaus gut gemeintes Ansinnen diese Datensammlung und Datenverarbeitung rechtfertigt.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Statistiken sind das eine, die konkrete Lebenssituation von Kindern wird man damit aber nicht direkt verbessern können, Erfolge gezielter Fördermaßnahmen immer nur unscharf messen können. Für uns als Sozialdemokraten stellt Ihr Antrag insofern in diesem Punkt keine Alternative zu unserem Ansatz dar, der beispielsweise einen Schwerpunkt bei der Förderung von Arbeitslosen auf Arbeitslose mit Kindern setzt. Für uns ist der Bereich der frühkindlichen Bildung sehr wichtig, insbesondere, dass alle Kinder gleichberechtigt Zugang hierzu erhalten. Uns ist wichtig, dass Kinder und Jugendliche trotz möglicher Defizite im Elternhaus die Möglichkeit erhalten, die Schule mit einem guten Abschluss zu verlassen, der es ihnen selbst ermöglicht, aus armutsgefährdenden Lebenslagen herauszukommen. Gerade beim letzten Punkt können wir im Land ja Fortschritte aufzeigen. Da hat sich die Zahl der Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, deutlich reduziert.

Womit wir auch schon beim zweiten Punkt angelangt wären. Lassen Sie mich kurz ketzerisch einmal nachfra-

gen, wie ich die sprachliche Ungenauigkeit in Punkt 2 Satz 1 verstehen soll: Zugang zu Kita "für alle Kinder …, damit sie schnellstmöglich integriert werden".

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Hab ich schon gesagt.)

Sehen Sie in der Tat bereits solche Verwerfungen in der Gesellschaft, dass auch für hier im Land geborene Kinder grundsätzlich ein Integrationsbedarf festgestellt werden muss?

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Sie schränken das ja nicht ein, auch wenn Sie die Kinder von Geflüchteten meinen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir haben im KiföG alle notwendigen Rahmenbedingungen festgezurrt, die es auch Kindern von Geflüchteten ermöglichen, eine Kindertageseinrichtung aufzusuchen. Sobald für die Familie ein Aufenthaltsstatus besteht, haben die Kinder auch Anrecht auf Kindertagesförderung. Das Problem, das sich daraus ergibt, ist die Anpassung der Kitabedarfsplanung auf kommunaler Ebene. Auch bei der Beratung der geflüchteten Familien ist in erster Linie die kommunale Ebene zuständig.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Und wer ist für die Ausbildungsplatzbereitstellung zuständig?)

Und auch wenn Ihr Antrag das in einem anderen Licht erscheinen lassen mag, die kommunale Ebene ist bei diesem Thema im gesamten Land sehr engagiert zugange.

Wir müssen uns allerdings eingestehen, dass viele Dinge nicht über Nacht umgesetzt werden können und einfach Zeit brauchen. Wir, die Landesebene und die kommunale Ebene, sind an diesem Punkt vielleicht nicht immer auf dem schnellsten, aber auf einem zielführenden Weg im Interesse aller Menschen in diesem Land unterwegs, unabhängig davon, wer ihre Eltern waren und wo diese bei der Geburt gelebt haben. Wir sehen folglich auch an dieser Stelle keinen Handlungsbedarf.

(Minister Harry Glawe: Die Milch wird sauer.)

Sehr geehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte der Fraktion DIE LINKE abschließend dafür danken, dass Sie das äußerst wichtige Thema Kinderarmut heute zum Thema der Landtagsdebatte gemacht haben. Trotz aller Fortschritte in den letzten Jahren gibt es in diesem Themenfeld noch viele Aufgaben zu erfüllen. Wir sind uns bewusst, dass hinter jeder Statistik, egal auf welcher Datenlage sie erstellt wird, immer auch Familien stehen, die in prekären Verhältnissen leben. Diesen konkreten Familien zu helfen, den betroffenen Kindern Zukunftschancen zu eröffnen, ist unser aller Aufgabe in der Politik.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Einfache Lösungen gibt es gleichwohl nicht.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Ihren Antrag werden wir heute ablehnen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Mucha.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster für die Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wer die Tätigkeiten der LINKEN hier im Landtag näher betrachtet, konnte diesen Antrag eigentlich nur erwarten. Wie von den Weltbürgern nicht anders zu erwarten war, wird hier der untaugliche Versuch unternommen, die weiterhin hohe Armut von beziehungsweise unter Kindern hier im Land mit der Flüchtlingsflut zu vermengen.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Geht es nach den LINKEN, soll das Land eine landeseigene Statistik zur Kinderarmut erstellen, soll das Land den Zugang zur Kindertagesbetreuung frühestmöglich sicherstellen und soll das Land beim Zugang ein besonderes Augenmerk auf die Integration von Flüchtlingsfamilien haben.

Unbestritten ist die Familie als kleinste Gemeinschaft innerhalb unseres Volkes die wichtigste Stütze des Staates und die Zukunft des Volkes. Daher müssen die Familien auch die besondere Fürsorge und Zuwendung des Staates erhalten. Kinder schenken Lebensfreude und Lebenssinn. Doch die Sorgen der Familien hier in unserer Heimat, zumindest wenn es sich um deutsche Familien handelt,

(allgemeine Unruhe)

bleiben bei den Herrschenden meist unberücksichtigt.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist totaler Blödsinn!)

Die Konzentration liegt vielmehr auf der Unterstützung von Minderheiten. Im Gegensatz zu den Bundestagsparteien streitet die NPD-Fraktion für eine familienfreundliche und kinderbejahende Atmosphäre in unserem Land. Kinderlachen muss wieder zur Selbstverständlichkeit werden und Armut unter den Kindern ein Problem der Vergangenheit sein.

Sicherlich werden etwa 200 Milliarden Euro jährlich im Bereich der Familienpolitik für insgesamt mehr als 160 Leistungen ausgegeben, davon circa 40 Milliarden Euro fürs Kindergeld, circa 20 Milliarden Euro Ehegattensplitting, was man durchaus in ein Familiensplitting umgestalten sollte, circa 27 Milliarden Euro für die Familienversicherung, was man eher aus Steuergeldern nehmen sollte, circa 16 Milliarden Euro für Kitaplätze. Aber diese riesigen Summen ändern leider nichts an der Tatsache, dass in unserem Land immer noch viele Kinder in Armut leben und schon im Kindergartenalter ein Leben der Entbehrung kennen lernen müssen.

Es ist auch richtig, dass offiziell die Armutsquote der Kinder unter 18 Jahren in Mecklenburg-Vorpommern von 34,2 Prozent im Jahr 2005 auf 26,9 Prozent im Jahr 2014 gesunken ist. Doch mit diesem hohen Prozentsatz ist Mecklenburg-Vorpommern nach wie vor das Kinderarmenhaus der Republik. Mehr als jedes vierte Kind hier in Mecklenburg-Vorpommern ist von Armut betroffen, so berichtet der NDR am 11. Januar 2016. Insgesamt leben demnach 62.000 Kinder in Mecklenburg-Vorpommern in einkommensschwachen Haushalten, nur in Bremen und Sachsen-Anhalt sind prozentual noch mehr Kinder von Armut betroffen.

Die LINKEN verkennen aber, dass die vielen Fremden hier in unserer Heimat nur Gäste auf Zeit sind. Ihre Forderung, Zitat, "Auch vor dem Hintergrund der steigenden Anzahl von Flüchtlingskindern in Mecklenburg-Vorpommern müssen die Anstrengungen zur Bekämpfung von Kinderarmut weiter verstärkt werden", Zitatende, belegt eindeutig und unverkennbar Ihre inländerfeindliche Haltung.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Das ist Unsinn!)

Verantwortlich für die immer noch große Anzahl der von Armut betroffenen Kinder sind die Rahmenbedingungen, aber auch andere Entwicklungen lassen aufhorchen und zeigen auf, wie kinderfeindlich Ihre Politik ist. Die Kitagebühren für die Eltern steigen stetig. Eine Familie mit drei Kindern – aus Sicht der Politik eigentlich eine Wunschvorstellung –, die alle Kinder in der Kindertagesstätte betreuen ließe, muss mit einem Eigenanteil von mindestens 900 Euro im Monat rechnen.

(Zuruf von David Petereit, NPD)

Es geht auch anders, wie ein Antrag der NPD-Fraktion in dieser Sitzungswoche aufzeigte. In Mecklenburg-Vorpommern wächst jedes sechste Kind in einer sogenannten Suchtfamilie auf. Etwa 54.000 Unter-18-Jährige sind in Mecklenburg-Vorpommern von derartigen Familienverhältnissen betroffen. Wer die Sucht im eigenen Elternhaus erleiden muss, ist häufig im späteren Leben ebenfalls sehr stark suchtgefährdet.

Ein weiteres Beispiel für eine unsoziale, eiskalte Politik sind die schwierigen Rahmenbedingungen für die Tafeln hier im Land. Erste Schließungen sind die Folge Ihrer Politik. In Schwerin, hier in der Landeshauptstadt, ist es mittlerweile gar so weit gekommen, dass deutsche Bürger, obwohl wir hier in Schwerin noch deutlich in der Mehrheit sind, schon schlechter behandelt werden.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: 2,5 Prozent.)

Wie beschreibt der "Norddeutsche Rundfunk" in einem Beitrag vom 8. März 2016 die Lage? Zitat: "Seit einiger Zeit kommt noch eine neue Gruppe dazu: Flüchtlinge. Und das bringt die Schweriner Tafel in Bedrängnis. Die gespendeten Lebensmittel reichen einfach nicht mehr aus,"

(Udo Pastörs, NPD: Dann müssen mehr gespendet werden.)

"die Zahl der Bedürftigen ist zu groß, deshalb hat die Tafel seit Ende November 2015 einen Annahmestopp. Manche sehen die Flüchtlinge schon als Konkurrenz:"

> (Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hetzen, das können Sie gut.)

"Durch die ganzen Flüchtlinge alleine bleibt manchmal nicht mehr viel für die Deutschen. Das habe ich gemerkt wo ich mich angemeldet habe."

Frau Gajek, das ist immer noch ein Zitat.

"Die haben mich noch gerade so aufgenommen, weil hier schon so viele Ausländer drin sind', sagt zum Beispiel eine junge Mutter. In Schwerin wird versucht das Verhältnis zu wahren: Ein Drittel Deutsche, ein Drittel Osteuropäer und ein Drittel Flüchtlinge werden versorgt." Zitatende.

Ein politisches System, in dem das eigene Volk benachteiligt wird, ist dem Untergang geweiht.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach, das ist doch so ein Quatsch!)

Ihre Sozialpolitik, Frau Gajek, ist nicht nur inländerfeindlich, sondern auch asozial. Die NPD-Fraktion lehnt den Antrag ab. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Koplin für die Fraktion DIE LINKE.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! In der Landesregierung aus SPD und CDU ist – wohl auch zur eigenen Verblüffung – die Erkenntnis gereift, dass man mit dem Thema Kinderarmut etwas anfangen kann, dann nämlich, wenn es für die Darstellung des eigenen Erfolgs tauglich ist. Schmähte man bisherige Analysen, etwa den Forschungsbericht der AWO zu Armutslagen in M-V, als lästig und nannte dessen Inhalt herabwürdigend "redundante Information", kam der Verteilungsmonitor der Böckler-Stiftung zur Kinderarmut geradezu gelegen. Freudig klaubte man hieraus einzelne Botschaften, und zwar die, die als eigener Erfolg gedeutet werden könnten.

Mit der Pressemitteilung aus dem Sozialministerium vom 19.02. wurde sogleich ausgerufen, dass, Zitat, Mecklenburg-Vorpommern im Kampf gegen Armut "Erfolge" verzeichne. Wer aber ist Mecklenburg-Vorpommern? Ist hier von einem Subjekt des Handelns die Rede oder von einem Staatsgebilde innerhalb der Bundesrepublik? Das sei als mediengerechte Rhetorik dahingestellt. Was aber ist "Erfolg" an dieser Stelle? Diesen macht die Landesregierung alleinig an einem Punkt aus, Zitat: "Die Armutsquote bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren sank zwischen 2005 und 2014 um mehr als sieben Prozentpunkte." Das stimmt, um 7,3 Prozent, um es genau zu sagen.

(Ralf Mucha, SPD: Das ist kein Erfolg?)

Das ist ein Erfolg, aber – bitte hören Sie auf meine weitere Argumentation – fatalerweise hat die mit dem Lesen der Böckler-Studie bei der Landesregierung sofortig einsetzende Euphorie den Blick dafür verstellt, dass dieser Wert einer vertiefenden Erklärung bedarf, da er sonst falsch interpretiert wird und somit zu falschen Schlussfolgerungen führen könnte. Auf diese Weise hat die Landesregierung darüber hinweggesehen, dass es sich in Mecklenburg-Vorpommern bei der gesunkenen Armutsquote um eine in der Studie der Böckler-Stiftung so bezeichnete "sprunghafte Veränderung" handelt. Die wiederum kommt zustande, wenn relativ viele Menschen

mit einem Einkommen dicht an der Armutsgrenze leben müssen. Verändert sich statistisch die bundesweite Armutsgrenze,

> (Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das ist das Problem.)

also der Wert von 60 Prozent des Durchschnittseinkommens in Deutschland, auch nur ein wenig, kommt es zu eben diesen sprunghaften Veränderungen bei der Armutsquote. Somit verkennt die Landesregierung das derartig begründbare singuläre Ereignis und blendet folglich aus, dass sich zwischen – und das ist das Interessante – 2005 und 2013, also dem erfassten Vorjahreswert, die Armutsquote mit minus 1 Prozent so gut wie gar nicht verändert hat. So etwas nenne ich einen politischen Trugschluss.

(Minister Harry Glawe: So etwas nennt man kritischen Diskurs, nicht, Herr Koplin?)

Unglücklicherweise, Herr Glawe, aber folgerichtig setzt sich dieser Trugschluss fort, denn die Landesregierung sieht eine Ursache der Entwicklung darin, dass, Zitat, die "Eltern wieder Arbeit finden".

(Minister Harry Glawe: Wir haben über Milch gesprochen.)

Eltern ist ein Wort in der Mehrzahl, und weil Sprache Denken offenbart, wird zugleich erkennbar, dass die Landesregierung Alleinerziehende mit Kind beziehungsweise Kindern wohl nicht so richtig auf dem Schirm hatte. Im Übrigen sind aktuell 90,1 Prozent der Alleinerziehenden weiblich. Aber genau auf diese Familienform ist besonders zu achten. Das größte Armutsrisiko tragen Alleinerziehende mit Kindern, auch hierzulande.

Weil - und das, Herr Köster, an Ihre Adresse - die Böckler-Stiftung das Thema "Armut in Familien" lediglich unter dem Aspekt der Zuwanderung anreißt und wir alle darauf achten müssen, dass es nicht entscheidend ist, woher ein Kind kommt, das in Armut lebt, sondern dass Kinder nicht in Armut leben sollen, ist es zwingend, sich die Erwerbsund Einkommenssituation von Alleinerziehenden in Mecklenburg-Vorpommern genauer anzusehen. So ist mit Blick auf eine aktuelle Studie der Bundesagentur festzustellen, dass sich die Zahl der Alleinerziehenden mit Kind seit 2005 - das ist ja immer der Betrachtungszeitraum - hierzulande um 5.000 Personen verringert hat. Die Zahl der Erwerbspersonen unter ihnen, die in Vollzeit tätig sind, sank im gleichen Zeitraum um 2.200. Die Zahl der in Teilzeit Beschäftigten hat sich jedoch entgegen diesem Trend auf 14.800 fast verdoppelt.

Hieraus ist zu erkennen, dass verständlicherweise Teilzeitjobs von Alleinerziehenden bevorzugt werden. Abzuleiten ist aus diesen Zahlen jedoch auch, dass viele Alleinerziehende mittlerweile mehrere Jobs ausüben, um überhaupt über die Runden zu kommen. Am Montag dieser Woche, am Rande des Deutsch-Polnischen Wirtschaftskreises in Szczecin, habe ich eine Unternehmensberaterin, Frau Rollin – Herr Dahlemann, Sie kennen sie –,

(Patrick Dahlemann, SPD: Ja.)

gefragt: Wie ist das zu erklären? Und sie sagt, sie kann das auch noch nicht abschließend erklären, aber sie kann Beispiele nennen, dass es sogar Alleinerziehende gibt, die in Vollzeit arbeiten, etwas über 451 Euro bekommen und dann noch sozusagen einen Zweitjob mit annehmen müssen, um über die Runden zu kommen. Das ist nicht hinnehmbar. Auf diese Weise wandelt sich die soziale Situation mit diesen mehreren Jobs jedoch nicht unbedingt zum Guten. Wo vorher Mangel an Einkommen herrschte, besteht jetzt zumindest die Gefahr des Mangels an gemeinsam verbrachter Zeit.

Abgesehen davon ist es dringend notwendig, den von der Böckler-Stiftung geweiteten Zeithorizont der Jahre 2005 bis 2014 in Fragen der Bewertung in Mecklenburg-Vorpommern auf die jüngste Vergangenheit zu fokussieren. Betrachten wir ausschließlich die Jahre 2013/2014, so ist festzustellen, dass die Anzahl der arbeitslosen Alleinerziehenden in Mecklenburg-Vorpommern von 8.094 auf 8.589, also um 6,1 Prozent zugenommen hat. Bei den arbeitslosen Alleinerziehenden zwischen 25 und 50 Jahren stieg diese Quote gar um 7,6 Prozent. Aber das wiederum ist nicht der Böckler-Stiftung, sondern den Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zu entnehmen.

Was sagt uns das Ganze? Die Armutslagenentwicklung von Kindern in Mecklenburg-Vorpommern, insbesondere in Alleinerziehenden-Familien, ist keine Erfolgsstory. Es wäre geradezu fahrlässig, die Situation schönzureden. Und es gibt keinen Grund, die Leistungen der Landesregierung auf diesem Gebiet abzufeiern. Vielmehr ist es geboten, sich durch eine eigenständige Armuts- und Reichtumsanalyse einen vertiefenden Blick zu verschaffen und daraus entsprechende Maßnahmen abzuleiten. Was das betrifft, so verweist die Landesregierung auf die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns und erhofft sich daraus – ich beziehe mich eben noch mal auf diese Pressemitteilung vom 19.02. – einen weiteren "Abbau des Armutsrisikos".

Auch diesbezüglich beweist die Landesregierung, dass sie die Studie der Böckler-Stiftung allenfalls oberflächlich gelesen hat. In ihr heißt es nämlich, Zitat: "Mindestlöhne beugen dem Armutsrisiko von Familien jedoch nur dann vor, wenn es beiden Elternteilen gelingt, ausreichend viele Stunden zu arbeiten. Dies kann nur unter geeigneten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gelingen." Zitatende. Mindestlöhne sind aus unserer Sicht nur eine geeignete Rahmenbedingung, wenn sie entsprechend der sozioökonomischen Entwicklung angepasst, also armutsfest sind und bleiben. Deshalb fordern wir schon seit längerer Zeit die Anhebung des Mindestlohns auf mindestens 10 Euro.

Sehr geehrte Damen und Herren, es gibt keinen Königsweg aus der Kinderarmut, aber zahlreiche Maßnahmen, um sie zu reduzieren. Da sich Kinderarmut nicht monokausal erklären lässt und auf eine Ursache reduzieren lässt, kann sie auch nur mehrdimensional bekämpft werden. Zu unterscheiden wäre nach verschiedenen Handlungsfeldern, auf denen die Maßnahmen gegen Kinderarmut ansetzen müssen. Notwendig ist demzufolge eine in sich konsistente, aber auch konstruktiv miteinander verzahnte Arbeits- und Beschäftigungs-, Bildungs-, Gesundheits-, Wohnungsbau- und Stadtentwicklungs-, Familien- und Sozialpolitik.

Um einen Aspekt in diesem Zusammenhang zu erwähnen, verweise ich, Herr Glawe, auf das Zukunftsprojekt der LINKEN: Arbeit statt Arbeitslosigkeit. Wir haben uns nämlich – in der Tat, Sie haben darauf heute verwiesen – vorgenommen, mit verschiedenen, insgesamt mindes-

tens 15 Zukunftsprojekten aufzuwarten, um ganz deutlich und ganz konkret zu sagen, was wir mit dem 4. September, mit dem Wahltag verbinden. Wir sagen, der natürliche Rückgang der Arbeitslosigkeit und eine in den letzten Jahren gesunkene Arbeitslosenquote dürfen nicht länger als Ausrede für eine nicht bedarfsgerechte und unterfinanzierte Förderpolitik herhalten.

(Udo Pastörs, NPD: Jawohl, das sagen wir auch.)

Vor allem muss endlich anerkannt werden, dass der erste Arbeitsmarkt für die von der Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Menschen nicht genügend Perspektiven bietet. DIE LINKE will daher eine an den individuellen Bedürfnissen des Einzelnen ausgerichtete Förderung. Darüber hinaus sollen diejenigen, die arbeiten wollen, aber keine Arbeit finden, wieder eine sinnvolle Beschäftigung erhalten. Diesem Ziel entsprechend untersetzen wir das mit verschiedenen Maßnahmen,

(Udo Pastörs, NPD: Das ist gut.)

zum Beispiel der Integration junger Arbeitsloser in Arbeit bei Wirtschaftsunternehmen, der Integration langzeitarbeitsloser Über-50-Jähriger in gemeinwohlorientierte Arbeit durch Nutzung von Regelinstrumenten der Arbeitsförderung, wir verbinden das mit einem Gemeindearbeiterprogramm für Langzeitarbeitslose über 55 Jahre und wir verbinden das – Kollege Foerster hat das vor einiger Zeit hier sehr deutlich und sehr prägnant herausgestellt –

(Torsten Renz, CDU: Na ja.)

zum Beispiel auch mit der Finanzierung eines Projekts Campus der Generationen, mit einer Hochschule zur Integration von langzeitarbeitslosen Akademikerinnen und Akademikern, auch eine Personengruppe, um die es hier geht.

Das ist unser konkretes Angebot. Wir kritisieren also nicht nur, weil das vorhin auch eine Rolle spielte, sondern wir sagen, wie es unter anderem gehen kann. Und wir alle sind aufgefordert – und das sehe ich zumindest für uns demokratische Fraktionen so –, im Wettstreit der Ideen darüber nachzudenken, was wir gemeinsam tun können, um Armut zu verhindern und Armut zu bekämpfen in diesem Land. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Koplin.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/5206. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/5206 bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU und der NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 29**: Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Nachtragshaushalt vorlegen – Investitionsprogramm 2020 auf den Weg bringen, auf Drucksache 6/5196.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Nachtragshaushalt vorlegen – Investitionsprogramm 2020 auf den Weg bringen – Drucksache 6/5196 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Saalfeld für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vor Ihnen liegt ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der die Landesregierung auffordert, einen Nachtragshaushalt vorzulegen. Und bevor ich zu meinen Ausführungen komme, möchte ich Ihnen auch gleich erklären, warum wir nicht selbst einen Nachtragshaushalt vorgelegt haben, wie es der Fraktionsvorsitzende der CDU kürzlich spitzfindig gefragt hat. Es geht nicht. Nach Landesverfassung Artikel 61 Absatz 3 können nicht die Fraktionen einen Haushalt vorlegen, sondern ausschließlich die Landesregierung.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Es ist schön, Herr Liskow,

(Egbert Liskow, CDU: Aber Sie klagen doch sonst alles ein vorm Verfassungsgericht.)

es ist schön, Herr Liskow, dass Sie das auch einsehen und dass Sie das wissen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich möchte es dennoch hier am Anfang noch mal klargestellt haben. Wir dürfen keinen Nachtragshaushalt und auch keinen Haushaltsentwurf vorlegen.

(Torsten Renz, CDU: Aber in der Lage wären Sie dazu, Herr Saalfeld?!)

Ja, da können wir uns gerne treffen. Wir haben da einige Pläne.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Daran liegt es nicht, aber wir dürfen es aufgrund der Verfassung nicht, und an die Verfassung halten wir uns.

(Egbert Liskow, CDU: Aber sonst klagt ihr doch auch alles vorm Verfassungsgericht ein.)

Wir haben da, glaube ich, auch ein ganz gutes Gespür, was verfassungsgemäß ist und was nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was wir brauchen, ist ein Investitionsprogramm bis zum Jahr 2020. Wir wollen 160 Millionen Euro in die Zukunft des Landes investieren, für schnelles Internet, für Schulen, für Bahn, Agrarwende, für sozialen Wohnungsbau und Theater. Das sind Schwerpunkte unseres Nachtragshaushaltes. Verstärkte Investitionen in die Zukunft des Landes sind heute möglich, ohne die Verantwortung für eine angemessene Risikovorsorge und die Tilgung von Schulden zu vernachlässigen.

Leider verfolgt diese Koalition eine sehr eindimensionale Sparpolitik. Wenn wir einen Blick auf die gegenwärtige Situation werfen, entsteht ein Bild der Gegensätze und Kontraste hier im Land. Auf der einen Seite erzielt unser Bundesland Überschüsse in dreistelliger Millionenhöhe, und das seit Jahren, die Rücklagen haben längst die Milliardengrenze deutlich überschritten, insgesamt können wir auf 1,6 Milliarden Euro zurückschauen. Das sind immerhin 20 Prozent des Haushaltsvolumens. Aber selbst wenn wir die Rücklagen abziehen, die Dritten zustehen, also wie zum Beispiel Kommunen, Hochschulen oder die Rückzahlung an den Länderfinanzausgleich, kommen wir auf die stattliche Summe von 1,1 Milliarden Euro, die das Land für alle möglichen Risiken und Eventualitäten zurücklegt.

(Ministerin Heike Polzin: Er versteht es nicht.)

Ich wiederhole noch einmal: 1,1 Milliarden Euro Rücklage, die ausschließlich dem Land gehören.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir hatten in der letzten Woche im Finanzausschuss eine sehr interessante Unterrichtung durch den Staatssekretär Bäumer, die vielleicht auch ein bisschen Licht ins Dunkel gebracht hat, denn diese Rücklagen entwickeln sich langsam zu einem sehr komplexen Schattenhaushalt.

(Egbert Liskow, CDU: Was?)

Es ist kaum noch zu durchschauen,

(Egbert Liskow, CDU: Ist doch ein kluger Mann!)

wofür eigentlich Risikorücklagen angelegt wurden.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Vielleicht für Risiken?!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Unternehmen würden natürlich auch mit den Augen rollen, denn diese Risikovorsorgen sind natürlich viel zu üppig, denn es ist sehr unwahrscheinlich, dass sich alle Risiken auf einmal, auf einen Schlag, am gleichen Tag oder im gleichen Haushaltsjahr realisieren. Ich kann aber gerne noch mal in der Aussprache auf die einzelnen Positionen eingehen.

(Egbert Liskow, CDU: Das meiste Geld gehört uns doch gar nicht.)

Meine Lieblingsrücklage, kann ich hier schon verraten, sind die Rücklagen für Sonstiges. Das gibt es nämlich auch.

(Egbert Liskow, CDU: Ja, die haben wir alle gerne.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, irgendwas ist ja immer und deswegen hat offensichtlich die Landesregierung an alles gedacht und hat für jede Eventualität eine Rücklage angelegt. Das sind meines Erachtens Summen, die offensichtlich auch der Koalition nur bedingt bekannt sind,

(Egbert Liskow, CDU: Aha!)

denn kürzlich habe ich in der "Ostsee-Zeitung" vom Fraktionsvorsitzenden der CDU gelesen, dass er auch nicht so genau wisse, was da eigentlich alles in den Rücklagen liege,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

deswegen gab es ja dann auch die Unterrichtung im Finanzausschuss.

(Torsten Renz, CDU: Haben Sie mal das Zitat da?)

Gleichzeitig also ...

(Torsten Renz, CDU: Haben Sie mal das Zitat da?)

Das kann ich Ihnen gleich liefern, das habe ich aber jetzt hier vorne nicht mitgebracht, ich dachte, Sie wissen, was Ihr Fraktionsvorsitzender so den ganzen Tag von sich gibt.

(Egbert Liskow, CDU: Ja, manchmal kommt es auch auf die Wortwahl an.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, während es also diese gigantischen Rücklagen gibt und diese Überschüsse in dreistelliger Millionenhöhe erwirtschaftet werden, müssen wir eben gleichzeitig ansehen, wie sich die finanzielle Situation unserer Kommunen weiter verschärft und wie die öffentliche Infrastruktur auf Verschleiß gefahren wird.

Bevor Sie mir jetzt hier wieder unterstellen, dass ich ein Bild zeichnen würde, das mit der Realität nichts zu tun habe: Das ist keine Feststellung von mir, das ist keine Feststellung von den GRÜNEN, sondern vom Landesrechnungshof.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wir unterstellen nichts. Wir stellen nur fest.)

Gerade in seinem jüngsten Bericht hat der Rechnungshof wieder einmal auf die Folgen einer blinden Sparpolitik aufmerksam gemacht. Die Prüfer mussten einen Investitionsstau von mindestens 130 Millionen Euro bei kommunalen Hochbauten bis zum Jahr 2022 im Land feststellen und dabei waren in der Prüfung noch nicht einmal alle Kommunen einbezogen. Wer das für eine Ausnahme hält, der sei auf vergleichbare Prüfungen bei der Straßenunterhaltung verwiesen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Bild ist immer das gleiche, die öffentliche Hand investiert derzeit zu wenig, es kommt zu einem Substanzverlust.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Das wird nicht nur vom Landesrechnungshof so gesehen, sondern auch vom Bundeswirtschaftsminister Gabriel oder von der KfW gibt es diverse Betrachtungen und Gutachten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für uns GRÜNE muss sich Haushaltspolitik an einer nachhaltigen Entwicklung orientieren. Das ist doch völlig unstrittig, dass Haushaltspolitik in einem vielfältigen Spannungsverhältnis steckt zwischen der Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben, zwischen Risiken und unvorhergesehenen Ereignissen, zwischen den Anforderungen, die wir heute an unser Gemeinwesen stellen und den Anforderungen, die wir zukünftig an unser Gemeinwesen stellen werden. Die Haushaltspolitik von heute trägt die Verantwortung für morgen. Diese Verantwortung ist aber nicht eindimensional und heißt eben nicht nur blindes Sparen. Wir müssen gleichzeitig in strategische Zukunftsbereiche investieren.

(Egbert Liskow, CDU: Wir machen kein blindes Sparen. Wir haben 10 Milliarden Schulden.) Diese Seite der Haushaltspolitik lässt die Koalition leider unter den Tisch fallen, und das, obwohl die Voraussetzungen selten besser waren in diesem Land als heute.

Und ich muss noch mal mit dem Mythos aufräumen, dass diese Haushaltsüberschüsse Ergebnis dieser hervorragenden Haushaltspolitik und der großen Sparsamkeit dieser Landesregierung seien. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir befinden uns bundesweit in einem Wirtschaftsaufschwung und infolgedessen gehen natürlich auch die Steuereinnahmen hoch. Das hat nichts mit sparsamer Haushaltspolitik zu tun, sondern wir haben einfach diese zusätzlichen Haushaltseinnahmen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Egbert Liskow, CDU: Umso mehr müssen wir da vorsichtig sein, Herr Saalfeld.)

Nur deswegen müssen wir ja auch 155 Millionen Euro in den Länderfinanzausgleich zurückgeben, weil die Steuereinnahmen gestiegen sind,

(Zuruf von Ministerin Heike Polzin)

nicht weil es irgendwelche Ausgabereste im Haushalt gab, weil wir so besonders sparsam waren. Das ist nämlich nicht so relevant für den Länderfinanzausgleich, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich verstehe Sie jetzt hier gerade nicht, aber vielleicht können Sie das auch noch mal vorne am Mikrofon sagen, Herr Liskow.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Rücklagen werden durch die Landesregierung immer weiter erhöht, es wird nicht investiert, dadurch entsteht ein Wertverlust und hohe Folgekosten werden in Kauf genommen. Sie wissen, wenn das Gebäude einmal zusammengefallen ist, ist es sehr viel teurer, es wieder aufzubauen, als es sukzessiv instand zu halten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der ausgeglichene Haushalt und die schwarze Null werden damit aber auch nur zur Illusion, weil in die Zukunft Schulden oder auch Investitionen verschoben werden. Darum brauchen wir einen Nachtragshaushalt und ein Investitionsprogramm. Ich hatte eben gerade schon aus der Finanzausschusssitzung berichtet, Herr Bäumer hatte dann als Staatssekretär – so weit darf ich das ja hier von dieser Stelle aus berichten, es ist ja kein Geheimnis gesagt, Herr Saalfeld, wenn Sie damit nicht zufrieden sind, dass das in diesen Rücklagen steckt, dann fordern Sie doch einen Nachtragshaushalt. Dann habe ich gesagt, ja, da haben Sie recht. Der Antrag für einen Nachtragshaushalt war damals schon seit über einer Woche auf dem Weg zum Parlamentssekretariat. Also ich sage es mal so, so ganz abwegig ist ein Nachtragshaushalt in einer solchen Situation nicht.

(Egbert Liskow, CDU: Die Opposition darf alles fordern.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch in diesem Jahr hat das Land wieder einen Überschuss erzielt, und zwar in Höhe von 320 Millionen Euro. Eigentlich müsste man von etwa 475 Millionen sprechen. Ich komme aber gleich noch mal dazu. Ich spreche hier bewusst von

320 Millionen Euro, nicht von 220 Millionen Euro, wie es die Landesregierung tut, denn in der Darstellung der Landesregierung fällt die Abführung von 100 Millionen Euro an das Sondervermögen Konjunkturausgleichsrücklage de facto unter den Tisch. Aber selbstverständlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist doch auch diese Abführung nur aufgrund des Überschusses möglich und vorgenommen worden. In einer politisch ehrlichen Betrachtung gehören diese 100 Millionen natürlich auch zum Überschuss, und auch die 155 Millionen Euro,

(Egbert Liskow, CDU: Aber das hat doch keiner bestritten.)

die wir an den Länderfinanzausgleich zurückführen müssen, gehören in eine transparente Betrachtung bezüglich des ungeplanten Überschusses des Haushaltsjahres 2015. Deswegen landen wir bei 320

(Egbert Liskow, CDU: Knapp 500 Millionen Jahresüberschuss, das ist doch gar nicht bestritten worden.)

und wenn wir noch die Rückzahlung an den LFA berücksichtigen, landen wir eigentlich bei 475 Millionen Euro, die am Anfang der Haushaltsplanung so nicht geplant waren.

(Tilo Gundlack, SPD: Und wenn wir so weitermachen, dann sind wir bald bei 1 Milliarde.)

Ein irrer Wert, der nichts mit Sparsamkeit zu tun hat, sondern etwas mit der hervorragenden wirtschaftlichen Situation unseres Landes, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Meine Damen und Herren ...

(Egbert Liskow, CDU: Nicht unseres Landes, sondern Deutschlands.)

Ja, der ganzen Bundesrepublik, da haben Sie recht, Herr Liskow.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie geht die Landesregierung aber mit diesem Überschuss um? 100 Millionen Euro werden, wie gesagt, als eine Konjunkturvorsorge in einem Sondervermögen zusammengefasst, rund 60 Millionen Euro werden zur Tilgung herangeführt. So weit, so gut, auch das unterstützen wir, das halten wir für sinnvoll. Das ist aber eben nur die eine Hälfte des Überschusses. Die zweite Hälfte, nämlich weitere 160 Millionen Euro, sollen nach den Plänen der Finanzministerin in der Allgemeinen Ausgleichsrücklage verschwinden. Die weitere Verwendung bleibt unklar und ich rufe noch mal in Erinnerung, dass wir dort jetzt 1,1 Milliarden Euro liegen haben.

(Tilo Gundlack, SPD: Sie haben "versickern" geschrieben. – Heiterkeit und Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Selbst wenn ich von dieser Summe nachvollziehbare Vorsorge für Positionen abziehe, wie etwa die Absicherung von Bürgschaften und eine Vorsorge für Asyl, verbleiben immer noch mehr als 700 Millionen Euro als Konjunktur- und Politikvorsorge.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das halten wir für zu viel und auch der Landesrechnungshof hält das für

zu viel und empfiehlt eine maximale Vorsorge von rund 500 Millionen Euro. Deswegen sehen wir hier Spielräume für unser Land und ich bitte Sie, im Rahmen einer Nachtragshaushaltsberatung diese Spielräume zu nutzen.

(Tilo Gundlack, SPD: Nicht in dieser Legislaturperiode.)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Egbert Liskow, CDU: Lang anhaltender Applaus.)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Saalfeld.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst die Finanzministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Heike Polzin.

Ministerin Heike Polzin: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin jetzt ein bisschen unsicher: Ich habe mir ausführlich von der Ausschusssitzung berichten lassen, wo es um unseren Haushaltsabschluss 2015 ging, wo sehr ausführlich über die Rücklagenentwicklung gesprochen wurde, wo dann auch auf Nachbohren – völlig legitim – einzelner Abgeordneter immer wieder geduldig, gebetsmühlenartig die Dinge erklärt wurden, und ich stelle heute fest,

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Es hat nichts genützt. – Heiterkeit bei Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

es war nicht nur kostenlos, es war auch umsonst.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Tilo Gundlack, SPD)

Also, fange ich jetzt noch mal wieder an? Ich denke schon, zumindest, weil ich ja das Parlament insgesamt doch ernst nehmen möchte. Hier begehrt die Fraktion der Bündnisgrünen einen Nachtrag von 160,5 Millionen Euro, die wir im Überschuss ...

(Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ach, wissen Sie, jetzt wäre es irgendwie mal fair – Sie wissen ja immer so gut, wie man sich zu verhalten hat –,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Oh ja!)

wenn Sie mich mal reden ließen! Ich habe mir da oben ganz große Mühe gegeben, mich daran zu halten.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Aber Sie haben dazwischengequatscht.)

Aber längst nicht in der Lautstärke. Also ich glaube nicht, dass ich Sie irritieren konnte.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Gestört hat es trotzdem. – Zuruf von Jochen Schulte, SPD – Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU)

Das ist ja das Problem, er kann immer austeilen wie ein Holzfäller

(Heiterkeit bei Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und entgegennehmen wie Lillifee, ne?

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Das merken wir ja dann immer.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das muss mal so Hand in Hand gehen, das wäre dann schon ganz schön.

(Zurufe von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, und Udo Pastörs, NPD)

Ich bin im Moment ganz weg von meinem Manuskript, weil ich mal reagieren möchte.

(Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU: Und spontan war das. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich versuche einfach noch mal, auf das Begehren der Fraktion der Bündnisgrünen einzugehen. 160,5 Millionen aus unserem Überschuss sollen jetzt also schnurstracks in ein Investitionsprogramm gegeben werden. Da sage ich mir beim ersten Lesen: Aber hallo, was haben wir eigentlich im Doppelhaushalt gemacht

(Udo Pastörs, NPD: Aber hallo!)

mit 1,1 Milliarden, die in den Haushalten sehr gut nachzuvollziehen sind?!

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Das sind 15 Prozent unseres Gesamthaushaltes, die investiv angelegt sind. Es ist richtig, das sind EU-, Landesund Bundesprogramme kombiniert, aber unsere Investitionsquote ist eine, die ganz viele Bundesländer gerne hätten. Da kann man lange suchen, bis man noch so ein Bundesland findet. Die sind in der Regel unter 10 Prozent. Schleswig-Holstein ist jedenfalls, das habe ich im O-Ton vom Ministerpräsidenten gehört, doch ein bisschen neidisch, dass wir hier im Osten die haben.

> (Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Machen Sie mal den Vergleich zu den Ostdeutschen!)

Ist ja auch völlig,

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Machen Sie mal den Vergleich zu den Ostdeutschen!)

ist ja auch völlig legitim, denn die Solidarpaktmittel sollen vorrangig investiv eingesetzt werden.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Genau.)

Ich sage also gar nicht, dass wir hier etwas ganz Besonderes leisten, aber wir müssen uns auch nicht nachsagen lassen, dass wir unterproportional investieren, weil es einfach durch Fakten belegt ist, dass diese Aussage falsch ist. All die Themen, die hier angesprochen wurden, sind natürlich auch im Haushalt investiv bedacht. Wir haben durch die Koalitionsfraktionen sogar noch zu den Themen Städtebauförderung, Kita, Schulen in dem Zusammenhang etwas aufgelegt. Wir haben zum Thema Breitband eine Vorsorge getroffen, das waren noch einmal 70 Millionen obendrauf. Dann kann man ja wohl nicht sagen, wir hätten alle diese wichtigen Themen jetzt erst in den Blick genommen, weil Herr Saalfeld uns darauf aufmerksam gemacht hat. Das weise ich erst mal von uns.

Wir sind uns also darüber einig, dass wir keinen Nachtragshaushalt brauchten, wenn es darum geht, mit diesem Überschuss umzugehen. Da ist ja in der Landeshaushaltsordnung Paragraf 25 Absatz 2 vorgegeben: "Ein Überschuss ist insbesondere zur Verminderung des Kreditbedarfs oder zur Tilgung von Schulden zu verwenden oder einer ... Ausgleichsrücklage zuzuführen."

(Tilo Gundlack, SPD: Hört, hört!)

Also, ich glaube, wir verhalten uns im Moment nach Recht und Gesetz.

(Egbert Liskow, CDU: Die Landeshaushaltsordnung hat er nicht gelesen, nur das Gesetz.)

Ich denke, wer hier schon ein bisschen länger im Parlament ist und weiß, was sich im Laufe von zwei Jahren in einem Doppelhaushalt an Ereignissen und Eigendynamiken entwickelt – ich sage nur mal, Werftenpleite, 260 Millionen.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das kam ganz überraschend.)

da war ganz schön viel weg von der Rücklage -, das ist ...

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das war auch sehr überraschend. – Heiterkeit und Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, wir haben ein 50-Millionen-Schulpaket aufgelegt, Jahr für Jahr. Das musste alles irgendwo herkommen, und insofern teile ich Ihre Susi-Sorglos-Sicht der Welt nicht, dass so viel Vorsicht nicht angebracht ist. Ich bin mir noch nicht mal sicher, ob das, was wir jetzt haben, reicht, denn wenn wir uns die Konjunktur anschauen, ist es in der Tat so, so einen langen Aufschwung haben wir schon lange nicht mehr gehabt, im Übrigen in Mecklenburg-Vorpommern noch stärker als in anderen Ländern, sonst gäbe es diese Rückzahlung an den Länderfinanzausgleich ja nicht. Das bedeutet, dass wir Mehreinnahmen haben. Diese 500 Millionen Euro Steuermehreinnahmen sind in der Tat eine große Freude. Wer von Ihnen würde aber seinen Kopf dafür verwetten, dass das in zwei Jahren, denn bis dahin zielt ja unser Doppelhaushalt, immer noch so ist?

(Egbert Liskow, CDU: Hoffen wir. – Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Man könnte sich natürlich wieder vor das Mikro stellen, das heute behaupten und morgen nicht mehr fassbar sein, aber so leicht können wir es uns nicht machen. Wir müssen das schon verantworten, was in den nächsten Jahren hier mit dem Haushalt passiert. Das machen wir seit vielen Jahren und oftmals – so undankbar ist ja leider das Thema Finanzen – hat sich erst nach langen Jahren, nach vier, nach sechs, nach acht Jahren herausgestellt, dass man damals die richtige Entscheidung getroffen hatte. Darauf muss ich auch wieder bauen, wenn ich jemanden wie Herrn Saalfeld jetzt nicht überzeugen kann. Das habe ich im Übrigen auch nicht mehr in meinem eigenen Portfolio, ihn überzeugen zu wollen.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Oha! – Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Die Zeiten sind eigentlich auch darüber hingegangen, man lernt ja dazu,

> (Jochen Schulte, SPD: Nicht Herr Saalfeld. – Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

ich jedenfalls.

Insofern kann ich jetzt vielleicht auch mal etwas zu den Sachverhalten sagen. Was wird noch passieren? Was vermute ich? Ich stelle mich hier wirklich hin und sage Ihnen ganz offen, ich schließe nicht aus, dass wir in diesem Jahr noch mal einen Nachtragshaushalt machen müssen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Nach der Wahl ist das ja sowieso fast gute Sitte. Wenn sich da etwas Neues ergibt, ist es richtig, dass neu zusammengesetzte Parlamente noch mal drübergucken,

(Egbert Liskow, CDU: Andere Schwerpunkte setzen, neue Schwerpunkte setzen.)

aber selbst, wenn unerwartete Ereignisse kommen, steuern wir gerne nach.

Ich sage nur mal ein Wort, da hat ja gerade der Fraktionsvorsitzende der CDU beim Haushaltsergebnis 2015 schon mal drei Themen genannt, die uns im Laufe des nächsten Doppelhaushaltes ereilen: zwei Gutachten, einmal Polizei, einmal Thema KFA, und das dritte ist das Thema Breitband. Wir sind uns immer einig gewesen, so steht es im Koalitionsvertrag, alle möglichen Förderungen aus der EU, aus dem Bund wollen wir kofinanzieren. Das bedeutet, wenn man mehr kriegt, als man dachte, dann hat man auch eine höhere Kofinanzierung, und insofern wird es sicherlich gar nicht mehr lange dauern, wenn es sich im Bund so entwickelt, dass wir nachsteuern müssen.

Dann werden wir uns selbstverständlich nach Recht und Gesetz verhalten und, wenn es notwendig ist, einen Nachtragshaushalt einreichen. Wenn wir allerdings die Chance haben, weil die Summen vertretbar sind, kriegt man manches auch über VEs und den Finanzausschuss hin. Also ich denke, wir werden das Parlament rechtzeitig darüber informieren, in welcher Weise wir mit neuen Herausforderungen umgehen.

Aber eins sage ich an dieser Stelle noch mal: Ich finde, der Antrag, den die GRÜNEN hier vorgelegt haben, versucht uns nachzuweisen, dass wir auf die Themen, die Sie gerade so anreißen, vorher keinen Blick hatten. Ich sehe das nicht so, ich glaube, ich habe auch eben begründet, warum das so ist. Insofern wäre meine freundliche Werbung für die Koalitionsfraktionen, mit diesem Antrag so zu verfahren, wie es ihm gebührt. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Tilo Gundlack, SPD: Schreddern!)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Liskow für die Fraktion der CDU.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Ministerin hat schon alles gesagt.)

**Egbert Liskow**, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Saalfeld hat gerade gesagt, die Ministerin hat schon alles gesagt. Ich glaube nicht, dass sie alles gesagt hat, aber sie hat das Thema sehr umfassend umrissen und die Schwerpunkte gesetzt. Ich glaube, es bleibt für die anderen Mitglieder des Landtages, die hier noch reden wollen, noch genug Gesprächsbedarf.

Ja, ich glaube, Herr Saalfeld, wie Frau Ministerin schon gesagt hat, sollte man jetzt sagen, Saalfeld-Lillifee.

(Heiterkeit bei Dietmar Eifler, CDU)

Das, glaube ich, ist mal eine Sache, die ganz nett anzuhören war

> (Torsten Renz, CDU: Und anzusehen. – Heiterkeit bei Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und vielleicht auch anzusehen. In der Endkonsequenz können wir dankbar sein, dass der Landeshaushalt mit einem Jahresüberschuss abgeschlossen hat, und das, weil sich die Wirtschaftskraft in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern wesentlich gesteigert hat.

Wir haben ja auch schon im Finanzausschuss verhältnismäßig, wie wir gehört haben, sehr ausführlich eine Auswertung dieses Jahresüberschusses vorgenommen. Ich glaube, es war auch auf Antrag, ich weiß gar nicht, war es Ihrer Fraktion oder der Linksfraktion, dass wir in der Obleuterunde sozusagen besprochen haben, dass wir dieses im letzten Finanzausschuss machen. Die Opposition hat sich auch wirklich sehr viel Zeit genommen, alles zu hinterfragen. Das waren ja knapp ...

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist auch ein Argument, ne?)

Das ist ihr gutes Recht und genauso ist es auch ihr gutes Recht, einen Nachtragshaushalt zu fordern und ein Investitionsprogramm zu fordern.

(Zurufe von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, und Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, das muss man vielleicht als Opposition sogar machen. Die Frage ist bloß,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Hopp oder top, ja?)

die Frage ist ja bloß, mit welchen Zielen das gemacht wird und mit welcher Botschaft.

Frau Ministerin hat ja schon mal gesagt, die Botschaft, die jetzt von den GRÜNEN kommt, die besagt, im Grunde genommen haben wir die folgenden Schwerpunkte nicht bedient, wie Breitband, Kommunen oder andere. Ich möchte das einfach auch zurückweisen, weil wir gerade im Dezember des letzten Jahres den Doppelhaushalt verabschiedet haben, und ich glaube, die Koalition hat sich da sehr viel Mühe gegeben, wirklich alle Punkte so zu bearbeiten, dass die nächsten zwei Jahre vernünftig ausfinanziert sind.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Alle Direktkandidaten, die nach Geschenken für ihre Wahlkreise suchen!)

Natürlich kann man sich in den unterschiedlichsten Bereichen immer mehr Geld wünschen, da, glaube ich, könnte sich die CDU-Fraktion auch wünschen, in dem einen oder anderen Bereich mehr Geld auszugeben, aber wir haben uns in der Koalition darauf verständigt, wo wir im Doppelhaushalt die Schwerpunkte setzen und wo wir das Geld ausgeben wollen, und das haben wir entsprechend untergebracht. Jetzt bleiben 160 Millionen Euro von den Geldern übrig, die sich als Überschuss im Jahresabschluss 2015 ergeben haben, und Herr Saalfeld hat ja anerkannt, dass man 60 Millionen in die Bildung steckt. Er hat auch gesagt, die 100 Millionen in die Sonderrücklage kann man akzeptieren und die 155 Millionen, die wir an den Länderfinanzausgleich zurückzahlen, sind ebenfalls sinnvoll. Also bleiben die 160 Millionen übrig, die man höchstwahrscheinlich in ein Sonderprogramm, ein Investitionsprogramm, was er gerne haben will, verteilen kann. Wir haben,

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So unvernünftig klingt das nicht, Herr Liskow, oder?)

wir haben uns aber entschieden, diese 160 Millionen Euro wirklich in die Rücklage zu legen, weil wir eben auch noch Risiken sehen in diesem und im nächsten Jahr, aber auch in den kommenden Jahren, die auf uns zukommen können. Da ist auch der Breitbandausbau, der uns noch Geld kosten kann. Im Moment sehen wir ihn durch die Programme ausfinanziert, da muss man abwarten, was passiert. Wir müssen sehen, was bald in den Kommunalfinanzhaushalten passiert. Da gibt es ja die Studie, die jetzt in Auftrag gegeben wird. Wir haben wirklich viele Bereiche, wo man noch mal aufpassen muss, wo Geld ausgegeben wird.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aufpassen muss man überall.)

Die 500 Millionen Euro, die wir in der Rücklage haben, diese 500 Millionen, die im Moment in der Rücklage liegen – erst mal die grundsätzlichen 500 Millionen, ohne die 160 Millionen –, sollen ja dafür da sein, dass wir die Finanzierungslücke bis 2020 schließen.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das kennt aber niemand mehr, weil das Finanzministerium den Finanzausschuss nicht informiert.) Da haben wir ja ein Risiko und das Risiko ist erst mal noch da.

Sie sind ja da auch. Im Finanzausschuss wurde dieses Risiko auch noch mal als Finanzierungslücke dargestellt.

> (Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Nee, eben nicht!)

Das haben wir ja mehrmals, Herr Saalfeld, schon dargestellt, da gibt es sogar eine

(Tilo Gundlack, SPD: Übersicht.)

Ausschussinformation, wo diese noch mal

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber auf den alten Rahmendaten.)

sehr genau dargestellt worden ist. Wenn Sie die nicht haben, dann stellen wir Ihnen die gerne noch mal zur Verfügung.

> (Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Wir brauchen eine neue.)

Ich denke mal, dass man das von Ihrer Seite schon entsprechend fordern kann, wir aber der Meinung sind, in der Rücklage ist dieses Geld im Moment viel besser aufgehoben. Wir schließen nicht aus, wenn sich Bedarfe ergeben, dass man natürlich, wie die Finanzministerin schon gesagt hat, im Notfall auch noch mal einen Nachtragshaushalt machen muss. Aber im Moment sehen wir diese Notwendigkeit nicht und deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Tilo Gundlack, SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Liskow.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Rösler für die Fraktion DIE LINKE.

**Jeannine Rösler**, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Also, Herr Liskow, ich bin schon etwas verwundert,

(Egbert Liskow, CDU: Ja?)

dass Sie jetzt doch zurückrudern, denn noch Ende Dezember letzten Jahres.

(Egbert Liskow, CDU: Wir können uns vieles vorstellen, habe ich gesagt.)

da sagten Sie, dass Sie sehr viel davon halten würden, über ein entsprechendes Investitionsprogramm nachzudenken,

(Martina Tegtmeier, SPD: Hat er gemacht. – Zurufe von Tilo Gundlack, SPD, und Egbert Liskow, CDU)

und dass Sie ebenso Investitionen in den Denkmalschutz für notwendig erachten.

(Tilo Gundlack, SPD: Er meinte seins.)

Jetzt sagen Sie, Sie sehen die Bedarfe nicht. Also das ist schon ...

(Egbert Liskow, CDU: Haben Sie nicht zugehört?! Ich habe gesagt, wir können uns auch vieles vorstellen.)

Es klang aber sehr verbindlich.

Meine Damen und Herren, wie erwartet hat das Land auch in 2015 wieder einen satten Überschuss eingefahren und wie erwartet bremst die Finanzministerin die Erwartungen und erklärt gebetsmühlenartig, dass die überschüssigen Mittel für schlechte Zeiten, diverse Risiken und unerwartete Ereignisse gebraucht würden.

(Martina Tegtmeier, SPD: Eine kluge Frau baut vor.)

Frau Polzin, Sie haben in Ihrer Pressemitteilung zu Recht darauf hingewiesen – ach, da sitzt sie –

(Heiterkeit bei Tilo Gundlack, SPD, und Heike Polzin, SPD)

dass wir uns 2015 in einer konjunkturellen Hochphase befanden. Aber warum nutzen Sie dann nicht die Gunst der Stunde? Wann, wenn nicht gerade in diesen Hochphasen, kann und muss klug investiert werden? Stattdessen wird der ohnehin schon üppig gefüllte Sparstrumpf immer dicker.

Des einen Freud ist des anderen Leid. Zwar laufen die Einnahmen der Kommunen im Durchschnitt besser, das ist richtig,

(Torsten Renz, CDU: Oha! Das ist ja ein ganz wichtiger Satz gewesen.)

aber das reicht beileibe nicht, um nur annähernd finanziell auf den grünen Zweig zu kommen, und das wissen Sie auch. Denn steigen die Steuereinnahmen,

(Heiterkeit bei Heike Polzin, SPD: Warten Sie mal das Gutachten ab! – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

steigen die Steuereinnahmen, sinken zeitversetzt die Zuweisungen, und auch bei den Umlagen geht der Trend eher nach oben, sodass letztendlich bei noch so gutem Willen kein Plus herauskommt. Und so haben die Kommunen trotz augenscheinlicher Mehreinnahmen eben kein Geld übrig, um zu investieren,

(Egbert Liskow, CDU: Die investieren doch alle.)

geschweige denn, selbst Rücklagen zu bilden.

(Heike Polzin, SPD: Das sieht der Landesrechnungshof ganz anders.)

Sie sind auf die Hilfen des Landes angewiesen und verweisen zu Recht auf die Verantwortung des Landes gegenüber seinen Kommunen, auch über den Gleichmäßigkeitsgrundsatz hinaus. Während also die Rücklage des Landes weiter wächst, bröckelt es in den Kommunen an allen Ecken und Enden.

Ein Beispiel: Erst am Montag habe ich erfahren, dass die Gemeinde Malliß im Landkreis Ludwigslust-Parchim zukünftig ohne Bauausschuss arbeiten will. Die Gemeinde hat kein Geld, um auch nur irgendetwas zu unterhalten, zu bauen, zu sanieren. Der Bauausschuss ist daher entbehrlich. So kann eine Gemeindevertretung nur noch den Mangel verwalten und nicht wirklich gestalten. Da hilft es auch nicht, wenn neben der Landesregierung auch der Landesrechnungshof den Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt eine gute finanzielle Situation bescheinigt, dabei aber finanzielle Belastungen als sogenannte Sondereffekte unberücksichtigt lässt

(Torsten Renz, CDU: Sind Sie noch beim Antrag?)

und noch dazu kritisiert, dass die Gemeinden zu wenig in die eigene Infrastruktur investieren.

(Egbert Liskow, CDU: Sie können doch nicht den Rechnungshof einmal als Fürsprecher nehmen und einmal als ...)

Ja, wovon sollen sie das denn auch tun, meine Damen und Herren? Eine größere Unterstützung der Kommunen bei den erforderlichen Investitionen,

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Bla, bla, bla, bla!)

bei Instandsetzung und Modernisierung wäre da zumindest schon mal ein guter Anfang. Wie wir alle wissen, läuft der Kofinanzierungsfonds aus. Und der Run, ...

(Heinz Müller, SPD: Ah, da müssen wir noch mal drüber reden, Frau Rösler!)

Ja. da müssen wir drüber reden.

 $\dots$  der Run auf diesen Fonds war nicht ohne Grund so groß.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: War eine gute Idee von uns, dieser Fonds. – Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Torsten Renz, CDU)

Andere Instrumente können viele Kommunen eben leider aufgrund der prekären Haushaltslage derzeit nicht nutzen.

(Torsten Renz, CDU: Sprechen Sie noch zum Antrag, Frau Rösler?)

Sie allerdings, meine Damen und Herren von SPD und CDU, denken gar nicht daran,

(Torsten Renz, CDU: Es geht hier um Nachtragshaushalt.)

in diesen finanziell guten Zeiten zukunftsorientierte Impulse zu setzen. Ich sage es Ihnen, es ist niemandem mehr zu vermitteln, dass Sie immer mehr Geld auf die hohe Kante legen,

(Egbert Liskow, CDU: Wir haben 10 Milliarden Schulden!)

dass Sie immer mehr Geld auf die hohe Kante legen.

(Heike Polzin, SPD: 15 Prozent Investitionsquote, meine Güte!)

So können Sie das auch nicht den Menschen zwischen Parchim und Malchow vermitteln, die um den Erhalt der Südbahn kämpfen,

(Heike Polzin, SPD: Ja, genau. Genau.)

denn die Mecklenburgische,

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD: Ah, jetzt kommt die zukunftsträchtige Investition. – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

denn die Mecklenburgische Südbahn wäre mit jährlich etwa 600.000 Euro zu retten.

(Andreas Butzki, SPD: Das stimmt überhaupt nicht! Die Investitionen sind 30 Millionen.)

Den Menschen vor Ort erteilen Sie mit erhobener Nase eine Absage. Sie stecken lieber weitere 160 Millionen Euro in die Ausgleichsrücklage,

(Andreas Butzki, SPD: Ach nee, das ist ja nun wirklich Schwachsinn!)

um für alle Risiken dieser Welt vorzusorgen.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Dieser Welt!)

Die Schieneninfrastruktur wird landesseitig seit Jahren vernachlässigt. Das ist ein völlig falsches Signal, denn gerade der Verkehr auf der Schiene ist ein wichtiges Element.

(Andreas Butzki, SPD: Alte Strecke, alte Strecke. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

um die Energiewende in Deutschland zu schaffen.

(Torsten Renz, CDU: Wie heißt das Thema?)

Investitionen, ...

Ich beziehe mich auf den Antrag der GRÜNEN, Herr Liskow, vielleicht haben Sie ihn nicht gelesen.

(Andreas Butzki, SPD: Er hat gar nicht geredet.)

... Investitionen in die Bahninfrastruktur wären zukunftsorientiert und nachhaltig

(Torsten Renz, CDU: Nachtragshaushalt!)

und diese Gelegenheit bietet sich jetzt mehr denn je: In guten Zeiten das Plus sinnvoll investieren, um davon auch in schlechten Zeiten zu profitieren.

(Torsten Renz, CDU: Ich denke, Sie stehen für solide Finanzpolitik?! Davon höre ich aber nichts.)

Meine Fraktion hat mehrfach betont, dass eine Rücklage in der Größenordnung von mehr als 1 Milliarde Euro, so, wie sie die Landesregierung vorhält, aus unserer Sicht nicht notwendig ist. Andere Bundesländer, wie etwa Brandenburg, fahren sehr gut damit, etwa 300 Millionen Euro in ihrer Rücklage als Reserve vorzuhalten. Meinetwegen können es bei uns auch 500 Millionen sein.

(Egbert Liskow, CDU: Sind doch nicht mehr.)

Gelder, die aber über diesen Betrag hinaus vom Land eingenommen werden, könnten so zukunftsorientiert und innovativ eingesetzt werden. Das wäre nachhaltiger, denn nachhaltige Finanzpolitik ist eben beides: konsolidieren und gestalten. Sie sitzen dagegen wie Dagobert Duck auf dem Geld, während die Kulturlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern vielfach finanzielle Not leidet und Theater um ihre Existenz bangen müssen.

Die im Antrag der GRÜNEN geforderte Einrichtung eines Theaterfonds zur Dynamisierung ist auch eine jahrelange Forderung meiner Fraktion. Wir haben uns in unserem Konzept zur Zukunftssicherung der Theaterund Orchesterlandschaft Mecklenburg-Vorpommern aus dem April 2012 viele Gedanken dazu gemacht und setzen uns seitdem für eine Dynamisierung der Theaterzuschüsse ein. Wir hatten im April 2012 einen Antrag dazu hier im Landtag, der eine oder andere/die eine oder andere wird sich daran erinnern. Wir haben bereits damals an die Landesregierung appelliert, die Überschüsse des Landes auch dafür zu verwenden, aber schon damals haben Sie lieber die Mehreinnahmen im Sparsäckel verschwinden lassen.

Dass dringend mehr Geld in den sozialen Wohnungsbau fließen müsste, hat meine Fraktion ebenfalls immer wieder deutlich gemacht. Unsere Anträge, alle Gelder des Bundes, die für die Wohnraumförderung an das Land gezahlt werden, auch zweckgebunden zu verwenden, werden von Ihnen, meine Damen und Herren der Koalition, immer wieder abgelehnt. Meine Kollegin Regine Lück hat auch in dieser Landtagswoche entsprechende Themen aufgeworfen. Da geht es um das studentische Wohnen oder barrierefreies Bauen, Themen, die in der Landesregierung immer wieder sträflich vernachlässigt werden.

Beim Zukunftsthema schlechthin, dem Breitbandausbau, darf sicherlich nicht gekleckert werden.

(Egbert Liskow, CDU: Wir klotzen doch schon!)

damit Mecklenburg-Vorpommern den Anschluss nicht verliert.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wir klotzen doch schon?! Ich lache mich kaputt.)

Allerdings ist meiner Fraktion beim Antrag der GRÜNEN nicht ganz klar, was sie wollen.

(Heinz Müller, SPD: Aha! – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wollen Sie ein eigenes Landesprogramm auflegen, Herr Saalfeld,

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

oder soll das Geld zur Kofinanzierung vom Bundesprogramm verwendet werden?

(Heinz Müller, SPD: Alles egal, Hauptsache Geld. – Heike Polzin, SPD: Alles egal. – Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Ungeachtet dieser Ungenauigkeit im Antrag

(Torsten Renz, CDU: Sind Sie denn nun für einen Nachtragshaushalt, ja oder nein?)

ist natürlich jede Million in diesem Bereich sicherlich gut investiertes Geld.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Mann, Mann, Mann, Mann, Mann, Mann)

Mein Kollege Helmut Holter wird im Antrag meiner Fraktion dazu morgen weitere Ausführungen machen.

Meine Damen und Herren, ich kann immer wieder nur darauf aufmerksam machen, wenn Sie nicht in diesen guten Zeiten in die Zukunft des Landes investieren, werden Sie es nie tun, denn in den von Ihnen, Frau Polzin, immer wieder vorausgesagten schlechten Zeiten werden Sie es nicht können.

Wir unterstützen den Antrag der GRÜNEN

(Torsten Renz, CDU: Aha! – Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

und werden selbstredend zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Rösler.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Gundlack von der Fraktion der SPD.

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU, und Egbert Liskow, CDU)

**Tilo Gundlack**, SPD: Nein, die Opposition kommt auf den Pferden, auf den Filly-Pferden hierher geritten.

Frau Präsidentin!

(Heiterkeit bei Stefanie Drese, SPD: Was? Filly-Pferde?)

Filly-Pferde.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was? – Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU)

Filly-Pferde, da kommt die Opposition her.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD-Landtagsfraktion freut sich natürlich darüber, dass die Landesregierung einen Überschuss in Höhe von 220,5 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2015 erwirtschaften konnte. Das zeugt davon, dass solide gewirtschaftet wurde und dass auch der Landtag bereits 2013 bei der Aufstellung des Doppelhaushaltsplans 2014/15 mit Augenmaß geplant hat.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie haben die Überschüsse schon geplant?)

Von den 220,5 Millionen Euro wurden 60 Millionen getilgt. Damit konnten wir erstmals wieder unter die magische Grenze von 10 Milliarden Euro Schulden kommen,

(Egbert Liskow, CDU: Und das ist gut so.)

Schulden übrigens, die insbesondere in den 90er-Jahren angehäuft wurden.

(Egbert Liskow, CDU: Genau.)

100 Millionen Euro wurden in das Sondervermögen "Konjunkturausgleichsrücklage des Landes Mecklenburg-Vorpommern" gebucht. Das begrüßt die Antragstellerin sogar. Zur Erinnerung: Am 1. Juli 2015 hat der Landtag dieses Gesetz beschlossen. Ich habe noch einmal im Protokoll nachgelesen, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zugestimmt.

(Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern wundert mich die Kritik von Herrn Saalfeld im Finanzausschuss in der letzten Woche. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann halten Sie es nicht für richtig, dass die Zuführungen zum Sondervermögen aus den Haushaltsüberschüssen getätigt werden. Es ist doch klar, dass die Buchung für das laufende Haushaltsjahr 2015 erfolgte. Natürlich muss dann eine Zuführung zum Sondervermögen erfolgen, wenn das Geld erst mal erwirtschaftet wurde. Die Landesregierung beginnt damit, das Sondervermögen somit planmäßig aufzubauen.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ach so!)

Ich kann mich gut an die Befürchtungen der kommunalen Ebene erinnern,

(Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die meinte, dass Zuführungen zum Sondervermögen möglicherweise aus dem FAG herausgerechnet werden. Deshalb haben wir der Beschlussempfehlung zum Gesetzentwurf extra folgende Entschließung hinzugefügt, ich zitiere: "Die Besorgnis der kommunalen Ebene, dass dem Kommunalen Finanzausgleich durch die Zuführung von Haushaltsüberschüssen an das Sondervermögen .Konjunkturausgleichsrücklage des Landes Mecklenburg-Vorpommern' Geld entzogen würde, ist unbegründet. Auch weiterhin wird das Land zunächst seine Finanzausgleichsverpflichtungen gegenüber den Kommunen erfüllen, bevor es seinen Haushalt mit einem etwaigen Überschuss abschließen kann. Die Zuführungen zum Sondervermögen erfolgen daher aus reinen Landesmitteln." Ende des Zitats. Ich denke, damit sind alle Befürchtungen ausgeräumt.

Von den tatsächlichen Jahresüberschüssen werden 160,5 Millionen Euro der allgemeinen Rücklage zugeführt. Ich sage an dieser Stelle gleich, dass meine Fraktion dieses Vorgehen ausdrücklich begrüßt, wie ich noch im Einzelnen ausführen werde.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisiert genau die Zuführung der 160,5 Millionen Euro an die allgemeine Rücklage und hat auch gleich Vorschläge parat, wie der Überschuss aus ihrer Sicht besser eingesetzt werden kann. Sie machen genau sieben Forderungen auf, also rechnerisch für jede und jeden der Abgeordneten Ihrer Fraktion eine Forderung als Wahlkampfthema.

(Egbert Liskow, CDU: Ach so?!)

Ich finde das sehr durchschaubar und äußerst billig,

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD: Kommen die denn mit den 160 Millionen aus?)

ganz besonders deshalb, weil Sie Ihre Forderungen in keiner Weise.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Von den GRÜNEN Iernen, heißt siegen Iernen. – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD – Zurufe von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE, und Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ganz besonders deshalb, weil Sie Ihre Forderungen in keiner Weise durch Mehrbedarfsanalysen untersetzt haben. Einfach mal pauschal mehr, einfach mal etwas mehr für: zusätzliche Finanzierung des Breitbandausbaus, zusätzliche Unterstützung der Kommunen bei der Instandsetzung und Modernisierung der Schulen, zusätzliche Investitionen in die Agrarwende, zusätzliche Investitionen in die Bahninfrastruktur,

(Egbert Liskow, CDU: Das haben wir doch alles schon im Doppelhaushalt gemacht!)

zusätzliche Investitionen in den Wohnungsbau, Einrichtung eines Theaterfonds zur Finanzierung einer Dynamisierung der Theaterzuschüsse bis 2020. Sie tun so, als ob diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen nichts, aber auch gar nichts getan haben. Ich nenne das einfach mal Wahlkampfgetöse.

Herr Saalfeld, das Finanzministerium hat in der letzten Finanzausschusssitzung schon umfangreich vorgetragen, wofür die Rücklagen gebildet werden müssen, aber dafür haben Sie kein Ohr.

(Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wollen es natürlich wie immer besser wissen. Das kennen wir schon von Ihnen, das haben Sie auch heute wieder präsentiert. Und es mag ja auch in Ihrer grünen Welt so sein, wie Sie sagen, aber halt nicht in unserer realen Welt.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Meine Damen und Herren, wie bekannt ist, steht das Polizeigutachten aus, dessen Umsetzung noch nicht beziffert werden kann. Zweitens wird auch die Umsetzung des zu erwartenden FAG-Gutachtens möglicherweise mehr Geld vom Land erfordern. Deshalb ist es folgerichtig, dafür in der allgemeinen Rücklage Vorsorge zu treffen. Und drittens, ein weiterer Vorsorgeposten muss für die Kofinanzierung des Breitbandprogramms der Bundesregierung sein. Wie Minister Pegel bereits öffentlich verkündet hat, wird Mecklenburg-Vorpommern schon im Ersten Call mit mehreren Projekten zum Zuge kommen. Der Zweite Call erfolgt im zweiten Quartal und da sieht es auch gut für uns aus. Aus unserer vermeintlichen Schwäche können wir an dieser Stelle Vorteile generieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, wir sind uns hier im Landtag alle einig, dass die Chance auf schnelles Internet im ländlichen Raum nicht dadurch vertan werden darf, dass nicht ausreichend Kofinanzierungsmittel bereitgestellt werden. Für Unternehmen und private Personen ist davon die Wirtschaftlichkeit und Mobilität der Zukunft abhängig.

Zur Sicherstellung der Kofinanzierung für den Breitbandausbau gibt es in der Landtagssitzung auch noch den Antrag der Fraktion DIE LINKE. Ich hoffe, Frau Rösler hat in der letzten Finanzausschusssitzung – oder auch Herr Holter – gut zugehört, was der Staatssekretär des Finanzministeriums gesagt hat, dass nämlich die Zuführung von 160 Millionen Euro zur allgemeinen Rücklage genau auch dafür vorgesehen ist. Meiner Meinung nach – aber wie gesagt, das ist nur meine Meinung – könnte dieser Antrag auch von der Tagesordnung genommen werden.

> (Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja. – Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Egbert Liskow, CDU)

Ich weiß aber, dass beide Oppositionsfraktionen im Wahlkampfmodus sind und sich an dieser Stelle als die einzig wahren Helden und Kümmerer darstellen wollen.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Keine Sorge, gerade der Breitbandausbau wird auch von den regierungstragenden Fraktionen als so wichtig eingestuft, dass wir schon dafür Sorge tragen werden, dass Kofinanzierungsmittel bereitstehen.

Jetzt noch einmal zurück zum vorliegenden Antrag.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Och, Tilo!)

Die weiteren Forderungen sind alle nicht mit Mehrbedarfsanalysen unterlegt. Jedes Mitglied der GRÜNEN-Fraktion kann da gern für seinen Bereich mehr fordern, aber da machen wir nicht mit.

(Heiterkeit und Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir halten in diesen Bereichen an unseren Planungen im Doppelhaushalt 2016/2017 und der Vorsorge in den Rücklagen fest.

(allgemeine Unruhe)

Dazu benötigen wir keinen Nachtragshaushalt. Wir lehnen den Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Gundlack.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der NPD-Fraktion Herr Pastörs.

(Heinz Müller, SPD: Der Weltökonom.)

Udo Pastörs, NPD: Im Gegensatz zu Ihnen.

Sehr verehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! Es ist ja grundsätzlich so, dass man in guten Zeiten Vorsorge treffen muss – das macht jeder kleine Kaufmann, wenn er gescheit rechnen kann –, denn nur in dieser Zeit kann man Vorsorge treffen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und das tut man auch klugerweise, weil man ganz genau weiß, dass die Leiter nicht immer steil nach oben geht, dass wir – und das wissen natürlich auch die Leute, die sich mit betriebswirtschaftlichen Parametern, mit volkswirtschaftlichen Parametern einmal auseinandersetzen durften –, dass wir also in Zyklen denken müssen, weil die reale Welt, die Finanzwelt, die Wirtschaft nachweislich so funktionieren. Deswegen ist es natürlich nicht dumm, wenn man sagt, man muss Vorsorge treffen, hier konkret 700 Millionen. Manche sagen, 500 sind genug, wie der Rechnungshof.

Sie scheinen das auch sehr gut zu durchblicken, Herr Saalfeld, und sagen, also mehr als 500 auf keinen Fall. Also ich sehe mich nicht in der Lage, die Zahl festzuklopfen,

(Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ob bei 400, 700 oder 800 Millionen.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dann setzen Sie sich doch wieder hin!)

Das würde voraussetzen, dass ich in die Zukunft blicken könnte über zwei Jahre.

Und wenn man hier argumentiert, dass wir im Moment wunderbare Konjunkturverhältnisse haben,

(Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dann ist das eben eine Momentaufnahme und das signalisiert auch mit tödlicher Sicherheit, dass wir dann wahrscheinlich wieder vor einem Abschwung stehen. Der wird ja auch nicht nur an den Börsen signalisiert, sondern durchaus auch schon deutlich sichtbar in den Problemen, die uns durch die Nachrichten, die uns aus Fernost ereilen, untermauert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die GRÜNEN haben hier sechs Punkte aufgeschrieben: zusätzliche Finanzierung des Breitbandausbaus – ja, das ist eine ganz wichtige Grundlage, um Mecklenburg und Pommern auf diesem Gebiet ...

(Stefanie Drese, SPD: Vorpommern.)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Herr Abgeordneter Pastörs! Ich habe gestern in der Sitzungsleitung darauf aufmerksam gemacht, dass unser Land aus Mecklenburg und Vorpommern besteht.

(Der Abgeordnete Udo Pastörs tritt ans Präsidium heran.)

Bitte treten Sie an Ihr Pult! Sie haben hier in dem Bereich jetzt erst mal nichts zu tun. Sie sind Redner.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD)

Ich habe das nicht nur einmal und auch meine Kollegen haben das mehrfach ausgeführt, dass Sie bitte die korrekten Bezeichnungen wählen. Das erwarte ich jetzt von Ihnen hier in der Rede. Sonst muss ich davon ausgehen, dass Sie das mit grober Absicht tun,

(Heiterkeit bei Stefan Köster, NPD)

gegen diese von uns gemachte Anmerkung zu verstoßen.

(Stefan Köster, NPD: Das ist jetzt die Abgeordnete aus Neubrandenburg mit der NPD-Allergie.)

So, jetzt können Sie Ihre Rede fortsetzen.

Udo Pastörs, NPD: Mein lieber Mann, ich habe es befürchtet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich setze meine Rede fort.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Wir haben es befürchtet. – Peter Ritter, DIE LINKE: Das wird deswegen auch nicht besser.)

Vielen Dank, dass Sie mir das gestatten.

Also, wie gesagt, wir haben hier einen 6-Punkte-Forderungskatalog der GRÜNEN, dem man natürlich hier und da zustimmen kann.

(Heinz Müller, SPD: Time to say goodbye!)

Breitbandausbau ist ganz wichtig für Mecklenburg, Vorpommern und Pommern, weil das ja die Grundlage ...

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** So, Herr Abgeordneter Pastörs.

(Der Abgeordnete Udo Pastörs spricht bei abgeschaltetem Mikrofon. – Stefanie Drese, SPD: Wiederholung festigt bei Ihnen nicht. – Peter Ritter, DIE LINKE: Sie sind so was von albern! Eine Witzfigur, eine Witzfigur vor dem Herrn sind Sie!)

Herr Pastörs, das war jetzt eine gröbliche Verletzung der Ordnung

(Peter Ritter, DIE LINKE: Oh Mannomann!)

und ich entziehe Ihnen das Wort. Bitte nehmen Sie wieder Platz!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jetzt guckt er wieder ganz grimmig. So was von albern!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Er kann nicht lernen, er kann nicht lernen.)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Saalfeld für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Heinz Müller, SPD: Wahrscheinlich hat er nicht mehr Rede gehabt, dann musste er so was provozieren. – Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

**Johannes Saalfeld**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zunächst, Herr Gundlack, zähle ich erst mal nur sechs Punkte auf unserem Antrag. Wie Sie jetzt auf sieben Punkte gekommen sind,

(Heiterkeit bei Simone Oldenburg, DIE LINKE: Das war der Zusatzpunkt.)

insbesondere in Anspielung an sieben Abgeordnete,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

also sie zu unseren sieben Abgeordneten in Beziehung zu setzen, da war, glaube ich, eher der Wunsch der Vater des Gedankens. Es stimmt allerdings nicht. Also es sind sechs. Ich habe auch noch einmal nachgezählt. Das heißt, Ihre Vermutung, dass jeder Abgeordnete einen Punkt abbekommen hat, stimmt leider nicht. Gleichwohl wissen wir ja, dass jeder Wahlkreis im letzten Doppelhaushalt einen Punkt abbekommen hat.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Punkte.)

Das stimmt wiederum und ist auch nachweisbar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Thema Investitionspolitik: Als heute die Europäische Zentralbank den Leitzins auf null Prozent gesetzt hat, da haben sich die Banker bestimmt gewünscht, dass alle ihr Geld auf die hohe Kante legen, so wie das Land Mecklenburg-Vorpommern? Natürlich nicht. Die Europäische Zentralbank und auch die Bundesbank wollen, dass investiert wird, dass die Wirtschaft angekurbelt wird, und eben nicht, dass das Geld irgendwo, ich sage mal, kompostiert wird.

Und genau das passiert hier im Land Mecklenburg-Vorpommern. Unser Geld arbeitet nicht, sondern unser Geld liegt in der Rücklage, und genau das wollen uns ja die Europäischen Zentralbanker mit ihrer Null-Prozent-Zinspolitik mitteilen. Genau das soll momentan nicht passieren, damit wir eben nicht in eine Rezession rutschen. Genau das ist ja auch das antizyklische Verhalten zwischen Staat und Wirtschaft, dass dann, wenn man droht, in eine Rezession zu kommen, staatliche Investitionen nachgeholt werden, dass sie angeschoben werden, um diese Rezession zu vermeiden. Ich meine, wer antizyklisches Verhalten erst so versteht, dass, wenn die Wirtschaft abgeschwungen ist, wenn wir mitten in einer Rezession sind, dann der Staat anfängt zu investieren, dann muss ich sagen, das ist ein bisschen verschoben. Das ist zu spät. Wir müssen dann anfangen, wenn es sozusagen droht, in eine Rezession abzurutschen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, glaube ich, ist es auch die richtige Zeit, hier Investitionen, die wir lange vor uns hergeschoben haben, endlich anzuschieben, insbesondere an dem Tag, an dem die Zentralbank den Zins auf null Prozent gesetzt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte als Erstes noch mal auf das Selbstlob der Finanzministerin eingehen, dass die Investitionsquote in Mecklenburg-Vorpommern doch so hervorragend sei im Vergleich zu anderen Bundesländern. In der Tat mag das im Vergleich zu westdeutschen Bundesländern stimmen

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

und ich möchte auch nicht verheimlichen, dass die Investitionsquote gerade in westdeutschen Bundesländern absolut schlecht ist und wirklich nicht gelobt werden kann. Aber wir können ja mal den Vergleich zu den ostdeutschen Bundesländern ziehen. Die liegen uns ja nicht nur geografisch viel näher, sondern auch von der ökonomischen und sozialen Struktur.

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Und wenn wir dahin blicken und das mit der Mittelfristigen Finanzplanung vergleichen, zeigt sich hier ein interessantes Bild. In den letzten neun angegebenen Jahren war die Investitionsquote in Mecklenburg-Vorpommern in sieben von diesen neun Jahren niedriger als im ostdeutschen Durchschnitt. So sieht es aus und so relativiert sich das Eigenlob der Finanzministerin deutlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, von einem Erfolg ist daher im Sinne von Investitionen nicht zu sprechen und genau deswegen fordern wir ein Investitionsprogramm 2020.

Und ein Punkt ist der Breitbandausbau, Frau Rösler, den Sie ja morgen noch mal im Einzelnen aufrufen. Ich habe das hier von dieser Stelle schon mehrfach deutlich gemacht: Ja, es gibt keinen Dissens zwischen SPD, CDU, LINKEN und GRÜNEN bei der Frage, dass Bundesfördermittel auch abgerufen werden müssen, dass da möglichst nichts verfällt. Aber nein, wir haben insbesondere im Vergleich zur SPD und CDU keinen Konsens darüber, ob nicht auch ein Landesprogramm aufgelegt werden muss. Wir sagen als GRÜNE: Ja, wir brauchen auch ein Landesprogramm. Wir können uns nicht nur an die Fersen des Bundes hängen

(Egbert Liskow, CDU: Warum?)

und an den Tropf des Bundes,

(Egbert Liskow, CDU: Warum nicht? – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: In keinster Weise.)

weil wir nämlich gerade im halbstädtischen Bereich – also nicht im städtischen Bereich, da müsste es die Wirtschaft eigentlich selbst hinbekommen,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Was ist denn halbstädtischer Bereich?)

da gibt es keine Wirtschaftlichkeitslücke beim Ausbau des Breitbands und im ländlichen Raum muss ich auch eher sagen, okay, da nehmen wir die Bundesmittel, da ist es uns auch egal, dass wir vielleicht nur Vectoring machen und uns damit von der Telekom abhängig machen, mag sein, dass es wenigstens besser ist als gar nichts –, aber im halbstädtischen Bereich, also ich sage mal, nicht in den Zentren, da, denke ich, wäre so ein Landesprogramm mit Landesmitteln sehr gut angesiedelt und da könnten wir sehr schnell sehr gute Erfolge verzeichnen. Dazu müssen wir aber ein Landesprogramm erst mal ausrufen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dafür müssen diese Millionen, die für Breitband momentan reserviert sind in der Rücklage, eben auch in den Haushalt überführt werden, und dafür brauchen wir einen Nachtragshaushalt.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Also lassen Sie mich noch einmal auf die sechs – nicht sieben! – Schwerpunkte unseres Investitionsprogramms eingehen. Da wäre wie gesagt der Ausbau des schnellen Internets, darauf bin ich eben gerade schon eingegangen. Und ich muss auch einmal sagen, es ist absolut anerkennenswert, was die Kommunen gemeinsam mit dem Land, mit dem Verkehrsministerium geschafft haben, dass hier 24 Projekte in der ersten Runde der Bundesförderung auf den Weg gebracht werden konnten. Jetzt gucke ich mal, nein, Frau Hesse ist nicht da. Sie erkennt ja immer Lob in meinen Reden sehr schlecht, deswegen wollte ich noch mal explizit darauf hinweisen. Ich finde das sehr anerkennenswert. Nicht, dass das wieder unter den Tisch fällt und Frau Hesse um die Ecke kommt und sagt, ich lobe ja nie. Nein, hier konkret!

(Heike Polzin, SPD: Nicht so empfindlich! – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

(Heinz Müller, SPD: Sie provozieren ja. Wir sind hier im Parlament und nicht im Männergesangverein.)

der zweite Punkt unseres Investitionsprogramms betrifft die Instandsetzung und Modernisierung der Schulen im Land. Auch das ist ein Thema, welches wir nicht zum ersten Mal auf die Agenda dieses Hauses gesetzt haben. Ich werte das daher auch als großen Erfolg, dass die Landesregierung im Rahmen der Haushaltsberatungen zugesagt hat,

(Egbert Liskow, CDU: Wir haben doch die ganzen Programme voll im Doppelhaushalt.)

zumindest 20 Millionen Euro für die kommenden drei Jahre bereitzustellen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Aber das wird Sie nicht überraschen, Herr Liskow, dass das natürlich nicht ausreicht, denn der Städte- und Gemeindetag selbst geht von einem Investitionsbedarf von ungefähr 70, in der Spitze vielleicht auch 120 Millionen Euro aus, aber doch mindestens 70 Millionen Euro.

(Egbert Liskow, CDU: Aber doch nicht alle in einem Jahr.)

Schulen benötigen geeignete ...

(Heike Polzin, SPD: Die 160 haben Sie doch schon sechsmal verbraten.)

Ich will doch jetzt nicht 70 Millionen davon in die Schulförderung geben.

(Vincent Kokert, CDU: Schade, das hätten wir unterstützt.)

Also das hat ja niemand behauptet, Frau Polzin. Meine Güte! Sie sind hier aber auch so eine kleine Springfeder

Schulen benötigen geeignete Räume für Ganztagsangebote, Schulkantinen haben Mängel oder fehlen und grö-

ßere Anstrengungen bei der energetischen Sanierung sind erforderlich, ganz zu schweigen von den erheblichen baulichen Anforderungen, die die Inklusion mit sich bringt. Wir haben Ihnen bereits im Rahmen der Haushaltsberatung vorgeschlagen, zusätzliche EFRE-Mittel einzusetzen. Das haben Sie abgelehnt. Leider ist die Zusage, zu der sich die Fraktionen von SPD und CDU in der Inklusionsvereinbarung durchgerungen haben, ebenso enttäuschend. Gerade einmal 15 Millionen Euro bis 2020 wollen Sie investieren. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, das wird nicht ausreichen.

Ein weiterer Pfeiler des Investitionsprogramms sind Maßnahmen zur Stärkung der Bahninfrastruktur. Das Thema hatten wir hier auch schon immer wieder erklärt und in den Landtag gebracht. Was die Menschen im Lande wollen, sind vernünftige Bahnangebote. Und es ist ein trauriges Bild, was sich ergibt, wenn wir die Investitionen in die Bahninfrastruktur mal international vergleichen. Die Pro-Kopf-Investitionen in die Schieneninfrastruktur sind in Deutschland im europäischen Vergleich unterdurchschnittlich. Gerade einmal 49 Euro werden in Deutschland pro Kopf investiert. Unsere europäischen Nachbarn investieren ein Vielfaches. In der Schweiz sind es 351 Euro pro Kopf, in Österreich 210, in Schweden 163 und in den Niederlanden 142, aber auch in Großbritannien, Italien, Frankreich investieren sie mehr als Deutschland, wie gesagt, hier nur 49 Euro pro Kopf.

Ein zweiter Vergleich ist auch interessant. Wenn wir einen Blick auf die Investitionen in die Eisenbahninfrastruktur im Vergleich zur Straße werfen, ergibt sich leider kein besseres Bild. Im Verhältnis zur Straße werden in Deutschland gerade einmal 73 Prozent in die Schiene investiert, in der Schweiz sind es 139 Prozent und in Österreich sogar 197 Prozent. Die Schere zwischen notwendigen und erfolgten Investitionen geht leider auch hier weiter auseinander. Das ist keine nachhaltige Verkehrspolitik und die grüne Finanz- und Verkehrspolitik setzt eben andere Schwerpunkte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Bedarf für den sozialen Wohnungsbau – das ist ein weiterer Punkt –, aber auch zur Schaffung von altengerechtem Wohnraum dürfte unbestritten sein. Umso unverständlicher ist, warum die Landesmittel in diesem Bereich seit Jahren tatsächlich rückläufig sind. Da musste erst im vergangenen Jahr wieder die Bundesregierung kommen und zusätzliche Mittel bereitstellen.

(Am Rednerpult leuchtet die rote Lampe. – Zurufe aus dem Plenum: Oooh!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme daher zum Ende meiner Rede. Ich wünschte mir, dass wir diese Debatte im Rahmen einer Nachtragshaushaltsdebatte weiterführen können, und danke Ihnen an dieser Stelle für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Saalfeld.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich werte die Äußerungen in Bezug auf das Zeigen der Lampe jetzt mal nicht als Bewertung der Handlung des Präsidiums hier oben.

(Unruhe und Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe aus dem Plenum: Nein, nein! – Heinz Müller, SPD: Aber nein, aber nein! Aber wenn, dann war es eine freudige Reaktion. – Zurufe von Egbert Liskow, CDU, und Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/5196. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/5196 bei Zustimmung der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE und Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU und NPD abgelehnt

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Freitag, 11. März 2016, 9.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen. Schönen Feierabend!

Schluss: 18.17 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Jutta Gerkan, Dr. Norbert Nieszery, Bernd Schubert und Erwin Sellering.